5 Jahre politik & kultur

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 01/07 • Jan. - Feb. 2007 www.kulturrat.de 3,00 € • ISSN 1619-4217 • B 58 662

Kulturpolitik der Länder
Nach Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ist nun auch in Berlin der Ministerpräsident zugleich Kulturminister. Grund genug in den zwei Länder, die bereits Erfahrungen mit einem solchen Modell gemacht haben, nachzufragen, wie es denn funktioniert.
Seiten 3 bis 11

Bologna-Prozess
Die deutsche Hochschullandschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Welche Auswirkungen der so genannte Bologna-Prozess auf die Kunst- und Musikhochschullandschaft hat, damit befassen sich Präsidenten von Kunst- und Musikhochschulen.
Seiten 15 bis 19

Soziale Sicherung
Wie die Künstlersozialkasse stabilisiert werden soll, erläutert der Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Heinrich Tiemann. Der Deutsche Kulturrat nimmt zum Referentenentwurf zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes Stellung.
Seiten 24 bis 25

Gemeinnützigkeitsrecht
Nachdem kürzlich zu befürchten stand, dass den gemeinnützigen Organisationen der Garaus gemacht werden soll, stellte kurz vor Weihnachten Bundesfinanzminister Peer Steinbrück seinen Maßnahmenkatalog „Hilfe für Helfer“ vor. Olaf Zimmermann setzt sich damit auseinander.
Seite 25

Kultur Kompetenz Bildung
Welche Auswirkungen der demografische Wandel auf die kulturelle Kinder- und Jugendbildung hat, reflektiert Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. Max Fuchs und Rolf Witte setzen sich mit dem Thema der interkulturellen Bildung auseinander.
Beilage Seiten 1 bis 8

Editorial

Kultureller Takt

An zehn Sonntagen im Jahr, einschließlich aller Adventssonntage, jeweils von 13 bis 20 Uhr dürfen in Berlin die Geschäfte offen bleiben. An Werktagen, also von montags bis samstags immer rund um die Uhr. Damit ist Berlin in Deutschland das ultimative Einkaufsmarathonparadies. Brandenburg steht Berlin aber nicht viel nach. Auch hier ist Shopping an Werktagen und an 6 Sonntagen, werktags wie sonntags rund um die Uhr erlaubt. Rund um die Uhr Öffnungszeiten sind jetzt an Werktagen ebenfalls in Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt zulässig und in Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen geplant. Die Sonntagsöffnungszeiten wurden in vielen Bundesländern bereits deutlich ausgeweitet oder sollen ausgeweitet werden. Nur Bayern hat sich bislang gegen eine Veränderung der Ladenöffnungszeiten ausgesprochen.

Das Kulturkaufhaus Dussmann in Berlin hat alle Kunden zur Feier der Freigabe der Ladenöffnungszeiten zur Ladenschluss-Killer-Party eingeladen. „Dienstleistungsgenuss ohne Ladenschluss, das war immer mein Drängen und meine Devise“, sagte Peter Dussmann voller Stolz.

Und alles wäre so schön, wenn es im neuen Kaufparadies nicht diese Miesmacher von den Gewerkschaften und den Kirchen gäbe. Die Einen sehen das Familienleben der Mitarbeiter im Einzelhandel gefährdet, die Anderen sorgen sich um den Sonntag als Tag der Ruhe und der seelischen Erbauung.

Die Freigabe der Ladenöffnungszeiten ist, da haben die Kirchen und die Gewerkschaften Recht, ein Angriff auf unsere Kultur. Sie zerstört den gesellschaftlichen Rhythmus von Arbeitszeit und Freizeit. Dieser Lebenstakt ist eine die Gesellschaft verbindende kulturelle Klammer. Natürlich gibt es immer Menschen, die außerhalb dieses Taktes arbeiten müssen, um notwendige Dienstleitungen für die Gesellschaft zu erbringen. Aber – die Mehrzahl der Bürger leben im Takt. Freizeit ist die notwendige Zeit der Erbauung, der Reflektion, letztlich der kulturellen Selbstvergewisserung. Freizeit ist die Zeit der Kontakte mit der Familie, mit Freunden. Freizeit ist auch die Zeit für das ehrenamtliche Engagement für die Gesellschaft. Aber auch der Besuch von kulturellen Ereignissen findet hauptsächlich im Freizeittakt statt. Abends, an Sonn- und Feiertagen, spielen die Theater, geht man ins Konzert oder ins Museum. Freizeit als gesellschaftliches, kulturelles Phänomen funktioniert nur dann, wenn der überwiegende Teil einer Gesellschaft sich zur selben Zeit im Freizeittakt befindet.

Peter Dussmann will uns den Freizeittakt stehlen, weil er hofft, dass, wenn Menschen zu jeder Tages- und Nachtzeit, an Werktagen oder an Sonntagen in sein Kulturkaufhaus gehen dürfen, sie mehr Bücher und CDs kaufen werden. Doch, wenn jeden Tag 24 Stunden lang Shopping pur angesagt ist, wenn die Gesellschaft erst einmal aus dem Jahrhunderte lang eingeübten kulturellen Takt gekommen ist, wird eine Buchhandlung wie das Kulturkaufhaus Dussmann eines der ersten ökonomischen Opfer der unausweichlichen kulturellen Verrohung sein.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Eine neue Lernkultur ist gefragt

Von Annette Schavan

Die PISA-Studien haben Deutschland wachgerüttelt und in den 16 Bundesländern wichtige Reformen eingeleitet. Notwendige Vereinbarungen sind getroffen worden. Wir befinden uns in einer tief greifenden Bildungsreform.

Kernziel aller Reformen ist es, die Qualität der Bildung zu verbessern und den Zugang zur Bildung unabhängig von sozialer Herkunft für alle zu ermöglichen. Im Mittelpunkt steht deshalb die Entwicklung einer Lernkultur, die mit der individuellen Förderung ernst macht, die im Unterricht verschiedene Lernwege zulässt und unterschiedliche Lernvoraussetzungen berücksichtigt.

Im Vordergrund müssen die Stärken stehen, die jedes Kind mitbringt – nur so schaffen wir die Voraussetzung zur Vermeidung und den rechtzeitigen Abbau von Benachteiligungen genauso wie für das frühzeitige Erkennen und Fördern von Begabungen. Darum gilt generell: Benachteiligtenförderung und Begabtenförderung gehören zusammen. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Mehr individuelle Förderung ist mit Blick auf beide Zielgruppen unerlässlich. Ich denke, über diese Ziele sind wir uns alle einig. Sie zu erreichen, ist für die Zukunft des Einzelnen genauso entscheidend wie für die Zukunft unserer Gesellschaft und Wirtschaft.

Wir werden diese Ziele jedoch nur verwirklichen können, wenn wir erkennen, dass Bildung mehr ist als die Vermittlung der Kompetenzen, die bei PISA gemessen werden.

Die Kunst- und Kulturverbände haben sich zu Recht mit großer Intensität in die aktuelle bildungspolitische Debatte eingebracht. Mit Nachdruck haben sie angemahnt, dass die künstlerischen Bereiche mit ihren vielfältigen Möglichkeiten nicht vernachlässigt werden dürfen.

Dem stimme ich ausdrücklich zu. Wir müssen darüber nachdenken, von welchem Verständnis von Bildung wir für unsere Zeit und für die Zukunft ausgehen. Manche mögen über das Humboldtsche Bildungsideal lächeln, das „den ganzen Menschen in allen seinen Kräften und allen seinen Äußerungen“ betrachtet. Es weist uns jedoch die Richtung, an der wir uns auch heute orientieren sollten, wenn wir den Menschen nicht auf einzelne Funktionen reduzieren und einer fortschreitenden kulturellen Verarmung unserer Gesellschaft nicht tatenlos zusehen wollen. Kulturelle Bildung kann derartigen Fehlentwicklungen etwas entgegensetzen, indem sie Fähigkeiten wie Phantasie, Kreativität und Freude am eigenen Tun freisetzt, indem sie Motivationen entfaltet, die sich positiv auf die Lebensgestaltung und die beruflichen Möglichkeiten auswirken.

Kulturelle Bildung allein ist dabei sicher kein Allheilmittel. Sie kann aber dazu beitragen, dass Menschen – und hier denke ich besonders an junge Menschen, die sich noch auf dem Weg der Selbstfindung bewegen – ihre eigenen Begabungen erkennen und weiter entwickeln.

Kulturelle Bildung leistet wichtige Beiträge zur Persönlichkeitsentwicklung, zum Erwerb von Schlüsselkompetenzen. Sie fördert darüber hinaus auch den Erwerb von Fachkompetenzen. Hans Günther Bastian hat dies für die Musikerziehung eindrucksvoll belegt. Wenn man sich der großen Bedeutung der Kulturellen Bildung bewusst ist, dann kann die Konsequenz nur lauten, dass die Chancen der Kulturellen Bildung allen eröffnet werden müssen, nicht nur denjenigen, in deren Elternhaus dies eine Selbstverständlichkeit ist. Dies ist meines Erachtens eine der großen bildungspolitischen Herausforderungen, der wir uns zu stellen haben.

Dazu müssen wir aber wissen, wie es heute um die Kulturelle Bildung der Jugend bestellt ist. Wir hatten daher gemeinsam mit der Kulturstiftung Nordrhein-Westfalen, dem Sparkassenkulturfonds und der Stiftung Niedersachsen das „Jugend-Kulturbarometer“ in Auftrag gegeben.

Das Ergebnis ist alarmierend: die Studie weist nach, dass die Wahrnehmung kultureller Angebote und eigene künstlerische Aktivitäten bei Jugendlichen in erheblichem Maße von Schultyp und sozialer Schicht

Bundesministerin Annette Schavan

Foto: Deutscher Bundestag

beeinflusst sind. Hauptschüler haben im Vergleich zu Gymnasiasten seltener die Chance, durch Schule und Elternhaus zu kulturellen Aktivitäten angeregt zu werden. Jugendliche mit geringerer Schulbildung zeigen deshalb auch erheblich weniger Interesse an kulturellen Aktivitäten, noch zumal an klassischen Kulturangeboten. So besuchen heute Hauptschulklassen kaum noch Museen, Theater oder andere Kulturangebote, während Gymnasiasten durch die Schule hier wesentlich stärker angeregt oder gefordert werden. Es kann uns nicht gleichgültig lassen, dass Haupt- und Realschülerinnen und -schüler die Schule nicht als kulturell anregende Institution wahrnehmen. Das können wir uns, so denke ich, als Kulturstaat Deutschland gerade auf dem Gebiet der Kulturellen Bildung nicht erlauben. Projekte wie „Rythm is it“ der Berliner Philharmoniker unter der Leitung von Sir Simon Rattle sind in diesem Zusammenhang vorbildlich.

„Kulturelle Bildung für alle“ muss deshalb Priorität haben. Das Bundesministerium für Bildung unterstützt die Länder beim bedarfsgerechten Aufbau von Ganztagsschulen mit Investitionsmitteln in Höhe von vier Milliarden Euro. Im laufenden Schuljahr werden bereits 5.800 Schulen gefördert. Diese Förderung schließt auch die Möglichkeit ein, bauliche Veränderungen zugunsten von Theaterbühnen und anderen kulturfördernden Maßnahmen zu beantragen. Entscheidend ist zwar die inhaltliche Gestaltung der Ganz-

Weiter auf Seite 2

Kultur-Mensch

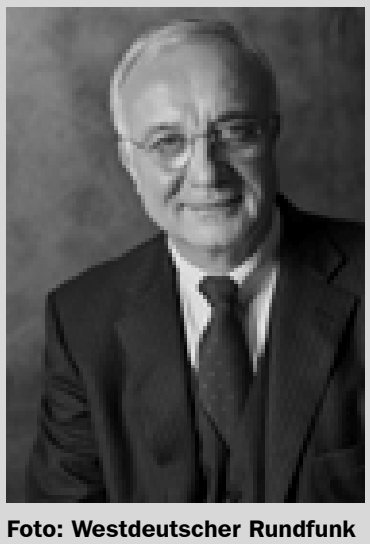


Foto: Westdeutscher Rundfunk

Fritz Pleitgen

Der Deutsche Kulturrat zeichnet Fritz Pleitgen mit dem Kulturgroschen 2007 aus. Damit wird das herausragende kultur- und medienpolitische Engagement von Fritz Pleitgen gewürdigt.
Als Intendant des WDR setzt sich Fritz Pleitgen für das Kulturleben in Nordrhein-Westfalen ein. Der WDR ist der größte Kulturveranstalter in Nordrhein-Westfalen. Durch seine Konzerte und die Unterstützung von Festivals fördert der WDR die Kultur in den Regionen sowie Kultur, die es schwer hat. Als Intendant des WDR steht Fritz Pleitgen für dieses Kulturengagement des WDR. Fritz Pleitgen ist zugleich sowohl auf der europäischen als auch der internationalen Ebene medienpolitisch aktiv. Als einer der ersten hat er vor möglichen negativen Auswirkungen der GATS-Verhandlungen der Welthandelsorganisation auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gewarnt und sich für entsprechende Ausnahmeregelungen stark gemacht. Als Präsident der EBU (European Broadcasting Union) steht er für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Die Verleihung des Kulturgroschens 2007 findet im September 2007 in Berlin statt.

4 195981 603008 01

Fortsetzung von Seite 1

Eine neue Lernkultur ist gefragt

tagsangebote, damit hier eine neue Lern- und Lehrkultur entstehen kann mit besserer individueller Förderung und mehr sozialem Lernen. Diesen Prozess unterstützen wir jedoch mit Begleitprogrammen. Ein wichtiger Bereich ist die Intensivierung der Kooperation zwischen Ganztagsschulen und außerschulischen Trägern Kultureller Bildung. Hier gibt es bereits wunderbare Beispiele, die wir in die Breite tragen wollen, so etwa, wie Theaterpädagogik zu Beginn der Schulzeit zum besseren Spracherwerb beiträgt, oder Kooperationen mit Musikschulen, über die alle Kinder einer Klasse die Möglichkeit erhalten, ein Instrument zu erlernen.

Oft ist dabei nicht primär die Frage zusätzlicher Mittel entscheidend, sondern eher die Frage des intelligenten Zusammenführens unterschiedlicher Welten und des Nutzens vorhandener Ressourcen. So stellen die zahlreichen Museen und Orchester, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, ein großes Potenzial für Kooperationen mit Schulen dar, das viel stärker genutzt werden sollte.

Ich möchte, dass sich alle Talente entfalten können, in den naturwissenschaftlichen Bereichen ebenso wie in den künstlerischen. In Abstimmung mit den Ländern werde ich deshalb die Begabtenförderung weiter ausbauen. Durch künstlerische Wettbewerbe werden die besten Talente in der Bildenden Kunst, für das Theater, den Film, das kreative Schreiben, das Komponieren, für den Tanz oder für die Medienkunst entdeckt und zielgerichtet gefördert. Kein Talent darf verloren gehen. Wir können dabei auf den Erfahrungen aus den Bundeswettbewerben aufbauen. Sie haben gezeigt, dass Oscar-Preisträger, namhafte Dirigenten, Komponisten, Autoren und Schauspieler hier den Grundstein für ihre späteren Karrieren gelegt haben. Ein jährlich durchzuführender „Tag der Talente“ könnte künftig dieser Arbeit zusätzliche Anerkennung und öffentliche Aufmerksamkeit verleihen.

Und es gibt eine Gruppe, in der es noch viele Begabungen zu entdecken und zu fördern gilt: 27,2 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 25 Jahren haben einen Migrationshintergrund. Viele von ihnen befinden sich in einem kulturellen Dilemma. Sie sind geprägt durch die Kultur der Herkunftsländer ihrer Familien. Gleichzeitig erleben sie jenseits des Familienverbands eine deutsche Gegenwart. Sie alle sollen ihren Platz in unserer Gesellschaft finden können. Kulturelle Bildung leistet dabei einen ganz wichtigen Beitrag, denn sie macht deutlich, dass kulturelle Unterschiede eine Bereicherung sein können. Durch besondere kulturelle Angebote werden Widersprüche aufgriffen und über gemeinsame Aktivitäten von deutschen und ausländischen Kindern und Jugendlichen aufgelöst. Denn gerade künstlerische Aktivitäten setzen Begabungen frei und fördern Selbstvertrauen und Teamfähigkeit, Kompetenzen also, die zur Heranbildung der Persönlichkeit ebenso wichtig sind wie für die spätere Berufstätigkeit.

Darüber hinaus werde ich die empirische Bildungsforschung in Deutschland durch ein entsprechendes Programm strukturell stärken. Die verschiedenen Handlungsoptionen meines Hauses im Bereich der institutionellen Förderung, der Ressortforschung, der Projekt- und Programmförderung - auch mit den Ländern – werde ich so bündeln, dass ein kontinuierlich wachsendes Potenzial entsteht. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten eines solchen Rahmenprogramms wird auch die Kulturelle Bildung gehören.

Wir können das große Ziel „Kulturelle Bildung für alle“ nur gemeinsam verwirklichen. Bund, Länder, Kommunen, Verbände und Einrichtungen vor Ort müssen zusammen wirken. Die Föderalismusreform schafft Klarheit bei der Kompetenzverteilung. Ich bin sicher, dass das Zusammenwirken von Bund und Ländern zur Stärkung der Zukunftschancen durch eine bessere Bildung der jungen Generation nach der Föderalismusreform besser funktionieren wird.

Die Verfasserin ist Bundesministerin für Bildung und Forschung ■

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL

Kultureller Takt
Von Olaf Zimmermann 1

KULTURMENSCH

Fritz Pleitgen 1

LEITARTIKEL

Eine neue Lernkultur ist gefragt
Von Annette Schavan 1

KULTURPOLITIK DER LÄNDER

Aus Sorge wurde Zustimmung – Was passiert, wenn die Kultur zur Chefsache wird
Von Peter Harry Carstensen 3

Kultur wird zur „Chefsache“ – Gute Basis zur Verbesserung der Kulturpolitik in Schleswig-Holstein
Von Sylvia Eisenberg 4

Kultur darf nicht zum Privileg der Oberschicht werden
Von Ulrike Rodust 4

Kulturpolitik ohne eigene Postanschrift – Erweist Klaus Wowereit der Berliner Kultur einen Bärendienst?
Von Karl-Martin Hentschel 5

Kulturpolitik in Schleswig-Holstein – Kultur braucht Stimme und Gewicht
Von Rolf Teucher 6

Repräsentieren – Kulturpolitik in Schleswig-Holstein
Von Anke Spoorendonk 6

Kultur Chefsache? – Chefsache Kultur – Kultur ins Zentrum der Macht
Von H. H. Grosse-Brockhoff 6

Neuausrichtung der Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen – Erste Bilanz nach eineinhalb Jahren ohne eigenständiges Kulturressort
Von Fritz Behrens 7

Vom Wandel durch Kultur und Kultur durch Wandel – Die „neue“ Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen: ein kritischer Standpunkt
Von Claudia Nell-Paul 8

Der Rest ist Schweigen …
Von Oliver Keymis 8

Auf die Art der Kulturpolitik kommt es an – Die Landesregierung hat eine neue Phase der Kulturpolitik eingeleitet
Von Gerhart R. Baum 9

Kulturhauptstadt oder kulturell strahlende Hauptstadt – Noch ist die Kultur die Perle der Politik in Berlin
Von Monika Grütters 9

Kulturpolitik in Berlin: Eine vertane Chance – Welche eigenen Akzente setzt die Berliner Kulturpolitik in Zukunft
Von Olaf Zimmermann 10

Die neuen Verantwortlichen in der Kultusministerkonferenz 11

REGIONALE KULTURPOLITIK

Kulturregionen in Serie – Raum für Kooperation, Förderung und Experiment
Von Olaf Martin 12

Schöne Aussicht(en) – Das europäische Gartennetzwerk im regionalen Fokus
Von Roswitha Arnold 13

KOMMUNALE KULTURPOLITIK

Köln muss seine Potentiale wieder nutzen – 175 Fachleute diskutieren im Kölner Rathaus über kulturpolitische Fragen
Von Arne Birkenstock 14

Ein hartes Stück Arbeit – Kultur in Köln
Von Hans-Georg Bägner 14

BOLOGNA-PROZESS

Zum Stand der Dinge – Erklärung der Rektorenkonferenz der deutschen Kunsthochschulen
Von Karin Stempel 15

Freie Kunst á la Bolognese – Die Tauglichkeit des Bachelor-Master-Systems für Studiengänge der Freien Bildenden Kunst
Von Peter M. Lynen 16

Ressentiments gegenüber dem Bolognaprozess – Was spricht für, was gegen die Umstellung der künstlerischen Studiengänge
Von Christian Fischer 17

Bolognaprozess: Segen oder Fluch – Die Antworten liegen nicht beim „ob“, sondern beim „wie“
Von Thomas Rietschel 18

Erfolgreiches System – Chancen und Probleme der Hochschulreform
Von Viola Schmidt 18

AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK

Als Tiger gesprungen … – Zur Konsultation über die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
Von Max Fuchs 19

Paradigmenwechsel in der Auswärtigen Kulturpolitik – Zwei Veranstaltungen zur Rolle von Bildungs- und Kultureinrichtungen in der Außenpolitik
Von Kristin Bäßler 20

Sheherazade im Emirates Palace – Das Deutsche Symphonieorchester im Ausland
Von Andreas Richter 21

EUROPA

Europa eine Seele geben – aber welche nur? – Was uns zu Europäern werden lässt
Von Kristin Bäßler 21

Europa und die Kultur – Was kann die deutsche Ratspräsidentschaft erreichen?
Von Barbara Gessler 22

KULTUR UND KIRCHE

Es kann keine kulturellen Rabatt geben – Von der Unabdingbarkeit eines konstruktiven Dialogs mit dem Islam
Von Katrin Göring-Eckardt 22

MEDIEN

Zehn Behauptungen, deren Widerlegung ich gespannt entgegensehe
Von Heinz Rudolf Kunze 23

Die Öffentlich-Rechtlichen führen ihre Integrationsoffensive fort – Bericht über die Essener Medienkonferenz
Von Stefanie Ernst 23

SOZIALE SICHERUNG

Die Künstlersozialversicherung stärken – Zur Initiative des Bundeskabinetts vom 13. Dezember 2006
Von Heinrich Tiemann 24

Zum Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes und anderer Gesetze – Stellungnahme des Deutschen Kulturrates 25

GEMEINNÜTZIGKEITSRECHT

Ende gut – alles gut!? – Zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts
Von Olaf Zimmermann 25

URHEBERRECHT

Kritik der Experten ernst nehmen! - Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Anhörung von Sachverständigen durch den Rechtsauschuss des Deutschen Bundestags zum Regierungsentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft 26

KULTURELLES LEBEN

Bundesstiftung Baukultur geht nach Potsdam
Von Claudia Schwalfenberg 27

Kein nachhaltiger Aufschwung ohne neue Strategien
Von Bernd Fesel 27

Kultur-Konsum oder Konsum-Kultur: Mehr als reiner Kommerz – Bericht über die 3. Jahrestagung Kulturwirtschaft
Von Stefanie Ernst 28

Integrationspotenziale – Teilhabemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
Von Jens Maedler 28

PORTRAIT

Architektur als Gebrauchskunst – Ein Portrait des Architekten Meinhard von Gerkan
Von Andreas Kolb 30

KURZSCHLUSS

Wie der Journalismus mal auf den Hund gekommen ist
Von Theo Geißler 32

BEILAGE KULTUR KOMPETENZ BILDUNG

Vom neuen Dialog der Generationen – Kulturelle Bildung in Zeiten des demografischen Wandels
Von Ursula von der Leyen 1

Das kulturelle Leben der „Landeier“ – Die Mitglieder der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ zu Gast in der Uckermark
Von Stefanie Ernst 2

Kulturelle Bildung: Eine Herausforderung durch den demografischen Wandel – Stellungnahme des Deutschen Kulturrates 3

Ein lebendiges Kulturerbe – Der dänische Kulturkanon und sein Beitrag zur Diskussion in Deutschland
Von Brian Mikkelsen 5

Integration und Kulturelle Vielfalt – Demokratische Zugänge zu einer integrativen Kulturpolitik
Von Max Fuchs 6

Die Zukunft ist multiethnisch und interkulturell – Kulturelle Vielfalt und interkulturelles Lernen in kulturpädagogischen Praxisfeldern
Von Rolf Witte 7

Kulturpolitik der Länder

Im April 2005 schaffte Schleswig-Holstein als erste Landesregierung das Kulturressort ab und verlegte die Kulturabteilung in die Staatskanzlei. Ministerpräsident Carstensen begründete diese Entscheidung mit seiner besonders großen Wertschätzung der Kultur gegenüber. Der Kulturbereich sollte mit der Verankerung in der Staatskanzlei aufgewertet werden und er wollte sich persönlich um die stärkere Förderung von Kultur kümmern. Nach der Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 wurde auch in diesem Bundesland die Kulturabteilung, die zuvor je nach Zusammensetzung der Landesregierung in verschiedenen Ministerien angesiedelt war, in die Staatskanzlei eingegliedert. Ministerpräsident Rüttgers ist zugleich Kulturminister. Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff war bis zur Mitte dieses Jahres sowohl Chef der Staatskanzlei als auch Kulturstaatssekretär. Inzwischen ist er ausschließlich für Kultur zuständig. Der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit hat sich dem Beispiel seiner Ministerpräsidentenkollegen angeschlossen, hat die Kulturabteilung aus der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur herausgelöst und ist nun neben der Tätigkeit als Regierender Bürgermeister zugleich Kultursenator. Der frühere Chef der Staatskanzlei André Schmitz ist Kulturstaatssekretär.
Nachdem nunmehr mit Berlin im dritten Land dieser Weg beschritten wurde, fragte *politik und kultur* nach, welche Erfahrungen in den beiden anderen Ländern, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, mit dieser Entscheidung bislang gesammelt wurden. Dabei wurden neben der Exekutive die Legislative und die Zivilgesellschaft befragt. Wichtig war dabei zu erfahren, welche Rolle Kulturpolitik in den Landtagen spielt, ob in den Landtagen eine Diskussion zu den kulturpolitischen Entscheidungen stattfinden. Es wurden daher alle kulturpolitischen Sprecher der Landtage von Schleswig-Holstein

Weiter auf Seite 3

Aus Sorge wurde Zustimmung

Was passiert, wenn die Kultur zur Chefsache wird • Von Peter Harry Carstensen

Die Entscheidung des neu gewählten Berliner Senats, die Kultur zur Chefsache zu machen, ist in den Feuilletons viel beachtet worden.

Ich habe das mit großem Interesse verfolgt – hatten wir doch vor gut eineinhalb Jahren in Schleswig-Holstein eine ähnliche Diskussion, als ich die Kultur in die Staatskanzlei geholt habe. Natürlich gab es am Anfang Befürchtungen und die Sorge, dass Kultur nur noch am Rande des politischen Tagesgeschäfts stattfindet. Wir haben inzwischen das Gegenteil bewiesen und gezeigt, dass diese Entscheidung den Stellenwert der Kultur gefestigt hat. So macht es mich auch ein wenig stolz, dass dieses erfolgreiche Konzept aus Schleswig-Holstein inzwischen auch in Nordrhein-Westfalen und in Berlin Nachahmer gefunden hat.

Der Wechsel der Kulturabteilung aus dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur in die Staatskanzlei klappte reibungslos. Die Abteilung und ihre nachgeordneten Behörden wie das Landesarchiv, das Landesamt für Denkmalschutz, die Landesbibliothek und die Landeszentrale für politische Bildung arbeiten nach wie zuvor sachkundig und professionell für die Kultur des nördlichsten Bundeslandes.

Ich sehe Kultur als eine Querschnittsaufgabe. Kultur betrifft alle Politikfelder und hat nur in wenigen Fällen hoheitliche Aufgaben. Eine Staatskanzlei ist deshalb auch der richtige Ort, um der Querschnittsfunktion der Kultur gerecht zu werden. Ich bin Ansprechpartner für die Kulturschaffenden und ihre Organisationen im Land, ich nehme viele Termine in diesem Bereich wahr. Der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Heinz Maurus, und meine Kulturbeauftragte Caroline Schwarz sind viel in „Sachen Kultur“ im Land unterwegs. Diese Präsenz wird registriert, sie zahlt sich aus – für beide Seiten.

Kultur ist vielschichtig. Sie ist Infrastruktur, sie ist ein Wirtschaftsfaktor, sie fördert die Identität der Menschen mit ihrer Heimat, sie ist eine Basis für die Entwicklung von Demokratie und Zivilgesellschaft, sie sichert Werte und macht eine Region erfahrbar.

Die von mir geführte Landesregierung hat sich der schwierigen Herausforderung der Haushaltskonsolidierung gestellt. Dafür müssen wir unsere Ausgaben überprüfen und uns von manch liebgewordenen oder auch wünschenswerten Vorhaben lösen. Dies ist nicht einfach und erfordert viel Überzeugungsarbeit. Wir stehen aber zu unserer Verantwortung für die Kultur in unserem Bundesland. Wir haben Kernaufgaben und Schwerpunkte definiert, weil wir uns eine Rundumversorgung nicht mehr leisten können und ich dies auch nicht als originäre Aufgabe staatlicher Kulturförderung sehe. Die Kulturpolitik der Staatskanzlei ist deshalb darauf ausgerichtet, gemeinsam mit der Wirtschaft und den Bürgern Kultur als ein Stück schleswig-holsteinischer Identität zu bewahren und zu entwickeln.

Was haben wir bisher erreicht, was planen wir in Schleswig-Holstein? Eine wichtige Entscheidung betraf die Kulturförderung. Sie war seit 1998 kontinuierlich gesenkt worden. Wir haben im Rahmen unserer Schwerpunkte in einigen Bereichen wieder mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Dies gilt für den Haushalt 2006 aber auch für den Etat 2007/2008. Über den Schleswig-Holstein-Fonds haben wir mehr Geld in die touristische Infrastruktur gesteckt. Sie kommt Projekten wie dem Ausbau des Wikingermuseums Haithabu oder dem letzten Abschnitt des Fürstengartens von Schloss Gottorf mit seinem Globushaus zugute. Dies stärkt den Kulturtourismus, ein Feld, das in den vergangenen Jahren zu wenig Beachtung fand. Die Resonanz darauf ist durchweg positiv. Die Tourismusagentur Schleswig-Holstein ist mit eingebunden und kann jetzt mit kulturfachlich ausgebildetem Personal den Kulturtourismus weiter stärken. So generiert zum Beispiel die Verzahnung von Museen und Tourismus einen Wachstumsmarkt, der die Kultur in den Mittelpunkt stellt und dabei gleichzeitig neue Zielgruppen für den Norden erschließt.

Wir denken auch an die Zukunft. Wir überlegen, wie sich Nachfrage und Nutzung von Kultur generationenübergreifend entwickeln. Dies ist der Hintergrund für meine Initiative zur Kinder- und Jugendkultur. Ein erster Erfolg ist die Museums-Card, mit der wir in diesem Sommer rund 30.000 Kinder und Jugendliche in die Museen des Landes gelockt haben. Dieses Projekt ist für unser Flächenland so erfolgreich gewesen, dass wir im kommenden Jahr daran anknüpfen werden. Wir wollen die junge Generation frühzeitig in unsere Kulturprojekte mit einbeziehen, wollen sie

Weiter auf Seite 4

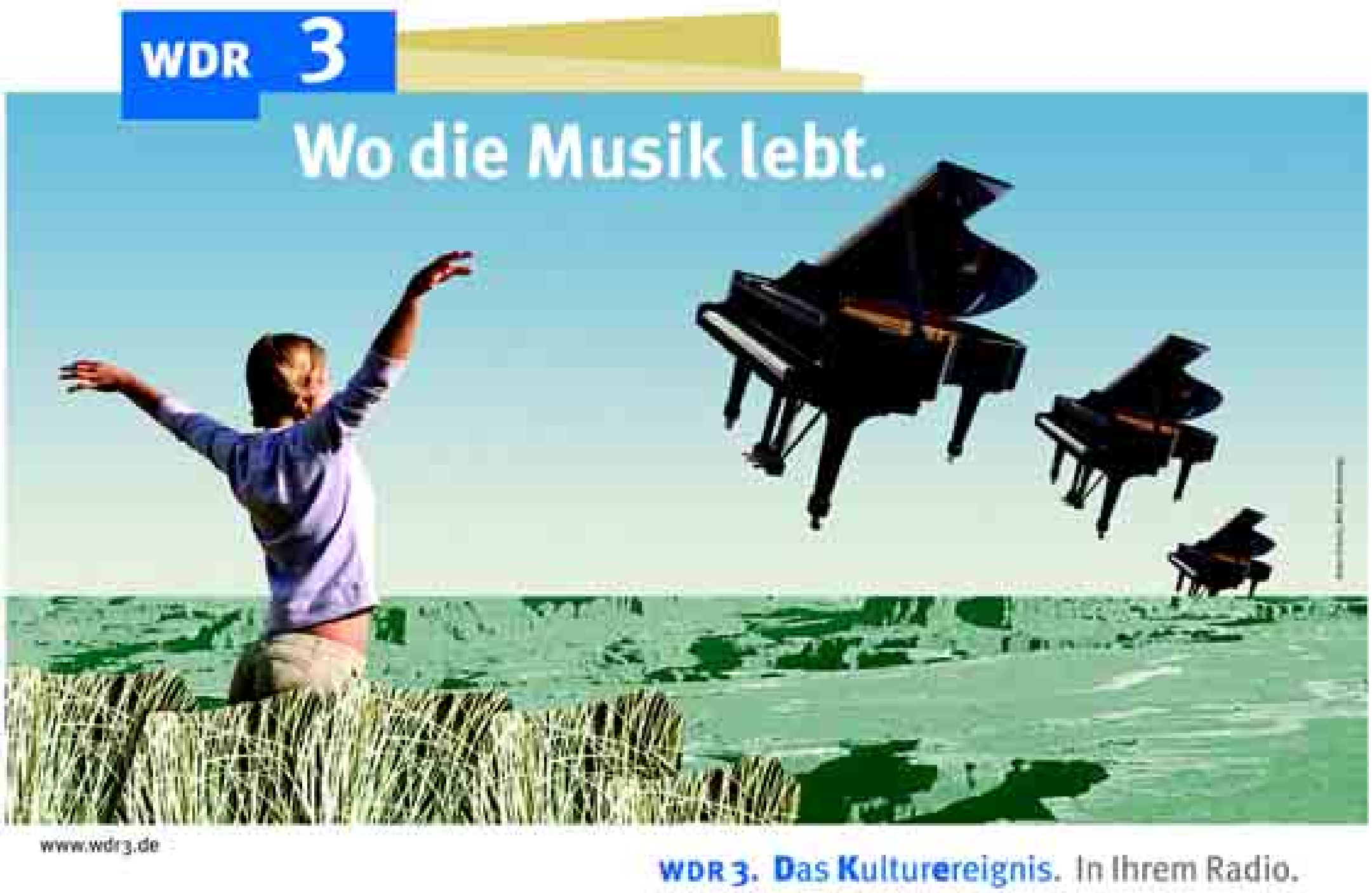
Fortsetzung von Seite 2

und Nordrhein-Westfalen um ihre Meinung gebeten. Dieses ist vor allem vor dem Hintergrund der Föderalismusreform von Bedeutung, denn hier wurden die Rechte der Länder mit Blick auf die Vertretung gesamtstaatlicher Interessen in Europa gestärkt. In der Ausgabe September – Oktober 2005 (5/2005) von *politik und kultur* gaben die Landtagspräsidenten zu verstehen, dass sie mit der Föderalismusreform neue Aufgaben auf sich zukommen sehen und sie auch in kulturpolitischen Fragen eine stärkere Abstimmung suchen. Wenn dieses gelingen soll, muss Kulturpolitik im Parlament einen wichtigen Stellenwert haben.

In Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein scheint bislang die Verankerung der Kulturabteilung in der Staatskanzlei nicht zu einer verstärkten kulturpolitischen Diskussion in den Landtagen geführt zu haben. Im Gegenteil: die Ansiedlung der Kulturabteilung in den Staatskanzleien führt zu einer weiteren Stärkung der Exekutive bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Legislative. Kultur nutzt zur Repräsentation, Kulturpolitik als demokratische Auseinandersetzung zu den Zielen der Kulturförderung und der Gestaltung der Rahmenbedingungen verliert an Bedeutung. Dieses wirkt sich auch auf die Auseinandersetzung mit der organisierten Zivilgesellschaft aus, die als Ansprechpartner beide, Regierung und Parlament, benötigt.

Die Erfahrungen in Schleswig-Holstein bewerten: Ministerpräsident **Peter Harry Carstensen**, MdL; **Sylvia Eisenberg**, MdL Vorsitzende des Bildungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags, **Ulrike Rodust**, MdL Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag; **Karl-Martin Hentschel**, MdL Vorsitzender und Kulturpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag; **Anke Spoorendonk**, MdL Vorsitzende der SSW-Gruppe im Schleswig-Holsteinischen Landtag; **Rolf Teucher**, Vorsitzender des Landeskulturverbands Schleswig-Holstein e.V. Die Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen werten aus: Kulturstaatssekretär **Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff**; **Fritz Behrens**, MdL Vorsitzender des Kulturausschusses des Landtags von Nordrhein-Westfalen; **Claudia Nell-Paul**, MdL Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion; **Oliver Keymis**, MdL Vizepräsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen und Kulturpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen; **Gerhart R. Baum**, Vorsitzender des Kulturrates NRW. **Monika Grütters**, Bundestagsabgeordnete aus Berlin und Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags und **Olaf Zimmermann**, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates setzen sich mit den möglichen Folgen der kulturpolitischen Machtverschiebung in Berlin auseinander.

Die Redaktion



Fortsetzung von Seite 3

Aus Sorge wurde Zustimmung

interessieren und damit das Fundament für die Zukunft legen.

Wirtschaft und Kultur werden bei uns besser miteinander verzahnt. Gemeinsam mit der Schleswig-Holsteinischen Investitionsbank gehen wir das Thema Kultursponsoring neu an. Dabei wollen wir die Projektförderung für Kunstprojekte in den Vordergrund stellen.

Natürlich kümmern wir uns intensiv um unserer kulturellen Flaggschiffe wie die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen mit Schloss Gottorf bei Schleswig und dem Wikingermuseum Haithabu. Unverzichtbar sind natürlich auch die Theater und das Schleswig-Holstein Musik Festival, das längst Weltruhm erlangt hat. Die Verankerung des Festivals in Schleswig-Holstein muss ebenso gesichert werden wie die Spielstätten im Land in den Herrenhäusern, Scheunen, Kirchen und Gärten. Aber auch spezielle Angebote wie Jazz Baltica oder die jährlich stattfindenden Nordischen Filmtage in Lübeck haben einen hohen Stellenwert für Schleswig-Holstein, da sie das kulturelle Profil unseres Landes auch international schärfen.

Es ist die Vielfalt und die Breite der Aktivitäten, die Schleswig-Holstein zu einem herausragenden Kulturstandort in Deutschland und Europa machen. Ich stehe als Ministerpräsident dafür und sehe mich als oberster Lobbyist der Kultur in unserem Land.

Der Verfasser ist Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein ■

Kultur wird zur „Chefsache“

Gute Basis zur Verbesserung der Kulturpolitik in Schleswig-Holstein • Von Sylvia Eisenberg

Die Erklärung des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, die „Kultur zur Chefsache“ zu machen, ist eine exzellente Entscheidung, da in einem Bundesland diese Aufgabe wohl kaum von noch höherer Stelle wahrgenommen werden kann.

Entsprechend den Koalitionsverhandlungen des letzten Jahres wurde die Kulturabteilung in der Staatskanzlei angesiedelt. Der Chef der Staatskanzlei ist dadurch qua Amt zum Kulturstaatssekretär geworden. Die Kieler Koalition macht also den hohen Stellenwert der Kultur deutlich und zeigt, welche Bedeutung die Kultur in unserem Lande genießt. Dieser hohe Stellenwert zeigt sich auch in dem Amt einer Kulturbeauftragten des Landes. Diese nimmt in ehrenamtlicher Tätigkeit ihre Aufgabe gewissenhaft, engagiert und unterstützend wahr. Dem erfolgreichen Standortfaktor „Kultur“ wird damit entsprochen und es wird alles getan, um diesen Standortfaktor zu stützen und fortzuentwickeln. Der schleswig-holsteinische Regierungschef – und mit ihm die Regierungskoalitionen – sieht Kunst und Kultur nicht als Verzierungen des Alltages. Für ihn gilt: Von der Kunst kann die Gesellschaft lernen. Allein durch die Person des Ministerpräsidenten gewinnt die Kultur im Land an Ansehen. Ansehen, das wiederum die große Stärke dieser getroffenen Entscheidung ausmacht.

Uns allen ist bewusst, dass die glorreichen finanziellen Zeiten vorbei sind, da alle Haushalte mit gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Kulturelle Einrichtungen müssen mehr denn je um Mittel kämpfen. Durch Ansiedelung der Kultur beim „Chef“ wird diese prekäre Situation zwar nicht unbedingt durch weitere zusätzliche Haushaltsmittel gelöst, doch kann eine Persönlichkeit sehr viel mehr z.B. im Bereich Sponsoring erreichen. Neben der Kostenfrage wird aber auch das Ansehen der Kultur verbessert. Schleswig-Holstein besitzt mit dem Schleswig-Holstein-Musikfestival und der Jazz Baltica attraktive Einrichtungen, die durchaus über die Landesgrenzen hinweg – natürlich auch bis ins Ausland – bekannt sind. Doch neben diesen „kulturellen Flaggschiffen“ hat unser Land zwischen den Meeren noch viele andere, große und kleine, bekannte und weniger bekannte kulturelle Möglichkeiten. Diese gilt es bekannter zu machen. Bekannter, im Sinne von „Das schaue ich mir einmal persönlich an.“ oder „Dafür kaufe ich mir jetzt eine Eintrittskarte und werde die (neuen) Eindrücke genießen.“.

Diese skizzierten Kerngedanken der Entscheidung „Kultur als Chefsache“, spiegeln sich ebenfalls in der Arbeit des Bildungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages wieder. Auch wenn die Bezeichnung des Ausschusses nicht unbedingt vermuten lässt, dass hier ebenfalls der Bereich „Kultur“ abgedeckt wird, ist dieses durchaus der Fall. Erlaubt sei an dieser Stelle auch der Hinweis darauf, dass der Begriff Kultur in seiner weitesten Verwendung alles bezeichnet, was der Mensch geschaffen hat, was also nicht naturgegeben ist. Der Bereich „Kultur“ im weitesten Sinne wird also von dem oben genannten Ausschuss abgedeckt. Aber auch der Bereich „Kultur“ im engeren Sinne wird selbstverständlich in die Tagesordnungen der Ausschusssitzungen integriert oder auch in „reinen“ Kulturausschusssitzungen behandelt. So wurden die Berichte der Landesregierung über „Kulturpolitische Schwerpunkte und Grundsätze“ und die Ergebnisse der Studie des Archäologischen Landesamtes über die Anmeldung des Danewerk als Weltkulturerbe thematisiert. Auch fand eine ganz individuelle Sitzung des Ausschusses im Schloss Gottorf in Schleswig statt.

Schloss Gottorf ist ein prächtiger Bau aus der Zeit der Renaissance und des Barock, zugleich der größte Profanbau Schleswig-Holsteins und seit 1947 Sitz der beiden Landesmuseen (Kunst und Kulturgeschichte/ Archäologie). Von der Mitte des 16. bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts war das Schloss Regierungssitz der Herzöge von Schleswig-Holstein-Gottorf. Die kunst- und kulturgeschichtliche Sammlung geht auf das 1878 gegründete Gustav-Thaulow-Museum in Kiel zurück und verfügt im Bereich der angewandten Kunst über wertvolle Altbestände an Möbeln, Glas, Keramik, Metall und Textil, vorwiegend aus dem nordeuropäischen Raum, die seit 1947 in einer intensiven Sammeltätigkeit erweitert wurden.

Thematisiert wurde in dieser Sitzung vor Ort mit dem Stiftungsvorstand der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf - Prof. Dr. Herwig Guratzsch und Prof. Dr. Claus von Carnap-Bornheim – der Stiftungsbericht für das Jahr 2004.

Die Mitglieder des Ausschusses nutzten diesen Sitzungstag ebenfalls für eine Exkursion zum Kulturdenkmal Danewerk, einer früh- bis hochmittelalterlichen Befestigungsanlage. Der Leiter des in Trägerschaft des Südschleswigschen Vereins befindlichen Danewirke-Museums stellte das Danewerk und die Arbeit des Museums vor.

Solche Einblicke vor Ort, die den Abgeordneten im Rahmen der parlamentarischen Arbeit leider nicht ständig möglich sind, gewährleisten eine sinnvolle Auseinandersetzung mit den kulturellen Gegebenheiten des Landes. Speziell die besondere Geschichte des nördlichsten deutschen Bundeslandes (u.a. Zeiten unter dänischer Herrschaft) verdient die kulturelle Aufarbeitung an der Basis.

Demnächst wird sich die Arbeit des Bildungsausschusses mit dem Bericht der Landesregierung über die Entwicklung und den Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein auseinandersetzen. Nach wie vor ist die wirtschaftliche Dimension des Kulturschaffens für Schleswig-Holstein von immenser Bedeutung. Die Fortführung des angesprochenen Berichtes ist eine gute Basis zur Justierung und immer weiteren Verbesserung der Kulturpolitik in Schleswig-Holstein. Ein Begehren, das die CDU-Landtagsfraktion sehr gerne und vor allen Dingen gemeinsam mit ihrem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen, dem „Chef“ der Kultur, umsetzen wird.

Die Verfasserin ist Vorsitzende des Bildungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages ■

Kultur darf nicht zum Privileg der Oberschicht werden

Von Ulrike Rodust

Grundsätze sozialdemokratischer Kulturpolitik sind die Vielfalt der kulturellen Angebote und ihre Erreichbarkeit. Wir setzen auf die Zusammenarbeit von kulturellen Institutionen des Landes, anderer öffentlicher sowie privater Träger. Die großen kulturellen „Leuchttürme“ wie das Schleswig-Holstein Musik Festival oder die Landesmuseen Schloss Gottorf gehören ebenso dazu wie kleinere Einrichtungen und Veranstaltungen in allen kulturellen Sparten. Die Erreichbarkeit muss gegeben sein, was die räumliche Nähe angeht. Sie muss aber auch gegeben sein, was die Inklusion aller Bevölkerungsschichten angeht, unabhängig von ihrem Einkommen. Kultur darf nicht zum Privileg der Oberschicht werden.

Schloss Gottorf im Winter **Foto: Landesmuseum Schloss Gottorf**

Hier kommt auf die Institutionen des Bildungswesens, besonders auf die Schulen, eine entscheidende Aufgabe zu, weil sie die jungen Menschen sowohl befähigen, als auch motivieren muss, sich für kulturelle Angebote lebenslang offen zu halten. Infolge dessen müssen breite Angebote der Kinder- und Jugendkultur geschaffen und gesichert werden.

Die öffentlichen Hände haben nicht die Möglichkeit, überall zur Defizitdeckung einzuspringen. Wir leben in Zeiten öffentlicher Armut und privaten Reichtums. Daher müssen sich alle Organisatoren kultureller Veranstaltungen darauf besinnen, ihre Eigeneinnahmen zu erhöhen, auch über den Verkauf von Eintrittskarten hinaus. Spendeneinwerbung und Sponsoring gehören dazu, auch wenn ich großes Verständnis dafür habe, dass Kulturschaffende lieber kreativ tätig sind als bei der Einwerbung von Geldmitteln mitzuwirken.

Das Ziel der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse bedeutet auch, dass kulturelle Angebote sich nicht in wenige Großstädte und Ballungszentren zurückziehen.

Der Landtag hat im Frühjahr 2004 einen umfangreichen Bericht der damaligen Landesregierung zur Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein entgegengenommen. Er hat deutlich gemacht, dass Kultur nicht nur ein „weicher“, sondern durchaus auch ein „harter“ Wirtschaftsfaktor ist, der in Schleswig-Holstein fast 30.000 Arbeitsplätze schafft. Darüber hinaus ist für Schleswig-Holstein als touristisches Schwerpunktland ein vielfältiges kulturelles Angebot nicht nur für die Versorgung der eigenen Bevölkerung – die bei allen Überlegungen im Mittelpunkt zu stehen hat – sondern auch für die touristische Attraktivität von entscheidender Bedeutung.

Auch vor der Regierungsbildung 2005 hat es in Schleswig-Holstein kein eigenständiges Kulturministerium gegeben. In einem kleinen Flächenstaat wäre dies weder finanzierbar noch politisch vermittelbar. Die Kulturabteilung war bis 2005 ins Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur integriert.

Die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen Schleswig-Holsteins haben die Förderung der kulturellen Vielfalt unseres Landes, ganz besonders aber die Kulturarbeit der bei uns vertretenen Minderheiten der Dänen, der Friesen sowie der Sinti und Roma, zu einem inhaltlichen Schwerpunkt der Politik gemacht. Nichtsdestoweniger musste und muss die Prioritätensetzung auf der Unterstützung und Weiterentwicklung der Schulen und der Hochschulen liegen. Ein grundsätzliches

Weiter auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Einspartabu, wie es vor allem für die Schulen und den Lehrerpersonalhaushalt galt, konnte es daher auch in der Vergangenheit nicht geben, wobei ich Wert auf die Feststellung lege, dass die Kulturförderung keineswegs zum „Sparschwein“ zur Gegenfinanzierung aller anderen Politikbereiche missbraucht wurde.

Bei der Bildung nach der Großen Koalition nach der Landtagswahl 2005 wurde die Formel gefunden, dass jeder der beiden Partner, die aus den Wahlen annähernd gleich stark hervorgegangen sind, vier Kabinettsmitglieder stellt, die Sozialdemokraten, die Minister für Inneres, Bildung und Frauen, Soziales sowie Justiz, Arbeit und Europa, die CDU den Finanzminister, den Wissenschafts- und Wirtschaftsminister, den Umwelt- und Landwirtschaftsminister sowie den Ministerpräsidenten. Bei der Neuzuschneidung der Ressorts wurde beschlossen, den Bildungsbereich als eigenständiges Ressort abzutrennen und die Frauen- und Gleichstellungspolitik in diesem Ministerium zu bündeln; der Wissenschaftsbereich wurde mit dem Wirtschaftsministerium verbunden, und die Kultur sowie die Erwachsenenbildung gingen in die Staatskanzlei.

Der Koalitionsvertrag setzt sich den Erhalt und Ausbau der Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein zum Ziel. Neben der Förderung der Minderheiten werden die Kulturwirtschaftsförderung und der Kulturtourismus, die Stärkung der überregionalen Schwerpunkte Schloss Gottorf, Haithabu und das Schleswig-Holstein Musik Festival sowie die Kulturinitiative „ars baltica“ als besondere Schwerpunkte genannt.

Wenn der Ministerpräsident statt einer Ressortministerin die Kulturpolitik der Landesregierung vertritt, ist dies sicher im öffentlichen Erscheinungsbild kein Abstieg. Auch für die Große Koalition gilt natürlich, dass die Haushaltslage Schleswig-Holsteins außerordentlich schwierig ist und es nur sehr wenige Tabubereiche für Einsparungen gibt. Die Kultur gehört grundsätzlich nicht zu diesen Tabubereichen, jedoch kann ich als kulturpolitische Sprecherin mit großer Zufriedenheit feststellen, dass hier Einschnitte weitgehend vermieden werden konnten. Die Landesregierung hat die Mittel für die Kulturförderung gegenüber dem Vorjahreshaushalt sogar noch erhöht.

Aus kulturpolitischer Sicht bin ich mit der gemeinsam verantworteten Kulturpolitik der Landesregierung durchaus zufrieden. Aus finanzpolitischer Sicht gibt es jedoch nicht ganz unbegründete Kritik daran, ob es angesichts sehr weit reichender Sparvorgaben für die gesamte Landesverwaltung, einschließlich erheblichen und schmerzhaften Eingriffen in die Bezahlung der Beamten, vertretbar ist, den Kultursektor, also in erster Linie einen Zuwendungsbereich, von Einsparmaßnahmen freizustellen. Diese Frage muss auf der Ebene des Kabinetts, aber auch auf der Ebene der Koalitionsfraktionen grundsätzlich diskutiert werden.

Besonders hervorheben möchte ich, dass sich auch unser Europaminister Uwe Döring sehr engagiert zeigt, wenn es darum geht, europäische Finanzierungsquellen für die Weiterführung von Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen wie der im gesamten Ostseeraum hochgeschätzten Academia Baltica zu erschließen.

Die Verfasserin ist kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein ■

Kulturpolitik ohne eigene Postanschrift

Erweist Klaus Wowereit der Berliner Kultur einen Bärendienst? • Von Karl-Martin Hentschel

Im Zuge der Neuformierung seiner rot-roten Koalition hat sich Klaus Wowereit als Regierender Bürgermeister von Berlin dazu entschieden, die Zuständigkeit für Kulturpolitik in die Senatskanzlei zu holen. Politisch eine schlaue Entscheidung, so will man meinen. Denn zum einen entledigte sich Wowereit damit des glücklosen PDS-Kultursenators Flierl, zum anderen kann er die reiche Kultur Berlins seinem Image dienstbar machen. Schließlich meinten böse Zungen in der Stadt schon vorher, Wowereit käme zu jeder Eröffnung, und ginge es dabei nur um einen Briefumschlag. Doch nicht jede politische Entscheidung, die schlau scheint, muss deshalb auch klug sein.

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen zog im Jahre 2005 ebenfalls die Kulturpolitik zu sich in die Staatskanzlei und erklärte, Kultur zur Chefsache machen zu wollen. „Versprechen oder Drohung?“ fragte ich schon damals in einer Pressemitteilung angesichts dieser Ankündigung.

Denn wenn „Chefsache“ bedeuten soll, dass die Bedeutung der Kultur für viele Aspekte der gesellschaftlichen und auch der ökonomischen Entwicklung neuentdeckt wird und aufgewertet werden soll, ist das in meinen Grünen Ohren durchaus ein Versprechen. Wir als Grüne sind in unserer Debatte inspiriert von den Theorien des amerikanischen Sozialwissenschaftlers Richard Florida, der den Zusammenhang zwischen so genannten „weichen Standortfaktoren“ wie dem kulturellen Angebot und der Prosperität einer Stadt und Region nachgewiesen hat. Die Grünen in Hamburg haben diese Ideen in ihr Konzept der „Kreativen Stadt“ einbezogen und ernten dafür viel Zuspruch. Kultur übernimmt also viele Funktionen innerhalb einer Gesellschaft, dazu gehört auch, dass sie über die Bildung regionaler Identität gemeinschaftsstiftend wirkt und die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes befördert.

Und doch ist Kultur soviel mehr. Daher kann die Feststellung, dass Kultur viele Funktionen erfüllt, keine Legitimation dafür sein, Kulturpolitik zu funktionalisieren. Denn das ist kein Versprechen, sondern eine Drohung. Dabei gilt es zu bedenken: Einem Ministerpräsidenten ist es von Amts wegen zueigen, populär sein zu wollen. Entschiedene Parteinahme darf Kultur von ihm besonders dann erwarten, wenn sie mehrheitstauglich, wenn sie leicht vermittelbar, wenn sie eben populär ist. Jahrhunderte diente die Kunst oft dazu, die Glorie von politischer Herrschaft zu illuminieren. Kunst diente der Politik. Gerade deshalb war und bleibt es eine Errungenschaft, der Kulturpolitik eine eigene Postanschrift in der Regierung zu geben, ihr einen eigenen Platz am Kabinettstisch einzuräumen. Denn nur so dient die Politik der Kultur. Und zwar gerade jener Kultur, die sich ihre Lobby noch nicht selbst erkämpft hat – ob sie dabei nun politisch bequem ist oder nicht.

Ein Sinnbild dafür, wohin Kulturpolitik führt, die sich als Partygirlande um die Politik eines Regierungschefs schlingen soll, ist der Ausspruch von Peter Harry Carstensen am Rande der Eckernförder Heringstage im Jahre 2005: „Wer sich hier nicht amüsiert, der kann gern zuhause bleiben.“ Wem mein Geschmack nicht gefällt, der soll doch zuhause bleiben, lautet also die Botschaft. Hier ordnet sich Kulturpolitik nicht nur der Funktionalität unter, sondern begibt sich auf Rummelplatzniveau.

Dabei will ich kein Missverständnis entstehen lassen: Auch ich genieße Kultur, über die ich mich amüsieren kann. Aber in erster Linie verstehen wir in einer Kulturnation unter Kultur etwas anderes als das süffige, leicht bekömmliche Event-Business, das mehr und mehr droht, das zu verdrängen, was wir unter Hochkultur verstehen. Eine Kultur, die man sich erst erarbeiten muss und die einen herausfordert, die einen dann aber reich beschenkt mit Reflexion und Identitätsentwicklung, mit Verständnis für andere Menschen und mit Genüssen, die über materiellen Konsum hinausgehen. Und eine Kultur, die Auswirkungen auf die Gesellschaft hat. Um den Schleswig-Holsteiner Friedrich Hebbel zu zitieren: „Die Kultur ist das Gewissen der Menschheit.“ Im Wesen dieses Gewissens liegt es, dass es sich nicht immer angenehm macht, dass es provoziert und auch Widerspruch produziert, um damit gesellschaftlichen Diskurs zu entzünden. Sich nicht angenehm machen, provozieren und Widerspruch zu produzieren – das alles liegt nicht im Interesse eines Regierungschefs. Erst recht nicht, wenn es um einen Ministerpräsidenten Carstensen geht, von dem meine Fraktionskollegin Monika Heinold einmal so treffend sagte, sein Regierungsmotto laute „Ich bin immer da, wo die Musi spielt.“

Ein guter Kulturminister aber ist immer auch ein streitbarer Kulturminister, der sich zum Anwalt einer Kultur macht, die keine unmittelbaren Verwertungsinteressen befriedigt, sondern Inseln der geistig-kulturellen Freiheit schafft. Nicht Volksmusik, nicht Popular-Kultur sind deshalb Aufgabe staatlicher Kulturpolitik, sondern es ist das „Besondere“: In Schleswig-Holstein beispielsweise die Bewahrung des historischen Erbes in Haithabu, die Entdeckung kultureller Schätze der Welt im Schleswig-Holstein-Musikfestival, die Stärkung von kulturellen Selbstfindungsprozessen und Entdeckungen in der Soziokultur, die Schaffung von Spielräumen für avantgardistische Experimente. Und nicht zuletzt ist Kulturpolitik auch Bildungspolitik und Jugendpolitik, denn Kultur hilft, die Welt der Vergangenheit zu deuten, die Welt der Gegenwart zu verstehen und die Welt der Zukunft zu entwerfen.

Zeichnung: Dieko Müller

Mittlerweile hat sich gezeigt, dass Kulturpolitik als „Chefsache“ zumindest in Schleswig-Holstein eher eine Drohung ist. Das Stichwort Soziokultur kommt im ersten Bericht der Landesregierung nicht mehr vor. Die Bedeutung der Entwicklung einer Kultur des Zusammenlebens von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen stößt auf Desinteresse. Der Titel im Haushalt wurde konsequenterweise drastisch zusammengestrichen. Genauso bitter trifft es den gesamten Bereich der Jugendkultur, der als Schwerpunkt der Landespolitik sang- und klanglos untergegangen ist.

Staatliche Kulturpolitik aus der schleswig-holsteinischen Staatskanzlei leistet genau das, was sie nicht zu leisten braucht: Sie tummelt sich dort, wo sich ohnehin alle tummeln. Die Nische, das Besondere, das Komplexe und das Herausfordernde interessiert sie nicht. Denn es ist eben nicht populär.

Den Berlinern bleibt zu wünschen, dass ihr „Regierender“, der im Wahlkampf fleißig „Wowi-Bären“ verteilte, der Kultur nicht einen ebensolchen Bärendienst erweist. Denn wie sagte schon Grillparzer:

„Kunstliebe ohne Kunstsinn,
Bringt bei Fürsten wenig Gewinn,
Sie öffnet Kunstschwätzern ihr Ohr,
Und die Kunst bleibt einsam wie zuvor.“

Der Verfasser ist Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Schleswig-Holstein und Kulturpolitischer Sprecher ■

Abonnieren oder empfehlen Sie puk und Sie erhalten ein ganz besonderes Dankeschön!

25 JAHRE DEUTSCHER KULTURRAT

Die Jubiläums-DVD

25 Jahre Deutscher Kulturrat spiegeln auch 25 Jahre Kulturpolitik in Deutschland wider. Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben blicken nach vorne und zurück.

Mit über 95 Minuten, Interviews, Duskussionen, Vorträgen, Kommentaren und Musik

Ich möchte politik und kultur (puk) abonnieren (€ 18,00/6 Ausgaben im Jahr, inkl. Porto) und erhalte als Geschenk die DVD:

25 Jahre Deutscher Kulturrat – Die Jubiläums-DVD

Meine Adresse (=Rechnungsanschrift)

Ich abonniere puk

Name

Straße

PLZ **Ort**

Unterschrift/Datum

Coupon einsenden/faxen an: ConBrio Verlagsgesellschaft mbH, Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, Fax: 0941/945 93 50

Kulturpolitik in Schleswig-Holstein

Kultur braucht Stimme und Gewicht • Von Rolf Teucher

Die im Jahr 2005 gewählte schleswig-holsteinische Landesregierung war die erste, die glaubte, ohne ein eigenständiges Kulturministerium auskommen zu können. Der neue Ministerpräsident, Peter Harry Carstensen, der nach dem Wahldebakel von Heide Simonis von einer Koalition aus CDU und SPD gewählt wurde, erklärte die Kultur kurzerhand zur Chefsache und verleibte sie sich in die Staatskanzlei ein.

Inzwischen gibt es mit Nordrhein-Westfalen und Berlin zwei weitere Bundesländer, die auf einen Kulturminister oder eine Kulturministerin bzw. einen Kultur-Senator oder eine Kultur-Senatorin verzichten. Obwohl dies aus völlig unterschiedlichen Gründen geschah, gaben doch alle Regierungschefs der aufhorchenden Öffentlichkeit und der staunenden Kultur-Clientel die gleiche Erklärung kund: Es könne der Kultur doch nichts Besseres geschehen, als vom Chef selbst geführt und beschützt zu werden.

Wie aber sieht es in der Realität aus? Was hat sich entwickelt oder auch nicht entwickelt im Land südlich der dänischen Grenze, dem Land voll Wind und Wetter oder – wie es von sich selbst sagt – dem Land der unbegrenzten Horizonte? Der Landeskulturverband Schleswig-Holstein e.V. zieht eine Zwischenbilanz.

Als die neue Schleswig-Holsteinische Landesregierung im April vergangenen Jahres ihre Arbeit aufnahm, tat sie dies mit der Propagierung zweier politischer Hauptthemen: Schaffung von Arbeitsplätzen und Stärkung der Wirtschaft unter dem Motto „Vorfahrt für Wirtschaft und Arbeit“ sowie Abbau von Bürokratie unter dem Stichwort „Verwaltungsmodernisierung“.

In der 24-seitigen Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen fand man deshalb auch nur eine halbe Seite zur Kulturpolitik, wobei der Kernsatz verdeutlicht, warum der Landeskulturverband Schleswig-Holstein e.V. parallel zum Deutschen Kulturrat bereits vor dem Bekanntwerden der Erklärung zur Feder griff und Protest anmeldete: „Für mich“, so Carstensen, „war die Entscheidung, die Kulturpolitik des Landes künftig aus der Staatskanzlei zu steuern, eine Herzensangelegenheit.“

Dass er dazu dann auch noch die Aufgaben des bisherigen traditionellen Kultusministeriums nicht nur auf die Staatskanzlei, sondern gleich auf noch zwei weitere Ressorts aufteilte und anstelle der Kulturministerin eine ehrenamtlich fungierende „Beauftragte für Kultur und Minderheiten“ – die taz nannte sie bezeichnenderweise „eine Beauftrage für Kultur und andere Minderheiten“ – berief, fand keineswegs die ungeteilte Zustimmung der Kulturschaffenden im Lande.

Auch im nationalen Blätterwald rauschte es. Die Süddeutsche Zeitung zum Beispiel betitelte ihren Bericht über die Abschaffung des Kulturministeriums und die Einsparung eines Kulturministers bzw. einer Kulturministerin damit, dass die Kultur in Schleswig-Holstein ab sofort „Oben ohne“ sei.

Salzspeicher Lübeck — Foto: Hansestadt Lübeck

Inzwischen sind rund 18 Monate ins Land gegangen. So mancher Protest hat sich gelegt. So mancher Kulturschaffende und so mancher Kulturfunktionär hat sich wieder seinen Alltagsaufgaben zugewandt. Man hat sich gewöhnt. Man hat sich arrangiert. Man trifft sich in diesem kleinen Land ja immer mehrmals.

Allerdings: Eine kulturelle „Hallstein-Doktrin“ aufzustellen unter dem Motto „Wer das Kulturministerium abschafft, zu dem unterhalte ich keine Beziehungen“ wäre ganz sicher das falsche Signal gewesen und ist es auch noch heute.

Diese anscheinende Ruhe in Schleswig-Holstein scheint allerdings Länder wie Nordrhein-Westfalen und Berlin geradezu animiert zu haben, dem Beispiel des nördlichsten Bundesland zu folgen.

Dabei gibt es dort keinerlei Anlass zur Euphorie. Im Gegenteil: Sieht man einmal von einer kleinen Regierungs-Initiative „Stärkung der Kinder- und Jugendkultur“ und einem teuren Auftrag zu Untersuchung des Kulturtourismus' ab, hat sich im Land zwischen den Meeren für die Entwicklung der Kultur nichts Positives getan.

Die Regierungsbeschlüsse zum Landeshaushalt 2007/2008 treffen die Kultur in Schleswig-Holstein sogar hart. Das Versprechen des Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen bei seinem Amtsantritt, er werde die Kultur zur Chefsache machen und so schützend seine Hand über sie halten, scheint nun nicht mehr zu gelten: Theater, öffentliche Büchereien und Bildungsstätten sind existenziell gefährdet! Die Zuschüsse für die Theater und öffentlichen Büchereien sollen eingefroren werden, die Bildungsstätten sollen weniger Geld bekommen und die Kommunen sollen pauschal auf jährlich 120 Millionen Euro zugunsten des Landes verzichten, um so das Wachstum des Defizits im Landeshaushaltes abzubremsen.

Wen wird es also wundern, wenn nun befürchtet wird, dass die Kommunen dem schlechten Beispiel des Landes folgen und ihrerseits bei Theatern, öffentlichen Bibliotheken, Volkshochschulen, Musikschulen und Museen einsparen – noch mehr als bisher schon. Inzwischen wächst in Schleswig-Holstein nicht nur das Unbehangen an einer Ressorteinteilung, die zum Beispiel die wissenschaftlichen Bibliotheken dem Wirtschaftsministerium, die öffentlichen Bibliotheken der Staatskanzlei und die Schulbibliotheken dem Bildungsministerium zuordnet, sondern auch der Zweifel daran, ob es sich für die Kultur wirklich gelohnt hat, dass sich der Regierungschef im Mai 2005 kurzerhand selbst zum Kulturminister ernannte.

Zwar kommt es grundsätzlich nicht in erster Linie darauf ankommt, **w e r** die Aufgabe ausführt, sondern darauf, w i e sie ausgeführt wird. Aber **w i e** eine Aufgabe ausgeführt wird, hängt eben nicht nur vom guten Willen der handelnden Personen ab, sondern auch von deren Kraft- und vor allem Zeitressourcen.

Ein Ministerpräsident muss die Interessen aller Ressorts vertreten; da wird dann die Kultur sehr schnell zum schmückenden Beiwerk für gut inszenierte öffentliche Auftritte. Ein Fachressort lässt sich eben nicht so einfach nebenbei in der Regierungszentrale mitbetreuen. Es ist ja bisher auch niemand auf die Idee gekommen, zum Beispiel das Landwirtschaftsressort oder das Justizministerium in die Staatskanzlei einzugliedern, obwohl diese doch im nationalen und europäischen Kontext weit weniger Gestaltungsspielraum und Entscheidungskompetenzen haben, als ein Kulturministerium.

Immerhin ist die Kulturhoheit eine der wesentlichen Grundlagen für die Existenz der Länder und die föderale Struktur der Bundesrepublik. Die Länder, in denen die Kulturministerien abgeschafft wurden, sollten sich dessen wieder stärker bewusst werden. Und sie sollten sich darauf besinnen, dass die Kultur eine eigenständige politische Interessenvertretung benötigt, die – notfalls auch in der Auseinandersetzung mit den anderen Ressorts – der Kultur Stimme und Gewicht gibt und sich nicht verliert in der Kompromissfähigkeit und Kompromissnotwendigkeit eines Regierungschefs.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Landeskulturverbandes Schleswig-Holstein e.V. ■

Repräsentieren

Kulturpolitik in Schleswig-Holstein • Von Anke Spoorendonk

Der SSW stand der Entscheidung des Ministerpräsidenten, Kulturpolitik zur „Chefsache“ zu machen, skeptisch, aber nicht von vornherein ablehnend gegenüber. Allerdings stellt sich wirklich zunehmend die Frage, ob sich dieses „schleswig-holsteinische Modell“ nun auch bewährt hat.

Es hat sich bewährt, wenn damit das persönliche Engagement von Peter Harry Carstensen gemeint ist. Er hat im Laufe dieses ersten Jahres an einer Vielzahl von Kulturveranstaltungen, Ausstellungen und Events teilgenommen. Mit seinem Pondus hat er dazu beigetragen, dass Kulturereignisse in der Öffentlichkeit verstärkt wahrgenommen werden: der Ministerpräsident kommt, und es wird in den Medien darüber berichtet.

Als eigentliche Erneuerung in der Kulturpolitik des Landes ist bei mir allerdings nur das Kulturtreffen auf Schloss Salzau angekommen. Damit hat Peter Harry Carstensen eine neue, interessante Form des Dialogs zwischen Politik, Künstlern und Kulturschaffenden initiiert. Grundsätzlich gilt aber, dass die Personalunion von Ministerpräsident und Kulturminister nicht dazu geführt hat, dass die Ausgestaltung der Kulturpolitik im Landtag verstärkt thematisiert wird. Die Kulturpolitik hat es schon vor der „Übernahme“ durch den neuen Ministerpräsidenten viel zu selten auf die Tagesordnung des Landtages geschafft, und diese Situation hat sich allenfalls zum Schlechteren gewandelt.

Mit der Auflösung des „Kulturministeriums“ ist eine Aufteilung der Kulturaufgaben auf drei Ressorts erfolgt – das Wissenschaftsministerium, das Bildungsministerium und die Staatskanzlei. Dieses hat weder dazu geführt, dass die Kulturpolitik in der Landespolitik präsenter ist, noch haben sich daraus inhaltlich wesentliche neue Schwerpunktsetzungen ergeben. Vor allem die so dringliche Verstetigung der Kulturförderung ist nirgends in Sicht.

Der Ministerpräsident trägt durch seine Person und seine Politik die Kulturpolitik sogar eher aus dem politischen Raum heraus. Seine Kulturpolitik ist stark vom Bestreben geprägt, zusätzliche Gelder von Sponsoren, Stiftern und Mäzenen ein zu werben. Jenseits der allgemeinen Bedenken, die man gegen ein solches privates – und damit auch durch Einzelpersonen widerrufbares – Engagement hegen kann, bin ich skeptisch, ob Peter Harry Carstensen auf diesem Wege eine Verbesserung der Kulturförderung gelingen wird. Außerdem habe ich Sorge, dass die Kulturpolitik in Schleswig-Holstein durch diese Politik (zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung) zu sehr auf Veranstaltungen verengt wird, die auch dem Image und der Öffentlichkeitsarbeit des Ministerpräsidenten entsprechen. Kleinere Initiativen und soziokulturelle Aspekte bleiben damit auf der Strecke.

Daher mein Fazit: auch wenn Peter Harry Carstensen redlich bemüht ist, die Kultur in Schleswig-Holstein zu repräsentieren, werden grundlegende Probleme der Kulturförderung nicht gelöst. Die öffentliche Wahrnehmung der Kulturpolitik reduziert sich auf mehr oder weniger glanzvolle Auftritte unseres Ministerpräsidenten auf eher „traditionellen“ kulturellen Veranstaltungen, wie großen Ausstellungseröffnungen. Vor diesem Hintergrund hat sich das „schleswig-holsteinische Modell“ nicht bewährt. Der SSW wird daher zukünftig für die Eigenständigkeit des Kulturressorts eintreten.

Die Verfasserin ist Vorsitzende der SSW-Gruppe im Schleswig-Holsteinischen Landtag ■

Kultur Chefsache? – Chefsache Kultur

Kultur ins Zentrum der Macht • Von Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff

Jüngst ist die Debatte wieder aufgeflammt, welche Rolle die Kultur im Konzert der Fachministerien eigentlich spielen sollte. Die einen fordern ein eigenes Kulturministerium, andere wollen wenigstens einen auch für Kultur zuständigen Minister, die nächsten halten die Zuordnung beim Regierungschef für den Untergang der Kultur, wieder andere für ihre Rettung.

In Nordrhein-Westfalen haben wir bereits seit anderthalb Jahren Erfahrungen mit einer solchen Konstellation. Um es vorwegzunehmen: Es ist eine glückliche Konstellation. Bis zur letzten Landtagswahl gehörte die Kultur stets unterschiedlichen Fachministerien an: zum Schul- und Wissenschaftsressort und zuletzt zu den Bereichen Städtebau, Wohnen und Sport. In allen diesen Kombinationen hat sie jedoch eine relativ untergeordnete Rolle gespielt und den jeweiligen Amtsinhabern vor allem attraktive öffentlichkeitswirksame Auftrittsmöglichkeiten geboten.

Wenn die Kultur unmittelbar beim Vorsitzenden der Kabinettsrunde, dem Ministerpräsidenten, angesiedelt und mit einem eigenen Staatssekretär ausgestattet wird, hat sie eine sehr starke Stellung. Sie gelangt ins Zentrum der Macht. Sie hat den mächtigsten Mann im Kabinett als ihren „Minister“. Und sie verfügt über eine Führungsperson, die sich von morgens bis abends ausschließlich um die Kultur kümmern kann.

Für eine Ansiedlung des Kulturressorts beim Ministerpräsidenten spricht aber vor allem, dass die Kultur inzwischen zu einer Querschnittsaufgabe geworden ist, die für die Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen eine elementare Bedeutung gewonnen hat. Für ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen kommt es entscheidend darauf an, ob es die nötige Kreativität und Innovationskraft aufbringt, um den dringend nötigen Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft voranzutreiben. Diesen Wandel bewirkt Kultur. Damit erhält die Kultur eine so grundsätzliche Bedeutung, dass sie zwangsläufig zur Chefsache werden muss.

Es geht also nicht um eine Frage des Organigramms, sondern um das

Weiter auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Grundverständnis dessen, welche Aufgabe Kulturpolitik hat! Unser Staat braucht die Kultur. Schließlich sind wir uns alle darin einig, ein Kulturstaat zu sein, wenn auch unscharf bleibt, was das heißt. Unser Staat muss ein höchstes Interesse an der Lebendigkeit der Kultur haben, in der er sein Fundament hat. Die konstitutiven Elemente unserer Kultur in allen Bereichen zu pflegen, zu erhalten und – gerade auch auf dem Wege ihrer intellektuellen und künstlerischen Fragestellung – weiterzuentwickeln, muss für die Politik allerhöchste Priorität haben.

Mit der Zuordnung der Kultur zum Ministerpräsidenten ergibt sich also die Chance für einen völlig neuen Stellenwert der Kultur in der politischen Arbeit einer Landesregierung. Wenn jetzt ein operativ tätiges Fachressort wie die Kulturabteilung in die Staatskanzlei aufgenommen wird, so ist das für alle Beteiligten zwar zunächst einmal gewöhnungsbedürftig. Doch damit gewinnt die Kulturabteilung ein echtes „Privileg“: Sie nimmt einerseits die Arbeit der Landesregierung als ganzer und damit die Tätigkeiten der anderen Ressorts völlig anders wahr und wird andererseits von diesen auch ganz anders wahrgenommen. Es eröffnet sich die Chance, Kultur generell zu einem Ferment von Politik werden zu lassen.

Dieser Stärkung des Kulturressorts entspricht in Nordrhein-Westfalen eine deutliche Verbesserung der finanziellen Ausstattung des Kulturbereichs: Wir verdoppeln in dieser Legislaturperiode nicht nur die Mittel für die Kulturförderung, sondern schaffen auch mit umfangreichen Verpflichtungsermächtigungen Planungssicherheit für mehrere Jahre. Ohne Ressortierung in der Staatskanzlei wären solche Neuerungen ebenso wenig denkbar wie die Vereinfachung von Antrags- und Verwendungsnachweisverfahren z.B. für Laienmusikvereine u.ä.

Unser großer Schwerpunkt liegt im Bereich der kulturellen Bildung. Die Auseinandersetzung mit zentralen künstlerischen, literarischen, geschichtlichen, religiösen und wissenschaftlichen Zeugnissen, Leistungen und Ereignissen unserer Kultur muss verbindlich in der Schule vermittelt werden. Angesichts der Betroffenheit mehrerer Fachressorts (Schule, Jugend) war dies nur aus der Staatskanzlei heraus so schnell voranzutreiben: Bereits in diesem Schuljahr besuchen mehr als 700 Künstlerinnen und Künstler jede Woche für zwei Stunden unsere Schulen. Im nächsten Schuljahr sollen es mindestens doppelt so viele sein. Auch sollen Kulturinstitute regelmäßig in die Schulen gehen. Langfristig haben wir den Ehrgeiz, dass jedes Kind im Laufe seiner Schulzeit mit jeder Kunstsparte in Berührung kommt und die Chance erhält, sich in einer Sparte auch aktiv zu entfalten.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet das Thema Kultureller Substanzerhalt. So verrotten in unseren Archiven und Depots kulturell wertvolle Bestände, ohne dass sich jemand in unserem allzu sehr auf Events und Besucherzahlen ausgerichteten Kulturbetrieb darum kümmert. Daher haben wir im Jahr 2006 zusammen mit den Landschaftsverbänden ein flächendeckendes Netzwerk aufgebaut, um das vom Säurefraß bedrohte Papiergut in unseren Archiven zu retten. Ähnliche Rettungsaktionen gibt es im Film- und Videobereich. Und für die Museumsbestände planen wir ein Restaurierungsprogramm.

Ein dritter Schwerpunkt besteht darin, zusammen mit den Kommunen den kulturellen Reichtum unseres Landes zu profilieren und auch international besser darzustellen als bisher. Mit der Auswahl Essens und des Ruhrgebiets als Kulturhauptstadt, mit der RuhrTriennale und mit den Vorarbeiten für ein groß angelegtes Frankreichprojekt im Jahr 2008 werben wir für den Kulturstandort Nordrhein-Westfalen.

Um weitere wichtige Akzentsetzungen zu benennen: Die Bibliotheksfördermittel haben wir im Vergleich zu 2005 um rund 80% erhöht. Wir haben im Bereich der Laienmusik die Projektmittel verdoppelt und werden sie weiter erhöhen. Insgesamt wird die Förderung der Musik im Jahr 2007 um knapp 20% erhöht. Die Mittel für die Landestheater haben wir um knapp 10% heraufgesetzt und werden sie im Jahr 2007 noch einmal entsprechend erhöhen. Damit wollen wir insbesondere den Bereich Kinder- und Jugendtheater fördern. Die Filmförderung konnten wir im Jahr 2006 um 25% erhöhen, für das neue Jahr ist eine weitere Anhebung der Mittel um abermals 25% vorgesehen. Auch bei der Literaturförderung konnten wir rund 21,5% zulegen, die Mittel sollen im Jahr 2007 noch einmal um 15% steigen. Für die regionale Kulturpolitik stieg der Ansatz um die Hälfte.

So können Gesichtspunkte, Konzepte und konkrete Projekte der Kunst und Kultur zu zentralen und gar nicht mehr „weichen“ Faktoren der Landespolitik werden. Das kann Kunst- und Kulturprojekte mit einer Wirkkraft hervorbringen, die das Land tatsächlich verändert, seine gesellschaftliche, auch seine wirtschaftliche Entwicklung wesentlich vorantreibt – Chancen für Kunst und Kultur, die den Vorstellungshorizont der meisten sich kritisch-besorgt äußernden Kultur-Experten bei weitem überschreiten dürften.

Der Verfasser ist Staatssekretär für Kultur in der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen ■

Neuausrichtung der Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen

Erste Bilanz nach eineinhalb Jahren ohne eigenständiges Kulturressort • Von Fritz Behrens

Nach der Landtagswahl im Mai 2005 löste die neu ins Amt gewählte schwarz-gelbe Landesregierung unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers das Kulturressort aus einem eigenständigen Ministerium heraus und integrierte es als Kulturabteilung in die Staatskanzlei. Das ist anderthalb Jahre her. Grund genug, eine erste Bilanz zu ziehen.

Die neue Regierungskoalition war mit dem Anspruch einer „Neuausrichtung der Kulturpolitik“ angetreten. In den ersten Wochen nach der Landtagswahl drängte sich allerdings eher der Eindruck auf, als wollten CDU und FDP die Kultur in Nordrhein-Westfalen an den Katzentisch setzen. Jürgen Rüttgers wollte als erste kulturpolitische Wegweisungen seines Kabinetts der Kultur kein eigenständiges Ministerium mehr zugestehen und sogar der Kulturausschuss des Landtags sollte abgeschafft werden. Letzteres wäre ein besonders fatales Signal gewesen. Wie dieser Plan mit dem in Aussicht gestellten „kulturellen Aufbruch“ vereinbar sein sollte, wird wohl auf immer das Geheimnis von Herrn Rüttgers bleiben. Die interessierte Öffentlichkeit verstand den Vorstoß in diese Richtung denn auch als eine Abwertung und Missachtung der Kulturpolitik in NRW durch die neuen Regierungsfraktionen. Nach heftigen Protesten lenkte man dann aber ein, der Kulturausschuss durfte sich doch konstituieren und seine Arbeit aufnehmen. Ich habe die große Freude und Ehre, seinen Vorsitz wahrnehmen zu dürfen.

Das „Nein“ des Regierungschefs zum Kulturministerium blieb allerdings bestehen. Das Amt eines Kulturministers wurde in der christdemokratisch geführten Landesregierung nicht mehr besetzt. Das bisher eigenständige Kulturministerium wandelte sich zu einer Kulturabteilung innerhalb der Staatskanzlei. Durchaus irritiert reagierte die Öffentlichkeit auf die Tatsache, dass die Kulturpolitik Nordrhein-Westfalens mit der weltweit dichtesten Kulturlandschaft zukünftig „nur“ noch von einem Staatssekretär geführt werden sollte. Doch besänftigte die Gemüter einigermaßen die Aussicht, dass der ehemalige Düsseldorfer Kulturdezernent Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff neben seiner Funktion als Leiter der Staatskanzlei auch die Rolle eines Staatssekretärs für Kultur erfüllen sollte. Grosse-Brockhoff eilte schließlich in Sachen Kultur ein durchaus guter Ruf voraus.

Im übrigen wurde suggeriert, durch die neue Konstruktion sei die Landeskulturpolitik wieder im Zentrum der Macht angekommen, und der nordrhein-westfälische Kulturminister sei letztendlich doch Ministerpräsident Jürgen Rüttgers höchstpersönlich und der mache Kulturpolitik nun zur „Chefsache“. Sachkundige Skeptiker wiesen von Anfang an auf die enorme psychische, zeitliche und arbeitstechnische Belastung hin, die einen Chef der Staatskanzlei erwartet, der ja praktisch die gesamte Regierungsarbeit vorbereitend zu koordinieren und die Arbeit der einzelnen Ressorts aufeinander abzustimmen hat. Staatssekretär Grosse-Brockhoff kündigte zu Beginn seiner Amtszeit an, er wolle 30 Prozent seiner Zeit für die Kultur aufwenden.

Doch der Chef der Staatskanzlei einer Koalitionsregierung, der angeblich 30 Prozent seiner Zeit übrig hat, wird einen Teil seiner Aufgaben im „Hauptjob“ vernachlässigen müssen. Dies war allen kundigen Thebanern auch völlig klar.

Rechtzeitig wurde vor den möglichen negativen Auswirkungen dieser praktisch nicht zu leistenden Doppelbelastung auf die Kulturpolitik gewarnt. Die kritischen Stimmen sahen sich alsbald bestätigt am Beispiel der Kulturstiftung NRW, der wichtigsten Landesstiftung. Schon längst war der Zeitpunkt für die Amtsaufgabe der damaligen Präsidentin Ilse Brusis bekannt. Doch lange Zeit geschah nichts. Weder der angebliche Kulturminister Jürgen Rüttgers noch sein Staatssekretär Grosse-Brockhoff kümmerten sich rechtzeitig um die Neubesetzung dieser wichtigen Vakanz.

Schon bald ließ sich auch nicht mehr verheimlichen, dass Staatssekretär Grosse-Brockhoff seine Behörde, die Staatskanzlei, einfach nicht in den Griff bekam. Die Pannen häuften sich. Hinzu kamen gezielte Intrigen und Indiskretionen einiger seiner Partei“freunde“ aus der CDU. Am Ende war Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff als Chef der Staatskanzlei nicht mehr zu halten. Sein Scheitern in diesem Amt wurde offenkundig. Als „Trostpflaster“ zur Heilung der geschlagenen Wunden überließ ihm sein Ministerpräsident dann aber doch das Amt des Kulturstaatssekretärs.

Die Ansiedlung der Kultur beim Chef der Staatskanzlei, diese von der CDU im Vorfeld so gepriesene Neukonstruktion ist kläglich gescheitert mit negativen Auswirkungen auf die Kulturpolitik im Land, denn die zuvor gelobten Einflussmöglichkeiten eines Chefs der Staatskanzlei am Kabinettstisch im Widerstreit der politischen Interessen sind nicht mehr vorhanden.

Blick vom Rhein auf das Schokoladenmuseum in Köln **Foto: Schokoladenmuseum Köln GmbH**

Bleibt Ministerpräsident Jürgen Rüttgers als sogenannter eigentlicher Kulturminister, der die Kulturpolitik im Lande zur „Chefsache“ machen wollte. Davon ist allerdings bisher nichts zu spüren.

Weder ist er durch eigene kulturpolitische Ideen in Erscheinung getreten, noch hat er irgendeine kulturpolitische Debatte angestoßen. Auch im Kulturausschuss ward er noch nie gesehen; dort lässt er sich ständig durch seinen Kulturstaatssekretär vertreten. Geradezu peinlich wird es regelmäßig, wenn in Fragestunden im Plenum des Landtags für den zumeist abwesenden Ministerpräsidenten der Minister für Europa- und Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei, Herr Breuer, zu kulturpolitischen Fragen antworten muss, weil Kulturstaatssekretär Grosse-Brockhoff kein Rederecht im Parlament hat. Er ist in kulturpolitischen Dingen schlecht informiert, windet sich bei den Antworten; so ist im Parlament kaum vernünftig Auskunft in aktuellen Fragen zu bekommen. Eine angemessene Vertretung und Darstellung eines wichtigen Lebens- und Politikbereiches im Parlament sieht jedenfalls anders aus. Kultur ist ein grundlegender Bestandteil unseres Lebens. Deshalb trägt die Politik auch eine bedeutende Verantwortung dafür, der Kultur den Stellenwert in unserer Gesellschaft zu verschaffen, der ihr gebührt. In diesem wohlverstandenen Sinn haben Jürgen Rüttgers und Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff der Kultur in unserem Land einen „Bärendienst“ erwiesen. Allein mit der angekündigten und eingeleiteten Verdoppelung des sog. Kulturförderetats – so begrüßenswert sie ist – ist es dabei nicht getan.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Kulturausschusses des Landtags von Nordrhein-Westfalen ■

„Es gibt nur noch drei Menschen in Deutschland, die wirklich den deutschen Föderalismus und insbesondere die Finanzbeziehungen verstehen. Der eine ist tot, der zweite ist verrückt geworden und der dritte ist ein namentlich unbekanntes Mitglied dieses Hohen Hauses, das alles vergessen hat.“

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück
(Süddeutsche Zeitung vom 16./17. Dezember 2006)

Vom Wandel durch Kultur und Kultur durch Wandel

Die „neue“ Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen: ein kritischer Standpunkt • Von Claudia Nell-Paul

Die „neue Kulturpolitik“ in Nordrhein-Westfalen von der die CDU/FDP Landesregierung gerne spricht, baut auf einem überaus soliden und breiten Fundament auf, das in den letzten Jahrzehnten in einer Anstrengung von Land und Kommunen wie auch privaten Förderer errichtet wurde: Die einzigartige Vielfalt und die Qualität der Kulturlandschaft ist die Stärke unseres Landes. NRW bildet eine der geografisch breitesten und inhaltlich dichtesten Kulturlandschaften Europas.

Der Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ ist für Essen, die Ruhrregion und das Land NRW Anerkennung und Herausforderung zugleich. „Vom Wandel durch Kultur und Kultur durch Wandel“ (Motto der Bewerbung zur Kulturhauptstadt) zeugen bereits die kulturellen Highlights, wie die RuhrTrienale, die Route der Industriekultur, Zeche Zollverein, die Ruhrfestspiele – um nur weniges zu nennen.

Ebenso hochkarätig zeigt sich die Rheinschiene mit ihren Opernhäusern, Theatern und Museen, ganz vorne die Kunstsammlung NRW mit ihrem weltberühmten Bestand. Wir in NRW haben es aber auch immer verstanden, Kunst und Kultur, die es schwer hat, zu fördern. In keinem anderen Bundesland konnte eine so vielfältige freie Szene entstehen und wachsen. Bei aller kritischen Betrachtung der Haushaltskürzungen der letzten Jahre, die Einrichtungen konnten auch Dank kommunaler Finanzierungen gehalten werden und bilden ein kulturelles Netz, welches bundesweit einzigartig ist.

Vor diesem Hintergrund sieht die SPD-Landtagsfraktion ihre Aufgabe, die Kulturpolitik der neuen Landesregierung dort zu unterstützen, wo die Kulturpolitik der letzten Jahre fortgeschrieben und ausgeweitet wird.

Anerkennung der SPD-Kulturfraktion findet daher der Ausbau der kulturellen Bildung an Schulen. Das Modell „offener Ganztag“, das in der letzten Legislaturperiode unter Rot/Grün begonnen wurde, wird so mit erheblichen finanziellen Mitteln aus dem Kulturhaushalt erweitert. Kunstschaffende aus allen Sparten, der bildenden Kunst, der Musik, des Theaters, des Tanzes ergänzen das Angebot aus der sozialen Kinder- und Jugendarbeit.

Unterstützung findet die neue Landesregierung auch bei der Ankündigung, den Kulturförderetat des Landes in den kommenden Jahren zu verdoppeln. Jedoch darf bei diesen vollmundigen Erklärungen nicht übersehen werden, dass auf der anderen Seite große finanzielle Einschnitte im Bereich der offenen Jugendkulturarbeit und im Bereich der Medienkultur, insbesondere der Filmförderung, zu beklagen sind.

Noch gravierender ist jedoch die finanzielle Ausstattung der Kommunen. Hier wurde und wird im Landeshaushalt 2006 und in dem Entwurf zum Haushalt 2007 auf Kosten der Kommunen in dreistelliger Millionenhöhe gespart. 198 Städte und Gemeinden befanden sich zum Jahresende 2005 in der sogenannten Haushaltssicherung. Darunter befinden sich 20 kreisfreie Städte. Da in NRW jedoch die Kommunen die Träger und Förderer der kulturellen Arbeit sind, lässt sich ablesen, wo überall an der „freiwilligen“ Ausgabe für Kultur gekürzt wurde. Oftmals stehen die kommunalen Kulturpolitiker mit dem Rücken zur Wand. Auch die Investitionskosten für Kultureinrichtungen sind drastisch zurückgefahren worden. Marode Museumsbauten passen da nicht zu den Aussagen der Landesregierung über den hohen Stellenwert des Substanzerhaltes. Hier rächt sich auch, dass anders als unter ROT/GRÜN Kultur und Stadtentwicklung getrennt wurden. Gerade mit Städtebaumitteln konnten Kultureinrichtungen saniert, erweitert oder neu gebaut werden. Insbesondere auch die soziokulturellen Zentren haben davon profitiert, und ohne diese finanziellen Hilfen gäbe es z.B. kein Tanzhaus NRW.

Die neue Struktur und Organisation der nordrhein-westfälischen Kulturpolitik mag daher nicht recht zu den verbalen Äußerungen über die Wichtigkeit der Kultur passen.

Dass der NRW-Landtag heute überhaupt noch über einen Kulturausschuss verfügt, ist das Ergebnis von massivem öffentlichen Protest sowie der Intervention der Oppositionsfraktionen. Den Kritikern gemeinsam war die Sorge, dass kulturpolitische Debatten ohne eigenen Ausschuss in den Hintergrund gedrängt worden wären.

Als Appendix des Hauptausschusses hätte die Kulturpolitik ein Schattendasein im parlamentarischen Betrieb gefristet – dieses Schicksal erleidet jetzt die Medienpolitik.

Die zweite organisatorische Fehlleistung im Kulturbereich ist der Tatsache geschuldet, dass sich die neue schwarz-gelbe Landesregierung der Kultur kein eigenes Ministerium gegeben hat. Zunächst agierte Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff in zwei Funktionen, als Chef der Staatskanzlei und als Kulturstaatssekretär. Das einjährige Gezerre um seine Person und beide Funktionen hat für manche landespolitische Negativ-Schlagzeile gesorgt und der politischen Bedeutung von Kultur Schaden zugefügt. Statt mit einer Umorganisation und der Schaffung eines eigenständigen Kulturministeriums auf die Krise zu reagieren, hat die Landesregierung der Kultur weiterhin nur noch einen, wenn auch emsigen, Staatssekretär zugestanden. Die noch als Chef der Staatskanzlei qua Amt mögliche Koordination der Kulturangelegenheiten mit den Belangen anderer Resorts, z.B. Schule, Integration, Stadtentwicklung etc. liegt nun nicht mehr in seiner Kompetenz.

Durch Zuordnung zur Staatskanzlei wurde überdies das Etikett „Chefsache“ aufgeklebt. Wie wenig Chefsache die Kultur jedoch ist, zeigt sich im Kulturausschuss selbst, an dem der „Chef“, sprich Ministerpräsident Rüttgers, noch an keiner Sitzung teilgenommen hat. Es zeigt sich aber vor allem im Plenum des Landtags, dem Ort der öffentlichen Debatte. Der Staatssekretär Grosse-Brockhoff hat hier kein Rederecht. Eine im Plenum zu führende offene Debatte mit dem zuständigen Staatssekretär ist also nicht möglich. Der Ministerpräsident hat bisher für die Kultur noch nicht das Wort ergriffen, sondern lässt bei Antragsberatungen oder Fragestunden zur Kultur zumeist den Europaminister Breuer sprechen. Für die Kulturpolitik im Landtag ist dies absolut unbefriedigend. Wie beim Schattenboxen haben die Kulturpolitiker der Oppositionsfraktionen in den Plenardebatten kein wirklich in der Sache kompetentes Gegenüber, an dem sich konträre Positionen aufzeigen ließen. Die Kultur des Landes nimmt daran genauso Schaden wie die Debatten im Landtag.

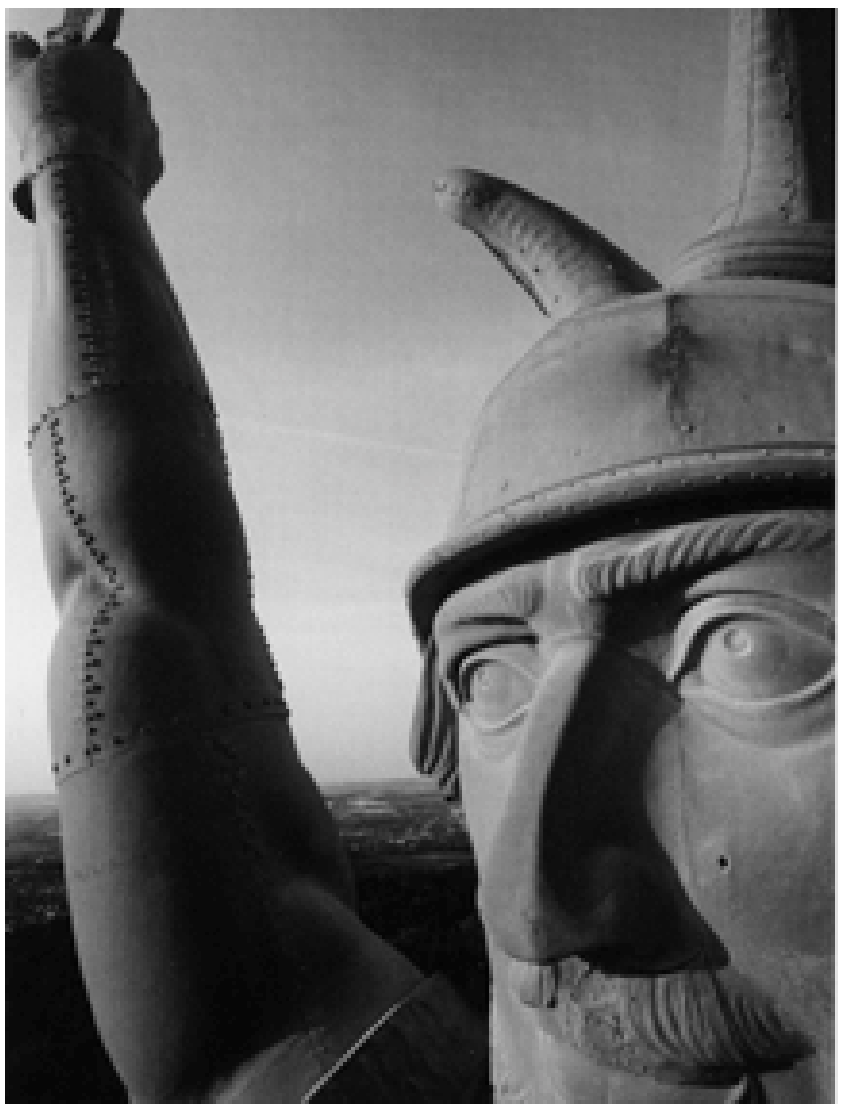
Erst im November hat eine Fragestunde zum Thema „Kulturhauptstadt 2010“ im Landtag gezeigt, wie wenig solide die Auseinandersetzung zur Kulturpolitik im Parlament ist. Wieder einmal hat sich Ministerpräsident Jürgen Rüttgers dort entschuldigen lassen und sich in der „Chefsache“ von dem fachfremden Ressortminister Breuer vertreten lassen. Außer vorgefertigten und abgelesenen Manuskripten erfuhren die Kulturpolitiker wenig Neues!

Der Wegfall des Kulturministeriums hat dazu geführt, dass mittlerweile auf allen vom Land geförderten Projekten das Etikett „Der Ministerpräsident des Landes NRW“ prangt. Vielleicht ist das die eigentliche Intension der neuen Landesregierung: Das Image eines Ministerpräsidenten, der die Kultur offensichtlich hauptsächlich als Bühne benutzt. Wer jedoch hinter die Fassade schaut, erkennt schnell, dass Ministerpräsident Jürgen Rüttgers weder im Parlament noch in der nordrhein-westfälischen Kulturszene als „Kulturminister“ präsent oder gar anerkannt ist.

Also bleibt ein Kulturstaatssekretär, der nur durch seine bisher gezeigte Kompetenz die Lücke eines fehlenden Kulturministeriums schließt. Wie sich dies in Zukunft auch im nationalen und internationalen Rahmen auswirkt, wo gleiche „Augenhöhe“ etwa bei Verhandlungen zur Kulturpolitik gefragt ist, bleibt abzuwarten.

Das Land NRW mit seiner kulturellen Stärke muss auch gegenüber den anderen Bundesländern und der Bundesregierung mit „starker Stimme“ sprechen können. Letztlich geht dies nur über einen Ministerstatus. Und wie sagte so schön der Kulturstaatssekretär bei der Verleihung des Deutschen Theaterpreises in Essen „Der Faust“: „Wir sind noch nicht so weit“. Nein, Herr Grosse-Brockhoff: Wir waren schon mal weiter!

Die Verfasserin ist kulturpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen ■



Das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald südwestlich von Detmold
Foto: Landesverband Lippe

Der Rest ist Schweigen …

Von Oliver Keymis

Im Theater werden immer wieder kleine Offenbarungen geboten. Anlässlich der ersten Verleihung eines deutschen Theaterpreises „DER FAUST“ im Essener Aalto-Theater bat der kluge und bestens vorbereitete Moderator Rufus Beck den Vertreter der NRW-Landesregierung kurz auf die Bühne – schließlich hatte auch diese sich finanziell nicht lumpen lassen: „Begrüßen Sie bitte nun mit mir den NRW-Staatsminister für Kultur, Herrn Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff…!“ – Gut gemeint war es, aber leider nicht richtig. Und so musste – einmal mehr – der meist gewitzt-charmant auftretende Kulturregierungsmann klarstellen, dass er lediglich „Kulturstaatssekretär“ im Lande sei.

Dieser Unterschied erscheint hinnehmbar, hat aber doch sehr wesentliche Auswirkungen.

Man erinnere sich: In NRW wechselten die Regierungsfarben 2005 von Rot-Grün auf Schwarz-Gelb. Meine langjährige Forderung, den NRW-Kulturetat zu verdoppeln – die mit Rot-Grün leider nicht zu machen war – hatte sich der neue Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers zusammen mit seinem neuen Mann für die Landeskultur Grosse-Brockhoff beinahe zu eigen gemacht. Man wolle, so der neue „Kultur-Ministerpräsident“ (O-Ton Grosse-Brockhoff), den „Kultur*förder*etat“, den man mit rund 70 Mio. Euro pro Jahr für NRW bezifferte, in fünf Jahren „verdoppeln“; also pro Jahr um 20% erhöhen. Ein begrüßenswerter Plan, so sieht es auch die Opposition, denn in den meisten Parlamenten halten die KulturpolitikerInnen über die politischen Farbgrenzen hinweg für die Kultur ziemlich gut zusammen!

Man erinnere sich auch: Im Düsseldorfer Landtag, in dem 187 Abgeordnete für 18 Millionen Menschen politisch beraten, sollte es zunächst keinen eigenen Kulturausschuss mehr geben. Den Medienausschuss gliederte man einfach wieder in den Hauptausschuss zurück und da Kultur nun erklärte „Chefsache“, also in der Staatskanzlei angesiedelt, werden sollte, erschien manch schwarz-gelbem „Erneuerer“ ein eigener Kulturausschuss obsolet. Es gab Protest von vielen Seiten und es kam – gut so! – anders. Kultur- wie Medienpolitik sind nach wie vor Hoheitsthemen der Länder – wie Bildung und Polizei.

Am besten wäre es aus meiner Sicht gewesen, man hätte auch in NRW – analog zum Deutschen Bundestag Berlin – einen Kultur- und Medienausschuss eingerichtet. Schließlich sind beide Bereiche gesellschaftspolitisch hoch relevant und eben jeweils keine „Waren“, sondern lebenswichtige Kulturgüter einer freien, demokratischen, aufgeklärten Gesellschaft, bilden als solche das Fundament unserer gesellschaftlichen Existenz in Freiheit und Frieden.

Nun gibt es also weiter den Kulturausschuss im NRW-Landtag und er berät den ein oder anderen Antrag, vor allem natürlich auch den Haushalt und alle freuen sich gemeinsam, dass die neue Regierung mehr Geld in die Kultur investiert, als die alte. Und der Kulturstaatssekretär, der zwischenzeitlich seinen Zusatzjob als „Chef der Staatskanzlei“ wieder abgeben musste, steht im Ausschuss Rede und Antwort, preist seine Wohltaten und ist froh, dass er gemeinsam mit seinem soeben ernannten Kulturabteilungsleiter nun gemeinsam mit rund 26 MitarbeiterInnen die Kulturpolitik des Landes NRW exklusiv mit jährlich steigendem Etat gestalten kann. Da kommt schon viel Gutes heraus und manches wird man auch kritisch beleuchten müssen.

Der Rest aber ist Schweigen, denn das muss der Staatssekretär im Parlament. Hier haben nämlich nur die MinisterInnen Rederecht und das sieht dann bei einer Fragestunde zu einem Thema der Kulturpolitik so aus, dass der schweigende Staatssekretär dem einzigen im Landtag NRW sprechfähigen Minister aus der Staatskanzlei, dem Europaminister, jeweils die notwendigen Antworten zuflüstern muss, wenn die Abgeordneten in Sachen Kultur die Regierung befragen.

Der „Kultur-Ministerpräsident“ hat bisher noch an keiner Sitzung des Kultur-Ausschusses teilgenommen und bisher auch im Parlament noch an keiner der wenigen Beratungen zu kulturpolitischen Themen – geschweige denn an einer der Fragestunden zum Thema Kultur – mit einer Ausnahme: als das Thema Heine-Preis für Peter Handke im Landtag von den GRÜNEN in die Fragestunde gehievt wurde, stand der Ministerpräsident nicht zurück, in großer Übereinstimmung mit vielen anderen zu erklären, dass Handke eines solchen Preises nicht würdig sei. – Streiten wir hier lieber nicht weiter. Es gab und gibt andere Meinungen dazu – meine zum Beispiel – aber der Meinungs-Mainstream war in der Kultur-Staatskanzlei in Heines Geburtsstadt Düsseldorf durchaus erkannt und – es sei mir dieser kritische Nachschlag erlaubt – entsprechend „bedient“ worden.

Gleichwohl kann man resümieren, dass die Kulturpolitik von Staats wegen insgesamt ordentlich gemacht wird in NRW, dass der Kulturstaatssekretär seine Arbeit in der Staatskanzlei – nun befreit von anderen „Chef“-Belastungen – mit Lust und Freude betreiben kann, der Kulturausschuss mit ihm – aber bisher immer ohne „Kultur-Ministerpräsident“ – über die Regierungsarbeit diskutieren kann, das Parlament allerdings mit dem Experten nicht debattieren – und der „Kultur-Ministerpräsident“ die Zeit und den Expertenstatus leider nicht aufweisen

Weiter auf Seite 9

Auf die Art der Kulturpolitik kommt es an

Die Landesregierung hat eine neue Phase der Kulturpolitik eingeleitet • Von Gerhart R. Baum

Man kann nicht jedes Modell mit den anderen gleichsetzen. Generell ist festzustellen, dass es der Bedeutung und dem Anspruch der Kultur angemessen ist, wenn sie in einem ordentlichen Ressort durch ein vollwertiges Kabinettsmitglied wahrgenommen wird. Entscheidend aber ist welche Kulturpolitik vertreten wird. Auch ein Kabinettsmitglied nützt nichts, wenn die Kulturförderung abgebaut wird. Aus der Sicht des Kulturrats in NRW muss beides zusammengehen: die Organisation und der Inhalt der Politik, wobei letzteres Priorität hat. Dazu kommt die Bewertung der Person, die Verantwortung trägt. Kulturpolitik braucht ein „Gesicht“.

Zur Organisation der NRW Landesregierung: Bei der Bildung der Landesregierung hatte der für die Kultur zuständige Staatssekretär Grosse-Brockhoff eine herausgehobene Stellung dadurch, dass er gleichzeitig Leiter der Staatskanzlei war. Er hatte also eine Schlüsselposition und einen gewissen Einfluss auf die Entscheidungen der Landesregierung, die nicht in sein Ressort fielen, aber kulturrelevant sind. Wir haben aus diesem Grunde eine abwartende Position eingenommen. Als er jedoch im Sommer diese Position verloren hat, haben wir deutliche Kritik geübt und einen Minister für Kultur gefordert, dem, wie im Bund, die kulturellen Elemente der Medienpolitik zugeordnet werden sollte.

Auch wenn Kulturstaatssekretär Grosse-Brockhoff weiter an Kabinettssitzungen teilnimmt, so hat doch ein Staatsekretär keine eigene verfassungsrechtliche Verantwortung gegenüber dem Parlament und dort auch, anders als Staatsminister Neumann, kein Rederecht. Ein weiteres Argument: Nach der insgesamt missglückten Föderalismusreform haben sich die Länder neue Rechte erstritten. So vertreten sie den Bund in Brüssel. Wie die meisten anderen europäischen Länder sollten sie dies durch Personen mit Kabinettsrang tun. Dies gilt vor allem für das mit 18 Mio. Einwohnern größte Bundesland NRW. Wir setzen uns also für einen Minister für Kultur und Medien in NRW ein, auch wenn wir wissen, dass koalitionspolitische Entscheidungen für die Aufteilung der Ressorts eine Rolle gespielt haben. Diese müssen dann eben neu getroffen werden.

Wir können uns in NRW auch nicht mit dem Argument zufrieden erklären, der eigentliche Kulturminister sei der Ministerpräsident. Der hat für alle Bereiche der Landesregierung einzustehen für die Ressortminister zuständig sind. Warum wird bspw. der Sport durch ein vollwertiges Kabinettsmitglied vertreten und die Kultur nicht?

Die Landesregierung hat eine neue Phase der Kulturpolitik eingeleitet. Dies zeigt sich vor allem im Kulturhaushalt des Landes, den auch die Opposition, deren Versäumnisse zum Teil korrigiert werden, nichts entscheidendes entgegenzusetzen hat. Um so verwunderlicher ist, dass die Regierung auf die begleitende Signalwirkung in ihrer Organisationsstruktur verzichtet. Kulturstaatssekretär Grosse-Brockhoff hat aus unserer Sicht die Statur eines erfahrenen und kompetenten Kulturpolitikers.

Das Land verdoppelt innerhalb von 5 Jahren seinen Kulturförderhaushalt. Kultur wird als Querschnittsaufgabe anerkannt. Die originären Kernaufgaben gewinnen Gewicht von der Strukturpolitik. Die musische Grundbildung in den Schulen wird verstärkt. Substanzerhalt und Sanierung erhalten ein neues Gewicht. Bürokratie soll abgebaut und Zuwendungsempfänger sollen Planungssicherheit erhalten. Die freie Szene und die regionale Kulturförderung sind Schwerpunkte. Die Zusammenarbeit mit den Kommunen wird intensiviert. Im Jahr 2006 ist der Kulturförderhaushalt um ca. 12,5 Mio. € gewachsen. Im Jahr 2007 soll er um rund 20 Mio. € aufgestockt werden. Das sind Entscheidungen gegen den allgemeinen Trend der Etatkürzungen des hochverschuldeten Landes – also ein deutliches kulturfreundliches Signal, auch an die Kommunen im Lande. Wir bestärken und begleiten die Landesregierung und das Landesparlament bei dieser Neuorientierung, die im wesentlichen langjährigen Forderungen des Kulturrates NRW entsprechen. Wir werden kritisieren, wenn die Landesregierung hinter ihren Zielen zurückbleiben sollte. Wir haben weitergehende Forderungen. Das Land NRW kämpft im Wettbewerb der Kulturregionen – auch und gerade gegenüber Berlin – um seine Position. Die Kulturhauptstadt Essen / Ruhrgebiet 2010 ist dabei eine gute Chance, wie auch die Fortführung der RuhrTriennale. Für den Kulturrat ist wichtig, dass nicht nur diese „Leuchttürme“ Aufmerksamkeit finden, sondern die kulturellen Stärken des Landes insgesamt zur Geltung kommen. All diese Aktivitäten würden durch einen Minister für Kultur besonderes Gewicht erhalten.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Kulturrates NRW ■

Kulturhauptstadt oder kulturell strahlende Hauptstadt

Noch ist die Kultur die Perle der Politik in Berlin • Von Monika Grütters

Die Frage nach der Hauptstadt, nach der Kulturhauptstadt und damit nach Berlin hat sich in den letzten Wochen verschärft gestellt – und sie ist sehr unterschiedlich beantwortet worden. Zwar leben wir alle mit einer eigenen Meinung darüber, was wir von unserer Hauptstadt erwarten, aber selten wird dies offen und pointiert diskutiert.

Noch gewöhnt Berlin sich an seine – neue – Rolle und die Republik findet sich ganz gut damit ab. In der Bevölkerung scheint es durchaus eine große Freude an Berlin zu geben, dafür sprechen allein die ständig und rapide wachsenden Zahlen aus der Tourismusbranche. Aber in der Politik äußert sich doch immer wieder ein ohnehin latent vorhandener Vorbehalt gegenüber der Hauptstadt. Das mag dem Föderalismus geschuldet sein, es hat aber sicher auch historische Gründe. Das alte – und seien wir einmal ehrlich, auch das neue, ehemalige – Westberlin wird immer noch als Insel gedankenloser Subventionsempfänger wahrgenommen. Und im Osten war – und ist? – Berlin immer noch ein wenig die ehemalige Hauptstadt der DDR, zu deren Gunsten die Provinz ausblutete. Das sitzt tief. Und doch reichen diese Erklärungen meines Erachtens nicht aus für das aktuelle Phänomen einer allzu selbstgefälligen Berlin-Beschimpfung, und abfinden sollten wir alle uns damit nicht, weder Berliner noch Nicht-Berliner.

Die aktuelle Entwicklung in der Berliner Landespolitik macht es Berlin-Kritikern nämlich neuerdings leicht: Die rücksichtslose Degradierung der Kultur auf ein Staatssekretärs-Amt durch den Regierenden Bürgermeister Wowereit hat die Axt an eben jenes Hauptstadt-Fundament gelegt, das allein Berlin seinen guten Ruf bewahrte.

So ist Wowereits rücksichtslose Marginalisierung der Kultur auch ein Verrat an der Republik.

Zeitlich fiel dieser Affront gegenüber Berlins Kultur zusammen mit dem Urteilsspruch der Karlsruher Richter zur Hauptstadtfinanzierung, die mit ihren unerbetenen Vorschlägen zu weiteren Einsparungen ausgerechnet die Kultur und die Wissenschaft der Hauptstadt meinten als Opfer darbieten zu müssen. Abgesehen von ihrer offensichtlichen Ahnungslosigkeit in bezug auf Kultur und Universitäten haben sie außerdem die Haushalts-Relationen verkannt: Die Kultur macht gerade einmal 1,8 % des Landeshaushalts aus. Wollte man sie komplett auf einen Schlag einsparen, wären fünf Tage Zinstilgung gewonnen. Diese Sparvorschläge waren also blanker Unsinn.

Umso auffälliger war daher die Reaktion einer Funktionärselite, die sich gefallen hat in der satten Berlin-Beschimpfung, in Häme und beinahe zynischer Selbstgefälligkeit, mit der das Karlsruher Urteil und seine Kommentare begrüßt wurden.

Aber es geht natürlich um mehr, es geht um unseren Begriff von der Kultur und von der Hauptstadt. Denn beide sind untrennbar miteinander verbunden. In einem nämlich wird Berlin immer noch und ausschließlich positiv wahrgenommen: in seiner Kultur. Sie ist das an Finanzen kleinste Ressort im Senat, in der Wirkung aber nicht nur das bedeutendste, sondern vor allem das erfolgreichste.

Dabei beklagen die einen immer wieder den finanziellen Aufwand für die Kultur in Berlin (das Land wendet ca. 360 Mio. € jährlich auf, der Bund immerhin mehr als 420 Mio. € im Etat des Beauftragen für Kultur und Medien der Bundesregierung), andere provozieren mit der Polemik „brauchen wir drei Opernhäuser ?“ die Fachwelt. Dabei fragt der, der drei Kinder hat, ja auch nicht, ob er sie braucht, sondern sieht zu, dass aus ihnen etwas wird. Doch ernsthaft beantworten muss Berlin, muss die Hauptstadt, müssen die kulturellen Ereignisse selbst diese Fragen nach ihrer Existenzberechtigung.

Dem grundgesetzlich verankerten Kulturföderalismus geschuldet ist dabei Kulturpolitik in und für Berlin zunächst Landespolitik, und damit Anstoß selbstbewussten Wetteifers im Konzert der anderen föderalen Glieder unseres Landes. Weil aber Berlin der Ort brandenburgischer, preußischer, deutscher, europäischer und Welt-Politik gewesen ist, sind in Berlins Kulturpolitik stets Motive, Potentiale, Spannungen, Verpflichtungen und Chancen inbegriffen, die das sozusagen „normale“ Kulturinteresse eines Stadtstaates von knapp vier Millionen Einwohnern hinter sich lassen.

Das Land Berlin ist durch seine geschichtlichen Prägungen überproportional reicher in seinen Kultur-Horizonten als jedes andere Bundesland. Berlin ist einer der Schlüsselorte der modernen Weltkultur. Zugleich ist es der wichtigste Ort der Erinnerung an die Barbarei, die durch die deutsche Tyrannei über Europa gekommen ist. Und Berlin ist der Ort der Erinnerung an die jahrzehntelange Spaltung der Welt in Freiheit und Unfreiheit und an ihre glückliche Überwindung vor siebzehn Jahren. Darin steckt mehr als nur eine kommunale Verwaltungs-Verantwortung.

Und Berlin ist die Hauptstadt. Was in der Hauptstadt kulturell gelingt, wird in den Augen der Welt dem ganzen Land gutgeschrieben. Was dort misslingt, dafür wird, von außen jedenfalls, das ganze Land verantwortlich gemacht.

Kulturpolitik in Berlin ist also, ob sie es will oder nicht, auch Bundespolitik. Und die Bundes-Kulturpolitik in und für Berlin ist Ausdruck der Anerkennung der besonderen Rolle der Hauptstadt für die Nation.

Besser noch beschreibt man Berlins kulturpolitische Rolle als die eines Katalysators von Meinungsbildungsprozessen im Politischen wie im Ästhetischen. In Berlin müssen sich Land und Bund zuerst nach ihrer Verantwortung gegenüber dem ganzen Land, dann Europa und schließlich der Welt fragen. Sind sie sich im Geistig-Moralischen darüber einig geworden, werden sich auch Fragen der Trägerschaften, Zuständigkeiten, Entscheidungs-Dramatur-

Weiter auf Seite 10

Zeichnung: Dieko Müller

Fortsetzung von Seite 8

kann. Man kann diese Entwicklung bedauern und sagen: wie gut stünde NRW – übrigens dann als bisher erstem Bundesland – ein/e richtige/r Kultur- und Medien-Minister/In, die/der nach Innen und nach Außen gleichermaßen sprach- und sprechfähig wäre – gerade auch mit Blick auf Brüssel!

So bleibt es vorerst beim Staatssekretär, der seinen Abgang im Essener Aalto-Theater, als Moderator Rufus Beck ihn nach kurzer Rede verunsichert als Minister und/oder Staatssekretär verabschiedete, immerhin mit einem laut gerufenen „Hauptsache Kultur!“ rhetorisch geschickt beendete. Das vielfältige und reiche Kulturland NRW, mit der großartigen Perspektive Europäische Kulturhauptstadt 2010 „Essen und das Ruhrgebiet“ steht gut da, nicht erst seit der schwarz-gelben Regierungsübernahme. Es könnte sich kultur- und medienpolitisch noch stärker aufstellen. Aber die nächsten Wahlen kommen bestimmt und spätestens danach sind Neuerungen so oder so fest im Plan – bei allen, die sich der Zukunft des Landes NRW politisch verschrieben haben.

Der Verfasser ist Vizepräsident des Landtags NRW und kultur- und medienpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW ■

Fortsetzung von Seite 9

Kulturhauptstadt

gien und endlich der finanziellen Verantwortung regeln lassen. Diesem Geist ist etwa der Hauptstadtkulturvertrag geschuldet, der vor allem die 100%ige Übernahme einiger Einrichtungen in Berlin durch den Bund regelt.

Ebenso wichtig und inzwischen selbstverständlich ist die steigende Internationalisierung der Kultur in Berlin. Dies wird natürlich auch befördert durch den hauptstadtbedingten Zuzug vieler Botschaften und anderer internationaler Institute in die Stadt. Berlin ist der Focus für die Blicke unserer Nachbarn in Europa und für alle auf der Welt, die den Weg Deutschlands mit wachen Augen begleiten.

In der Kulturpolitik muss den Ländern klar gemacht werden, dass Berlin kein konkurrierendes Bundesland ist, sondern allen dienender Mittelpunkt. Berlin selbst muss dem Bund klarmachen, dass er außenpolitisch als erster von einer Kulturblüte seiner Hauptstadt profitiert.

Nationale Identität wächst vor allem aus dem Kulturleben eines Landes. Dazu gehört nicht allein das kulturelle Erbe vergangener Zeiten, so eindrucksvoll und schützenswert unser Kulturerbe auch ist.

Dazu gehört vor allem das Neue, die künstlerische Avantgarde. Sie geht der gesellschaftlichen Wirklichkeit, auch der Wirtschaft, voraus. Kulturelle Existenz ist keine „Ausstattung“, die eine Nation sich leistet, sondern sie ist eine Vor-Leistung, die allen zugute kommt – nicht zuletzt deshalb, weil sie Eliten an den Ort bindet und das Prestige des Standortes hebt.

Hier, in Berlin, ist die Kultur angesichts ihres geringen Aufwandes also sicher nicht Teil des Problems, sondern in Anbetracht des wirtschaftlichen Ertrages dessen Lösung. Und mehr noch: Kultur ist Ausdruck von Humanität. Darin spiegelt sich, reflektiert sich unser aller öffentliches Bewusstsein.

Es ist eine traurige, allzu kurzsichtige Politik, die nur an heute und nicht an morgen denkt, die nur fragt, wo man bei Kultur und Wissenschaft noch sparen kann, statt zu fragen, was wir alle für Kultur und Wissenschaft tun können.

Wir müssen uns nicht wundern, wenn die jahrelang gepflegte Polemik des Berliner Finanzsenators Sarrazin völlig unabhängig von ihrem fragwürdigen Gehalt langsam in den Köpfen der Berlin-Kritiker greift, wenn dieser immer behauptet: „Ihr Berliner habt zuviel von der Kultur, und das ist mittelmäßig“. Warum sollten sich Bund und Länder für etwas finanziell engagieren, was derart schlecht geredet wird von den Zuständigen?

Diese Herabwürdigung der wirklichen Elite der Hauptstadt durch einen Finanzsenator, der das fachlich nicht einmal beurteilen kann, lässt die Neider sich wohlig einrichten in ihrer Hauptstadt-Häme. Ein Regierender Kultursenator, der die Staatsoper weder sanieren noch künftig betreiben will, sondern sie dreist abschiebt an den Bund wie ein lästiges Problem, lässt nicht nur die hervorragenden Künstler dort im Stich, sondern bedient damit nur die traurigen Anti-Berlin-Ressentiments. Das ist verantwortungslos und darf niemals offizielle Berliner Kulturpolitik werden. Die trotzige Verleugnung der kulturellen Hauptrolle Berlins in der Republik ist nur eine Folge dieser miesen Propaganda.

Zwar kennt der Föderalismus keine „Kulturhauptstadt“, aber das alte europäische Modell der kulturell strahlenden Hauptstadt hat sich in Berlin in all den Jahren als unverwüstlich erwiesen. Völker begegnen sich in den Metropolen, und sie werden von außen zuerst in ihrer Hauptstadt wahrgenommen. Das gilt auch für Deutschland, das gilt auch für Berlin.

Diesem weltweiten Mechanismus kann auch der Regierende Kultursenator Wowereit durch die Abwertung der Kultur in Berlin zu einer Abteilung seiner Staatskanzlei nichts anhaben. Die Kultur und ihre Akteure sind selbstbewusst genug – sie werden hier auch eine mittelmäßige Administration überstehen.

Aber stellen wir uns doch stattdessen einfach nur vor, die alte und neue Koalition in Berlin hätte sich eines Besseren besonnen und ihre „Braut“ Kultur geschmückt, sie finanziell unbeschädigt gelassen, sich zur Weltklasse-Staatsoper bekannt, die Sanierung des Hauses im Etat verankert und das Ressort wieder eigenständig mit einem Kultursenator versehen – so, und nur so hätte man die Kritiker aus Karlsruhe und dem Rest der Republik beschämt – und die Attraktion Berlins wieder strahlen lassen. Noch ist die Kultur die Perle der Berliner Landespolitik, und noch gilt das auch für den Blick von draußen auf die Stadt, die unser aller Hauptstadt ist.

Das Land, der Bund und die Bürger dieser Republik, die ihre Hauptstadt liebevoll-kritisch begleiten – sie alle tragen Verantwortung dafür, dass die Kultur ihre Hauptstadtrolle weiterhin spielen kann. Berlin kann uns allen kulturpolitisch gar nicht genug wert sein.

Die Verfasserin ist Mitglied des Deutschen Bundestags aus Berlin und Obfrau für Kultur der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ■

Kulturpolitik in Berlin: Eine vertane Chance

Welche eigenen Akzente setzt die Berliner Kulturpolitik in Zukunft? • Von Olaf Zimmermann

Bereits vor der offiziellen Bekanntgabe ging das Gerücht um, der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit würde dem Beispiel seiner Ministerpräsidentenkollegen aus Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein folgen wollen, das Amt des Kultursenators abzuschaffen, diese Funktion selbst zu übernehmen und die administrativen Aufgaben einem in der Senatskanzlei angesiedelten Staatssekretär zu übertragen. Trotz der hartnäckigen Gerüchte in diese Richtung mochte so richtig kaum einer daran glauben, denn Kultur – so wurde auch vom Regierenden Bürgermeister immer wieder betont – ist neben der Wissenschaft und dem Tourismus einer der wenigen Wachstumsfaktoren der Stadt. Diese Wachstumsfaktoren sollten nachhaltig gestärkt werden. Doch nun ist es amtlich: das Ressorts Wissenschaft, Forschung und Kultur wird zerschlagen. Die Wissenschafts- und Forschungsabteilung wandern zum Bildungsressort, dem mit dem neuen Senator Jürgen Zöllner ein erfahrener Wissenschafts-, Forschungs- und im übrigen auch Kulturpolitiker vorsteht. Denn Jürgen Zöllner hat über Jahre hinweg das Ministerium für Wissenschaft, Forschung, Weiterbildung und Kultur in Rheinland-Pfalz geleitet.

Politisch wird für Kulturpolitik in Berlin künftig der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit verantwortlich sein, administrativ wird das Amt vom ehemaligen Chef der Staatskanzlei André Schmitz als Kulturstaatssekretär geführt werden. André Schmitz, darüber herrscht weitgehende Einigkeit ist ein erfahrender Kulturpolitiker, der sowohl die Kulturverwaltung als auch den wichtigsten Kostenfaktor der öffentlichen Kulturbetriebe – die Theater und Opernhäuser – von innen kennt. – Er wäre, und das wird nicht nur hinter vorgehaltener Hand gesagt, sicherlich ministrabel gewesen.

Berliner Kulturpolitik wurde in den letzten Jahren vor allem mit Blick auf den Bund wahrgenommen. Der erste Bundeskulturstaatsminister Michael Naumann systematisierte die Kulturförderung des Bundes in Berlin, statt einer Reihe von Institutionen etwas Geld zu geben, übernahm er einige wenige wie z.B. den Martin-Gropuis-Bau oder das Haus der Kulturen der Welt ganz. Der Hauptstadtkulturvertrag wurde geschlossen, der mit dem Baustein Hauptstadtkulturfonds sicherstellen sollte, dass nicht nur die repräsentativen Einrichtungen gefördert werden, sondern ebenso qualitativ hochwertige künstlerische Projekte abseits der etablierten Institutionen projektbezogen Mittel erhalten. Auf Grund der Finanznot des Landes Berlin übernahm der Bund mehr und mehr an Baukosten der Museumsinsel, damit das ehrgeizige Vorhaben der Masterplan zur Renovierung dieses einmaligen Kleinods preußischer Kulturpolitik umgesetzt werden kann. Zuletzt übernahm der Bund die Akademie der Künste in seine Finanzierung und unterstützte mit einer Anschubfinanzierung die Opernstiftung. Jetzt hat der Regierende Bürgermeister dem Bund die Staatsoper angeboten, damit die beiden anderen Opernhäuser, die Komische Oper in der Behrensstraße und die Deutsche Oper in Charlottenburg, auskömmlich finanziert werden können. Es stellt sich die Frage, was Berliner Kulturpolitik ist, ist ein Ausverkauf an Kultureinrichtungen an den Bund oder werden eigene Akzente gesetzt.

Berliner Kulturpolitik muss Landespolitik sein. Denn Berlin ist eben nicht nur die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, sondern ebenso ein Bundesland und zwar ein spezifisches: ein Stadtstaat. Berlin ist ein Konglomerat von insgesamt 12 Bezirken. Die Einwohnerzahl jedes dieser Bezirke übertrifft die von vielen Großstädten in Deutschland. Berlin insgesamt hat mehr Einwohner als die beiden anderen Stadtstaaten, Bremen und Hamburg, zusammen und mehr als ein Flächenland wie das Saarland. Kulturpolitik in Berlin darf sich daher nicht allein auf die Frage reduzieren, wie die drei Opernhäuser finanziert werden können. Landeskulturpolitik muss die kulturpolitische Entwicklung der gesamten Stadt im Blick haben und dabei Verbindungen zwischen den herausragenden Stätten der Hochkultur wie z.B. den Opern und der Breitenkultur, wie den Bibliotheken, ziehen. Die Chance, die unterschiedlichen Kulturbereiche stärker in Kontakt zu bringen und in Verbindung mit der Bildungspolitik ein Konzept für eine Landeskulturpolitik zu entwickeln und mit einem Senator oder einer Senatorin prominent am Senatstisch und im Parlament zu vertreten, wurde vertan. Ebenso wurde die Chance vertan im kommenden Jahr, in dem der turnusgemäße Vorsitz der Kultusministerkonferenz dem Land Berlin zusteht, einen Senator oder eine Senatorin als Präsident der Kultusministerkonferenz zu präsentieren, der für Wissenschafts- und Kulturpolitik und eventuell sogar für Bildungspolitik zuständig ist. Auf Ministerebene wird Berlin künftig in der Kultusministerkonferenz nur noch in den Bereichen Bildung und Wissenschaft vertreten sein.

Berlin ist, wie immer betont wird, Wissenschaftsstadt. Berlin hat mit der Humboldt-Universität, der Freien Universität und der Technischen Universität sowie zahlreichen Fachhochschulen nicht nur Ausbildungsstätten für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Berlin verfügt darüber hinaus über vier Kunsthochschulen: die Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch, die Kunsthochschule Weißensee, die Hochschule für Musik Hans Eissler und die Universität der Künste. Letztere Hochschule ist nicht nur die größte Kunsthochschule in Deutschland, sondern auch die einzige Ausbildungsstätte an der in allen künstlerischen Sparten an einer Hochschule ausgebildet wird. Diese Hochschulen sind nicht nur Ausbildungseinrichtungen, sie sind zugleich Kultureinrichtungen. Hier präsentieren sich die Künstlerinnen und Künstler von morgen, hier finden Veranstaltungen , Ausstellungen, Aufführungen, Konzerte statt. Eine sichtbarere Verzahnung von künstlerischer Ausbildung, Kulturbetrieb und Kultureinrichtungen wäre eine Chance für Berlin gewesen.

Berlin ist eine geschichtsträchtige Stadt. Sie steht für Preußen, für Militarismus, für Zentralismus, für Protestantismus und zugleich für eine Kunstsinnigkeit, die in der Museumsinsel ihren deutlichsten Ausdruck findet. Sie ist Symbol für die Industrialisierung Deutschlands, obwohl es heute kaum mehr Industrie gibt. Sie ist ein Symbol für die quirligen 20er Jahre des letzten Jahrhunderts, eine Zeit der künstlerischen Innovation und des Aufbruchs sowie der tiefen politischen Grabenkämpfe. Berlin steht wie keine andere Stadt für die Nazi-Barbarei. Hier wurde der Massenmord an den europäischen Juden geplant. Von hier kamen die Befehle im Zweiten Weltkrieg. Wie keine andere Stadt symbolisiert Berlin den Ost-West-Konflikt und den kalten Krieg. Wie keine andere Stadt in der alten Bundesrepublik und auch in der DDR wurde Berlin finanziell und politisch unterstützt und konzentrierten sich die Blicke auf das Symbol der Teilung: die Mauer. Die Kultureinrichtungen in Berlin Ost wie West wurden großzügig finanziell gefördert. In West- wie in Ostberlin entwickelte sich eine lebendige künstlerische Szene. Die Überwindung des Ost-West-Konflikts fand ihren Ausdruck in der Öffnung der Mauer in Berlin. Berlin wurde die Stadt, die Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt anzieht, vielleicht gerade weil hier so vieles zusammen läuft, sich historische Er-

Weiter auf Seite 11

Ansicht des Hamburger Bahnhofs in Berlin Foto: Stefanie Ernst

Die neuen Verantwortlichen in der Kultusministerkonferenz

Bei der 316. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz (KMK) wurden turnusgemäß das neue Präsidium gewählt. Die Präsidentschaftsübergabe findet am 19. Januar 2007 in Berlin statt. Folgende Persönlichkeiten gehören im Jahr 2007 dem Präsidium der KMK an:

Präsident der KMK

Senator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin

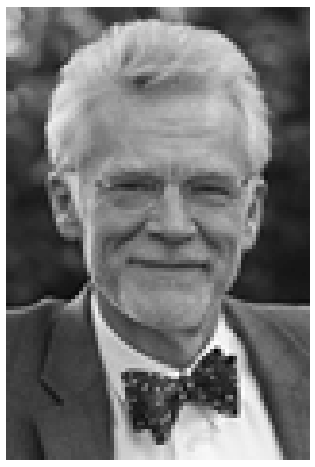


Foto: Senat Berlin

geb. 11.07.1945. 1964 Abitur in Wiesbaden, 1964-1969 Medizinstudium in Freiburg und Mainz, 1970 Promotion in Mainz zum Dr. med., 1971 Wissenschaftlicher Assistent, dann Assistenzprofessor am Physiologisch-Chemischen Institut der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz, 1975 Habilitation für Physiologische Chemie, 1977 DFG-Stipendiat am Beatson Institute for Cancer Research, Glasgow, GB; 1977 Professor an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz Wissenschaftliche Arbeitsgebiete: - Molekularbiologie – Gentechnologie; 1983-1990 Vizepräsident (Ressort Forschung) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; 1984-1990 Vorsitzender des Tumorzentrums Rheinland-Pfalz e.V.; 1990–1991 Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; 1991–1994 Minister für Wissenschaft und Weiterbildung; seit 1996 Vorsitzender der Verwaltungskommission des Wissenschaftsrates; 1996–2006 Koordinator der SPD-geführten Länder in bildungs- und wissenschaftspolitischen Fragen; die Wissenschaftspolitik koordiniert er nach wie vor; 1994–2001 Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung, 2001-2006 Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur Rheinland-Pfalz, 18.05.2006 bis 24.11.2006 Stellvertretender Ministerpräsident, seit 2005 Bundesbeauftragter im EU-Rat für Bildung, Jugend und Kultur; seit 2006 Stellvertretender Vorsitzender der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung; seit 24.11.2006 Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin.

1. Vizepräsident

Minister Jürgen Schreier (Sprecher für Hochschule der KMK), Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes

Foto: Ministerium für Bildung des Saarlandes

geb. 01.04.1948. 1967 Abitur, Studium Geografie und Französisch in Mainz, Saarbrücken und Trier, Lehrtätigkeit an Realschule, Gesamtschule; 1977–1982 Persönlicher Referent des Ministers für Kultus, Bildung und Sport, 1982–1990 Leiter der Kreisrealschule Merzig; seit 1990 Mitglied des Saarländischen Landtags, seit 1999 Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft.

2. Vizepräsident

Minister Henry Tusch (Sprecher für Kultur der KMK), Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern

Foto: Roland Ollhoff (c) 2006

geb. 04.11.1962. 1979 Polytechnische Oberschule Neubrandenburg, 1979-1982 Abitur mit Berufsausbildung Malchin; 1982–1985 Armeedienst; 1985–1990 Studium der Germanistik und der Geschichte in Leipzig; 1990-2006 Lehrer für Deutsch und Geschichte in Neustrelitz, zunächst an einer allgemein bildenden Schule und ab dem Schuljahr 1990/91 am heutigen Gymnasium Carolinum Neustrelitz; 1991-2006 Mitglied der Schulkonferenz des Gymnasiums Carolinum; 1993–2006 Mitglied im Lehrerhauptpersonalrat des Landes Mecklenburg-Vorpommern Fachgruppe Gymnasien / Vorsitz bis 1997; Vorstand des Lehrerhauptpersonalrates bis 1997; Mitglied der Einigungsstelle in der Fachgruppe Gymnasien; 1994 Aufbau und Gründung des Medienzentrums Mecklenburg-Strelitz sowie dessen Leitung; 1994 Wahl zum Gemeindevertreter in der Gemeinde Roggentin; 1997 Mitglied im „Beirat für Neue Medien" beim Landesinstitut für Schule und Ausbildung L.I.S.A.; 1998-2002 stellvertretender Schulleiter am Gymnasium Carolinum in Neustrelitz; seit 1999 stellvertretender Vorsitzender des Schulverein „Carolinum"; 1999 Direktwahl zum Bürgermeister der Gemeinde Roggentin; 1999 1. stellv. Amtsvorsteher des Amtes Mirow bis zur Ämterfusion der Ämter Mirow und Wesenberg in das Amt Mecklenburgische Kleinseenplatte am 01.07.2004, seitdem Mitglied des Amtsausschusses Mecklenburgische Kleinseenplatte; seit 2001 Leitung des Projektes www.medienzentrum24.de; Sommer 2001 Teilnehmer am Boeing Educators to Space Camp program in Huntsville/Alabama und Houston Texas; seit 2002 Schulleiter des Gymnasium Carolinum Neustrelitz; Sommer 2002 Teilnehmer am Advanced Boeing Educators to Space Camp program in Huntsville/Alabama und in Florida am Kennedy Space Center (Kap Canaveral); 2004 erneute Direktwahl zum Bürgermeister der Gemeinde Roggentin; seit 7.11.2006 Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern

3. Vizepräsidentin

Ute Erdsiek-Rave (Sprecherin für Schule der KMK), Ministerin für Bildung und Frauen Schleswig-Holstein

geb. 02.01.1947. 1966 Abitur, Studium der Germanistik an den Universitäten Bochum und Kiel, Wechsel zur Pädagogischen Hochschule Kiel, Staatsexamen; seit 1969 Mitglied der SPD; 1972–1974 Lehrerin; drei Jahre Auslandsaufenthalt in Stockholm, Arbeit in der Erwachsenenbildung (Volkshochschulen, Goethe-Institut Stockholm); 1977–1987 Lehrerin in Schleswig-Holstein; 1983–1986 stellv. Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozial-demokratischer Frauen (AsF); Kreistagsabgeordnete im Kreis Rendsburg-Eckernförde, Vorsitzende des Schul- und Kulturausschusses; seit 02.10.1987 Mitglied des Landta-

Foto: Ministerium für Bildung und Frauen Schleswig-Holstein

ges; 1988-1992 stellv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion; 1992–1996 Landtagspräsidentin; 1996–1998 Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion; 28.10. 1998 bis 27. April 2005 Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein; von 1999 bis Juni 2005 Beauftragte des Bundesrates im Bildungsministerrat der Europäischen Union; seit 27. April 2005 Ministerin für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein und stellvertretende Ministerpräsident

Kooptierte Mitglieder des Präsidiums der KMK sind Staatsministerin Doris Ahnen (Rheinland-Pfalz) und Staatsministerin Karin Wolff (Hessen).

Fortsetzung von Seite 10

rungenschaft mit furchtbarem Schrecken mischen und hieraus jene Atmosphäre entsteht, die Künstlerinnen und Künstler inspiriert. Kulturpolitik in Berlin muss dieses historisches Erbe und seine Verpflichtung für die Gegenwart und Zukunft verinnerlichen und hieraus zukunftsweisende Projekte entwickeln.

Berlin ist Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Seit der Föderalismusreform ist im Grundgesetz festgeschrieben, dass der Bund die Verantwortung für die Repräsentation in der Hauptstadt hat. Das Nähere soll durch ein Bundesgesetz geregelt werden. Hier stehen harte Verhandlungen mit dem Bund an. Bei der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag haben sowohl der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien Hans-Joachim Otto, MdB als auch die Berichterstatterin für Kultur im Haushaltsausschuss Petra Merkel, MdB angekündigt, dass sich der Deutsche Bundestag des Themas annehmen wird. Die weitere Förderung des Bundes in der Hauptstadt wird voraussichtlich nicht wieder allein zwischen der Kulturverwaltung des Landes Berlin und der Behörde des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien verhandelt werden können. Jetzt wollen Abgeordnete des Deutschen Bundestags mitsprechen. Darin drückt sich ein neues Verhältnis der Abgeordneten zur Hauptstadt aus.

Kulturpolitik für das Land Berlin kann nicht vom Regierenden Bürgermeister einfach so nebenbei gemacht werden. Kulturpolitik für das Land Berlin darf sich nicht auf die Repräsentationskultur beschränken. Kulturpolitik in Berlin muss unterschiedliche Politikfelder zusammenbinden. Sie muss Allianzen schmieden zwischen Bildungs-, Jugend-, Wissenschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Und Kulturpolitik in Berlin muss in den parlamentarischen Gremien präsent sein. Wie schon in Nordrhein-Westfalen wo ein passionierter Kulturpolitiker mit hohem Sachverstand und mit nach vorne weisenden Ideen wie Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff seine Anliegen nicht im Landtag selbst vertreten darf, da hier neben den Parlamentariern nur noch Minister, aber keine Staatssekretäre Rederecht haben, hat auch der neue Kulturstaatsekretär von Berlin, André Schmitz im Abgeordnetenhaus von Berlin kein Rederecht.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat mit der Abschaffung des Amtes des Kultursenators, das ist das bittere Fazit, ohne Not eine Chance für die Kulturpolitik Berlins, für das Land Berlin und für die Hauptstadt Berlin vertan. Das ist mehr als bedauerlich.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Kultur- & Kreativwirtschaft in Europa:

Kohärente Politik in einer globalen Welt.

Europäische Konferenz im Rahmen der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007

am Donnerstag, 3. Mai und Freitag, 4. Mai 2007 in Berlin

„Der europäische Kultursektor zeitigt überdurchschnittliches Wachstum und ist von großer Bedeutung für den Arbeitsmarkt."
Ján Figel, EU-Kommissar für Kultur, Brüssel, 15. November 2006

Kulturwirtschaft hat eine neue Bedeutung in der Lissabon Agenda.
Die von der EU-Kommission im November 2006 vorgestellte Studie „The Economy of Culture in Europe" ist der Ausgangspunkt der Tagung zur Europäischen Kulturwirtschaft. 5,8 Millionen Beschäftigte erwirtschafteten 2003 rund 654 Mrd. Euro in den verschiedensten Kulturbranchen wie z.B. Literatur, Film, Musik, Architektur, Theater, Bildende Kunst, Tanz und in Kreativsektoren wie Werbung, Design und Videospiele. Die Kultur- und Kreativwirtschaft leistet mit 2,6 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der EU einen Beitrag zur Wirtschaft in Europa, der höher ist als der der Ernährungsbranche (1,9%) oder der Chemieindustrie (2,3%).

Die Kulturwirtschaft hat eine neue Bedeutung für Europa – so der EU-Kulturministerrat 2006. Dies wirft die Frage auf, wie Politik Kulturschaffende in Europa, die in der Erstellung und Vermittlung von Kulturprodukten im globalen Wettbewerb stehen, effektiver als bisher unterstützen kann. Wie können die Potentiale der Kultur bestmöglich einen Beitrag zur Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung leisten? Schon unter der englischen, österreichischen und finnischen Ratspräsidentschaft wurde dieses Potential der Kultur zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung in Europa focussiert. Es gibt Handlungsbedarf, damit Europa in der Weltwirtschaft nicht „noch weiter hinter andere Regionen der Welt zurückfällt."

Stärkung der Kulturwirtschaft im globalen Wettbewerb
Ziel der Tagung ist es, Akteure der Kulturwirtschaft in Europa zu stärken, in dem die Kulturwirtschaftspolitik verschiedener Akteure wie der Kommunen, der Regionen, der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union koordiniert wird. Wie aber können bei koordiniertem Handeln die Identitäten der verschiedenen Branchen gestärkt werden, die die eigentliche Stärke der Kultur sind?

Auf der Tagung wird am ersten Tag die von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie „The Economy of Culture in Europe" vorgestellt sowie verschiedene nationale Modelle einer Politik für Kulturwirtschaft in Europa diskutiert. Darauf folgt die Betrachtung der Kulturwirtschaft Europas aus der Praxis: Europas führende Kreative stellen ihre Sicht der Lage der Kulturwirtschaft vor, um die Herausforderungen, vor denen die Akteure weltweit stehen, zu identifizieren. Auch stellt das UNESCO Institut für Statistik aus Montreal die Entwicklungen in Indien, Brasilien und Asien vor.

In Workshops werden am zweiten Konferenztag die Anforderungen an eine kohärente Kulturwirtschaftspolitik aus Sicht der Kreativen und Akteure formuliert – modellhaft aus Sicht der Kommunen am Beispiel der Europäischen Kulturhauptstädte, aus Sicht der Regionen am Beispiel der Musik, aus Sicht der Mitgliedstaaten am Beispiel der Mode und aus Sicht der Europäischen Union am Beispiel der Architektur. Ein themenspezifischer Workshop widmet sich der Qualifizierung von Akteuren in der europaweiten Kulturwirtschaft.

Veranstalter
Die 4.Jahrestagung der Kulturwirtschaft wird veranstaltet von der Friedrich-Naumann-Stiftung Berlin und dem Büro für Kulturpolitik und Kulturwirtschaft. Sie wird unterstützt durch das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland, das Land Rheinland Pfalz, die Dresdner Bank sowie die Europäische Union.
Kooperationspartner sind die Deutsche UNESCO Kommission e.V., das UNESCO Institut für Statistik, die BerlinPartner GmbH, der Arbeitskreis Kulturstatistik, vertikult – das Serviceportal für die Kulturarbeit – und der Deutsche Kulturrat.

Kontakt: **www.european-creative-industries.eu**
info@european-creative-industries.eu

Kulturregionen in Serie

Raum für Kooperation, Förderung und Experiment • Von Olaf Martin

„Region“ ist seit den 90er-Jahren im Polit-Deutsch zum Modewort geworden. Der Begriff weckt positive Assoziationen und hat in mancher Hinsicht die Nachfolge von „Heimat“ angetreten. Auch eine „regionale Kulturpolitik“ oder eine „regionale Kulturförderung“ wurde vielerorts ausgerufen oder etabliert. Was ist dabei herausgekommen? Welche Erfahrungen macht man in solchen „Kulturregionen“? Was ist neu, was ist nur eine Behauptung oder noch Wunsch? Und schließlich: Ist das überhaupt etwas Neues?

Mit dieser Ausgabe beginnt eine Folge von Beiträgen von und über solche Kulturregionen. Sie alle werden aus unterschiedlichen Blickwinkeln Antworten auf diese Fragen versuchen. Wer steht hinter diesen Beiträgen? 2003 hat sich ein lockerer „Arbeitskreis der Kulturregionen in Deutschland“ gebildet, der dem Informations- und Erfahrungsaustausch der interessierten Institutionen dient. Organisatorisch wird er betreut vom Kultur-Arbeitskreis der Höheren Kommunalverbände (HKV), dessen Geschäfte derzeit vom Kulturamt des Landschaftsverbandes Rheinland geführt werden. Nach dem Selbstverständnis dieses Arbeitskreises machen die folgenden Eigenschaften eine organisierte Kulturregion aus:

- Sie hat sich Kulturförderung und -entwicklung zur Aufgabe gemacht, oft sogar zur einzigen Aufgabe.
- Räumlich handelt es sich um arrondierte Zusammenschlüsse oberhalb der Kreis- und unterhalb der Landesebene; überwiegend sind die Kulturregionen auch kleiner als die Regierungsbezirke.
- Die Städte, Gemeinden und Landkreise haben meist einen maßgeblichen Einfluss.
- Die Adressaten und Partner der Kulturförderung sind jedoch nicht nur die Kommunen, sondern ebenso die nicht-öffentlichen Kulturträger, also Vereine, Initiativen und Künstler. In vielen Fällen wirken diese auch innerhalb der Institution mit, so dass hier tatsächlich „public-private-partnership“ praktiziert wird.
- Das jeweilige Bundesland fördert in der Regel die Arbeit der Kulturregionen politisch und finanziell, häufig ging vom Land sogar die entscheidende Initiative aus.

Keineswegs handelt es sich in Deutschland dabei um ein flächendeckendes Phänomen: In Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen gibt es ein flächendeckendes Netz solcher Organisationen – in den anderen Bundesländern existieren solche Verbünde nur in Teilen oder gar nicht.

Eine Erklärung für diese unterschiedlichen Ausprägungen liefert ein Blick auf die drei wesentlichen Gründe, die zur Entwicklung solcher Institutionen geführt haben: Historische Identität, Kooperation von unten, Bündelung von oben.

Historische Identität

Die Grenzen historischer Territorien sind in vielen Gebieten bewusster und lebendiger, als es im Tagesgeschäft von Politik und Verwaltung den Anschein hat. Das ist vor allem dann der Fall, wenn diese Grenzen auch Dialekte und Konfessionen trennen. Organisierte Kulturregionen, die solche historischen Räume quer zu den sonstigen aktuellen Verwaltungsgrenzen abbilden, haben daher eine wichtige identitätsbildende und -bewahrende Funktion. Beispiele hierfür sind etwa die Ostfriesische Landschaft, die bereits im 15. Jahrhundert gegründet wurde, oder die bayerischen Bezirke, die seit Anfang des 19. Jahrhunderts alte landsmannschaftliche Zusammenhänge widerspiegeln. Gerade diese älteren Institutionen hätten aber im Laufe der Zeit ihre Bedeutung verloren, wenn sie nicht immer auch aktuell wichtige Aufgaben wahrgenommen hätten.

Kooperation von unten

Für die Gründer, Träger und Geldgeber einer verfassten Kulturregion muss der Nutzen eines solchen Zusammenschlusses erkennbar sein. In verschiedenen Feldern lag und liegt es auf der Hand, dass sich öffentliche Aufgaben effizienter im Rahmen eines interkommunalen Zusammenschlusses erfüllen lassen. Die Übernahme solcher Aufgaben war und ist die Existenzberechtigung für althergekommene Institutionen, sie führte aber oft auch zur Neugründung von regionalen Zusammenschlüssen. In den Bereichen des Öffentlichen Personennahverkehrs oder der Abfallwirtschaft sind die Beispiele allgemein bekannt, aber auch zum Unterhalt größerer Kultureinrichtungen wurden auf regionaler Ebene Kooperationen organisiert. Die großen Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen nehmen nicht nur im Sozialwesen, sondern ebenso als Betreiber großer Museen Aufgaben ihrer kommunalen Mitglieder wahr. Auch hinsichtlich von Dienstleistungen in Wissenschaft und Kulturmanagement kann es sich lohnen, kompetentes Personal für mehrere Kommunen vorzuhalten.

Bündelung von oben

Für die Kulturpolitik der Flächenbundesländer ist es bei bestimmten Anliegen einfacher, nicht mit einer Vielzahl kommunaler Adressaten kommunizieren zu müssen, sondern sich auf eine Handvoll Ansprechpartner konzentrieren zu können. Dementsprechend ging etwa in Sachsen und in Nordrhein-Westfalen die Initiative zur Gründung von Kulturräumen bzw. Kulturregionen von der Landesregierung aus. In solchen Fällen sind organisierte Kulturregionen dann Mittler von Interessen und Fördermitteln des Landes; auch für die kommunale Ebene macht das Vieles einfacher.

In der Praxis findet man natürlich meist eine Mischung von allen drei dieser Begründungsmuster vor. Entsprechend bunt ist bei näherer Betrachtung der Teppich von Kulturregionen in Deutschland. Diese Verschiedenartigkeit macht einerseits das Phänomen „Region“ in der Kulturpolitik so unübersichtlich und schwer greifbar; andererseits ist diese Individualität geradezu ein Kennzeichen regionaler Lösungen. Es besteht auch kein Druck zur Vereinheitlichung, schon gar nicht über die Grenzen von Bundesländern hinweg. Die verfassten Kulturregionen sind in der Regel untereinander keine Konkurrenten, ihre Gebiete und Zuständigkeiten überschneiden sich nicht. Umso größer sind die Spielräume, die auch ausgiebig genutzt werden: Für den Interessierten ist es verblüffend, welcher Vielfalt von Projekten, Konzepten, Förderverfahren und Dienstleistungen er bei den Kulturregionen begegnet. Auf der Ebene der Bundesländer wird ein Wettstreit um die besten Lösungen häufig beschworen, aber selten gewagt. Auf regionaler Ebene ist er in vollem Gange.

Um sich untereinander auf neue Ideen zu bringen, gibt es den Arbeitskreis der Kulturregionen.

Weitere Informationen über Kulturregionen in Deutschland sind unter www.kulturregionen.org zu finden.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Landschaftsverbandes Südniedersachsen, einem kommunalen Verband für regionale Kulturförderung. ■

Regionale Kulturpolitik

Die kulturpolitischen Debatten konzentrieren sich oftmals auf die Kulturpolitik in den Metropolen. Die große Städte in Deutschland wetteifern darum, wer die meisten Besucher in den Museen hat, welches Theater an der Spitze liegt, welches Orchester einen besseren Klang hat. Kultur findet aber eben nicht nur in den Metropolen, sondern auch in den Regionen statt.
Mit dieser Ausgabe von *politik und kultur* wird daher die Reihe „Regionale Kulturpolitik“ eröffnet. In den nächsten fünf Ausgaben von *politik und kultur* stellen sich jeweils Kulturregionen vor bzw. wird die regionale Kulturarbeit und Kulturpolitik reflektiert.
Den Anfang dieser Reihe machen **Olaf Martin** vom Landschaftsverband Südniedersachsen, der den Arbeitskreis der Kulturregionen vorstellt und **Roswitha Arnold** vom Landschaftsverband Rheinland**,** die über ein europäische Projekt zur Gartenkunst informiert.

Die Redaktion

Organisierte Kulturregionen in Deutschland

Baden-Württemberg:
- Kulturregion Stuttgart
- Kulturregion Heilbronn
- Regionalverband Mittl. Oberrhein

Bayern:
- Bezirk Oberbayern
- Bezirk Niederbayern
- Bezirk Schwaben
- Bezirk Mittelfranken
- Bezirk Oberpfalz
- Bezirk Unterfranken
- AG Kultur im Großraum Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach

Hessen:
- Kultursommer Main-Kinzig-Fulda
- Kulturregion Rhein-Main
- Kultursommer Nordhessen
- Kultursommer Mittelhessen
- Kultursommer Südhessen

Niedersachsen:
- Ostfriesische Landschaft
- Oldenburgische Landschaft
- Landschaftsverband Osnabrücker Land
- Lüneburger Landschaftsverband
- Landschaftsverband Hildesheim
- Landschaftsverband Stade
- Emsländische Landschaft
- Schaumburger Landschaft
- Landschaftsverband Hameln-Pymont
- Landschaftsverband Weser-Hunte
- Landschaftsverband Südniedersachsen
- Braunschweigische Landschaft
- Stiftung Kulturregion Hannover

Nordrhein-Westfalen:
- Landschaftsverband Westfalen-Lippe
- Landschaftsverband Reinland
- Landesverband Lippe
- Kulturregion Bergisches Land
- Kulturregion Südwestfalen
- Kulturraum Niederrhein
- Region Ostwestfalen-Lippe
- Region Rheinschiene
- Regionalverband Ruhr
- Kulturregion Hellweg
- Aktion Münsterland
- Region Sauerland
- Region Aachen

Rheinland-Pfalz:
- Bezirksverband Pfalz

Sachsen:
- Kulturräume:
  - Kulturstadt Dresden
  - Elbtal
  - Sächsische Schweiz
  - Osterzgebirge
  - Niederschlesien
  - Kulturstadt Leipzig
  - Leipziger Raum
  - Zwickauer Raum
  - Vogtland
  - Kulturstadt Chemnitz
  - Erzgebirge
  - Mittelsachsen

Schloss Dyck „Brücke“ Foto: Stiftung Schloss Dyck

Schöne Aussicht(en)

Das europäische Gartennetzwerk im regionalen Fokus • Von Roswitha Arnold

Gärten sind ‚en Vogue' – zuletzt konnten „Rasen – Rosen und Rabatten" beim *Tag des Offenen Denkmals* im September 2006 punkten: mit mehr als 4,5 Millionen Besucherinnen und Besuchern waren Schloss- wie Volksparke, Haus- wie Klostergärten Publikumsmagnet und attraktives Ausflugsziel.

Neben den berühmten Gartennationen wie England und Frankreich hat auch in Deutschland eine Vielzahl von Gärten und Parks international hohen kulturhistorischen Rang, sind Grünanlagen von regionaler und überregionaler Bedeutung, überzeugen durch ihren Gesamtentwurf oder die Geschichte der Menschen, die dort gelebt und gewirkt haben. Europa ist ein Kernland in der Entwicklung der Gartenkunst. In den unterschiedlichen Epochen haben sich Gartenstile entwickelt, die Gärten und Parks zu anerkannten Denkmälern machen. Neue Gärten greifen zeitgenössische Entwicklungen auf und vermitteln den (Wieder-)Aufbau von Landschaft.

Die Gartenkunst, ob historisch oder zeitgenössisch, ist eine der Möglichkeiten, auf aktuelle Fragen der Stadtentwicklung, Stadtgestaltung und Stadtgesellschaft einzugehen. Auch wenn sich in Gesellschaft und Politik erst langsam durchzusetzen scheint, dass Gärten und Parks gemeinsam mit der umgebenden Landschaft zu unserem kulturellen Erbe gehören – Gärten, Parks und Grünanlagen sind wichtige Bestandteile der Baukultur. Innerhalb Europas bieten sie die Chance zur regionalen Identität und sind gemeinsam mit den Kulturlandschaften im Spannungsfeld von Ökonomie, Ökologie, sozialen und kulturellen Fragestellungen die notwendigen Bausteine, um regionale Charakteristika positiv zu verstärken und Defizite auszugleichen.

Folglich war es nur logisch, dass die Europäische Union das Projekt *„European Garden Heritage Network"* unter den Aspekt nachhaltiger Regionalentwicklung gestellt hat. Im Rahmen des bundesweit einzigartigen Projekts ist es Aufgabe von insgesamt elf Partnern aus Nordrhein-Westfalen, Cheshire, Somerset und Surrey in England sowie der Pays de la Loire in Frankreich, das gartenkulturelle Erbe in Nordwesteuropa zu fördern, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für Gartenkultur zu schärfen und die kulturtouristischen Potenziale von Gärten und Parks unter Einbezug ihrer Kulturlandschaften umweltverträglich und nachhaltig zu stärken.

In neun Routen der Partnerländer werden insgesamt 22 Gärten und Parks sowie eine Vielzahl kulturlandschaftlicher Elemente vorgestellt. Weitere Aktionsfelder u.a. mit der Entwicklung offener Bildungsangebote, Marketing/Tourismus, Zugänglichkeit/ Erreichbarkeit/ Gewinnung neuer Besucherinnen und Besucher ergänzen das Konzept, in einem internationalen Dialog konkrete Handlungsmaximen zu erarbeiten.

Vier europäische Themen – Geschichte der Gartenkunst, Zeitgenössische Gärten, Gärten berühmter Personen und Fruchtbare Gärten – zeigen anhand von 50 beispielhaft aufgeführten Gärten und Parks ihre gestalterische Verbindung innerhalb Europas auf.

Die „In-Wert-Setzung" von historischen Stätten, Gebäuden und Kulturlandschaften sowie deren öffentliche Wahrnehmung als unverzichtbares Element gesellschaftlicher Entwicklung verlangt eine inhaltlich/strukturell wie institutionell regionale Ausrichtung.

Hierfür stehen in Nordrhein-Westfalen die Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe. Als Rechtsnachfolger der alten preußischen Provinzialverwaltung vertritt im rheinischen Landesteil der LVR die überregionalen Interessen von 14 kreisfreien Städten und 13 Kreisen. Aufgaben im Kultur- und Umweltbereich, Themen der Sozial- und Gesundheits- sowie Integrationspolitik und die Förderung Körper und Sinnes beeinträchtigter Kinder und Jugendlichen können so mit identischen Standards kommunal übergreifend und wirtschaftlich erledigt werden.
In einer Region wie dem Rheinland, das wie kaum eine andere gleichermaßen durch den industriellen Wandel wie durch historische Stätten geprägt ist, ist mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park 1989-1999 und dem daraus entwickelten Emscher Landschaftspark ein Grundstein gelegt worden, der Ökologie und Ästhetik, Kunst und Natur einen neuen Rahmen gibt. Die Aufgabe dieser Bauausstellung war es, neue Impulse für eine Industrieregion des Ruhrgebiets zu entwickeln, die städtebaulich, kulturell, sozial und ökologisch einem tief greifenden Strukturwandel unterworfen war.

Schlosspark Dyck, Ankergarten **Foto: Roswitha Arnold**

Als Instrument moderner Strukturpolitik gründeten sich auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen aus der IBA Emscher Park so genannte *Regionalen*; Kooperationen auf Zeit, die mit einem vielseitigen Themenspektrum regionale Lösungen für den städtischen, landschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturwandel konzipieren und in konkrete Aktionen umsetzen, die zukunftsorientiert das regionale Profil schärfen.

Als weiteres Ergebnis dieser Kooperationen haben sich mehr als 60 Garteneigentümerinnen und Garteneigentümer im Verein *Straße der Gartenkunst zwischen Rhein und Maas* zusammen geschlossen.

In diesem Zusammenhang hat die NRW-Landesinitiative „StadtBauKultur" mit dem Leitprojekt „Straßen der Gartenkunst" einen Faden gesponnen, den der Landschaftsverband Rheinland in *European Garden Heritage Network* aufgreift: Unter Federführung des Kulturamtes und in Zusammenarbeit mit dem Rheinischen Amt für Denkmalpflege sowie dem Umweltamt markiert die Route Rheinland ein Kernanliegen: die Pflege des historischen Erbes, die kulturtouristische Profilierung der Region Rheinland und die Steigerung der Lebensqualität in den Städten durch Gärten und Parks ist eine gesellschaftliche Aufgabe, der sich alle Akteure verpflichtet fühlen. Dies ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu stellen, lokale und regionale Initiativen einzuladen, mit Maßnahmen die Rahmenbedingungen für den Erhalt und Ausbau von Grünanlagen zu verbessern, ist dabei gemeinsames Ziel.

Der für die Route Rheinland gewählte Projekttitel „Einblicke – Ausblicke, Garten, Architektur, Landschaft" zeigt, wie sehr diese Elemente miteinander verwoben sind. Gärten sind Mittler zwischen Architektur und Umgebung; in ihrer Wechselwirkung ermöglichen sie ganz besondere Perspektiven. Mit dem Ankergarten Schloss Dyck und dem Schlosspark Benrath in Düsseldorf, dem Schlosspark Drachenburg in Königswinter, den Historischen Gartenanlagen „Neuer Tiergarten" Kleve sowie dem Lousberg Park in Aachen ist es nicht nur gelungen, trotz zahlenmäßiger – projektimmanenter – Beschränkung, eine geografisch und inhaltlich repräsentative Auswahl für die Route Rheinland zu erarbeiten. Durch das gemeinsame Engagement des Rheinischen Denkmalamtes sowie des Umweltamtes und öffentlichen, privaten und Stiftungsgärten wurde einmal mehr die kulturregionale Funktion des Landschaftsverbandes Rheinland deutlich – eine Funktion, die gemeinsame Interessen bündelt und über kommunale Grenzen hinweg zu einem Ganzen vernetzt.

Die Auswahl der Gärten für ein europäisches Projekt wurde von allen Beteiligten als Auszeichnung und Anerkennung für die kontinuierlichen Bemühungen um den Erhalt und die Pflege des kulturellen Gartenerbes empfunden. Und sie gilt auch als Ansporn: so hat beispielsweise die Stadt Aachen als verantwortliche Trägerin des Lousberg - Parks ein lange geplantes Parkpflegewerk in Angriff nehmen können, das den ersten, von einer Bürgerschaft initiierten Volkspark in denkmalpflegerischer Hinsicht bewahrt.

Gerade diese inhaltliche wie institutionelle Vernetzung trägt in erheblichem Maße dazu bei, durch Profilierung im öffentlichen Bewusstsein auf die Qualität und Bedeutung grüner Oasen aufmerksam zu machen.

Publikationen zu European Garden Heritage Network:
Die Gartenrouten Rheinland, Münsterland, Westfalen-Lippe, Ruhrgebiet
Web-Adressen:
European Garden Heritage Network:
www.eghn.eu
www.wege-zur-gartenkunst.de
Landschaftsverband Rheinland:
www.lvr.de
Ankergarten Schloss Dyck:
www.stiftung-schloss-dyck.de
Straße der Gartenkunst:
www.strasse-der-gartenkunst-de

Die Verfasserin ist Referentin für Projektmanagement, Regionale Kulturpolitik und Öffentlichkeitsarbeit im Kulturamt, Landschaftsverband Rheinland. ■

Die Gärten von Haus Lange/Haus Esters, Krefeld (Mies van der Rohe)
Foto: Jürgen Gregori, Rheinisches Amt für Denkmalpflege, LVR

Köln muss seine Potenziale wieder nutzen

175 Fachleute diskutieren im Kölner Rathaus über kulturpolitische Fragen • Von Arne Birkenstock

Manchmal ist es eine einzige Zahl, die die kulturpolitische Debatte einer Stadt in Bewegung bringen kann. In Köln ist das zur Zeit die „27“. Köln steht bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Kultur auf Platz 27 noch hinter Cottbus und Frankfurt an der Oder. Auch im Vergleich der Großstädte ist die Kunstmetropole vom Rhein Schlusslicht und liegt abgeschlagen hinter München, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Berlin, Essen und Hamburg. Darauf wiesen die Experten im Workshop „Finanzierung“ beim 1. Kölner Kulturpolitischen Symposium hin. Seitdem ist die „27“ eine feste Größe in der Debatte um den aktuellen Haushalt und den Plan des Oberbürgermeisters, den Anteil der Kulturausgaben am städtischen Etat schrittweise zu verdoppeln.

Die romanische Kirche Groß St. Martin steht mitten in der Kölner Altstadt. Im Vierungsturm über dem Kleeblattchor dominiert gemeinsam mit dem Kölner Dom das Rheinpanorama. Foto: Köln Tourismus

Auf dem „1. Kölner Kulturpolitischen Symposium“ diskutierten am 20. und 21. Oktober mehr als 170 Fachleute und Experten aus dem ganzen Bundesgebiet über kulturpolitische Fragestellungen und entwarfen Strategien für Kunst und Kultur in Köln und in anderen Kommunen. Einhellige Meinung der Experten: Köln hat das Potential zur Kunststadt Nummer eins in Nordrhein-Westfalen, nutzt aber seine Potentiale nicht.

Das „1. Kölner Kulturpolitische Symposium“ war – so scheint es – die richtige Tagung zur richtigen Zeit am richtigen Ort. In Köln konnte das Symposium vor allem deshalb eine so große Wirkung erzielen, weil es in dieser Stadt ein Vakuum gibt und das seit etwa 15 Jahren. In dieser Zeit ist nicht nur der Anteil der Kulturausgaben am städtischen Gesamthaushalt von knapp sechs auf knapp drei Prozent heruntergefahren worden, man hat es auch versäumt, nachhaltige strategische Überlegungen über Ziele und Mittel der Kulturpolitik in Köln anzustellen.

Der Kölner Kulturrat – ein Zusammenschluss der Repräsentanten von 45 bürgerschaftlichen Fördervereinen des Kulturbereichs mit insgesamt ca. 20.000 Mitgliedern – hat darauf schon 2003 in einer Studie zur Kunststadt Köln aufmerksam gemacht („Köln 2020 – Leitbild: Kunststadt“, Download unter www. koelner kulturrat.de) und hat damit eine sehr kontroverse Diskussion ausgelöst. Das „1. Kölner Kulturpolitische Symposium“ ist letztlich auch eine Konsequenz aus dieser Studie. Die Kultur in Köln braucht nicht einfach nur mehr Geld, sondern sie braucht eine Strategie.

Dies hat auch der neue Kölner Kulturdezernent Professor Georg Quander erkannt. „Wir müssen sehen, dass wir den großen Ruf, den diese Stadt als Kunst- und Kulturstadt lange Zeit genossen hat, wieder instand setzen, da es hier aufgrund verschiedenster schwieriger Haushaltsgründe und anderer Umstände in den zurückliegenden Jahren in der Tat Defizite gegeben hat.“ Erste Konsequenzen sind gezogen: Die Stadt hat einen Kulturwirtschaftsbericht in Auftrag gegeben, und sie wird 2007 wird einen Kulturentwicklungsplan unter breiter Beteiligung aller „Kulturarbeiter“ vorlegen. Quander sucht den Schulterschluss auch mit den in zahlreichen Fördervereinen kulturell engagierten Bürgern und unterstützte den Kölner Kulturrat als Veranstalter des Symposiums mit Nachdruck. Auch der Oberbürgermeister hat dazu gelernt und scheint sich heute der Tatsache bewusst zu sein, dass Köln die Künste braucht, nicht nur ihrer selbst wegen, sondern auch als Alleinstellungsmerkmal, Wirtschaftsfaktor und Mittel der Integration und Bildung. Fritz Schramma öffnete das Rathaus für das Symposium und war selbst nicht nur zur Eröffnung zugegen, sondern diskutierte auch mit, als sich die geladenen Experten zum Thema „Kulturfinanzierung“ austauschten.

Die Schlussfolgerungen der großen Runde aus Kultur, Politik und Wirtschaft deckten sich zum Teil mit denen der Experten aus dem Workshop zum „Publikum der Zukunft“: Dort wurde darauf hingewiesen, dass Köln auch auf mittlere Sicht eine relativ junge Millionenstadt bleiben werde und damit beste Voraussetzungen habe. Trotzdem wurden auch hier große Defizite in der Ansprache und im Angebot für das Kulturpublikum diagnostiziert. So fehle es an profilierten Leuchttürmen, an einem gemeinsamen Marketing und an einer klaren Zukunftsplanung.

Es wurde außerdem betont, dass sich die Anforderungen an Kulturinstitutionen radikal gewandelt haben. Zum einen entstehe durch die weit höhere räumliche Flexibilität nicht nur ein größeres Einzugsgebiet für Kulturanbieter, sondern eben auch eine dramatisch gewachsene Konkurrenzsituation mit den Anbietern anderer Kommunen. Außerdem gäbe es eine relativ feste Bindung bestimmter Bevölkerungsgruppen an bestimmte Kulturangebote kaum noch.

Die „Kulturkundschaft“ ist nicht nur räumlich, sondern auch inhaltlich sehr flexibel und sprunghaft geworden. Darauf müssen sich Kommunen wie Köln mehr als bisher einstellen, indem sie einerseits Leuchttürme etablieren, die auch überregional zu strahlen vermögen und andererseits genre- und spartenübergreifende Angebote und Strukturen schaffen. Darüber hinaus mahnten die Experten umfassendere Angebote im Bereich der kulturellen Bildung an und nannten den Kölnern nachahmenswerte Beispiele aus Hamburg und Berlin.

Zwei weitere Workshops befassten sich mit den Themen „Kunsthalle“ und „Film“. Köln braucht eine eigene Kunsthalle, konstatierten die Experten im vom Kulturdezernent Quander moderierten Workshop. Nicht nur weil es eine solche bis zum Abbruch der Joseph-Haubrich–Kunsthalle über viele Jahre gab, sondern auch weil Köln seinen Ruf als Kunststadt dringend beleben und erneuern muss. Die Stadt kann dabei auf die Unterstützung zahlreicher interessierter Bürger und Förderer zählen. Wichtig ist dabei ein Konzept, das als kulturpolitischer Impuls auch wahrgenommen wird und der Konkurrenz aus Düsseldorf und Bonn gewachsen ist. Die im Neubau des Kulturzentrums am Neumarkt vorgesehene Lösung erfüllt diese Kriterien nicht und ist mit zu vielen Schwierigkeiten und Mängeln behaftet. Eine Kunsthalle für Köln braucht eigene Räume. Die Experten forderten deshalb einvernehmlich eine strukturelle und inhaltliche Neukonzeption an einem anderen Ort.

Im Workshop „Film“ wurde eine desaströse Situation für die Filmkultur in Köln ausgemacht: Die bisherige Aufmerksamkeit der Kommune für die Filmkunst erfasst deren gesellschaftliche Bedeutung nicht im Geringsten. Das kommunale Budget für die freie Filmszene beträgt weniger als 0,1 % des Kölner Kulturhaushalts! 60.000 Euro stehen jährlich für ca. 10 Initiativen und 5 Spartenfestivals zur Verfügung. Der Zerfall der Filmkultur in Köln seit mehr als 10 Jahren ist u. a. festzumachen an der Schließung jahrzehntelang bedeutender und bundesweit bekannter Kinostandorte (Broadway Ehrenstraße, Residenz Kaiser-Wilhem-Ring, Lupe Mauritussteinweg), der inzwischen fast kompletten Nichtberücksichtigung Kölns bei großen Filmpremieren, der Streichung des früher sehr renommierten Filmfeuilletons im „Kölner Stadtanzeiger“, dem Wegbleiben großer Gesichter des Films u.a. Durch die Schließung der erwähnten Arthaus-Standorte in Köln erreicht ein Teil der jährlich produzierten deutschen und internationalen Arthaus-Filme die Millionenstadt Köln nicht mehr. Auch die monatlich erscheinenden Stadtzeitschriften sind dabei, die Filmfeuilletons zu kürzen, weil immer stärkere Unsicherheit darüber besteht, welche Kinofilme den Standort Köln überhaupt erreichen. Die Experten forderten ein großes kommunales Kino im neuen Bühnenkomplex und einen Filmbeauftragten oder –Intendanten, der die bestehenden Angebote besser vernetzt und vermarktet und auf Augenhöhe mit den Direktoren und Intendanten der anderen Künste verhandeln kann. „Film gehört jedenfalls in Gestalt des großen Kinofilmformats gleichberechtigt in den Kanon der Künste“, so die Experten. Und damit ebenso gleichberechtigt in jede kommunale Kulturplanung.

Womit man dann wieder bei der „Finanzierung“ wäre... Unter den Experten und Teilnehmern des Symposiums waren viele Praktiker, die sich nicht auf die bloße Forderung nach steigenden Mitteln beschränkten. Die Experten waren sich der aktuellen Finanznöte vieler Kommunen bewusst und hatten viele Anregungen zu der Frage, wie die vorhandenen für Kultur zur Verfügung stehenden Mittel effizienter eingesetzt werden können. Stichworte wie „Selbständigkeit“, „Profilbildung“ und „Kooperation“ mögen in diesem Zusammenhang schon anderswo gefallen sein, sie wurden auf dem Symposium aber auch in konkretere Handlungsoptionen gegossen und sie sind – das ist vielleicht das wichtigste Ergebnis des Symposiums – in Köln auf fruchtbaren Boden gefallen. Die Erkenntnis scheint gereift, dass es so nicht weitergehen kann in dieser Stadt und dass nach der Strategiefindung auch Entscheidungsprozesse anstehen, die nicht alle im Kulturbereich gleichermaßen erfreuen werden.

Das „1. Kölner Kulturpolitische Symposium“ war ein Auftakt und ein Impuls dazu. Während das Kulturdezernat jetzt die Diskussion über einen Kulturentwicklungsplan in die Stadt tragen will, plant auch der Kölner Kulturrat eine Öffnung der Diskussion und lädt ab Januar 2007 Künstler, Politiker und Vertreter der Wirtschaft zu verschiedenen Gesprächsrunden und Foren ein. Im Mittelpunkt steht dabei aktuell die Forderung nach einer Erhöhung des Kulturhaushalts, die der Oberbürgermeister zwar will, die im Rat der Stadt – vor allem bei SPD und Grünen – aber noch umstritten ist. „Wir wollen hier Überzeugungsarbeit leisten“, sagt Dr. Peter Bach, der Sprecher des Kölner Kulturrates, „und das Symposium hat uns dafür gute Argumente an die Hand gegeben.“ Mittelfristig sollen die Gespräche zwischen Verwaltung, Bürgern, Politik und Kunst über aktuelle Haushaltsdebatten hinausgehen und in eine breite Strategiedebatte münden. Auch ein Symposium soll in zwei Jahren wieder stattfinden, denn die Veranstalter sind zufrieden, nicht nur mit den Ergebnissen, sondern auch mit der Resonanz auf das Symposium. Die hervorragend besetzten Expertenpanels sorgten für hohe Teilnehmerzahlen und für Diskussionen und Ergebnisse auf hohem Niveau. „Der Erfolg gibt uns recht! In Köln muss und kann strategisch diskutiert werden, auch wenn es um Kultur geht“, sagt Kulturrats-Sprecher Dr. Peter Bach. Der Kulturdezernent Professor Georg Quander zeigte sich ebenfalls hochzufrieden mit dem Verlauf der Veranstaltung und Helmut Haumann, der Vorstandsvorsitzende der Rheinenergie-Stiftung Kultur, die das Symposium finanziert hatte, hofft, dass sich das Kölner Symposium zu einer nationalen Instanz entwickelt. Köln wollte selbst ein Stück weiterkommen und endlich einmal wieder positive kulturpolitische Impulse nach Innen und Außen geben. Beides ist gelungen.

Der Verfasser ist Projektleiter des „1. Kölner Kulturpolitisches Symposiums“ ■

Ein hartes Stück Arbeit

Kultur in Köln • Von Hans-Georg Bögner

Die Kultur in Köln hat eine längere Phase der Stagnation und des Rückschritts hinter sich. Über fast ein Jahrzehnt gingen keine strukturellen und konzeptionellen Überlegungen mehr von der Kulturverwaltung aus. Hinzu kam ein Oberbürgermeister, der eine langen Serie von Pleiten, Pannen und Skandalen zu verantworten hat, die Köln zur Lachnummer in den überregionalen Feuilletons machte. Einher ging die systematische Absenkung des Kulturetats.

Die neuen Mehrheiten und neuen Köpfe im Kölner Rat hatten ab dem Herbst 2004 ein schweres Erbe anzutreten und gingen systematisch ans Werk. In schneller Folge fielen geräuschlos und solide, im Gegensatz zu den Jahren vorher, wichtige Personalentscheidungen: von Museumsleitungen über die Philharmonie, dem Stadtarchiv, dem Kulturbeigeordneten bis hin zu einer Stadtkonservatorin und einer neuen Schauspielintendantin. Köln stellte sich personell in entscheidenden Positionen neu auf, weitere Weichenstellungen müssen zeitnah folgen.

Einige grobe Mängel in der Finanzausstattung wurden, trotz Haushaltssicherungsgesetz, bereits im laufenden Haushaltsjahr ausgeglichen: 1,2 Mio. Euro mehr für die städtischen Bühnen, ein großes Bausanierungs- und Klimatisierungsprogramm für die städtischen Museen, ein Anschluss des historischen Archivs an die moderne Datentechnik, weitere Atelierflächen für bildende Künstler usw., um nur einige Dinge zu nennen.

Neben der unterjährigen Erhöhung von Etatmitteln wurden wichtige kulturpolitische Entscheidungen getroffen. Nach fast 15-jähriger Diskussion konnte ein Grundsatzbeschluss für den Ausbau der archäologischen Zone und dem Bau eines Hauses der jüdischen Geschichte auf dem Rathausvorplatz beschlossen werden, die Sanierung des Riphahn - Opernhauses und die Neuerrichtung eines Schauspielhauses am Offenbachplatz wurde mit dem Planungsauftrag begonnen, die Grundsteinlegung für das Kulturzentrum am Neumarkt konnte stattfinden, der Rohbau wird bereits während des Evangelischen Kirchentages im Juni 2007 bespielt.

Die Verhandlungen mit den Nachbarstädten Bonn und Düsseldorf über die Errichtung einer gemeinsamen Tanzcompany am Rhein haben begonnen, eine Zusammenarbeit der Bibliotheken Köln, Bonn und Siegburg wird angedacht, Überlegungen zur Flexibilisierung der städtischen Kultureinrichtungen bis hin zu möglichen Rechtsformänderungen sind in der Diskussion, ein jährlicher Kulturbericht wird als Informations- und Werbemittel erscheinen und ein bis zum Jahre 2014 perspektivisch ausgerichteter Kulturentwicklungsplan soll bis Herbst 2007 mit den Akteuren des Kölner Kulturlebens erarbeitet werden.

Die Aufbruchstimmung ist deutlich spürbar und wie so oft in Köln wurde die positive Trendwende begleitet und angetrieben durch ein kulturinteressiertes und engagiertes Bürgertum.

Der Kölner Kulturrat, ein Zusammenschluss von Fördervereinen Kölner Kultureinrichtungen, der vor fast 2 Jahren bereits eine Leitbildstudie erarbeitet hatte, die leider bei den damals Verantwortlichen zu wenig Gehör fand, lud zu einem kulturpolitischen Symposium ein und verstetigte damit den kulturpolitischen Diskurs. Bedauerlich ist lediglich, dass zwar viele auswärtige Experten trefflich über die unterschiedlichsten Themenstellungen sprachen, teilweise dozierten, die Diskussion mit den Kunst- und Kulturtreibenden aus

Weiter auf Seite 15

Fortsetzung von Seite 14

Köln aber nicht stattfand, weil sie angesichts eines Teilnehmerbeitrags von 107 Euro nicht anwesend waren. Dennoch, der Ansatz und die Bespiegelung von Außen taten gut und rüttelten etwas an der dem Rheinländer eigenen Selbstgefälligkeit.

Die Wichtigkeit der Kunst und der Künstler und deren Förderung für eine Kulturstadt wie Köln, die einstmals mit der New Yorker Kulturszene im gleichen Atemzug genannt wurde, scheint nun auch beim Oberbürgermeister erkannt worden zu sein, Reue, Abbitte und Umkehr scheinen angesagt.

Nun weiß man aber im katholischen Rheinland, dass die Absolution nur der reuige Sünder erhält, dem man den Wunsch zur Besserung auch tatsächlich abnimmt. Die Tatsache, dass der vollmundig angekündigte Erhöhungsbetrag des Oberbürgermeisters tatsächlich nur zu 50% im eingebrachten Haushaltsentwurf auftaucht, lässt das ganze Wortgeklingel leider unglaubwürdig und in zweifelhaftem Licht erscheinen und an der tätigen Reue zweifeln.

Trotzdem hätte jeder an der Sache interessierte Kulturpolitiker, unabhängig von der Farbenlehre, eine deutliche Erhöhung des Kulturetats mit Hurrageschrei begrüßt, hätten der Oberbürgermeister und seine Verwaltung einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt oder auch nur eine Deckung vorgeschlagen.

Fatalerweise aber ist der Erhöhungsbetrag Teil eines 100 Mio. Euro Defizits und kommt statt in inhaltliche jetzt in rein etatistische Diskussionszusammenhänge, Auseinandersetzungen, die der Kultur noch nie gut getan haben. Hinzukommt, dass die angedachten Erhöhungen nicht mit Schwerpunktsetzungen und Projekten verbunden wurden, sondern im Gießkannenverfahren überall etwas die Lücken schließen sollen. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen kann Kulturpolitik aber nicht nur additiv betrieben werden, sondern braucht vielmehr perspektivische und inhaltliche Konzepte und Vorarbeiten. Diese werden jetzt in den Fraktionen nachgeholt werden müssen, um, wenn nach neuesten Steuerschätzungen und anderen Einnahmeverbesserungen der tatsächliche Spielraum auch für den Kulturetat ersichtlich wird, auch zu handeln. Ich bin zuversichtlich, dass es gelingen wird, schon im Haushalt 2007 einen ersten Schritt zur finanziellen Besserstellung der Kölner Kultureinrichtungen zu erzielen. Dabei kann es nicht um weitere Aufblähung von Kulturbürokratie gehen, sondern um einen Umbau hin zu Serviceeinheiten, die in der Lage sind, Hilfestellungen für die Beiträge von Künstlerinnen und Künstlern zum Kölner Kulturleben zu geben. Da sind infrastrukturelle Grundlagen zu legen, Stärken zu stärken, aber es wird auch den Mut brauchen Schwächen zu schwächen, Alleinstellungsmerkmale für Köln zu erarbeiten.

Diese Aufgabenstellung erfordert aber mehr Nachdenken und Zeit, als in den wenigen Wochen bis zur Verabschiedung des Haushaltes Mitte Februar 2007 zur Verfügung steht. Es kann im kommenden Haushalt lediglich, aber immerhin, um einen ersten Schritt, ein finanziell positives Signal gehen. Die eigentliche Konzeptionsarbeit folgt danach, muss allerdings auch folgen, wenn das Ziel einer langfristigen Verdoppelung der Kulturmittel ernsthaft erreicht werden soll. Nicht umsonst hat die Politik die Kulturverwaltung mit der Erarbeitung eines Kulturentwicklungsplanes beauftragt. Hier müssen die strukturellen, konzeptionellen und finanziellen Wege in der freien und städtischen Kultur Kölns beschrieben werden, mit Zielvorstellungen und Zeitvorgaben. Schwerpunktsetzungen ermöglichen Konzentration und gegebenenfalls Umschichtungen.

Diese konsequente, konzeptionelle Arbeit wird auch notwendig, um die derzeit auf Rankings und Prozentzahlen verengte Diskussion wieder aus der Defensive zu führen und nachhaltig Erfolg zu haben. Deshalb wird sich bereits Ende Januar eine öffentliche Veranstaltung im Ratssaal mit dem Thema des Kulturentwicklungsplanes befassen. Dieses Planungs- und Steuerungsinstrument muss zu fundierten Ergebnissen führen, Modelle, Wege, Strukturen, aber auch Visionen aufzeigen, wie planvoll der verspielte Ruf als Kulturmetropole zurückgewonnen werden kann. Kölns Kulturpolitik ist auf dem guten Weg, aber der Weg ist noch lang, zuviel Versäumtes und unbedacht Beschädigtes gilt es nachzuholen oder zu reparieren. Ein hartes Stück Arbeit liegt vor uns, aber ich bin sicher, es wird sich lohnen und letztendlich auch in Euro und Cent auszahlen.

Der Verfasser ist kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion im Rat der Stadt Köln seit 2004 und Ehrenvorsitzender des Kulturrat NRW e.V. ■

Bologna-Prozess

Bereits im Jahr 1998 haben die Bildungsminister Frankreichs, Italien, Großbritanniens und Deutschlands die so genannte Sorbonne-Erklärung unterzeichnet, in der sie dem Willen Ausdruck verleihen, bestehende Hemmnisse im europäischen Bildungsraum abzubauen und die Zusammenarbeit im Hochschulbereich zu verbessern. Im Jahr 1999 unterzeichneten 29 europäische Nationen die Bologna-Erklärung und verpflichten sich damit, bis zum Jahr 2010 einen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Neben den EU-Mitgliedsstaaten und damaligen Beitrittskandidaten haben weitere europäische Staaten die Bologna-Erklärung mit unterzeichnet, so dass sie über die Europäische Union hinaus wirkt. Unterzeichnerstaaten sind: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Lichtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn und Zypern.

In der Bologna-Erklärung haben sich die Unterzeichnerstaaten auf folgende Ziele verständigt:

- Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse,
- Schaffung eines zweistufigen Systems von Abschlüssen,
- Einführung eines Leistungspunktesystems,
- Beseitigung von Mobilitätshemmnissen,
- Förderung der europäischen Zusammenarbeit in der Qualitätssicherung,
- Förderung der europäischen Dimension in der Hochschulausbildung.

Die erste Nachfolgekonferenz fand im Jahr 2001 in Prag statt. Hier wurden die bisherigen Ziele des Bologna-Prozesses bekräftigt und drei zusätzliche Ziele verabschiedet:

- Förderung der Lebenslangen Lernens,
- Förderung der Beteiligung der Studierenden an der Gestaltung des europäischen Hochschulraums,
- Förderung der Attraktivität des europäischen Hochschulraums.

In der zweiten Nachfolgekonferenz im Jahr 2003 in Berlin wurden konkrete Umsetzungsprojekte bis zum Jahr 2005 definiert, hier soll die dritte Nachfolgekonferenz in Bergen (Norwegen) stattfinden. Zusätzlich wurde vereinbart:

- die Doktorandenausbildung in den Bologna-Prozess einzubeziehen,
- Bachelor/Master-Studiengänge einzuführen,
- die Anerkennung von Abschlüssen zu verbessern,
- die Qualitätssicherung auf institutioneller, nationaler und europäischer Ebene zu fördern.

Anlässlich der dritten Nachfolgekonferenz in Bergen (2005) wurde eine Zwischenbilanz der bisherigen Umsetzung des Bologna-Prozesses gezogen. Speziell wurde sich bei dieser Nachfolgekonferenz mit den sozialen Belangen der Studierenden befasst. Ebenso wurde beschlossen, dass die Promotionsphase strukturierte Studienanteile einschließt und Fähigkeiten vermitteln soll, die auf den Arbeitsmarkt ausgerichtet sind.

Im letzten Fortschrittbericht vom Dezember 2004 wird u.a. für Deutschland berichtet, dass im Jahr 2002 die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen geschaffen wurden. Im Jahr 2003 wurde die bildungspolitische Grundsatzentscheidung getroffen, bis zum Jahr 2010 die zweistufigen Abschlüsse möglichst flächendeckend einzuführen. Hinsichtlich der Lehrerausbildung haben 11 Länder damit begonnen, die Studiengänge entsprechend umzustellen. Ab dem Jahr 2005 erhalten alle Absolventen ein Diploma Supplement, dass Angaben zu den Studienabschlüssen und erworbenen Qualifikationen enthält.

Die Kunsthochschulen und zu Beginn der Debatten auch die Musikhochschulen standen dem Bologna-Prozess kritisch gegenüber. Die Kunsthochschulen halten diese Distanz weitgehend aufrecht. Die Ausbildung im Bereich der Freien Kunst zielt nicht auf einen spezifischen Arbeitsmarkt an. Es gibt keine Arbeitgeber, denen ein Zeugnis vorgelegt werden muss. Es geht hier darum eine künstlerische Persönlichkeit, die eigene Werke schöpft. Dafür sind Freiräume erforderlich. In den Musikhochschulen werden neben den Schöpfern künstlerischer Werke, also den Komponisten, vornehmlich ausübende Künstler ausgebildet, die ihren Platz auf dem Arbeitsmarkt finden müssen. Selbstverständlich müssen auch ausübende Künstler ihren eigenen Ausdruck finden. Ihre Arbeit unterscheidet sich dennoch von der der Urheber. Vielleicht stehen darum die Musikhochschulen dem Bologna-Prozess offener gegenüber.

Wesentlich am gesamten Bologna-Prozess ist, dass er von einer umfassenden Studienreform begleitet wird. Alle Studiengänge, die dem Bologne-Prozess unterworfen werden, werden einer umfassenden Revision unterzogen und teilweise neu gestaltet. Hierin liegen Chancen des Bologna-Prozesses.

Die Redaktion

Zum Stand der Dinge

Erklärung der Rektorenkonferenz der deutschen Kunsthochschulen • Von Karin Stempel

Am 18. Mai 2006 verabschiedete die Rektorenkonferenz der Deutschen Kunsthochschulen (RKK) in Halle folgende Erklärung: „Das deutsche Kunsthochschulsystem, das zu den erfolgreichsten der Welt gehört, ist durch Aspekte des Bologna-Prozesses in seiner Substanz bedroht. Gerade wegen der Ziele des Bologna-Prozesses müssen die Bundesländer den Sonderstatus für die Kunsthochschulen aufrechterhalten bzw. aktiv vorantreiben. Nur so ist auch künftig die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Kunsthochschulen und eine qualitätvolle Weiterentwicklung künstlerischer Ausbildung gewährleistet!“

Diese gemeinsame Erklärung fußt auf einer intensiven Debatte, die ausgelöst durch den Bologna-Prozess über mehrere Jahre hinweg in unterschiedlichsten Gesprächsrunden geführt wurde.

In diesen Diskussionen ging es nicht darum, die Reformbedürftigkeit der Ausbildung an deutschen Kunsthochschulen generell in Abrede zu stellen, sondern es ging vor allem darum, deutlich zu machen, dass eine Verbesserung der Ausbildungssituation nur vor dem Hintergrund einer eingehenden Analyse der Schwächen und Stärken der bisherigen Praxis erreicht werden kann, bei der die Erfahrungen, Kommentierungen und Zielsetzungen der Beteiligten und Betroffenen ebenso berücksichtigt werden müssen wie die Tatsache, dass gerade das viel gescholtene Ausbildungsideal deutscher Kunsthochschulen offenbar große Attraktivität für Studierende und Lehrende nicht nur im europäischen Raum, sondern auch weit darüber hinaus hat.

Vorausgegangen war dieser Erklärung bereits im Jahre 2004 eine eindeutige Stellungnahme gegen die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in den künstlerischen Studiengängen, die auch von den Kollegen und Kolleginnen mitgetragen wurde und wird, die zwischenzeitlich zur Einführung von MA-/BA-Abschlüssen qua Verordnung und meist gegen besseres Wissen gezwungen worden sind. Der Wortlaut des Beschlusses lautete wie folgend: „Die Kunsthochschulrektorenkonferenz bekräftigt mit Nachdruck ihren Beschluss vom 13. Mai 2004. Die als eindeutig künstlerische Disziplinen ausgerichteten Studiengänge sind von Beginn an auf die Person und die individuelle Entwicklung ihrer praktischen und künstlerischen Fähigkeiten gerichtet. Dementsprechend findet sie in Deutschland in der Regel als Einzelunterricht und/oder in Klassen statt. Künstlerische Ausbildung ist daher weder modularisierbar noch international standardisierbar. Mit diesem einstimmigen Beschluss der Kunsthochschulrektorenkonferenz werden alle Kunsthochschulen aufgefordert, auf dieser Basis ihre Studienstrukturen umzusetzen bzw. fortzusetzen.“

Auf der Grundlage dieses Beschlusses führten Vertreter der RKK Gespräche mit der Kultusministerkonferenz (KMK), die dazu führten, dass für die künstlerischen Studiengänge ein Sonderstatus eingeräumt wurde, wobei es den Ländern anheim ge-

Weiter auf Seite 16

Der Blick vom Park auf das Hauptgebäude der Kunsthochschule Kassel Foto: Kunsthochschule Kassel

Fortsetzung von Seite 15

Zum Stand der Dinge

stellt ist, darüber zu entscheiden, was ein künstlerischer Studiengang sei. Klar gilt dies für die freie Kunst, standortbezogen kann es für die visuelle Kommunikation gelten. Apodiktisch abgelehnt wurde es für den Bereich des Produktdesign und für die Kunstpädagogik und Kunstgeschichte, die als eindeutig wissenschaftliche Studiengänge angesehen werden, die demzufolge auf Gedeih und Verderb modularisiert werden müssen. Nimmt man die propagierten Zielsetzungen des Bologna-Prozesses ernst, erscheint auch diese Entscheidung als fragwürdig wie die nachhaltige Kritik der betroffenen Disziplinen verdeutlicht.

Die gegenwärtige Situation ist mehr als verwirrend: Es gibt im Grundsatz eine einvernehmliche Stellungnahme der deutschen Kunsthochschulen im Hinblick auf die Beibehaltung des Sonderstatus, es gibt verschiedenartige Diskussionsstände in den unterschiedlichen Ländern und es gibt unterschiedlich weit fortgeschrittene Umsetzungen des Bologna-Prozesses, der mehr Probleme schafft als zu lösen und mehr Fragen aufwirft als Klärungen herbeizuführen und eine zuweilen chaotische Argumentation, die deutlich macht, dass man sich nicht auf einer formalen Ebene qua abstrakter Beschlussfassung mit der MA-/BA-Problematik auseinandersetzen darf, sondern dass es um eine dezidiert inhaltliche Auseinandersetzung gehen muss und um eine eindeutig inhaltliche Positionierung. Die folgenden Ausführungen sollen verdeutlichen, mit welch fragwürdiger Logik hier ein vermeintliches Reformmodell umgesetzt wird, dass die scheinbar Handelnden entmündigt und die propagierten Ziele konterkariert.

Was uns bewegt

Alle gegenwärtigen Debatten über die Reformbedürftigkeit der deutschen Bildungslandschaft, in der zum Beispiel die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) mit der Parole „Mehr Engagement für Bildung, Wissenschaft und Forschung“ antreten, reflektieren diese nichtsdestotrotz unter Gesichtspunkten eines mehr oder minder funktionierenden Wirtschaftsunternehmens zwischen Investition und Abschreibung und führen damit letztendlich buchhalterische Diskurse, die die Regeln für eine grundlegende Überprüfung der Bildungslandschaft festlegen. Regelgerecht ist damit, was den Regeln einer kaufmännischen Rechnungslegung entspricht und sich innerhalb dieses Bezugsrahmens behauptet: Grundlage des Rechnungswesens sind Quantitäten, ihr Ziel Profit.

Was damit um sich greift ist eine massive und massenhafte Marginalisierung der künstlerischen Inhalte der Bildung, die im Wesentlichen von Nicht-Kulturproduzenten und ihrem alles verschlingenden Regelwerken erzeugt wird.

Die Hochschulen sind demnach Anbieter, die Studierenden Konsumenten, die in einem Preis-Leistungsverhältnis stehen, das sich über credit points auf der einen Seite und teaching points auf der anderen Seite definiert. Was auf der Strecke geblieben ist, sind die spezifischen Inhalte, die sich vor dieser allgemeinen Folie nahezu eliminieren lassen, da es sich um zu vernachlässigende Größen handelt. Bildung wird auf Ausbildung reduziert, deren Parameter ein sich selbst regulierendes System bestimmt, der Markt, der als Deus ex Machina alle Probleme löst – sic erat demonstrandum. Wir bilden für Berufsfelder aus, die noch entwickelt werden müssen, der Markt wird's schon richten – und produzieren berufsbefähigende Abschlüsse, die zumindest im Falle der juristischen Ausbildung vor Gericht nicht standhalten. Wir lassen uns von privaten Gesellschaften akkreditieren nach Maßgaben eines obskuren Marktes, der womöglich überhaupt nichts mit unseren Märkten zu tun hat, mit Sicherheit aber nichts mit unseren Produkten.

Was nun?

Zu konstatieren ist eine gewisse Disparität zwischen dem Spektakel der Globalstrategien und der undurchdringlichen Realität von lokalen Taktiken, was noch dadurch befördert wird, dass umso mehr sich der Staat auf der Bundesebene aus dieser Sphäre zurück zieht, die Regelungsdichte auf Seiten der Länder umso stärker anschwillt.

Trotzdem – im Umgang mit dieser absurden Situation werden Handlungs- und Umgangsweisen sichtbar, innerhalb derer es gelingen kann die Funktionsweise des Vorgegebenen umzuorganisieren. All business is local. Eine Möglichkeit bietet die Kritik der verordneten Ideologien – d.h. eine kritische Würdigung der Ziele, die das verordnete Regelwerk der Rationalitäten für sich als Legitimation und Inhalt exklusiv in Anspruch nimmt – also Mobilität, Internationalisierung, Vergleichbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit.

Ich glaube, es ist überflüssig, den Nachweis erbringen zu müssen, dass gerade im Bereich von Kunst und Kultur ein Höchstmaß an internationaler Mobilität Gang und Gäbe ist, ohne dass sich die Akademien und Hochschulen bislang als Touristikunternehmen und Reisebüros mit entsprechenden Transferleistungen verstehen mussten.

Ich glaube, es ist ebenso unnötig über die Internationalisierung zu sprechen, denn Kunst und Kultur sind schon immer Vorreiter auf diesem Gebiet gewesen, was statistisch untermauert werden kann, aber nicht etwa wegen ihrer Vergleichbarkeit, sondern gerade wegen ihrer Unvergleichbarkeit.

Wettbewerbsfähig – auch wenn dies wie ein Abgleiten in eine populäre Ratio anmutet – ist man nicht, indem man das Gleiche anbietet, sondern indem man etwas anderes anbietet – allein auf welchem Markt? Es wäre hilfreich dies zu wissen, eh man sein Sortiment zusammenstellt. Nun ist mir durchaus bewusst, dass eine Kritik der Ideologie nichts an deren Funktionieren ändert, da sie nur den Schein von Distanziertheit innerhalb des Zugehörigkeitsbereichs erzeugt, aber gerade dieser Schein lässt das uns allen als allein seligmachendes Regelwerk Propagierte in einem anderen Licht, um nicht zu sagen Zwielicht erscheinen. Z.B. nicht als einzig mögliche Ordnung, mit der die definierten Ziele erreicht werden können, vielleicht sogar als ein in sich nicht konsistentes Regelwerk, das gerade das verhindert, was es zu betreiben vorgibt. Der Diskurs über die Reformbedürftigkeit der Hochschulen im Sinne von Bologna berührt diese nur marginal:

1. Die Bezugspunkte der verordneten Regelwerke sind nicht aus der spezifischen Qualität und besonderen Aufgabenstellen abgeleitet.
2. Das Denken und Handeln in Quantitäten erzeugt nicht notwendigerweise Qualitäten
3. Wettbewerb macht nur dann Sinn, wenn Unterschiede kultiviert werden, d.h. wenn der Wettbewerb nach eigenen aus der Disziplin heraus entwickelten Kriterien erfolgt.
4. Es gibt nicht einen Markt, sondern viele Märkte und
5. Will ich mich auf einem Markt beweisen, ist es gut, ihn zu kennen.
6. Neben den Marginalien, über die im allgemeinen verhandelt wird, gibt es noch etwas anderes, über das geschwiegen wird, was aber das Eigentliche der gemeinsamen Produktion ausmacht bzw. wie ich meine ausmachen sollte, nämlich die Unterscheidung und die damit verbundenen Qualitäten.

Die Verfassern ist Vorsitzende der Rektorenkonferenz der Deutschen Kunsthochschulen ■

Freie Kunst á la Bolognese

Die Tauglichkeit des Bachelor-Master-Systems für Studiengänge der Freien Bildenden Kunst • Von Peter M. Lynen

Nach der überdurchschnittlich einhelligen und weitgehend parteiübergreifenden Willensbildung in der bildungs- und kulturpolitischen Landschaft soll der Bologna-Prozess in Deutschland mit der Einführung des Bachelor-Master-Systems flächendeckend – d.h. in allen Ländern, Hochschularten und Studiengängen – und zeitnah abgeschlossen werden. Dabei hat ein speziell „deutscher“ Weg durchaus Konturen angenommen. Ausnahmen davon sind sowohl möglich als auch politisch und rechtlich durchsetzbar. Strittig sind hier etwa noch Studiengänge mit Staatsexamina. In NRW hat das für die Kunsthochschulen derzeit geltende Hochschulgesetz in § 84 a zwar als Regelfall bestimmt, dass alle Hochschulen ihr Angebot an Diplom- und Magisterstudiengängen umstellen müssen, es sieht aber als insoweit einzige Ausnahme vor, dass „im Bereich der Freien Kunst weiterhin“ die bisherigen Grade zulässig sind. Ein Vergleich der Systeme macht deutlich, warum dies richtig ist und auch andernorts gelten sollte.

Hauptgebäude der Kunstakademie Düsseldorf Foto: Hubertus Neuerburg

Die Einführung des Bachelor-Master-Systems in Deutschland beruht auf Absprachen internationaler Bedeutung und nationaler Verbindlichkeit (innerhalb des deutschen Föderalismus), die und deren Umsetzung mit der Vokabel „Bologna-Prozess“ verbunden werden. Materiell handelt es sich im wesentlichen um die folgenden Ziele und Erwartungen, die mit der Einführung dieses Systems und der damit verbindlich werdenden Studienreform verknüpft sind:

- Es soll ein gestuftes System von Abschlüssen eingeführt werden, wonach eine große Anzahl der Studierenden mit dem Bachelorgrad als dem ersten berufsqualifizierenden Abschluss erfolgreich in die Berufswelt entlassen werden soll. Ein gewisser Anteil der Studierenden soll durch das Masterstudium weitere wissenschaftliche und berufsbezogene Qualifikationen erhalten, was auch Regelvoraussetzung für noch höhere akademische Grade (etwa den Doktorgrad) ist. Beiden Studiengängen liegt eine Gesamtstudienzeit von fünf Jahren zugrunde, wobei es zwei Modelle gibt (zum einen das, nach dem der Bachelorgrad in drei und der Mastergrad in zwei weiteren Jahren erworben wird, und zum anderen das, nach dem man Bachelor in vier Jahren und Master in einem weiteren Jahr werden kann).
- Das System soll für alle Hochschularten (Universitäten, Fachhochschulen, Kunsthochschulen) und prinzipiell für alle Studiengänge (mit der besonderen Problematik bisheriger Staatsexamina) gelten, wobei künftig die bislang weitgehend gängige – wenn auch nicht unumstrittene – Aufteilung in stärker wissenschaftsorientierte Studiengänge an Universitäten und stärker anwendungsorientierte Studiengänge an Fachhochschulen keineswegs geboten ist. Der Masterstudiengang kann betonter konsekutiv (aufbauend auf den bisherigen Qualifikationen) oder betonter weiterbildend (mit Sonderqualifikationen) angelegt sein.
- Das System soll die internationale Vergleichbarkeit der Studiengänge und Abschlüsse erhöhen und zu einem größeren personellen Austausch (mit einer Erhöhung des Anteils ausländischer Studierender in Deutschland und leichteren Möglichkeiten des Studienortwechsels) führen.
- Prüfungen sollen im wesentlichen studienbegleitend ablaufen und durch hochschulübergreifende vergleichbare und berechenbare Leistungspunktsysteme erfasst werden, welche die bisherige Notengebung ersetzen.
- Das bisherige ministerielle Genehmigungsverfahren von Studiengängen und ihren maßgeblichen Ordnungen wird durch ein Akkreditierungsverfahren ersetzt (bzw. ein solches Verfahren wird vorgelagert), das durch Akkreditierungsagenturen und von diesen eingesetzten Sachverständigenkommissionen durchgeführt wird.

Wenn es darum geht, die Tauglichkeit dieses Systems für die Studiengänge der Freien Kunst zu untersuchen, ist unerlässlich, die typischen Merkmale dieser Studiengänge und ihren historischen Kontext wenigstens mit groben Strichen zu skizzieren. Um Freie Kunst an einer Kunsthochschule (Kunstakademie) studieren zu können, müssen die später Studierenden ein Auswahlverfahren (Verfahren zur „Feststellung der künstlerischen Eignung“) durchlaufen, wobei nur ein geringer Anteil der Bewerbungen von Erfolg gekrönt ist (mancherorts nur wenige Prozent, höchstens bis zu einem Drittel). In Kunsthochschulen kommt man „nur schwer hinein“, dafür „leichter hinaus“. Bis in die 70er/80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts waren Abschlussprüfungen und entsprechende akademische Grade in Studiengängen der Freien Kunst nicht üblich. Erst infolge der damaligen Debatte um Diplome und andere berufsqualifizierende Hochschulgrade wurden solche Abschlüsse eingeführt. Damals war das Bestreben vorrangig, weder eine Segmentierung des Kunststudiums in künstlerische Einzeldisziplinen vorzunehmen, noch eine Verschulung mit einer Fülle von Leistungsnachweisen und punktuellen Prüfungen einzuführen. Das Kunststudium war durch die Ziele der Unterstützung künstlerischer Begabungen, der Förderung eines individuellen Werdeganges und der Entwicklung zur Künstlerpersönlichkeit geprägt. Berufsvorbereitung war nicht auf „Stellen“ oder eingegrenzte berufliche Tätigkeitsfelder ausgerichtet, was angesichts des zu allen Zeiten schwierigen Marktes für junge Künstlerinnen und Künstler ein unrealistisches Unterfangen gewesen wäre. Die heutigen Abschlüsse werden an deutschen Kunsthochschulen unterschiedlich bezeichnet (vielfach als „Diplom“, aber auch durch spezielle Grade, wie den „Akademiebrief“). Zu diesen Abschlüssen kommt der besondere Titel des/der Meisterschüler/in. Hier gibt es zwei verschiedene Modelle. Zum einen das des Meisterschülers als persönliche Ehrung und Auszeichnung während des Studiums, die mit dem Namen und der Entscheidung einer Professorin oder eines Professors untrennbar verbunden sind. Zum anderen das des Meisterschülers als eines zweiten Abschlusses nach einem erfolgreichen Aufbaustudium, über dessen Zugang bei oder nach dem ersten Abschluss entschieden wird.

Im Zentrum der künstlerischen Studiengänge steht das Atelierstudi-

Weiter auf Seite 17

Fortsetzung von Seite 16

um, das traditionell in Künstlerklassen mit einer ausgesprochenen Meister-Schüler-Beziehung stattfindet. Es wird dort weniger „gelehrt“ als „geleitet“. Insoweit sind die Kunsthochschulen heute noch Horte eines Gedankenguts, das an den Universitäten mit dem Namen Wilhelm von Humboldts verbunden wird. Es geht um einen individuellen learning-by-doing-Prozess, der dem forschenden Lernen entspricht. Diese Art der persönlichen künstlerischen Auseinandersetzung im Verhältnis der Gegenseitigkeit, die von den Studierenden die Initiative und den Gestaltungswillen verlangt, die auch im späteren Berufsleben in der Kunst unerlässlich sind, steht einer konformistischen Studiengangsplanung diametral entgegen. Die hier angedeuteten Prinzipien werden nicht an allen Kunsthochschulen und in allen Studiengängen der Freien Kunst gleichermaßen angewendet. Sie sind auch nicht unumstritten. Gleichwohl ist dieses System der deutschen Kunsthochschulen insgesamt erfolgreich, sowohl im Wandel der Zeiten und Kunstauffassungen als auch im internationalen Vergleich. Zwar wird natürlich nicht jeder Kunsthochschulabsolvent auf dem Markt erfolgreich, aber der ganz überwiegende Teil der heute namhaften Künstlerinnen und Künstler hat ein Kunststudium durchlaufen. Der Anteil ausländischer Lehrender und Studierender an deutschen Kunsthochschulen ist beträchtlich (bei örtlichen Unterschieden liegt er nicht selten bei einem Drittel). Deutsche Kunsthochschulen genießen im Ausland einen sehr guten Ruf, was im wesentlichen von der künstlerischen Bedeutung der an ihr Lehrenden abhängt, nicht von Abschlusstiteln oder Leistungspunkten.

Damit kann man zu vergleichenden Aussagen kommen:

- Einerseits gehen die Erwartungen des Bolognasystems an der Wirklichkeit der Kunsthochschulen vorbei bzw. diese haben solche Ziele bereits erfüllt. Die Kunsthochschulen haben keine Studentenmassen gestuften Abschlüssen und einer dementsprechenden Berufswelt zuzuführen. Kunsthochschulen selektieren vorher und sind alles andere als „Massenhochschulen“. Die Studierenden der Freien Kunst (pro Hochschule wenige Hundert) können nach dem bisherigen System bei Betreuungsrelationen, die denen amerikanischer Eliteuniversitäten gleichen oder sie sogar übertreffen, individuell künstlerisch betreut und gefördert werden. Wenn das nicht oder zu wenig geschehen sollte, ist das kein Systemfehler, sondern beruht auf Schwächen einzelner Personen. Auch das Ziel der Internationalität haben die deutschen Kunsthochschulen im Bereich der Freien Kunst längst erreicht, jedenfalls mehr als Universitäten und Fachhochschulen.
- Anderseits besteht die große Gefahr, dass das Bolognasystem die notwendige Eigenart und die Vorzüge des Studiengangssystems der Freien Kunst schwer beeinträchtigt, wenn nicht gar völlig zerstört. Die mit der Aufteilung in ein Bachelor- und ein Masterstudium systemimmanent einhergehende Verschulung, die Aufsplitterung in künstlerische Teilgebiete und austauschbare Kurse sowie die Vergabe von allgemein gültigen und übertragbaren Leistungspunkten sind mit den bisherigen Zielen und der Methodik der Studiengänge in der Freien Kunst nicht zu vereinbaren (es sei denn, man betreibt Etikettenschwindel). Das Studium der Freien Kunst lebt auf beiden Seiten (Lehrende und Lernende) von subjektiven und unvertretbaren Entscheidungen und Bewertungen auf individueller Basis. Das erstreckt sich gerade auf die Fragen, wer bei wem wie lange was studiert und wie man den Erfolg dieser Bemühungen einschätzt. In einem Studiengangssystem der Freien Kunst sollten diese Offenheit und Unbestimmtheit nicht als Webfehler, sondern als Vorzüge betrachtet werden.
- Schließlich stellt das Akkreditierungsverfahren gerade in diesem Bereich eine erhebliche Verschwendung von Zeit und Geld dar. Die bisherigen nichtstaatlichen Agenturen sind fachlich-personell nicht gerüstet; sie müssten von den Kunsthochschulen (auf deren Kosten, also aus öffentlichen Haushaltsmitteln und ggf. Studiengebühren) erst in die Lage der Begutachtung versetzt werden. Das Ergebnis der langwierigen Begutachtung kann (siehe oben) nur in einer Verschlechterung der Studiengänge oder in dem augenzwinkernden Einverständnis bestehen, es „trotz Bologna beim Alten zu lassen“.

Als Fazit und Beantwortung des Titels dieses Beitrags lässt sich festhalten: Freie Kunst á la Bolognese ist ein schlecht bekömmliches Einheitsgericht, dessen Zubereitung nur zu noch schmackhaften Ergebnissen führen kann, wenn man sich gerade nicht an das Rezept hält. Im internationalen Vergleich würden die deutschen Kunsthochschulen an Sternen und Alleinstellungsmerkmalen verlieren.

Der Verfasser ist Kanzler der Kunstakademie Düsseldorf und als Professor Leiter des Zentrums für Internationales Kunstmanagement (CIAM) an der Hochschule für Musik Köln ■

Ressentiments gegenüber dem Bolognaprozess

Was spricht für, was gegen die Umstellung der künstlerischen Studiengänge • Von Christian Fischer

Ohne Zweifel, aus dem Blickwinkel einer großen und international renommierten künstlerischen Hochschule wie der Universität der Künste Berlin liegen die Vorteile der herkömmlichen Studiengänge und Abschlüsse an künstlerischen Hochschulen darin, dass man sie kennt und seit Jahrzehnten mit einer Ausbildung in Kunst, Musik, Gestaltung und Darstellender Kunst von höchster Qualität verbindet, und das nicht nur in Deutschland, sondern auch und vor allem im Ausland. Es wird allzu häufig übersehen, dass es sich bei den künstlerischen Studiengängen in weiten Bereichen um ein Elitestudium handelt, um dessen hochselektives Auswahlverfahren und dessen charakteristischen Einzel- oder Kleingruppenunterricht uns die wissenschaftlichen Hochschulen eigentlich beneiden müssten. Deswegen sind ein uneffizientes Studium, mangelnde Motivation von Studierenden und Lehrenden, Überschreitung der Regelstudienzeiten auf breiter Front zwar ein guter Grund für eine umfassende Studienreform in Deutschland. Die Leistungen und Traditionen der künstlerischen Ausbildung in Deutschland können dafür aber nicht der Anlass gewesen sein.

Deshalb wäre es unredlich zu leugnen, dass die Umstellung auf Bachelor und Master auf Seiten der künstlerischen Hochschulen (zuerst) als äußerer Zwang wahrgenommen wurde und wird. Dementsprechend groß sind die Ressentiments und auch der Ärger über Landesregierungen, die Reformeifer und Fantasie einfordern, andererseits aber allzu oft finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen setzen, die geeignet sind, jeglichen reformerischen Ansatz im Keim zu ersticken. Es wäre aber genauso unredlich zu behaupten, die künstlerische Ausbildung in Deutschland sei an keiner Stelle reformbedürftig und sozusagen resistent gegenüber den Umwälzungen der Zeit.

Es ist sicherlich eine unspektakuläre, aber nichtsdestotrotz äußerst wirksame Rechtfertigung dieser Reform, dass sie nicht nur die Gelegenheit bietet, sondern die Studiengänge geradezu zwingt, ihre Ausbildungsziele, ihre Lehrinhalte und ihre Organisationsstruktur von Grund auf neu zu überdenken. Wer einmal versucht hat, in einer Zeit hochschulreformerischer Ruhe, Studieninhalte oder -organisation zu ändern, der weiß, wovon die Rede ist. Dies kann sicherlich nicht die einzige Begründung für einen solch umfassenden, die Ressourcen in Beschlag nehmenden Reform-Prozess sein. Man muss aber ernüchtert feststellen, dass der Effekt, die Beweglichkeit von Kollegien und Fakultäten flächendeckend wiederzubeleben, anders nur schwer vorstellbar gewesen wäre, so dass diese Gelegenheit auch dankbar aufgegriffen werden muss.

Dass die Reform zu solch einem grundsätzlichen Überdenken der bisherigen Studienangebote führt, hängt einerseits mit der Stufung der Studiengänge, also mit der Einführung von Bachelor und Master zusammen. Hier stellen sich unangenehme Fragen. Wurde ein Absolvent beispielsweise in zehn Semestern ausgebildet, dann wird es für die Qualität seines Abschlusses vermutlich sekundär sein, ob er am Ende seines Studiums ein Diplom- oder Masterzeugnis erhalten hat. Was ist aber mit Bachelorabsolventen nach sechs Semestern, falls sie nicht wegen mangelnden Talents, sondern wegen einer Herabsetzung der Plätze für Studienanfänger im Master keine Chance auf Fortführung ihres Studiums haben? Sind sie dann „halbe“ Künstler/Musiker/Schauspieler usw.? Gibt es für sie einen Markt? Was bedeutet das für Studieninhalte und -organisation? Diese Problematik stellt sich je nach Fach und Studienort unterschiedlich dar. Die generelle Vorgabe der Kultusministerkonferenz (KMK) lautet, dass Bachelorstudiengänge mindestens sechs und höchstens acht Semester, Masterstudiengänge mindestens zwei und höchstens vier Semester umfassen, zusammengenommen aber zehn Semester nicht überschreiten dürfen. Dadurch, dass die KMK künstlerischen Kernfächern einer Hochschule zugesteht, die Regelstudienzeit zusammengenommen sogar auf 12 Semester auszuweiten, entspannt sich zwar die Lage insbesondere in der Musik, löst aber nicht grundsätzlich das Problem. Immerhin muss das Wissenschaftsressort dem Rückgriff auf die Ausnahmeregel zustimmen, und es gibt Studiengänge, wo bisher acht Semester intensiver Ausbildung für die künstlerische Ausbildung ausreichten. Dies ist bei Schauspiel der Fall, und es ist schwer vermittelbar, warum ein Schauspieler dann nur den Bachelortitel führen darf, während seine Arbeitskollegen in der Regie und Dramaturgie, des Bühnenbilds und -kostüms alle einen Mastertitel führen, weil die KMK vorschreibt, dass man für den Mastertitel mindestens 10 Semester bzw. 300 Leistungspunkte studiert haben muss.

Haupteingang der Universität der Künste in Berlin **Foto: Matthias Heyde**

Letzteres führt zu dem zweiten Standbein der Reform, das dafür Sorge trägt, dass die Studiengänge von Grund auf überdacht werden müssen, nämlich die sogenannte Modularisierung. Sie teilt das Studium in „Module“, die aus einer oder mehreren Lehrveranstaltungen bestehen und abschließend geprüft werden, so dass der Abschluss sukzessive erarbeitet wird. Zusätzlich werden für das Studium 30 sogenannter Leistungspunkte pro Semester angesetzt, die das gesamte Studium (Selbststudium und Unterricht) eines „durchschnittlich begabten“ Studenten dadurch abbilden sollen, dass man pro Leistungspunkt 30 Zeitstunden veranschlagt. Selbstverständlich muss für jedes Modul eine Leistungspunktezahl festgelegt werden. Und unterm Strich dürfen pro Semester nicht mehr als 30 Leistungspunkte herauskommen. Die 40-Stunden-Woche hat somit Einzug in die künstlerische Hochschule erhalten. Modularisierung und Leistungspunkte mögen die richtige Antwort für unstrukturierte wissenschaftliche Studiengänge sein, die bundesweit vor allem durch hohe Abbrecherquoten auffallen. Der Geist, der aus dieser Reform spricht, scheint aber der künstlerischen Ausbildungspraxis eher fern zu stehen.

Es wäre aber irreführend, sich an dieser Stelle ausschließlich auf die Theorie zu fixieren. Einerseits ist die Praxis der Reform reichlich pragmatischer. Andererseits sind viele Studiengänge in der Gestaltung, Darstellenden Kunst und der Musik bereits aus ihrer Tradition heraus engmaschig reglementiert. Letztlich sind die vergleichsweise wenigen Reformvorgaben in den konkreten Umstellungsfragen auslegungsbedürftig, und es hängt von den Beteiligten großteils selbst ab, ob sie in der Manier eines mittleren Finanzbeamten oder spielerisch und kreativ mit der Reform umgehen. Häufig ist es mehr die eigene Plan- oder Ideenlosigkeit, die Professoren mehr als nötig an den relativ wenigen Vorgaben kleben lässt. Dem in den KMK-Vorgaben und der Medienberichterstattung verspürbaren Geist der Bürokratisierung wird so erst zu seiner Verwirklichung verholfen. Die Vorteile einer Generalrevision der Studiengänge sollte aber die Erfüllung gewisser formaler Vorgaben deutlich überwiegen. Für den Bereich der freien Künste lässt sich das nicht so ohne weiteres behaupten. Stufung und Modularisierung unterstellen einen linearen Ausbildungsprozess, der sich in einzelne kleine Erfolgsstufen unterteilen lässt. Dies widerspricht dem individuellen künstlerischen Entwicklungsprozess fundamental.

Die UdK Berlin hat aus diesem differenzierten Bild des Bologna-Prozesses die Konsequenz gezogen, den Umstellungsprozess aktiv mitzugestalten und nicht über sich ergehen zu lassen. Das ist mehr als Rhetorik, beeinflussen doch die ersten Umstellungsergebnisse die weitere Handhabung der Reform. So hat sich die UdK Berlin zu einer (fast) kompletten Umstellung auf das gestufte Studiensystem selbst verpflichtet. Die Vorteile der Generalrevision der Studieninhalte und des neuen Systems werden dabei auch der UdK Berlin zugute kommen: so gerade die Flexibilisierung der Studienangebote durch das zweistufige System, das gerade im Masterbereich interessante und innovative Studienangebote auch „zwischen“ den angestammten Fächern ermöglicht. Auch wird die Bruchstelle zwischen Bachelor und Master die Integration ausländischer Studienbewerber bzw. den Hochschulwechsel ins Ausland erleichtern. Der differenzierte und kreative Umgang mit der Reform führt aber auch zur Einsicht, dass die Vorteile nicht die Nachteile aufwiegen, die sowohl durch die Umstellung auf das gestufte System als auch durch die Einführung der Modularisierung in den freien Künsten entstehen würden. Hier hat sich die UdK Berlin entschlossen, am bestehenden und bewährten Ausbildungssystem festzuhalten. Chancen und Risiken bestehen von dieser Warte aus für beide Studiengangstypen. Die einen würden Neuland entdecken, während die anderen feststellen könnten, das gerade im Gewohnten das Außergewöhnliche steckt. Während sich die einen verlaufen können, laufen die anderen Gefahr, rechtzeitig den Absprung zu verpassen. Die Zukunft ist diesbezüglich offen, eine Aussicht, die eine künstlerische Hochschule aber nicht schrecken darf.

Der Verfasser ist Bologna-Berater der Hochschulrektorenkonferenz an der Universität der Künste Berlin ■

Bolognaprozess: Segen oder Fluch

Die Antworten liegen nicht beim „ob“, sondern beim „wie“ • Von Thomas Rietschel

Alle deutschen Musik- und Theaterhochschulen werden bis 2010 ihre Studiengänge auf Bachelor (BA) und Master (MA) umstellen. Sie folgen damit den Vorgaben des Gesetzgebers. Erklärte Ziele dieses Prozesses sind u.a. die Vergleichbarkeit von Abschlüssen, die Förderung der Mobilität von Studierenden und Dozenten sowie die Förderung der europäischen Dimension im Hochschulbereich im Bezug auf die Entwicklung von Curricula und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen. Inwieweit diese Ziele jedoch im Rahmen dieses Systems für künstlerische Studiengänge erreicht werden können (oder in einigen Teilen in Bezug auf künstlerische Ausbildung schon längst erreicht sind), diese Frage ist damit noch nicht beantwortet.

So gibt es gute Gründe, die gegen die Umstellung der künstlerischen Studiengänge sprechen.

- Künstlern sind die neuen Abschlüsse sowieso egal. „Mich hat in meinem Leben nie jemand nach meinem Abschluss gefragt“, geben die Künstlerprofessoren in der Regel zur Antwort. „Entscheidend ist doch, was man beim Probespiel, beim Vorsingen, beim Vorsprechen kann.“ Diese Aussage gilt zwar genauso für den herkömmlichen Diplomabschluss, dennoch stellt sich die Frage, ob denn der ganze Aufwand überhaupt notwendig sei.
- In der Tat ist es eine ungeheure Aufgabe, die gesamten Studienordnungen einer Hochschule völlig neu aufzubauen. Neben der umfangreichen fachlich-inhaltlichen Arbeit, die von den hiermit befassten Hochschulgremien neben dem ohnehin schon umfangreichen „Tagesgeschäft“ geleistet werden muss, ist gerade auch der Verwaltungsaufwand, der auf die in der Regel kleinen und damit „verwaltungsschwachen“ künstlerischen Hochschulen zukommen wird, enorm.
- Die Frage der internationalen Mobilität der Studierenden war auch in den Zeiten des Diploms in der Musikerausbildung für die Hochschulen kein Problem, vielmehr ist die große Internationalität der Musikerausbildung (hoher Anteil ausländischer Studierender, internationale Kurse und Akademien etc.) – unabhängig von der Form des Hochschulabschlusses – eines ihrer ureigensten Strukturmerkmale.
- Jede künstlerische Ausbildung richtet sich neben den handwerklichen und intellektuellen Aspekten vor allem auf die Entwicklung der künstlerischen Persönlichkeit des Studierenden. Solche stets individuellen Entwicklungsprozesse lassen sich eigentlich nicht in normierten Systemen abbilden, die nach dem Baukastenprinzip Modul auf Modul schachteln. Auch die genaue Berechnung des Arbeitsaufwandes für ein Musikstudium („workload“) ist aufgrund der individuellen Lernprozesse nicht möglich. Eine künstlerische Entwicklung braucht Freiraum: zum Ausprobieren, zum Experimentieren, für Umwege und dafür, auch Fehler machen zu können.

All dies sind gewichtige Argumente, um den Bolognaprozess abzulehnen, wie es vor allem die Kollegen aus dem Bereich bildenden Kunst tun. Es gibt jedoch auch Gründe dafür, sich auf den Prozess der Modularisierung einzulassen.

- Ein erheblicher Anteil der Studierenden an Musik- und Theaterhochschulen sind angehende Pädagogen, Wissenschaftler, Kulturmanager und andere. Bei diesen Studiengängen relativieren sich die oben genannten Argumente z.T. erheblich.
- Man sollte auch sehen, dass die viel beklagte Verschulung dem künstlerischen Studium nun nicht ganz wesensfremd war. Regelmäßige Vorspiele sind fester Bestandteil des Studiums, der aktuelle Leistungsstand wird jede Woche im Einzelunterricht hinterfragt und auch Begriffe wie „Klasse“ deuten ja eine bestimmte Grundhaltung an.
- Entscheidend ist, dass der Bolognaprozess die Hochschulen zwingt, ihre Studienordnungen völlig neu zu konzipieren. Ohne diese Vorgabe von oben wäre diese gewaltige aber dringend notwendige Kraftanstrengung wohl nie in Angriff genommen worden.
- Der Bolognaprozess wird uns helfen, klare Hochschulprofile zu entwickeln. So wird es sich beispielsweise keine Hochschule leisten können, in allen Fächer ihre BAs auch als MAs weiterzuführen. Durch die Entscheidung für bestimmte Masterstudiengänge werden die Hochschulen also ihre Schwerpunkte, ihre Stärken oder kürzer: ihr Profil definieren müssen.
- Durch die Modularisierung werden die Studienanforderungen für die Studierenden transparenter, indem sie die Hochschulen zwingt, Inhalt und Umfang der verschiedenen Fächer genau zu definieren. Dadurch und durch geschickten Zuschnitt der Module wird dann auch eine optimale Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Studiengängen einer Hochschule erreicht. Auch der internationale Austausch und der Wechsel in Deutschland von Hochschule zu Hochschule werden in Zukunft durch die größere Transparenz von modularisierten Studienordnungen gegenüber klassischen Diplomstudienordnungen erleichtert.
- Sinnvoll ist auch die Forderung nach stärkerer Berufsbezogenheit der Ausbildung. Natürlich kann man Künstler nicht marktkonform ausbilden, aber man kann sie auf den Markt vorbereiten. Immerhin werden weit über die Hälfte unserer Absolventen später freiberuflich tätig sein. Da sollten sie wissen, wie man mit Verträgen und Steuerfragen umgeht. Auch Praktika werden zu einem festen Bestandteil eines Studiums und sie werden den schwierigen Übergang aus dem Schonraum der Hochschule in die Berufswelt wesentlich erleichtern.
- Ein weiterer Aspekt im Zuge des Bolognaprozesses ist die Qualitätsfrage. Gerade im Zuge des sich ändernden Akkreditierungssystems in Deutschland wird dem Bereich der ständigen Beschäftigung mit dem Thema Qualität in Lehre und Studium in Zukunft ein besonderes Augenmerk zukommen: „Die Hauptverantwortung für die Qualitätssicherung in der Hochschulbildung tragen die Hochschulen selbst“ (Kommunique der Bologna-follow-up-Konferenz Berlin 2003).
- Entscheidend wird jedoch letztendlich sein, was man aus dem neuen System macht. Eine sture Übertragung des Status Quo in Module wird das Studium nur verschlechtern. Ein intelligenter Umgang mit der Modularisierung, nach dem Motto „sowenig Pflicht wie nötig, so viel individuelle Entfaltungsmöglichkeit wie möglich“, der also der Persönlichkeitsentwicklung Raum lässt, kann im Verbund mit den oben genannten neuen Akzentsetzungen zu einer erheblichen Verbesserung der Ausbildung führen.

Ein konkretes Beispiel, der Ausbildungsbereich ZuKT (Zeitgenössischer und Klassischer Tanz) an der Frankfurter Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, mag deutlich machen, dass die Modularisierung nicht zum Nachteil der künstlerischen Ausbildung sein muss.

Foyer der Hochschule Frankfurt: Die Studierenden der Schauspielabteilung spielen Slawomir Mrozeks Zabawa.
Foto: Lutz Sternstein

Junge Tänzer brauchen heute neben einer guten klassischen Ausbildung auch eine umfassende Schulung in zeitgenössischen und modernen Techniken, da die Arbeitsweisen, das Bewegungsmaterial und die Bewegungsstile der Choreographen komplexer und vielschichtiger geworden sind, mit fließenden Übergängen zur Performance Art. Heute arbeiten Choreographen verstärkt interdisziplinär, setzen sich mit anderen Kunstformen auseinander, beschäftigen sich mit Neuen Medien und thematisieren vermehrt politische, gesellschaftliche und philosophische Fragestellungen. Tänzer sind nicht nur Ausführende, sondern Mitgestalter des choreographischen Prozesses. Dem muss die Ausbildung Rechnung tragen.

In der Frankfurter Tanzausbildung wird die Einführung von Bachelor- und Masterprogrammen als Chance verstanden, die bestehende Tanzausbildung zu hinterfragen und neue Strukturen und Inhalte in diese zu integrieren. Der Bachelor ist auf 4 Jahre angelegt. Im dritten Jahr erfolgt eine Schwerpunktsetzung in Klassischem oder Zeitgenössischem Tanz. Das Theorieangebot wird durch Fächer oder Blockseminare wie Trainingswissenschaft, Einführung in wissenschaftliches Arbeiten, Lichtseminare, Bühnenrecht, Vertragswesen, Fördermittel etc. erhöht. Die Prüfungen in den Tanztechnikmodulen erfolgen am Ende des dritten Ausbildungsjahres. Im vierten Jahr sind bis zu dreimonatige Praktika in Theatern, Produktionszentren und Freien Gruppen geplant, um so den Übergang in die Berufspraxis besser vorzubereiten. Außerdem müssen die Studierenden eigene Choreographien kreieren und die theoretische Bachelorarbeit schreiben. Die Ausbildung ist interdisziplinär angelegt und es wird sehr viel Wert auf das Sammeln von Aufführungserfahrung gelegt. Die zahlreichen Engagements unserer Absolventen nach Abschluss ihres Studiums beweisen, dass dieses Konzept aufgehen wird.

Im Zusammenarbeit mit Tanzlabor_21/Tanzplan Frankfurt Rhein_Main werden außerdem neue Studiengänge gegründet, die Bachelorabsolventen aber auch bereits im Beruf stehenden Tänzerinnen und Tänzern die Möglichkeit geben, den Praxisbezug der Tanzausbildung verstärken: der zweijährige Masterstudiengang Tanzpädagogik für Zeitgenössischen Tanz ab dem Wintersemester 2007/08 und der ebenfalls zwei Jahre dauernde Masterstudiengang Choreografie/Performance ab dem Wintersemester 2008/09, der gemeinsam mit dem Institut für Angewandte Theaterwissenschaften der Universität Gießen entwickelt wird.

Die Frankfurter Tanzabteilung zählt zu den interessantesten Tanzausbildungen in Deutschland. Sie hat als erste das Thema der Umstellung auf BA und MA offensiv aufgegriffen und zeigt damit, dass diese Umstellung sehr wohl zu einer Verbesserung führen kann.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Ob der Bolognaprozess für die künstlerischen Studiengänge ein Segen ist oder ein Fluch, das sollte am konkreten Beispiel verhandelt werden. Debatten über das „Ob“ werden dabei nicht weiterhelfen, die Antwort liegt bei der Diskussion über das „Wie“.

Der Verfasser ist Präsident der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt am Main ■

Erfolgreiches System

Chancen und Probleme der Hochschulreform • Von Viola Schmidt

Die Ständige Konferenz Schauspielausbildung (SKS), in der alle staatlichen Schauspielhochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz ein gemeinsames Forum haben, befasst sich seit geraumer Zeit selbstverständlich im Rahmen der Studienreform mit der Umstellung der Hochschulausbildung. In diesem Rahmen verständigen wir uns über heute relevante Studieninhalte und ihre Einbeziehung in einen gesamteuropäischen Prozess. Wir bemühen uns, die Vorstellungen der politisch Verantwortlichen und die Erfahrungen und unterschiedlichen Traditionen der deutschsprachigen Schauspiel- und Theaterausbildung zu berücksichtigen. Unsere Bemühungen sind geprägt von der Verantwortung für die Studierenden, die ein Recht auf eine qualifizierende Ausbildung haben, die es ihnen ermöglicht, in der sich zunehmend verändernden Berufswelt einen Platz einzunehmen, der ihrer künstlerischen Persönlichkeit entspricht. Gleichzeitig sind wir darauf bedacht, einen Status der Abschlüsse zu erhalten, der eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz ausdrückt. Das deutsche Kunsthochschulsystem ist erfolgreich. Die Erfolge der Künstler auch im internationalen Vergleich widersprechen einer Veränderung, die für eine andere Art der Ausbildung erfunden wurde.

Der Bolognaprozess stützt sich hauptsächlich auf wissenschaftliche Studiengänge, in die er eine verbesserte Struktur bringen kann, was dazu führt, Studienzeiten zu verkürzen, Abbrecherquoten zu drücken, effizienter zu arbeiten.

Die Ausbildung in unseren Studiengängen Schauspiel, Regie und Puppenspielkunst begleitet und lenkt künstlerische Entwicklungsprozesse, die spezifisch an Persönlichkeiten gebunden sind, die auf dem Feld der freien Kunst tätig sind. Durchlässigkeit und Flexibilität des Studiums sind in diesen Studiengängen Standard. Spezifische Begabungen, die dem Profil der Hochschule entsprechen, werden durch Zulassungsverfahren ausgewählt und müssen ihre Ausbildbarkeit innerhalb des Grundstudiums beweisen. Ein Bachelorabschluss in den oben genannten Studiengängen liegt in seinem workload deutlich unter einem Diplomabschluss, soll aber berufsbefähigend sein. Sollten wir zu einer Stufung des Studiums gezwungen sein, müssten wir deutliche Qualitätseinbußen hinnehmen. Die Praxis lehrt uns, dass sich zu einem Masterstudiengang lediglich Studierende entschließen werden, die die Theater nicht sofort engagieren. Die künstlerische Ausbildung setzt auf eine Qualifizierung in der Praxis.

Eine Modularisierung des Studiums, das an die Stufung gebunden wäre, kann aufgrund der sich aus der Tradition heraus entwickelten sehr unterschiedlichen Ausbildungsweisen der einzelnen Hochschulen in Deutschland nicht kompatibel sein. Ein Abgreifen von einzelnen Modulen im Sinne eines Selbstbedienungsladens wird es bei uns nicht geben. Wir werden keine befähigten Generalisten und künstlerischen Dienstleister ausbilden, sondern

Weiter auf Seite 19

Als Tiger gesprungen…

Zur Konsultation über die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik • Von Max Fuchs

Für frühere FDP-Außenminister war die Sache klar: Kultur ebnet der Wirtschaft den Weg. Die Konzeption 2000 der ersten rot-grünen Bundesregierung hat diesen Ansatz gravierend verändert. Nunmehr war Kultur der Wegbereiter für Menschenrechte und Mittel der Konfliktbewältigung. Nach sieben Jahren Erfahrung mit einem solchen Ansatz musste man jedoch sehen, dass man Kunst und Kultur überfordert, wenn man zuviel von ihr verlangt, zumal die Haushaltsansätze mit den ambitionierten Zielformulierungen so gar nicht mithalten wollten.

Die Fachwelt hat es daher gerne gehört: Eine Änderung soll es geben, weg von der allzu wohlfeilen Menschenrechtsrhetorik. So ähnlich hat man zumindest den Außenminister bei seinen Ausführungen vor dem Kulturausschuss verstanden. Und: Man will sich beraten lassen. Auch dies hörte man gern. Denn ebenso wie in der nationalen Kulturpolitik sind auch in der Außenkulturpolitik neben dem Staat zahlreiche nichtstaatliche und zivilgesellschaftliche Akteure am Werk. Dabei meine ich nicht die recht eng geführten Mittlerorganisationen, deren Rechtsform zwar Zivilgesellschaft suggeriert, bei denen letztendlich aber doch der Staat das erste und letzte Wort hat, sondern ich denke an die vielfältigen Projekte der freien Träger, der Verbände, der Kommunen, die nur zum Teil mit Mitteln des Auswärtigen Amtes für Deutschlands Bild in der Welt sorgen. Einige hundert kamen daher am 26.10.2006 im Auswärtigen Amt zusammen: Künstler, Vertreter großer und kleiner Strukturen, Vertreter der Länder und Kammern und natürlich die Vertreter der großen Mittlerorganisation. Die vorab gelieferten Fragen waren interessant: Welches Bild von Deutschland soll vermittelt werden? Wie muss auf veränderte gesellschaftliche Realitäten reagiert werden? Wie steht es um den Wettbewerb um die besten Köpfe? In welchen Regionen der Welt soll man sich engagieren? Da stand man also und wartete und wartete, denn erst musste der Außenminister irgendwo anders anwesend sein. Dann kam er, der große Weltsaal im Auswärtigen Amt war voll besetzt und die Zuhörer waren konzentriert. Und was er sagte, war, nun ja, es war nett. Kultur ist Investition, man hört es wegen des Koch-Steinbrück-Papiers immer wieder gern. „Kultur“ muss dynamisch verstanden werden, klar. Kreative Auseinandersetzung mit dem scheinbar Fremden. Also soweit ganz gut, es war nichts falsch daran, aber noch waren die neuen Impulse nicht zu erkennen. Es war eher eine Beschreibung des Rahmens, so dass man auf einige Inhalte wartete. Von künstlerischer Seite kamen sie nicht, denn der angekündigte Schriftsteller Ilja Trojanow war verhindert. So blieb als einziger inhaltlicher Input – und dies noch an dieser zentralen Stelle – der Chef des erfolgreichen Softwareunternehmens SAP, Henning Kagermann. Er hielt eine schöne Rede, die jedem wirtschaftspolitischen Forum, über die Qualitäten des Standorts Deutschland und seiner innovativen Kreativindustrie alle Ehre gemacht hätte. Es fehlten angenehmerweise auch all die neoliberalen Forderungen nach Absenkung der Sozialstandards, nach Verschärfung des Arbeitsrechtes und nach Steuersenkung für die Wirtschaft, die die finanziell gut dotierte Lobby des Neoliberalismus in Person der Miegels, Henkels und wie sie alle heißen in jeder Talkshow gerne zum besten geben. Nein, man hörte stattdessen viel über den Erfolg von SAP, über Eliten, die SAP hat oder gerne hätte, darüber wie sich diese Eliten sicher und wohl fühlen müssen in Deutschland. Eliten ziehen Eliten an. „Eliten“, man ahnt es, waren natürlich nur solche, mit denen die erfolgreiche IT-Branche Geld verdienen kann. Andere Eliten, die sich auch für das Bild Deutschlands interessieren, deren vielleicht kritische Reflexionen aber nicht so leicht zu Softwareprogrammen und zu Geld zu machen sind, waren eher nicht angesprochen. Die Botschaft war zum einen: SAP ist ganz ganz toll, und dies auch international. Die zweite Botschaft: Wenn Deutschland auch ganz ganz toll sein will, dann muss es von SAP lernen. Denn etwas salopp: Von SAP lernen, heißt siegen lernen. Wer glaubt, dass diese Inhaltsangabe ein Zerrbild der Rede ist, möge sich beim Auswärtigen Amt den Text verschaffen.

Von den interessanten Fragen des Einladungstextes wurde also nur eine bedient: Die nach dem Kampf um die besten Köpfe. Und hierüber brauchte man auch nicht mehr zu diskutieren, denn es war ja schon alles gesagt. Also blieb die Hoffnung auf die Arbeitsgruppen. Ich weiß nur, was in meiner, der größten, die folgerichtig im Europa-Saal tagte, geschah. Eigentlich sollte es um eine „Auswärtige Kulturpolitik im Spiegel des gesellschaftlichen Wandels“ gehen. Interessanterweise haben auch fast alle Diskutanten darüber sprechen wollen, darüber und über die Rolle der Kunst und der Künstler in diesem Geschehen. Sie wollten Ideen einbringen, Erfahrungen, Vorschläge kurz: Sie haben die Einladungsfragen ernst genommen. So hörte man denn auch viele gute Statements, bei denen der Moderator allerdings zunehmend unruhig wurde. Er hätte lieber Vorschläge zur Operationalisierung gehört. Nicht das Was und das Warum, sondern das Wie sollte thematisiert werden. Denn offensichtlich waren die Inhalts- und Zielfragen durch den SAP-Input schon geklärt. Darauf wollten sich wiederum nur wenige einlassen. Am nächsten kam dem dann der Vorschlag des früheren Botschafters in Moskau, Auswärtige Kulturpolitik müsse nachfrageorientiert sein. Also, so ein anderer Diskutant, müssen überall die Berliner Philharmoniker hin, denn nach denen würde als erstes gefragt. Vermutlich von den jeweiligen besten Köpfen und Eliten, deren Gewinnung ja offenbar vorrangiges Ziel der Außenkulturpolitik werden wird. Ich weiß nicht, ob die anderen Arbeitsgruppen erfolgreicher waren, alternative Inhalte und Ziele oder pragmatisch sofort umsetzbare Handlungskonzepte für die vorgestellten SAP-Inhalte zu liefern. Denn ich musste die Veranstaltung verlassen, da ich gelungene Projekte einer Zusammenarbeit von Schule und Kulturarbeit im Rahmen

Weiter auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 18

selbstbewusste künstlerische Persönlichkeiten. Dazu bietet uns die Hochschulreform, bezogen auf ihre strukturellen Vorgaben, die eine künstlich eingepflanzte Stufung fordern, der keine inhaltliche Differenzierung folgt, keine guten Möglichkeiten.

Die Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ hat wie auch die anderen Schauspielhochschulen in Deutschland für die Studiengänge Schauspiel, Puppenspielkunst und Regie Anträge auf Ausnahmegenehmigung für Studiengänge der freien Kunst nach Teil B 1., zu Ziffer A 1.3., Fußnote 6 der ländergemeinsamen Strukturvorgaben i. d. F. vom 21.04. 2005 bei ihrem Ressort beantragt. Damit deutlich wird, dass wir uns der Studienreform nicht grundsätzlich verschließen, sei hier darauf verwiesen, dass wir für den Studiengang Bühnentanz, der in Kooperation mit der Staatlichen Ballettschule eingerichtet wird, sehr wohl eine inhaltlich wie auch berufspraktische Begründung für einen Bachelorabschluss sehen und derzeit bereits realisieren. Hierbei geht es um eine deutliche Aufwertung eines Fachschulabschlusses und um die Schaffung von Möglichkeiten, die Berufspraxis in differenzierter Form zu verlängern. In diesem Zusammenhang wird auch über einen Masterstudiengang Choreografie nachgedacht.

Die Verfasserin ist Prorektorin der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch und Leiterin der Fachgruppe Sprechen ■

Fortsetzung von Seite 19

Als Tiger gesprungen...

des Bundes-Wettbewerbs „Mixed up“ auszeichnen durfte. Kulturprojekte, bei denen sich mit Schule und Kultur(pädagogik-)Einrichtungen zwei einander sehr fremde Kulturen begegnen, bei denen es ermöglicht wurde, voneinander zu lernen, jeweilige Vorurteile zu überwinden, bei denen das Medium der Kunst es möglich machte, dass Entwicklungsprozesse stattfinden können. Es wurden also genau die Ziele angestrebt und erreicht, das stellte ich erst später fest, die auch für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sinnvoll wären und über die viele gerne im Auswärtigen Amt diskutiert hätten, wenn sie es hätten tun dürfen. Sie könnte also wirklich funktionieren, wenn es denn überhaupt gewollt wird. Möglich, dass all dies in den anderen Arbeitsgruppen und in der Abschlussrunde doch noch erreicht worden ist. Zu wünschen wäre es, auch wenn ich befürchte, dass dies nicht geschehen ist.

Als Tiger ist sie also gesprungen, die „neue“ Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Nein: Als Bettvorleger ist sie nicht, noch nicht gelandet. Allerdings besteht die Gefahr, dass sie als Fußabtreter landet. Gut, dass man die zwar wünschenswerte, doch so leicht nicht erreichbare Aufladung mit Menschenrechten und Krisenbewältigung abmildern wollte. Doch zur Zeit pendeln offenbar die Überlegungen zwischen dieser hoffnungslosen Überfrachtung und einer platten Funktionalisierung für die Wirtschaft. Sollte sich letzteres so durchsetzen, wie es die Inszenierung der „Konsultation“ suggerierte, dann ist folgerichtig zu fordern, dass die Kulturabteilung dem Wirtschaftsministerium anzugliedern ist, nämlich als PR-Abteilung für die Wirtschaftspolitik. Denn für diese Zwecke ist dort mehr Kompetenz vorhanden – und es wäre ehrlicher.

Allerdings würde dies bedeuten, dass die zahlreichen nichtstaatlichen Träger der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik dann die alleinige Verantwortung für eine angemessene Darstellung Deutschlands in der Welt hätten: Der Staat, zumindest die Bundesebene, hätte sich nämlich von dieser Aufgabe endgültig verabschiedet.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Paradigmenwechsel in der Auswärtigen Kulturpolitik

Zwei Veranstaltungen zur Rolle von Bildungs- und Kultureinrichtungen in der Außenpolitik • Von Kristin Bäßler

Nicht erst seit der Veranstaltung „Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik“ im Auswärtigen Amt ist klar, dass über die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik erneut reflektiert wird. Zwei Veranstaltungen belegen das neu entflammte Thema.

In seiner Entschließung vom 15. Februar 1990 „anerkennt” der Deutsche Bundestag „die Bedeutung und die Leistung deutscher Schulen im Ausland als eines der wichtigsten Instrumente der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik.“ (Drucksache 11/6478) Diese Entschließung ist nun über 16 Jahre her, was aber ist seitdem passiert? Welchen Stellenwert haben die deutschen Schulen im Ausland? Wie funktioniert der interkulturelle Austausch vor Ort und wie wird in Zeiten von Kürzungen und Umstrukturierungen die Zukunft der deutschen Auslandschulen aussehen?

Im November fand sich der Unterausschuss „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ unter dem Vorsitz von Peter Gauweiler zusammen, um Sachverständige zur Entwicklung und Situation des deutschen Auslandschulwesens zu befragen. Neben Vertretern des Bund-Länder-Ausschusses für schulische Arbeit im Ausland, des Wissenschaftlichen Beirates „Deutsch als Fremdsprache“, des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, des Weltverbandes Deutscher Auslandsschulen und der KMK wurde auch der Verband Deutscher Lehrer im Ausland, der Vorsitzende der AG Auslandschulen beim GEW-Hauptvorstand Erziehung und Wissenschaft und der Leiter der Deutschen Schule Shanghai angehört. Grundsätzlich war man sich einig, dass den deutsche Auslandschulen eine ganz entscheidende Rolle zukommt: zum einen tragen sie zur Völkerverständigung und dem interkulturellen Dialog bei. Zum anderen vermitteln sie ein positives Deutschlandbild und Werte wie Toleranz, Freiheit und demokratisches Zusammenleben, was insbesondere, wie von Angelika Hüfner von der KMK herausgestellt, die bilateralen und multilateralen Bindungen zwischen der deutschen und ausländischen Wirtschaft stärkt und das Interesse ausländischer Partner für Deutschland vertieft. Darüber hinaus können die deutschen Auslandschulen für die deutsche Bildungspolitik Vorbildcharakter haben, wie beispielsweise der Umgang mit dem Fremdsprachenfrüherwerb, des bilingualen Sachfachunterrichts aber auch der deutschen Schulpolitik neue Impulse geben z.B. im Bereich des interkulturellen Dialoges und der Eigeninitiativen der Schulen. Durch ein erhöhtes Maß an Public Private Partnership, einem vielfältigen finanziellen und materiellen Sponsoring und der erhöhten Eigenleistung konnte beispielsweise die Auslandsschule Shanghai die Haushaltskürzungen der vergangenen Jahre auffangen. Um diese genannten Potentiale zu erhalten bzw. weiter auszubauen, müssten aber, laut der Sachverständigen, bestimmte Grundvoraussetzungen gesichert werden.

Dazu gehört vor allem eine Planungssicherheit für die deutschen Auslandsschulen. Nur durch eine verbindliche Zusage bei der Lehrerversorgung und die Bereitstellung notwendiger finanzieller Mittel, die im Haushalt der auswärtigen Kulturpolitik bereitgestellt werden müssen, könne das deutsche Auslandschulwesen weiter Bestand haben und die neuen Aufgaben, die durch die Globalisierung, die interkulturellen Konflikten und die internationale Bildungskonkurrenz entstehen, aufgefangen werden. Der Verband Deutscher Lehrer im Ausland fordert daher eine ausreichende Versorgung der Auslandschulen mit qualifizierten deutschen Lehrkräften, so dass die Qualität der Schulen erhalten bleibt und die Gültigkeit der Schulabschlüsse wie das Abitur oder das deutsche Sprachdiplom, die ein gutes Ansehen im Ausland genießen, nicht gefährdet wird. Nur wenn sich die schulische Ausbildung durch eine hohe Qualität auszeichnet, kann der Wettbewerb mit anderen Schulen im Ausland gewährleistet werden. Auch müsste es für die ins Ausland gehenden Lehrer finanzielle Anreize geben, die es ihnen zumindest ermöglichen, nicht schlechter gestellt zu sein, als ihre Kollegen in Deutschland. Da ist die Kündigung des Doppelbesteuerungsabkommens, wie mit Brasilien geschehen, ein schlechtes Signal.

Die Ausstellung „Angehaltene Zeit – Bilder vom Tanz“, die vom Goethe-Insitut mit konzipiert wurde, enthält 50 Fotografien und Videoinstallationen. Foto: Goethe-Institut

Diese Voraussetzungen haben dazu geführt, dass laut der AG Auslandschulen beim GEW-Hauptvorstand, die Zahl erfahrener, hochqualifizierter, von den Ländern beurlaubten Lehrkräfte, die ins Ausland gehen, stetig abnimmt und das bei einem erheblich gestiegenen Bedarf an Lehrern an Auslandschulen.

Und doch können diese Defizite nicht allein durch die Erhöhung der finanziellen Mittel behoben werden. Dazu bedarf es auch, wie auch in vielen anderen Bereichen, Umstrukturierungen und Reformen. Das Bundesverwaltungsamt, die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, hat in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt somit Reformen eingeleitet, die die Zukunft der Auslandschulen sichern sollen. Wie Joachim Lauer darlegte, gehört dazu ein systematisches pädagogisches Qualitätsmanagement unter wissenschaftlicher Begleitung und in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung, Bund-Länder-Schulinspektoren mit dem Ziel der Vergabe eines Qualitätssiegels, zentrale pädagogische Standards, Internationalisierung der Schulabschlüsse, Erarbeitung pädagogischer und betriebswirtschaftlicher Kennzahlen sowie Ganztagsschulangebote, Fremdsprachenfrühbeginn und die Einführung eines deutschen Sprachdiploms. Diese Prüfungen sind ein wesentliches Element für die nötige Strukturierung und zur Qualitätsentwicklung des Deutschunterrichts im ausländischen Schulwesen. Darüber hinaus müssen vor Ort existierenden Synergien, wie sie Jorge Pulido vom Weltverband Deutscher Auslandschulen darlegte, stärker genutzt werden, um zum einen ein breiteres kulturelles Netzwerk aufzubauen, zum anderen aber auch um Kosten einzusparen. In vielen Ländern existieren viele Institutionen nebeneinander und verpassen so die Chance, mit gemeinsamen Potentialen die auswärtige Kultur- und Bildungsarbeit voran zu bringen. So fordert der Weltverband deutscher Auslandschulen vermehrte Kooperationen mit den Goethe-Instituten vor Ort.

Die Zukunft des Goethe-Institutes

Was für die deutschen Auslandschulen gilt, gilt ebenso für das Goethe-Institut. Auch das Goethe-Institut muss sich, nach den Haushaltsproblemen und den drastischen Kürzungen der letzten Jahre, Reformen unterziehen. Zwar stehen der größten deutschen Mittlerorganisation künftig 13,5 Mil. Euro mehr institutionelle Mittel zur Verfügung. Doch ohne grundlegende Veränderungen, wie institutionelle und personelle Neuorganisation, strukturelle Verbesserungen und innovative Kooperationsmodelle, kann es auch hier nicht funktionieren. In einem Pressegespräch stellten die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD ihren Entschließungsantrag zur Stärkung des Goethe-Instituts vor, der in der ersten Lesung erfolgreich in den Deutschen Bundestag eingebracht wurde. Neben dem Erhalt der Kernaufgaben wie die Förderung der deutschen Sprache, die Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit und die Vermittlung eines breiten und zeitgemäßem Deutschlandbildes, fordern die Fraktionen vor allem eine verbesserte Verzahnung und Kooperationen der Mittlerorganisationen vor Ort. Neben dem Goethe-Institut arbeiten zahlreiche Organisationen wie der DAAD, die Alexander von Humboldt-Stiftung, die Deutsche Welle und viele deutsche Firmen im Ausland als Kulturbotschafter. „Es soll zur expliziten Aufgabe der deutschen Botschaften und Vertretungen werden, solche Kooperationen zu initiieren und zu unterstützen“, heißt es in der Presseerklärung der Initiatoren Monika Griefahn (SPD) und Peter Gauweiler (CSU). So soll gesichert werden, dass das Goethe-Institut noch stärker von Synergieeffekten profitieren kann, wie zum Beispiel durch die Nutzung gemeinsamer Räume, und dass einer Doppelarbeit durch klare Abgrenzung der Aufgaben vorgebeugt wird. Durch diese Maßnahmen erhofft man sich ein effizienteres Mehr an Kulturarbeit.

Man darf also hoffen, dass den deutschen Auslandschulen und den Mittlerorganisationen, insbesondere dem Goethe-Institut, in Zukunft eine größere Wertschätzung zukommt, weil sie nicht nur deutsche Bildungsstandards und Werte vermitteln, sondern auch ein wichtiger Knotenpunkt für den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem Ausland darstellen.

Die Verfasserin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

KULTURELLE BILDUNG IN DER BILDUNGSREFORMDISKUSSION –
Konzeption Kulturelle Bildung III

Hg. v. Deutschen Kulturrat
Max Fuchs
Gabriele Schulz
Olaf Zimmermann
480 Seiten, 22,80 Euro

Bestelladresse:
Deutscher Kulturrat,
Chausseestraße 103,
10115 Berlin
Fax: 030/24 72 12 45,
E-Mail: post@kulturrat.de

Sheherazade im Emirates Palace

Das Deutsche Symphonieorchester im Ausland • Von Andreas Richter

Auslandsgastspiele gehören zum Konzertalltag eines jeden bedeutenden Orchesters – so war das Deutsche Symphonieorchester Berlin (DSO) in 2005 und 2006 Jahr mehrfach in Paris, London, Wien, Japan wie natürlich auch in den größeren deutschen Städten und Festivals zu Gast. In den letzten zwei Jahren hat sich freilich eine Gastspieltätigkeit entwickelt abseits von den normalen Wegen des Tournee-Business, die eine zentrale kulturpolitische Komponente aufweist.

Über die roc berlin (Rundfunkorchester – und Chöre-GmbH) ist die Bundesregierung neben Deutschlandradio, dem Land Berlin und dem RBB zweitgrößter Gesellschafter und es besteht eine enge Verbindung zur Deutschen Welle. Der deutsche Auslandssender ist in Metropolen Osteuropas ein sehr wichtiger Faktor der Information und politischen und kulturellen Bildung über seine Programme. Besondere Anlässe wie neue Frequenzen oder Programme sowie Kooperationen mit den örtlichen Medien erfordern aber immer wieder auch eine personelle Präsenz vor Ort und die Notwendigkeit, Politiker, Journalisten und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu Veranstaltungen zusammenzubringen.

So entstand im Dezember 2004 ein erstes Gastspiel des Deutschen Symphonieorchesters in einem solchen Kontext: in Sofia wurde unter Leitung von Karl-Friedrich Beringer zusammen mit dem Windsbacher Knabenchor das Weihnachtsoratorium von Bach aufgeführt. Es war bewegend zu erleben, welcher Hunger nach Kultur in diesem armen Land herrscht – die Redaktion der Deutschen Welle vor Ort wird noch heute auf dieses Konzert angesprochen.

Ein zweites Projekt dieser Art fand dann im Mai 2005 statt – mit Vladimir Ashkenazy kehrte das DSO an eine Stätte seiner Jugend zurück, nämlich den altehrwürdigen Tschaikowskysaal des Moskauer Konservatoriums, in dem der Pianist 43 Jahre vorher den berühmten Tschaikowsky-Wettbewerb gewonnen hatte. Auch beim anschließenden Empfang in Hotel Baltschug wurden Erinnerungen wach, dort war Ashkenazy, der 1989 bis 1999 Chefdirigent des DSO war, mit seiner Familie am Kriegsende in einer kleinen Kammer untergeschlüpft.

Im Herbst 2005 ging es dann mit Kent Nagano nach Bukarest. Im Atheneum mit seiner wunderbaren Akustik wurden Werke von Mozart und Jörg Widmann aufgeführt. Im Deutsch-Polnischen Kulturjahr 2006 war die Philharmonie in Warschau Schauplatz eines Konzertes des DSO unter Kent Nagano mit Werken von Wagner, Schönberg und Brahms.

Die Organisation dieser Konzerte hat deutlich andere Rahmenbedingungen als die Reaktion auf die Einladung einer Konzertagentur. So musste zunächst ein Veranstalter gefunden werden, Partner für Werbung und für die logistischen Fragen. Im Laufe der Zeit hat sich eine sehr fruchtbare Konstellation entwickelt, die die deutschen Botschaften und Goethe-Institute vor Ort sowie die jeweilige Redaktion der Deutschen Welle umfasst. Diese wiederum sorgt für Kooperationen mit den Fernseh- und Rundfunkanstalten der Länder. So wurden alle Konzerte bisher im Land selbst und weltweit durch die Deutsche Welle übertragen, das Konzert in Bukarest sogar im ersten Rumänischen Fernsehen. Man stelle sich nur einmal vor, die ARD übertrage ein Symphoniekonzert im ersten Programm zur Primetime – in Deutschland ist das Wunschdenken, aber in anderen Ländern anscheinend möglich. Zu den Konzerten laden alle Partner Multiplikatoren vor Ort ein, zahlreiche Journalisten begleiten die Projekte. Wichtig ist natürlich auch die Finanzierung, denn ein Orchester und seine Instrumente zu transportieren und unterzubringen, kostet ein höhere fünfstellige Summe. Neben einer Grundfinanzierung durch die Deutsche Welle gelang eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Sponsoren vor allem aus deutschen Wirtschaftskreisen, die ein solches Ereignis gerne als Kommunikationsplattform nutzen.

Vorbereitet und ergänzt wird diese besondere Konzertreihe durch Veranstaltungen in Berlin in den Botschaften interessierter Länder. In der Regel handelt es sich hierbei aus räumlichen Gründen um Kammermusik, aber z.B. in der Russischen Botschaft wurde zum Abschluss des Deutsch-Russischen Kulturjahres in voller Orchesterstärke Beethovens 5. Symphonie aufgeführt. In diese Konzerten wird versucht, Verbindungen zu knüpfen – nicht nur durch die anschließenden Gespräche sondern auch durch die Programme selbst. So gab es kürzlich in der Indischen Botschaft Werke von zwei zeitgenössischen Komponisten aus Indien für europäische Instrumente wie auch ein Werk von Scelsi, das sich auf indisches Gedankengut und Strukturen bezieht um dann mit dem Klarinettenquintett von Mozart ein herausgehobenes Werk europäischer Musikkultur gegenüber zu stellen.

Eine neue Qualität bekam das Anliegen kulturelle Brücken in Länder Osteuropas zu schlagen mit einer Konzertreise nach Skopje und Pristina. Neben Konzerten in diesen unglaublich armen Städten gab das Polyphonia-Ensemble des DSO einen Workshop an der Musikhochschule in Skopje. Die Musiker waren erschüttert unter welch schwierigen Bedingungen die dortigen Studenten arbeiten und leben müssen, es gibt kaum geeignete Instrumente, keine Noten und die talentiertesten Studenten wandern lieber gleich aus. Aber die Konzerte und vor allem die persönliche Begegnung im Unterricht wurde als großes Zeichen der Hoffnung gesehen, auch hier ein Musikleben aufzubauen und eine nachhaltige Verbindung ist von beiden Seiten unbedingt gewünscht.

Konzertaufführung des DSO im Auditorium des Hotel Emirates Palace Abu Dhabi.

Foto: Deutsches Symphonie-Orchester

Wiederum ein Sprung in eine ganz andere Dimension war das kürzlich erfolgte Gastspiel des DSO unter Kent Nagano in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate. Die Idee, dort erstmals ein großes Symphonieorchester hinzubringen, entstand im Gespräch mit Erik Bettermann, Intendant der Deutschen Welle und seinem für diese Projekte zuständigen Mitarbeiter Gero Schließ vor knapp einem Jahr. Große logistische, organisatorische und finanzielle Fragen waren zu lösen. Als Konzertort wurde das Hotel Emirates Palace gefunden, eines der größten und prächtigsten Hotels der Welt mit einem eigenen Auditorium von 1200 Plätzen. Die emiratische Seite hatte sich für das Programm „Sheherazade“ von Niokolai Rimskii-Korsakow gewünscht, so stand der europäischen Sicht auf die exotischen Märchen aus Tausendundeiner Nacht dem ersten Klavierkonzert von Brahms ein großes Werk deutscher Romantik gegenüber. Der mitgereiste Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert war Schirmherr des zum emiratischen Nationalfeiertag angesetzten Konzertes, das maßgeblich von der deutschen Botschaft mit organisiert und von der Deutschen Welle sowie deutschen Firmen wie der BHF-Bank, Siemens und BMW finanziert wurde.

Auch hier ständig neue Erfahrungen: es wurden Einladungen verschickt aber niemand wusste, wird der Saal halbvoll werden oder aus allen Nähten platzen. Wer wird überhaupt kommen, wie verhält sich das Publikum bei doch eher fremder Musik? Nun, der Saal war voll und das Publikum – geschätzt ein Viertel Araber, der Rest Europäer – folgte gebannt beiden Werken und der Beifall übertraf alle Erwartungen. Nachher wurde diskutiert, ob der Brahms nicht zu schwierig zu hören war in einer solchen Umgebung oder doch gerade in seiner melancholischen Grundfärbung einen Nerv arabischen Lebensgefühls getroffen hatte. Oder ob „Sheherazade“ als Ausdruck orientalischer Kultur oder doch eher als oberflächlicher Exotismus empfunden wurde. Einig war man sich, dass ein Funke übergesprungen war und das ist gar nicht hoch genug zu werten in einer Zeit, wo die Kommunikation zwischen Europäern und Arabern so schwer scheint.

Der Verfasser ist Orchesterdirektor des Deutschen Symphonieorchesters Berlin und Gastprofessor für Kulturjournalismus an der Universität der Künste Berlin ■

Europa eine Seele geben – aber welche nur?

Was uns zu Europäern werden lässt • Von Kristin Bäßler

Es gibt eine europäische Wirtschaft, eine europäische Außenpolitik, eine europäische Sicherheitspolitik. Aber auch eine europäische Identität? Gibt es etwas, was uns zu einem Europäer werden lässt? Und was hält uns als Europäer zusammen?

EU- Kommissionspräsident José Manuel Barroso erklärte in seiner Eröffnungsrede der Berliner Konferenz 2006, dass sich Europas Identität gerade durch seine Vielfalt auszeichne. Eine europäische Identität basiert nicht auf Territorien oder Ethnien, sondern auf einer gemeinsamen Kultur und gemeinsamen Werten. Humanismus, Demokratie und, neuzeitlich hinzugekommen, der Respekt vor der Vielfalt, kennzeichnen eine gemeinsame europäische Identität. Unter dem Motto „Europa eine Seele geben“, die vom 17. – 19. November zum zweiten Mal in Berlin stattgefunden hat, diskutierten Vertreter europäischer Kulturinitiativen, Politiker und Künstler über die Kultur als Einigungsfaktor der Europäischen Union. Idee dabei war es, zum einen aufzuzeigen, welche europäischen Kulturprojekte es auf regionaler und überregionaler Ebene gibt, zum anderen welche Funktion die Kultur im Einigungsprozess Europas einnehmen kann. Dabei wurden besonders die Schwerpunkte Zivilgesellschaft, der Nutzen der Kultur für die Wirtschaft und „Europa in der Welt“ beleuchtet und Experten zu diesen Themenfeldern angehört.

Vielfalt der Probleme

Die Vielfalt, wie sie Barroso in seiner Eingangrede proklamiert hatte, zeigte sich anschaulich an den Podiumsdiskussionen, an der die Teilnehmern von ihren regionalen Kulturprojekten berichteten und versuchten darzulegen, wie sich Strukturen durch Kulturprojekte verändern ließen. Dabei fiel auf, dass sich die osteuropäischen Länder ganz anderen Problemen gegenüber sehen, als die westeuropäischen. Während in Deutschland eher das Problem darin besteht, Gelder für Kulturprojekte einzuholen, haben manche osteuropäischen Regionen zunächst einmal überhaupt das Problem, dass die Kultur in ihrem Land einen angemessenen Stellenwert erhält bzw. dass ihre Kulturprojekte von ihren Regierungen wahrgenommen werden, wie Dessy Gavriola von The Red House - Centre for Culture and Debate in Sofia schilderte.

So vielfältig die kulturpolitischen Probleme, so zahlreich die Lösungsvorschläge der einzelnen Teilnehmer für eine gemeinsame Kulturpolitik. Von den Young Europeans, den zahlreichen Stiftungen, dem College France, dem Deutschen Kulturrat, der Bundeszentrale für politische Bildung hin zu deutschen und europäischen Politikern, wurden sie alle gehört. Das Ziel war es, kulturelle Allianzen zu bilden. Doch wie schafft man es bei so viel Heterogenität eine Brücke zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen zu schlagen? Zudem hatte jeder der Teilnehmer ganz eigene Ideen von einer inhaltlichen Allianz, wie sich bei der Podiumsdiskussion „Eine Allianz Europa eine Seele geben“ zeigte. Wolf Schmidt von der Körber-Stiftung ging davon aus, dass es ein Europa ohne geschichtliche Aufarbeitung nicht gebe und somit die regionale und nationale Geschichte Europas zunächst aufgearbeitet werden müsste. Andere, wie Anne-Marie Sigmund, Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, wollten auch die Wissenschaft und Technik als Teil der europäischen Kultur verstanden wissen. Und wieder andere, wie der Philosoph für Staatsrecht und Rechtsphilosophie, Damiaan Meuwissen, schlugen erst einmal eine grundlegende philosophische Definition der Begriffe Kunst, Kultur, Politik und Identität vor, bevor man sie weiter verwendet. Wie können solch vielseitigen Anregungen eine Bündelung erfahren, wenn bei 19 Teilnehmern am Ende jeder der eingeladenen Gäste nur anderthalb Minuten Redezeit hat?

Dass es eine Initiative wie „Europa eine Seele geben“ gibt, die sich mit dem Thema einer europäischen Identität auseinandersetzt, Allianzen bildet und der europäischen Kultur eine Diskussionsplattform bietet, ist den Initiatoren hoch anzurechnen. Die Frage, die sich aber bei solchen Veranstaltungen immer wieder stellt ist, inwieweit tatsächlich den Worten Taten folgen. Ist es überhaupt möglich, bei so vielen strukturellen Unterschieden und inhaltlichern Ansätzen so etwas wie eine Einheit in der Vielfalt herzustellen? Was allen Beteiligten gemein war, ist der Glaube in die Kultur als sinnstiftendes Element für eine Einheit Europas. Vielleicht konkretisiert sich dieser Glaube irgendwann in einer europäischen Seele.

Die Verfasserin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Europa und die Kultur

Was kann die deutsche Ratspräsidentschaft erreichen? • Von Barbara Gessler

Große Erwartungen liegen auf der Bundesregierung in diesem ersten Halbjahr 2007. Die meisten der Themen, die in diesem Zeitraum behandelt werden, haben nichts oder nur wenig mit Kunst und Kultur zu tun, einige jedoch sehr wohl. So hat sich die deutsche Ratspräsidentschaft vorgenommen, bis Juni einen Fahrplan zum weiteren Vorgehen im Punkt Verfassungsentwurf vorzulegen.

Auch wenn dieser in der öffentlichen Wahrnehmung häufig als schon „tot“ angesehen wird, darf nicht vergessen werden, dass zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Zeitung 18 von 27 Staaten den Vertragsentwurf ratifiziert haben, also eine klare Mehrheit der Mitglieder. Die Hoffnung, dass man aus dieser durchaus als verfahren zu bezeichnenden Situation herausfinden möge, wird von vielen Nachbarn an Deutschland formuliert. Es ist daran zu erinnern, dass das auch ganz im Sinne einer stringenteren Kulturpolitik auf der europäischen Ebene wäre, wenn es nämlich gelänge, mit Mehrheitsentscheidungen im Kulturbereich schneller und besser gemeinsam zu agieren. Andere wünschenswerte Punkte wie die strikte Betonung des Subsidiaritätsprinzips etwa würden ebenfalls in die zumindest in Deutschland stark geforderte und begrüßte Richtung gehen.

In ihrem kürzlich vorgelegten Programm fordert die Bundesregierung eine moderne Kultur- und Medienpolitik. Sie betont dabei den besonderen Charakter dieser Politik, die maßgeblich zur Förderung einer kulturellen Identität in Europa beiträgt und ein Ausdruck für deren Vielfalt ist. Gleichzeitig legt sie einen Schwerpunkt in der Würdigung des ökonomischen Beitrags der Kulturwirtschaft für Wachstum und Beschäftigung und setzt sich konkret dafür ein, dass auf den entsprechenden Gipfeltreffen im Frühjahr auch die gesamte Europäische Union dieses Potenzial anerkennt und stärkt. Wie auch in den anderen Bereichen erfolgt natürlich auch diese Vorgehensweise in Abstimmung mit der Kommission, die vor kurzem eine umfassende Studie zu eben diesem Thema hat vorlegen lassen (http://ec.europa.eu/culture/eac/sources_info/studies/economy_en.html) und die plant, eine entsprechende Mitteilung zu erarbeiten. Die intensiven Verhandlungen über die Revision der Fernsehrichtlinie wurden noch verstärkt, da vieler Orten gewünscht wird, die Arbeiten dazu könnten unter der deutschen Ägide abgeschlossen werden. Gleichzeitig möchte Deutschland einen mehrjährigen Arbeitsplan über prioritäre Vorhaben im Kulturbereich vorlegen und entspricht damit auch dem Bedürfnis nach „besserer Gesetzgebung“, also auch: konsequenterer Herangehensweise an das Thema.

Die Bedeutung des Interkulturellen Dialogs, der von vielen Teilnehmern der Online-Konsultation zur Rolle der Kultur in Europa als eine der wichtigsten Herausforderungen angesehen wird, wird im Programm der Präsidentschaft allerdings im Rahmen der Asyl- und Migrationspolitik behandelt und nicht unter dem Kulturkapitel. Die Resultate der elektronischen Befragung von interessierten Kreisen, die als Grundlage für eine im Frühjahr vorzulegende Mitteilung zur Rolle der Kultur in Europa dienen soll, sind auf der folgenden Seite nachzulesen http://ec.europa.eu/culture/eac/communication/contributions/contribution_de.html. Die Beiträge einiger relevanter Player der deutschen Kulturpolitik finden sich nicht nur auf der deutschsprachigen Seite! Insgesamt haben sich mehr als 500 Personen und Organisationen an der Befragung beteiligt und die Kommission wird, nach der Anhörung im Dezember, ihre Schlussfolgerungen aus den Antworten, Kommentaren und Anregungen ziehen, bevor sie dann im Frühjahr einen entsprechenden Vorschlag macht, der diesem öffentlichen Interesse entspricht. Dabei wird sie Wert darauf legen, dass ihre Vorschläge das Prinzip der Subsidiarität achtet und Komplementarität der Aktivitäten im Vordergrund steht. Ziel wird es sein, eine Europäische Agenda für die Kultur anzustoßen, die gleichzeitig, der Anfang dafür ist gemacht, auch eine Europäische Kulturelle Agora im Sinne eines genuinen Forums für Debatten mit dem kulturellen Sektor entstehen lässt. Dass die Bedeutung von Kultur auch für die Zukunft Europas eine große Rolle spielt, hat nicht nur Kommissionspräsident Barroso im November in Berlin sehr deutlich gemacht und damit auch zugelassen, dass man die gesamte Kommission auch daran messen wird, ob sie diesen Ansprüchen gerecht werden wird. Das wird natürlich auch davon abhängen, inwieweit die kommenden Präsidentschaften, und die portugiesische und slowenische sind bereits involviert, dieses Ziel mitverfolgen und weitervertreiben.

Die Verfasserin ist Leiterin der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn ■

Es kann keinen kulturellen Rabatt geben

Von der Unabdingbarkeit eines konstruktiven Dialogs der Kulturen • Von Katrin Göring-Eckardt

Blickt man in die Welt, scheint ein konstruktiver Dialog der Kulturen in weite Ferne gerückt, eher werden breite Gräben gezogen als Brücken gebaut. Die Auseinandersetzungen sind religiös aufgeladen; auf der einen Seite werden überwunden geglaubte Kreuzfahrerparolen bemüht, auf der anderen Seite ertönt der Aufruf zum Heiligen Krieg.

Der Papst, eine Figur des Friedens – eigentlich – ist nach der Regensburger Vorlesung zumindest unter Rechtfertigungsdruck geraten und die völlig überzogenen Reaktionen in Teilen der muslimischen Welt sind mehr als beunruhigend. Vom Besuch Benedikt XVI. in der Türkei weiß man nicht recht, ob man das Beste hoffen oder das Schlimmste erwarten soll. Gleichzeitig gab es hier zum ersten Mal einen ernsthaften Disput in der Sache, immerhin ein Hoffnungszeichen.

Und dennoch: Um zu einem friedlichen Miteinander zu kommen, führt kein Weg am Dialog, am Ringen um Verständigung vorbei. Dazu braucht es dreierlei: Das Wissen um die Motivation und die Hintergründe des Handelns des Anderen, die Verortung und Klarheit der eigenen Position und nicht zuletzt die Bereitschaft und die Gelegenheit zum respektvollem und ehrlichen Austausch.

Gleichwohl es noch Potential auf beiden Seiten gibt, findet in unserem Land interkultureller Dialog statt. Und die Kirchen spielen hierbei eine positive Rolle. Dabei ist der interkulturelle mit dem interreligiösen Dialog verschränkt und obwohl interkultureller Dialog nicht allein auf die Auseinandersetzung mit dem Islam verengt werden darf, kommt ihr doch eine besondere Bedeutung zu.

Häufig wird Muslimen mit Misstrauen begegnet, zu sehr haben wir die Überlagerung des Islam durch Islamismus verinnerlicht. Doch wie viel Angst und Ablehnung resultiert aus Unverständnis: Nur wenige von uns kennen die religiösen Grundlagen, wissen, was in den Moscheen geschieht, verstehen, warum manche Muslima ein Kopftuch tragen und andere nicht. Hier leisten die Kirchen mit Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen wertvollen Beitrag. Zahlreiche Schriften zur Einführung in den Islam sind publiziert, besonders an den kirchlichen Akademien und Bildungshäusern ist die Beschäftigung mit dem Thema fester Bestandteil des Programms. In zahlreichen Gemeinden finden Informations- und Diskussionsabende statt, ein Umstand, der gar nicht hoch genug bewertet werden kann, denn oftmals sind gerade in ländlichen Regionen Kirchgemeinden der einzige Ort für derartige Veranstaltungen.

Früh haben die Kirchen den Kontakt zu den Vertretern der muslimischen Verbände in Deutschland gesucht. Bereits 1976 wurde beispielsweise die Islamisch-Christliche Arbeitsgruppe gegründet. Solche Gremien und Arbeitskreise sind heute in beinahe jeder Landeskirche und jedem Bistum, bis hinauf zur europäischen Ebene verankert. Dass darin neben den muslimischen Vertretern fast immer Mitglieder beider christlicher Kirchen mitarbeiten, ist der Sache natürlich angemessen, aber eben auch ein positiver Nebeneffekt für die ökumenische Zusammenarbeit.

Über die regelmäßigen Spitzentreffen und institutionalisierte Zusammenarbeit hinaus sind es vor allem die Begegnungen vor Ort, die den interkulturellen Dialog tragen und ausmachen. Denn Zusammenleben ist etwas Persönliches und wir müssen zuerst uns selbst bewusst werden, was wir wollen und wie wir es erreichen können. Oft werden vor Ort runde Tische der Religionen organisiert, die grundsätzliche Fragen thematisieren, aber auch konkrete Probleme im alltäglichen Zusammenleben diskutieren. Kirchgemeinden können Orte der Begegnung und eben auch der Auseinandersetzung sein. Hier wünsche ich mir noch mehr Offenheit und eine Haltung mit dem Ziel, Fremdheiten zu überwinden und den Anderen als Bereicherung und nicht als Bedrohung zu verstehen. Von den muslimischen Gemeinden erhoffe ich mir eine Öffnung in der gleichen Weise.

Da ist es ein Hoffung machendes Zeichen, dass sich muslimische Gemeinden mit einem *Tag der offenen Moschee* an der „Woche des ausländischen Mitbürgers“ beteiligen. Diese Woche ist, einst von den Kirchen ins Leben gerufen, seit nunmehr 30 Jahren eine Plattform gemeinsamen Voneinanderlernens und Miteinanderfeierns. Aber wir müssen über dieses eine Zeichen und die Symbolik hinaus kommen. Begegnung und Verständnis füreinander darf das nicht aussparen, wo Verständigung schwer fällt und wo es Unterschiede gibt.

Minarett der Süleymaniye-Moschee Istanbul **Foto: www.pixelquelle.de**

Dialog, das bedeutet Offenheit für die Ansicht des anderen, aber auch die Selbstgewissheit der eigenen Position. Wenn es um die Fragen geht, wie wollen wir leben, wie stellen wir uns Zusammenleben vor, erlebe ich oft eine gewisse Sprachlosigkeit. Und die Antwort eines Muslim, nach dem Grund seines Handelns gefragt: „Weil Allah es so will“, verwirrt uns, weil wir eine solche Rückbindung selbst kaum noch kennen. Interkultureller Dialog erfordert daher auch eine neue Debattenkultur, eine Selbstvergewisserung über die eigenen Werte, die Quelle, aus der heraus wir leben. Wofür stehen wir? Was macht unsere Identität aus? Wo ist Toleranz gefragt und wo findet sie ihre Grenzen? Hier vermisse ich, dass sich nicht viel mehr Menschen zu Wort melden, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler. Und ich bin gespannt, ob und wie Kirche diese Herausforderung in der Zukunft annimmt. Eine kirchliche Antwort, die auf das christliche Abendland rekurrieren wollte, würde dabei freilich über das Ziel hinausschießen. Die erreichte Trennung von Kirche und Staat ist angemessen und das deutsche Modell des Kirche-Staat-Verhältnisses tragfähig. Ich trete dafür ein, es auch konsequent anzuwenden und eine Gleichstellung des Islam voranzubringen – mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten. Gerade die christlichen Kirchen in Deutschland können vorbildhaft zeigen, wie es gelingen kann, getrennt vom Staat den eigenen Platz zu finden und dennoch gehört zu werden und in die Gesellschaft hinein zu wirken. Das bedeutet natürlich auch, nicht den Aufstand zu proben, sondern bis in die letzte Kirchenbank hinein Toleranz zu predigen, wenn in der Nachbarschaft eine Moschee gebaut werden soll. Es ist den Kirchen ja dennoch unbenommen, auf dem Markt der religiösen Möglichkeiten das überzeugendste Angebot zu machen.

Wenn es um die rechtliche Gleichstellung des Islam in Deutschland geht, ist es unabdingbar, dass sich die Glaubensausübung innerhalb der Verfassung abspielt. Es kann keinen kulturellen Rabatt geben bei der Verletzungen der Menschenrechte durch Zwangsverheiratung oder Ehrenmorde und es ist auch nicht einzusehen, warum muslimische Mädchen nicht am Schwimmunterricht oder an Klassenfahrten teilnehmen sollen. Und bei Fragen von Operninszenierungen und Karikaturen sollten wir die Freiheit der Meinung und Freiheit der Kunst verteidigen, was eine Selbstzensur ausschließt zugleich aber auch achten, was anderen heilig ist.

Der Dialog der Religionen und Kulturen in Deutschland entwickelt sich positiv, aber er kennt auch Rückschläge und Enttäuschungen, wenn der Partner sich weniger gesprächbereit zeigt als das Gegenüber es sich wünscht. Und in Bezug auf den rein interreligiösen Dialog sei angemerkt, dass die Kirchen in ihrem Bereich nicht die gleichen Unklarheiten zulassen sollten, wie es mitunter bei einem missverstandenem Multikulturalismus geschah – wir brauchen kein anything goes und kein religiöses Ineinander um jeden Preis. Die Kirchen sollten, respektvoll zwar aber doch offensiv, die christliche Botschaft verkünden.

Nichts jedoch sollte uns davon abhalten, immer wieder gesprächsbereit zu sein gegenüber jenen, die andere religiöse und kulturelle Wurzeln haben. Das schließt natürlich auch die Aufforderung und den Anspruch an diese Menschen ein, sich ebenso zu verhalten. Für das Zusammenleben in einer Gesellschaft, in der Menschen mit verschiedenen kulturellen und religiösen Wurzeln leben, brauchen wir den Dialog.

Ziel eines solchen Dialogs kann es sein, die Entwicklung eines Europäischen Islams mit positiven Impulsen in die islamische Welt hinein zu bestärken und Ziel muss es sein, eine kulturell plurale Gesellschaft mit selbstverständlichem Bekenntnis zu den Werten unseres Grundgesetzes zu organisieren.

Die Verfasserin ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag ■

Zehn Behauptungen, deren Widerlegung ich gespannt entgegensehe

Von Heinz Rudolf Kunze

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages befasst sich u.a. auch mit der Rolle der Kultur in den Medien und zwar sowohl den Print- als auch den audiovisuellen Medien. Heinz Rudolf Kunze hat diese Thesen in die Debatte in der Enquete-Kommission eingebracht, um eine kontroverse Diskussion anzuregen.

1. Das Niveau der journalistischen Ausbildung ist katastrophal, das Niveau der Rezipienten zunehmend hoffnungslos. Legastheniker schreiben für Analphabeten, Schwerhörige machen Radio für Taube, Kurzsichtige Fernsehen für Blinde. (Neulich fragte mich ein Volontär des Saarländischen Rundfunks, wer Eric Clapton sei. Ich habe ihm dann eine Stunde lang das Lebenswerk dieses Mannes seit 1962 erklärt...).
2. Verdienstvolle Kulturschaffende in den Medien (die es durchaus immer noch gibt) befinden sich in einem permanenten Abwehrkampf. Don Quichotte wirkt dagegen wie ein strahlender Siegertyp.
3. Es gibt einen Flüsterkonsens der Medienarbeiter in den Kantinen, der an das verdruckste Einverständnis von Mitläufern in Diktaturen erinnert.
4. Fernsehen ist die brutalstmögliche Verhinderung des Unbequemen: ein totalitäres Kartell abwiegelnden Grinsens.
5. Radio ist die systematische Verkürzung und Verstümmelung der Wahrheit: nicht nur der ästhetischen. Primitive umgangssprachliche Metastasen durchwuchern die Sprechhaltung am Mikrophon.
6. Printmedien (die immer unwichtiger werden, da kaum noch jemand liest) sind gelegentlich letzte Reservate von Geduld und Gewissenhaftigkeit.
7. Die Strategie der Verlogenheit seitens der Verantwortlichen ist nahezu perfekt. Sie glauben ihre eigenen Strohhalm-Argumente. Kultur findet statt – nach Mitternacht, auf der fünften Welle etc. etc.
8. Die Installation privater Medien war die Öffnung eines Höllentors. „Unterschichtenfernsehen“ (Harald Schmidt) ist noch ein Euphemismus. Fassungslose und wehrlose Zeitgenossen müssen mit ansehen, wie von Jahr zu Jahr neue Tiefstände des Vulgären, Proletigen, Widerwärtigen erreicht werden. Radio ist Lärmterror für Schwundhirne – Abrichtung zum Weghören. Ich kenne keinen einzigen Menschen mehr, der noch Radio hört – außer vielleicht die Kulturwellen. Vielleicht kenne ich die falschen Menschen. Oder die richtigen.
9. Es gibt nur eine Hoffnung auf Besserung: Immer mehr Betroffene, von den Medien Erniedrigte und Beleidigte sind von dem unterirdisch schlechten Angebot dermaßen angeekelt, dass sie sich massenhaft abwenden und somit den verkommenen Kulturbetrieb zum Umdenken zwingen. Allerdings lügen sich die Medien sogar dann noch ihre bestellten Umfragen schön, wenn sie längst keiner mehr konsumiert.
10. Es gibt keine Hoffnung auf Besserung.

Elfte, völlig unsachliche Behauptung: Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags tut sich beklemmend schwer, Medusa ins Gesicht zu schauen. Oder sie auch nur anzublinzeln.

Der Verfasser ist Musiker und gehört als Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags an ■

Heinz Rudolf Kunze **Foto: Nikolay Georgiew**

Die Öffentlich-Rechtlichen führen ihre Integrationsoffensive fort

Bericht über die Essener Medienkonferenz • Von Stefanie Ernst

Die Essener Zeche Zollverein war vom 23.-24. November 2006 Veranstaltungsort der Medienkonferenz „Migration und Integration“. Auf Einladung von ZDF, France Télévisions, WDR und unter der Federführung der Europäischen Rundfunkunion (EBU) versammelten sich Vertreter aus den Bereichen Politik, Wissenschaft, Kultur und Medien. Kooperationspartner dieser Veranstaltung waren: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Phönix, UNESCO, Deutsche Welle, Civis und der Deutsche Kulturrat. Während der zweitägigen Konferenz gingen sie der Frage nach, welche Rolle die Medien im Bereich von Migration und Integration spielen.

Hand aufs Herz: Wer von uns hat die Werke von Güney Dal, Aras Ören, Zafer Senocak oder Iris Alanyali gelesen? Allesamt Autoren der sogenannten „Migrationsliteratur.“ Sicherlich, Orhan Pamuk, der „amtierende“ Literaturnobelpreisträger aus der Türkei, ist in aller Munde. Seine Bücher sind gefragte Bestseller, so auch das vor Kurzem erschienene Werk, das den Titel „Istanbul“ trägt. Dabei ist die Türkei und die türkische Kultur samt ihrer Literatur sehr viel näher, als sie durch Romanerzählungen jemals sein könnte. Und wenn uns schon keine deutsch-türkischen Schriftsteller einfallen, wie ist es dann mit deutsch-türkischen, deutsch-russischen oder deutsch-italienischen Fernsehmoderatoren oder Rundfunkjournalisten? Fehlanzeige? Dabei gibt es in Deutschland mittlerweile mehr als über acht Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Die meisten von ihnen stammen aus dem Land, das Asien und Europa miteinander verbindet. Über acht Millionen, europaweit sind es sogar mehr als 35 Millionen, – eine Zahl, die viele von uns dagegen gut zu kennen glauben. Und das nicht zuletzt deshalb, weil die Tatsache, dass Deutschland längst ein Einwanderungsland ist, in der Mehrheitsgesellschaft alte und neue Ängste schürt. Dass die Zugewanderten und ihre oftmals hier geborenen Kinder ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft und damit auch unserer Kultur sind, muss uns buchstäblich erst noch „in Fleisch und Blut“ übergehen. Dies bestätigte die Direktorin der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien, Dr. Beate Winkler. Die „gefühlte“ Anzahl der Migranten wird bei Umfragen deutlich höher eingeschätzt, als der tatsächliche Wert.

Was aber wissen wir über die Menschen aus anderen Herkunftskulturen? Oftmals zu wenig. Die Veranstalter der Essener Medienkonferenz kannten dieses Manko. Entsprechend sorgsam gingen sie bei der Wahl der Themen und der anwesenden Gäste aus Politik, Medien, Wirtschaft und Kultur vor. Das Schwerpunktthema lag auf dem deutsch-türkischen Dialog sowie auf der Frage nach der Bedeutung des EU-Beitritts der Türkei für die muslimischen Migranten in Deutschland. Daneben wurde die Ost-West-Perspektive beleuchtet. Beides aktuelle Themen, bedenkt man die Verhandlungen um die Einfrierung einiger Punkte der Beitrittsverhandlungen der Türkei und das fortwährend angespannt Verhältnis zwischen Deutschland und Polen.

Die öffentlichen Debatte um Migration und Integration wird von den Medien mitgestaltet. Leider ist immer wieder festzustellen, dass sich Journalisten nicht in angemessener Form bemühen, über die Hintergründe vermeintlicher „Ausländerprobleme“ zu recherchieren. So seien Ehrenmorde, ein trauriger Evergreen in den Nachrichten, keine rein islamische Angelegenheit. Allerdings machen sich nur die Wenigsten die Mühe, so die niederländische Rundfunkintendantin Yasemin Tümer, über die geschichtlichen Hintergründe und über die Verbreitung von Ehrenmorden in anderen Kulturen zu berichten.

Oftmals, wandte die Journalistin Lilli Gruber ein, die seit 2004 als italienische Abgeordnete im Europäischen Parlament sitzt, werden im Fernsehen die immer gleichen Bilder gezeigt: Bilder einer gescheiterten Integration, Bilder von Parallelgesellschaften. Dabei wäre es für die Integration förderlich, wenn in den Nachrichten oder in anderen Sendungen auch mal positiv über die Migranten berichtet würde. Migranten seien doch mehr als „Störenfriede“ oder „Problemfälle“. Und als solche wollen sie, was nicht verwundert, auch nicht länger verstanden werden. Dies muss von uns, aber auch von den Medien begriffen werden.

Mehr Migranten auf den Schirm

Einige Sender haben dies bereits erkannt und leisten Abhilfe. Cosmo-TV, das interkulturelle Magazin im WDR-Fernsehen, ist dafür ein gelungenes Beispiel. Solche Formate sind aber die Ausnahme, nicht die Regel. Die Zahl der in Funk- und Fernsehen arbeitenden Menschen mit Migrationshintergrund, dies war die einhellige Meinung aller Anwesenden, sei noch viel zu gering. Über diese Tatsache konnten und wollten auch die Moderatoren Asli Sevindim und Birand Bingül nicht hinwegtäuschen. Die stärkere Miteinbeziehung von Menschen, die in einer anderen Kultur oder „zwischen“ zwei Kulturen sozialisiert wurden, könnte helfen, zu einer ausgewogeneren Berichterstattung zu gelangen. Inwiefern ein deutsch-türkisches ARTE, wie es seit längerem von der SPD-Bundestagsabgeordneten Lale Akün zur Diskussion gestellt wird, das Zusammenwachsen der Menschen in Deutschland vorantreiben könnte, bleibt jedoch fraglich. Zurecht warf ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender ein, dass die Zuschauer solcher Formate eine Integrationsleistung längst vollbracht hätten. Man benötige kein weiteres Spartenprogramm. Das Thema Migration müsse mit all seinen Facetten im Gesamtprogramm der Sender eine stärkere Rolle spielen.

„Wir sind genau so komplex wie ihr“

Die Medien berichten über die Muslime zumeist nicht besonders objektiv. Vielmehr konzentrieren sie sich auf Extreme, wie auf kopftuchtragende Frauen, die – als es den Schlussverkauf noch gab – die Wühltische unsicher machten. Die Migranten selbst kommen hingegen bei der Berichterstattung zumeist nicht zu Wort. Dabei hegen sie den Wunsch nach Partizipation. In ihnen ruht das tiefes Bedürfnis dazu zu gehören. Medien müssen das begreifen und sich entsprechend verhalten. Tariq Ramadan, in Genf geborener Professor für Islamwissenschaften mit ägyptischen Wurzeln, appellierte an die Mehrheitsgesellschaft, endlich zu begreifen, dass Migranten ebenso komplex sind, wie sie. Entsprechend sollten Journalisten mehr Energie darauf verwenden, sich über die Geschichte und die kulturellen Besonderheiten der Migranten zu informieren. Denn nur dann ließen sich fehlerhafte Meldungen vermeiden.

Die Verantwortung der Medien

Bei der Ausgestaltung der kulturellen Vielfalt in der Bundesrepublik und in der gesamten europäischen Union nehmen die Medien eine zweifache Funktion ein. Sie sind Be-

Weiter auf Seite 24

v.l.n.r.: Dr. Claudia Schmidt (Leiterin der Hauptabteilung Kommunikation, Forschung und Service des Westdeutschen Rundfunks), Markus Schächter (Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens), Fritz Pleitgen (WDR-Intendant und Präsident der EBU), Dr. Jürgen Rüttgers (Ministerpräsident NRW), Dr. Werner Müller (Vorstandsvorsitzender der RAG Aktiengesellschaft) und Prof. Dr. Max Fuchs (Vorsitzender des Deutschen Kulturrates). Foto: WDR/Sachs/Görgen

Fortsetzung von Seite 23

Essener Medienkonferenz

obachter und Akteur zugleich. Die Medienkonferenz hat gezeigt, dass sie ihre Rolle(n) ernst nehmen und sich ihrer Verantwortung stellen. So gaben WDR und ZDF Studien zum Fernsehverhalten von Migranten in Auftrag. Vor der Folie der Ergebnisse lässt sich vielleicht ein Programm aufstellen, dass alle Menschen in Deutschland anspricht. Dass diesbezüglich noch einiges getan werden muss, zeigten die Ergebnisse der WRD-Studie. Zwar gaben die befragten jungen Türkinnen und Türken an, dass sie das deutsche Programm aufgrund der Sachlichkeit und Genauigkeit als Nachrichtenmedium schätzen. Dass als herzlicher und familienfreundlicher charakterisierte Fernsehen aus ihrer Heimat stößt bei ihnen allerdings auf mehr Interesse. Als Reaktion setzt das ZDF 2007 auf sogenannte Integrationssoaps. Auch bei der Ausbildung werden neue Maßstäbe gesetzt. So sprachen sich die Medienmacher für extra Trainerprogramme für junge Auszubildende mit Migrationshintergrund aus. Doch auch die deutschstämmigen Mitarbeiter müssten im Bereich der interkulturellen Kommunikation besser geschult werden.

Um die Nachhaltigkeit des gemeinsamen Gedanken- und Erfahrungsaustausches mit anderen europäischen Medienvertretern zu fördern, wird im kommenden Jahr eine Folgekonferenz in Paris stattfinden. Dort wird zu überprüfen sein, ob einige der guten Ideen und Vorsätze in die Praxis umgesetzt wurden. Einige der hier lebenden und arbeitenden „Ausländer“ bringen sich bewusst in die Kunst und die Kultur Deutschlands und Europas ein. Und dies nicht nur in dem anfangs erwähnten Bereich der Literatur, sondern immer häufiger auch im weiten Feld der Medien. Migration und Integration zählen nicht nur auf gesellschaftlicher und politischer Ebene zu den großen (Zukunfts-)Themen, sondern sind, und das wurde durch die Essener Konferenz deutlich, fester Bestandteil des von den Medien dazu geführten Diskurses.

Die Verfasserin ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Die Künstlersozialversicherung stärken

Zur Initiative des Bundeskabinetts vom 13. Dezember 2006 • Von Heinrich Tiemann

Künstler und Publizisten brauchen sozialen Schutz. Das weiß die Bundesregierung und bekennt sich zur Künstlersozialversicherung. Im Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 ist vereinbart worden, diese sozial- wie kulturpolitisch bedeutende Einrichtung im Dialog mit den Künstlern und Publizisten sowie ihren Verwertern zu stärken. Das heißt in erster Linie: Stabilisieren der Finanzierung durch eine klare Beschreibung des Kreises der Begünstigten und klare Pflichten aller Beteiligten. Eine starke und auf die Zukunft vorbereitete Künstlersozialversicherung leistet einen in Europa einzigartigen sozialpolitischen Beitrag zur Sicherung der selbständigen Künstler und Publizisten. Das stärkt auch die Kultur in Deutschland.

Die Sozialversicherung steht heute vor großen Herausforderungen. Die demografische Entwicklung und die Lage am Arbeitsmarkt verlangen Reformen, damit die soziale Sicherung zukunftsfest bleibt. Die Künstlersozialversicherung ist Teil der Sozialversicherung, auch sie unterliegt den Einflüssen von Demografie und Arbeitsmarkt.

Seit Inkrafttreten des Künstlersozialversicherungsgesetzes (KSVG) steigen die Versichertenzahlen und damit der Finanzbedarf von Jahr zu Jahr deutlich an. Dies hängt auch mit der Attraktivität der Sozialversicherung zusammen: Künstler und Publizisten müssen wegen ihres besonderen Verhältnisses zu ihren Verwertern als einzige Gruppe der Selbständigen nur den halben Beitrag für den Schutz in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung aufbringen. Rund 30 Prozent übernehmen die Kunst und Publizistik vermarktenden Verwerter durch die Künstlersozialabgabe auf die Honorare; rund 20 Prozent schießt der Bund zu.

Die von der Künstlersozialkasse in Wilhelmshaven (KSK) erfassten Honorare, die die Einnahmen aus der Künstlersozialabgabe bestimmen, konnten aber in der jüngeren Vergangenheit mit dem steigenden Finanzbedarf kaum Schritt halten. Die Folge war, dass der Abgabesatz auf die Honorare im Jahr 2005 auf 5,8 Prozent hochschnellte. Es musste gegengesteuert werden: Durch eine bessere Erfassung der Verwerter konnte im Jahr 2006 der Satz auf 5,5 Prozent und in 2007 auf 5,1 Prozent gesenkt werden.

Doch es bedarf weiterer Schritte. Alle Beteiligten wissen: Ein großer Anteil der Unternehmen, die von der KSK in den vergangenen Jahren auf die Künstlersozialabgabe hingewiesen wurden, ist abgabepflichtig. Zugleich gibt es noch zu viele Unternehmen die ihrer Abgabepflicht nach dem KSVG nicht nachkommen. Damit lastet ein unnötig hoher Abgabesatz auf den Schultern der bereits erfassten Verwerter. Das kann nicht im Sinne einer gerechten Lastenverteilung und der Gleichbehandlung sein. Verwerter müssen flächendeckend ihre gesetzlichen Pflichten erfüllen.

Dazu bedarf es einer besseren Erfassung und Prüfung. Die KSK kann diese Aufgabe jedoch mit ihren personellen Ressourcen nur zum Teil schultern. Eine Lösung für dieses Problem bieten die Prüfdienste der Deutschen Rentenversicherung (DRV) mit ihren 3.600 Mitarbeitern: Sie prüfen schon jetzt alle Arbeitgeber in Deutschland im vierjährigen Turnus auf ihre Pflichten nach dem Sozialgesetzbuch (SGB). Diese Aufgabe können sie auch für die Künstlersozialversicherung übernehmen.

Staatssekretär Heinrich Tiemann Foto: BMAS

Bis zur Jahresmitte 2007 sollen die dafür notwendigen gesetzlichen Änderungen im KSVG und im SGB in Kraft treten. Die DRV erhält zukünftig die Prüfung der Verwerter als eigene Aufgabe. Sie wird zunächst ausgewählte Arbeitgeber über die Abgabepflicht informieren und ihnen aufzeigen, wie sie ihre Meldungen bei der Künstlersozialkasse abzugeben haben. Das Verantwortungsbewusstsein der Verwerter wird damit geschärft; die Zahl der Meldungen dürfte ansteigen. Dann wird die DRV die Abgabepflicht und -höhe der Arbeitgeber systematisch prüfen und ihnen einen Prüfungsbescheid erteilen. Und sie wird die notwendigen Widerspruchs- und Klageverfahren durchführen.

Die Träger der Rentenversicherung werden also von Beginn an voll verantwortlich an die neue Aufgabe herangehen. Sie werden das gesamte Verfahren von der Erfassung über den Bescheid bis zum Abschluss des Widerspruchs durchführen. Denn alle Erfahrung zeigt: Die Stelle, die einen Bescheid erlässt, muss auch für das Widerspruchsverfahren und ggf. auch das Klageverfahren zuständig sein. Das sorgt für sachgerechte Bearbeitung. Zum anderen verlangt das Prinzip der Selbstverwaltung, dass die Kompetenz für das Widerspruchsverfahrens bei den Trägern bleibt. Der Vorteil für alle: Verwaltung wird effizienter, Bürokratie wird abgebaut.

Die Verbände brauchen sich nicht zu sorgen, dass die DRV nicht mit den Fragen der Abgrenzung des Kunstbegriffs umgehen könne. Nicht nur weil die Träger über viel Erfahrung im Umgang mit der Prüfung von sehr unterschiedlichen Arbeitgebern verfügen, sondern auch weil wir alle Vorsorge treffen werden, damit die Arbeit gut und kompetent gemacht wird. So wird die KSK die DRV bei der neuen Aufgabe unterstützen. Sie wird die Prüferinnen und Prüfer der Rentenversicherung umfassend qualifizieren und sie bei ihrer neuen Tätigkeit fachlich beraten. Insbesondere für anspruchsvolle Abgrenzungsfragen hinsichtlich des Kunst- und Publizistikbegriffs bleibt die KSK Kompetenzträgerin und Ansprechpartnerin der abgabepflichtigen Unternehmen. Außerdem sollen die Träger Personen aus den Kreisen der Versicherten und der Abgabepflichtigen nach dem KSVG in ihre Widerspruchsausschüsse aufnehmen können. Darüber hinaus wird die KSK weiterhin die Unternehmen ohne Beschäftigte und die Ausgleichsvereinigungen prüfen. Sie behält ihre Funktion als Einzugsstelle und betreut die Versicherten.

Auch auf der Seite der Versicherten wird sich die Überprüfung der Angaben deutlich verbessern. Dies hat der Bundesrechnungshof von uns gefordert. Wegen der schwankenden Honorare soll es zwar dabei bleiben, dass die Versicherten ihr voraussichtliches Arbeitseinkommen für das folgende Kalenderjahr möglichst genau selbst einschätzen. Zur Überprüfung der Angaben soll aber die KSK ab 2007 in jährlich wechselnden Stichproben den Versicherten einen Fragebogen zusenden. Der Fragebogen verlangt verbindliche Angaben über die tatsächlichen Arbeitseinkommen der letzten vier Jahre. So wird geklärt, ob der Versicherte angemessene Einkommensmeldungen abgegeben oder das Mindestarbeitseinkommen erreicht hat. Auskünfte zu Einkommen aus nicht-künstlerischer oder nicht-publizistischer Tätigkeit werden erfasst, damit die Versicherungsfreiheit in der Kranken- und Pflegeversicherung überprüft werden kann. Zum Nachweis der Angaben sind die entsprechenden Einkommensteuerbescheide oder Gewinn- und Verlustrechnungen beizufügen. Die weit überwiegende Mehrheit der Versicherten wird korrekte Schätzungen abgeben. Soweit aber die Auswertung entsprechende Anhaltspunkte bietet, erfolgen Prüfverfahren nach der KSVG-Beitragsüberwachungsverordnung.

Mit dieser Maßnahme wird die Prüfquote bei den Versicherten praktisch verdoppelt. Der Kreis der Begünstigten wird eindeutig definiert und erfasst, weil nur eine auf Dauer angelegte, erwerbsmäßige und nicht nur geringfügige künstlerische oder publizistische Tätigkeit den Versicherungsschutz rechtfertigt. Das ausgewogene Maßnahmenpaket des Gesetzentwurfs wurde im Dialog mit den Vertretern der Versicherten und der Verwerter entwickelt. Am Runden Tisch zur Stärkung der Künstlersozialversicherung, den das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Deutsche Kulturrat gegründet haben und an dem namhafte Persönlichkeiten aus der Kulturwirtschaft mitwirken, sind die geplanten Neuregelungen positiv aufgenommen worden. Es bestand Einigkeit: So kann mehr Abgabe- und Beitragsgerechtigkeit für Versicherte und Verwerter erreicht werden. Der Deutsche Kulturrat hat sich in seiner Stellungnahme hinter die Maßnahmen gestellt. Im vor uns liegenden parlamentarischen Verfahren wird der Gesetzentwurf erneut mit den Beteiligten diskutiert.

Künstler und Publizisten brauchen Räume, in denen sich ihre Kreativität und ihr Ideenreichtum entfalten kann. Eine stabile und zukunftsfähige Künstlersozialversicherung hilft, solche Räume zu schaffen. Die Verwerter wissen, dass Kreativität und Ideenreichtum zugleich die Grundlagen ihres wirtschaftlichen Erfolgs ist. Der Bund will, dass Deutschland weiter Hort großer (und kleiner) Kunst und guter Publizistik ist. Alle Seiten haben deshalb ein Interesse, dass die Rahmenbedingungen stimmen und sind bereit, sich den Herausforderungen zu stellen.

Der Verfasser ist Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales ■

ConBrio *Zeitschriften*

nmz neue musikzeitung

politik und kultur
ZEITUNG DES DEUTSCHEN KULTURRATES

Oper & Tanz
Zeitschrift der VdO für Opernchor und Bühnentanz

JAZZ ZEITUNG

KULTURAUSTAUSCH

ConBrio Verlagsgesellschaft,
Brunnstr. 23,
93053 Regensburg,
Tel. 0941/945 93-0,
Fax 0941/945 93-50,
E-Mail: info@conbrio.de,
www.conbrio.de

ConBrio Verlagsgesellschaft

Zum „Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes und anderer Gesetze“

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 01.11.2006. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt, dass die Bundesregierung den „Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes und anderer Gesetze“ vorgelegt hat. Die CDU/CSU- und die SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages haben sich im Koalitionsvertrag eindeutig zur Künstlersozialversicherung als einem wichtigen Instrument der Kulturförderung und sozialen Sicherung der Künstlerinnen und Künstler bekannt. Im Koalitionsvertrag ist hierzu ausgeführt: *„Es gilt, sie (die Künstlersozialversicherung) - auch im Dialog mit den Vertretern der Künstler und Publizisten sowie der abgabepflichtigen Verwerter - weiter zu stärken. Zur Stabilisierung der Finanzierung sind eine sachgerechte Beschreibung des Kreises der Begünstigten vorzunehmen und die sich aus der Konstruktion ergebenden Verpflichtungen der Beteiligten sicherzustellen.“*
Der Deutsche Kulturrat begrüßt weiter, dass die Bundesregierung im genannten Referentenentwurf Ergebnisse des gemeinsamen Runden Tisches „Stärkung der Künstlersozialversicherung“ aufgenommen hat. Der Runde Tisch wurde vom Deutschen Kulturrat und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Jahr 2004 initiiert, um mit Vertretern der Verbände der Verwerter künstlerischer und publizistischer Leistungen sowie der Verbände der Künstler und Publizisten gemeinsam Strategien zur Stabilisierung der Künstlersozialversicherung zu erarbeiten.
Im Deutschen Kulturrat haben sich Verbände aller künstlerischen Sparten und der verschiedenen Bereiche des kulturellen Lebens zusammengeschlossen; Mitglieder im Deutschen Kulturrat sind Verbände der Künstler und Publizisten, der Kultureinrichtungen, der Kulturwirtschaft und der Kulturvereine. Im Deutschen Kulturrat sind also sowohl Verbände der in der Künstlersozialversicherung Versicherten als auch Verbände der Künstlersozialabgabepflichtigen versammelt.
Die Künstlersozialversicherung ist ein wichtiger kultur- und sozialpolitischer Fortschritt. Seit ihrem Bestehen können sich freiberufliche Künstler und Publizisten im Rahmen der gesetzlichen Sozialversicherung kranken-, pflege- und rentenversichern. Vor der Einführung des Künstlersozialversicherungsgesetzes hatten viele Künstler und Publizisten keinerlei soziale Absicherung.
Die soziale Absicherung im Rahmen der Kranken-, der Pflege- und der Rentenversicherung wird zu 50% von den Versicherten, zu 30% von den Verwertern künstlerischer und publizistischer Leistungen durch die Künstlersozialabgabe und zu 20% durch einen Bundeszuschuss finanziert. Mit dem Bundeszuschuss nimmt der Bund seine kultur- und sozialpolitische Verantwortung für freiberufliche Künstler und Autoren wahr.
Unternehmen, Kultureinrichtungen und Vereine, die Leistungen freiberuflicher Künstler und Publizisten in Anspruch nehmen, müssen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben die Künstlersozialabgabe entrichten. Grundlage für die Künstlersozialabgabe sind die gezahlten Honorare, Gagen, Erlöse aus Kommissionsgeschäften etc. Der Prozentsatz für die Künstlersozialabgabe wird jährlich auf dem Verordnungsweg durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales festgelegt; er beträgt im Jahr 2007 5,1 Prozent. Die Zahlung erfolgt an die Künstlersozialkasse, die die Beiträge an die Sozialversicherungsträger bzw. Krankenkassen weiterleitet.
Im Jahr 2000 hat der Bund seinen Zuschuss von 25% auf 20% gesenkt. Neben anderem führte dieses in den letzten Jahren zu einem starken Anstieg der Künstlersozialabgabe. Im Rahmen der Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes im Jahr 2001 wurde die Zweckbestimmung des Bundeszuschusses zur Künstlersozialversicherung im Sinne der Mitverantwortung des Bundes für diesen Bereich neu definiert.
Der Deutsche Kulturrat erwartet, dass die nunmehr anstehende Reform dazu beitragen wird, die Künstlersozialversicherung zukunftsfest zu machen und auch die Künstlersozialabgabe auf ein für Verwerter künstlerischer und publizistischer Leistungen erträgliches Maß zurückzuführen.

Bessere Erfassung der Abgabepflichtigen

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass durch die Einschaltung der Deutschen Rentenversicherung alle Unternehmen mit Beschäftigten im Rahmen der üblichen Prüfung über die ordnungsgemäße Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge auch geprüft werden, inwiefern Leistungen von freiberuflichen Künstlern und Publizisten in Anspruch genommen wurden und ob die Künstlersozialabgabe ordnungsgemäß abgeführt wurde.
Die Künstlersozialabgabe ist keine freiwillige Leistung der Unternehmen, sondern gesetzlich vorgeschrieben. Genauso wie Unternehmen für ihre Mitarbeiter Sozialversicherungsbeiträge entrichten müssen, sind sie verpflichtet, für Leistungen freiberuflicher Künstler und Publizisten die Künstlersozialabgabe zu zahlen. Wer sich dieser Pflicht entzieht, handelt gesetzwidrig und verschafft sich einen nicht zu rechtfertigenden Wettbewerbsvorteil.
Der Deutsche Kulturrat erwartet, dass durch die unterstützende Prüftätigkeit der Deutschen Rentenversicherung zahlreiche Abgabepflichtige ermittelt werden, die ihren Verpflichtungen bislang nicht nachkommen. Er geht davon aus, dass mittelfristig die Künstlersozialabgabe sinken wird, da sich die Abgabelast auf mehr Schultern verteilt als bisher.

Vermehrte Prüfung der Versicherten

Der Deutsche Kulturrat sieht die Notwendigkeit, auch die Versicherten stärker zu prüfen. Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse ist die erwerbsmäßige und dauerhafte Ausübung einer selbständigen Tätigkeit als Künstler oder Publizist. Aufgrund der starken Einkommensschwankungen schätzen Künstler und Publizisten ihr Einkommen für das Folgejahr im Voraus. Diese Einkommensschätzung ist Basis für die Festlegung des Versichertenbeitrags.
Der Deutsche Kulturrat schätzt die Absicht, dass jährlich aus dem Kreis der Versicherten eine Stichprobe hinsichtlich ihres tatsächlichen Einkommens der letzten drei Jahre vorgenommen wird, positiv ein. Damit wird die schon bestehende sachgerechte Überprüfung im Rahmen der Beitragsüberwachung durch die Künstlersozialkasse verstärkt und sichergestellt, dass nur der Kreis der tatsächlich Berechtigten Mitglied in der Künstlersozialkasse sein kann.

Ende gut – alles gut!? – Zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts

Von Olaf Zimmermann

Die Diskussion um die Reform des Gemeinnützigkeitsrecht glich in diesem Jahr einer Achterbahnfahrt. Der Ausgangspunkt waren die Aussagen im Koalitionsvertrag, in dem steht, dass das Bürgerschaftliche Engagement gestärkt und das Gemeinnützigkeitsrecht reformiert werden soll.

Gleich im Januar dieses Jahres erschien dann ein Rundschreiben des Bundesfinanzministeriums, in dem klargestellt wurde, dass ab dem 01.01.2007 die Mitgliedsbeiträge zu Kulturfördervereinen nicht mehr steuerlich geltend gemacht werden können, sofern eine geldwerte Gegenleistung gewährt wird. Geldwerte Gegenleistungen sind u.a. der kostenlose oder der ermäßigte Eintritt in die geförderte Kultureinrichtung. Gegen diese Regelung erhob sich ein starker Protest aus dem Kulturbereich. In den letzten Jahren wurden mit großem Engagement für die Mehrzahl der Kultureinrichtungen Fördervereine aufgebaut wurden, die zum einen durch ihre Förderung die Kultureinrichtung finanziell unterstützen und zum anderen positive Botschafter der Kultureinrichtung sind.

Im April stellte dann die Projektgruppe „Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts“, der neben dem Deutschen Kulturrat der Deutsche Olympische Sportbund, der Deutsche Naturschutzring, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, der Bundesverband Deutscher Stiftungen und Fachwissenschaftler angehören, ihre Vorschläge zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts vor.

Anlässlich des Deutschen Stiftungstags in Dresden im Mai bezog sich der Chef des Bundeskanzleramtes Staatsminister de Maiziere auf diese Vorschläge und sagte deren genaue Prüfung zu. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause sollte der Referentenentwurf zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts vorgelegt werden.

Im August erschien dann statt des erwartenden Referentenentwurfs das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesfinanzministerium zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts. Die Vorschläge dieser Gutachter waren ein Generalangriff auf den gemeinnützigen Sektor. Gemeinnützige Organisationen wurden mit normal am Markt agierenden Unternehmen verglichen und eine Konkurrenzsituation wurde heraufbeschworen. Die gesellschaftspolitische Bedeutung gemeinnütziger Organisationen und ihre Leistungen für die Gesellschaft wurden nicht berücksichtigt. Wieder regte sich lautstarker Protest. Dieses Mal allerdings nicht nur aus dem Kulturbereich, sondern von allen gesellschaftlichen Gruppen. Der starke Protest führte schließlich dazu, dass Vizekanzler Müntefering sich ausdrücklich von dem Gutachten distanzierte.

Nach Monaten der Unsicherheit, was die Bundesregierung zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts plant, nannte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück anlässlich der Vorstellung der diesjährigen Wehnachtsmarken am 27.11. 2006 in Berlin erste Punkte zur geplanten Reform. Anfang Dezember wurden vom Bundesfinanzministerium die 10 Maßnahmen „Hilfen für Helfer“ vorgestellt.
Im Maßnahmenpaket ist geplant:

- die **Übungsleiterpauschale** auf **2.100 Euro im Jahr** zu erhöhen, zur Zeit beträgt diese für Übungsleiter und Betreuer 1.848 Euro im Jahr,
- den **Spendenabzug** einheitlich auf **20%** zu erhöhen, zur Zeit beträgt er im Kulturbereich 10%,
- die **Steuerfreigrenze für die wirtschaftliche Betätigung von Vereinen** von 30.678 Euro auf **35.000 Euro** anzuheben,
- den Höchstbetrag für die Ausstattung von **Stiftungen** von 307.000 Euro auf **750.000 Euro** anzuheben,
- einen **verbesserten Sonderausgabenabzug** für Mitgliedsbeiträge an **Kulturfördervereinen** zu ermöglichen,
- die Abschaffung des zeitlich begrenzten Vor- und Rücktrags beim Abzug von Großspende, dafür soll ein **zeitlich unbegrenzter Spendenvortrag** eingeführt werden,
- die **Senkung des Satzes**, mit dem pauschal für unrichtige Zuwendungsbestätigungen und fehlverwendete Zuwendungen zu haften ist, von 40 % auf 30 % der Zuwendungen,
- die **bessere Abstimmung** der förderungswürdigen Zwecke im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht.
- einen **Bürokratieabbau im Spendenrecht,**
- die **Einführung einer Ehrenamtspauschale** von 300 Euro im Jahr für Bürgerschaftlich Engagierte im Sozialbereich.

Olaf Zimmermann und Dr. Michael Bürsch, MdB Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestags anlässlich des Gespräches von Vertretern der Projektgruppe Reform des Gemeinnützigkeitsrechts mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück am 15.12.2006 im Haus des Bundesverband Deutscher Stiftungen Foto: BDS

Die geplanten Regelungen sollen nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens rückwirkend zum 01.01. 2007 in Kraft treten.

Inzwischen wurde vom Bundesfinanzministerium auch erklärt, dass in der Zukunft die Mitgliedsbeiträge für Kulturfördervereine steuerlich abzugsfähig sein sollen, wenn eine geldwerte Gegenleistung gewährt wird. Als erster Schritt soll in Kürze das umstrittene Rundschreiben zu den Mitgliedsbeiträgen von Kulturfördervereinen zurückgenommen werden.
Nachdem der Finanzminister die 10 Punkte verkündet hatte, legte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 13.12.2006 nach. Sie fordert eine Ausdehnung der so genannten Übungsleiterpauschale auf Vorstände und andere Funktionsträger, eine Ausweitung der Besteuerungsgrenze bei wirtschaftlicher Betätigung der Vereine auf 40.000 Euro/Jahr sowie die Geltung der neuen Ehrenamtspauschale für alle Engagementfelder. Der Deutsche Kulturrat hatte bereits am 02.12.2006 deutlich gemacht, dass die neue „Ehrenamtspauschale“ für alle Engagementbereiche gelten muss. Denn das Engagement im Kulturbereich ist nicht weniger wert als im Sozialbereich.

Insgesamt endet die Diskussion zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts vorerst sehr positiv. Allen Ankündigungen zu Folge will der Bundesfinanzminister die gemeinnützigen Organisationen mit der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts tatsächlich stärken. Wir dürfen alle auf den Referentenentwurf und die anstehenden Beratungen im Deutschen Bundestag gespannt sein.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Kritik der Experten ernst nehmen!

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Anhörung von Sachverständigen durch den Rechtsauschuss des Deutschen Bundestags zum Regierungsentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft

Berlin, den 07.12.2006. Der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags führte am 08., am 20. und am 29.11.2006 Anhörungen zum Regierungs-entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft, den sog. 2. Korb, durch. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, fühlt sich durch die dort gehörten Sachverständigen in seiner Kritik an diesem Gesetzes-entwurf mit Blick auf die vorgeschlagenen Regelungen zur Vergütungs-abgabe bestätigt und fordert die Mitglieder des Deutschen Bundestags auf, dem Regierungsentwurf in der vorliegenden Fassung nicht zu zustimmen.

Der Deutsche Kulturrat hat zum Gesetzgebungsverfahren des 2. Korbes bereits mehrfach Stellung genommen. Im Dezember 2003 hat der Deutsche Kulturrat eine „Stellungnahme zur Vorbereitung eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informations-gesellschaft“ abgegeben. Am 09.11.2004 hat der Deutsche Kulturrat eine Stellungnahme zum „Referentenentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ vorgelegt. In dieser Stellungnahme hat der Deutsche Kulturrat u.a. deutlich seine Bedenken gegen die vorgeschlagenen Regelungen zur Höhe der Pauschalvergütungen formuliert. Am 07.02.2006 hat der Deutsche Kulturrat seine Kritik am „Zweiten Referentenentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informations-gesellschaft“ nochmals bestätigt und sich in dieser Stellungnahme besonders auf die vorgeschlagenen Regelungen der Pauschalvergütungen konzentriert, die aus Sicht des Deutschen Kulturrates nicht die Urheber, sondern die Computer- und Speichermedienindustrie in den Mittelpunkt der Überlegungen rückt. Der Deutsche Kulturrat hat in seiner Stellungnahme die Bundesregierung aufgefordert, von ihren Plänen zur Neuregelung der Pauschalvergütungen Abstand zu nehmen, da diese das verfassungsrechtliche und in § 11 S. 2 UrhG postulierte Gebot der angemessenen Vergütung der Urheber und Leistungsschutzberechtigten in sein Gegenteil verkehrt.

Der Deutsche Kulturrat konzentriert sich im Folgenden auf einige wesentliche unter den Verbänden der Künstler, der Kultureinrichtungen, der Kulturvereine und der Kulturwirtschaft unstreitige Fragen. Zu anderen wichtigen Punkten, zu denen innerhalb des Deutschen Kulturrates unterschiedliche Auffassungen bestehen, äußern wir uns hier nicht.

I. Wert der Kreativität

Urheber und ausübende Künstler gehören zu den wichtigen Inhaltslieferanten der Informations- und Wissensgesellschaft. Sie leben von der Verwertung ihrer künstlerischen Arbeiten. Ihre Kreativität bildet die Grundlage für ihren Lebensunterhalt. Das Urheber- und Leistungsschutzrecht bietet für Künstler und für die Unternehmen der Kulturwirtschaft, insbesondere Verleger und Produzenten, einen wesentlichen Rechtsrahmen für eine wirtschaftliche Ausübung ihrer Tätigkeit. Künstlerische Arbeiten haben neben dem wichtigen ideellen auch einen ökonomischen Wert. Diesen Wert kreativer Leistungen zu schützen, muss auch im digitalen Zeitalter das wesentliche Anliegen des Urheber- und Leistungsschutzrechts bleiben.

II. Position des Deutschen Kulturrates zu einzelnen Aspekten des Urheber- und Leistungsschutzrechtes

1. § 53 UrhG (Vervielfältigung zum privaten Gebrauch)

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass die Bundesregierung empfiehlt abzuwarten, ob sich die mit dem ersten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft neu gefassten Regelungen der Privatkopie bewähren und diese Regelungen auch im digitalen Umfeld nicht grundsätzlich zu ändern. Der Deutsche Kulturrat fordert die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, diesem Regierungsvorschlag zu folgen.

2. Pauschalvergütung und Digital Right Management

Der Deutsche Kulturrat begrüßt weiterhin, dass seine Forderung nach dem parallelen Fortgelten beider Systeme, Pauschalvergütung und Digital Right Management, weitgehend aufgenommen wurde. Der Deutsche Kulturrat betont an dieser Stelle nochmals, dass die Digital Right Management-Systeme zum gegenwärtigen Zeitpunkt technisch noch nicht ausgereift und derzeit allenfalls in eng begrenzten Bereichen der Online-Übermittlung von Werken wirksam sind. Auch auf längere Sicht, wenn die Digital Right-Management-Systeme ausgereift sind, wird nach Auffassung des Deutschen Kulturrates die Notwendigkeit der pauschalen Vergütung für die weiterhin mögliche private Vervielfältigung von Werken aus ungeschützten Quellen erforderlich bleiben.

3. Vergütungshöhe

In seiner Stellungnahme vom 07.02. 2006 zum „Zweiten Referentenentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ hat der Deutsche Kulturrat deutlich gemacht, dass die vorgeschlagenen Regelungen zur Vergütungshöhe nicht dazu führen werden, den Urhebern und Leistungsschutzberechtigten eine angemessene Vergütung für die Nutzung ihrer Werke zukommen zu lassen.

Diese Auffassung wurde in der Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags am 08.11.2006 von der deutlichen Mehrzahl der angehörten Experten geteilt. Die Expertenanhörung förderte zu Tage, dass die vorgeschlagene Regelung, nach der die Vergütungsansprüche aller Berechtigten für einen Gerätetyp **5% des Verkaufspreises** nicht übersteigen dürfen, in die falsche Richtung weist, weil mit einer solchen Kappungsgrenze nicht die angemessene Entschädigung der Urheber, sondern die Umsätze und Gewinne der Geräte- und Speichermedienindustrie im Mittelpunkt stehen. Dieses stellt das Urheberrecht auf den Kopf. Ebenso wurde in der Anhörung erneut deutlich, dass die vorgeschlagene Regelung, wonach eine Vergütungspflicht erst greift, wenn auf einem Gerätetyp zu mindestens **10% urheberrechtsrelevante Kopien** gefertigt werden, dazu führen wird, dass zukünftig noch mehr als bisher über das Ob der Vergütungspflicht gestritten wird. Es steht danach zu befürchten, dass sowohl die Verwertungsgesellschaften als auch die Verbände der Geräte- und Speichermedienindustrie jeweils verschiedene demoskopische Gutachten fertigen lassen, die zu unterschiedlichen Ergebnissen hinsichtlich des Prozentsatzes urheberrechtsrelevanter Kopien kommen, so dass letztlich noch ein drittes Gutachten von der Schiedsstelle beim Deutschen Patent- und Markenamt in Auftrag gegeben werden muss. Überdies wird es schwer sein, bei **Geräten**, die **neu auf den Markt** kommen und erst eine geringe Verbreitung haben, mittels empirischer Untersuchungen zweifelsfrei festzustellen, zu welchem Prozentsatz urheberrechtsrelevante Kopien gefertigt werden. Darüber hinaus erklärte die Mehrzahl der Experten in der erwähnten Anhörung, dass es unverständlich sei, die **Verbrauchsmaterialien** in die Vergütungspflicht nicht einzubeziehen, obwohl bekannt ist, dass z.B. bei Druckern ein erheblicher Teil des Umsatzes nicht mit den Geräten oder Speichermedien selbst, sondern mit den Verbrauchsmaterialen hierfür gemacht wird.

Der Deutsche Kulturrat unterstreicht nochmals, dass er die vorgeschlagenen Regelungen zur Vergütungshöhe für nicht geeignet hält, den Urhebern eine angemessene Vergütung für die Nutzung ihrer Werke sichern.

Der Deutsche Kulturrat fordert daher die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, bei den nunmehr anstehenden Auswertungen und Beratungen im Rechtsausschuss diese Argumente der Experten genau zu prüfen und dem Vorschlag der Bundesregierung zur Neuregelung der Vergütungshöhe nicht zu folgen.

Mit Blick auf die ansonsten zu erwartenden Verschlechterungen für die Urheber erachtet es der Deutsche Kulturrat für geeigneter, wenn weiterhin der Gesetzgeber oder aber der Verordnungsgeber die Vergütungshöhe festlegt.

4. On-the-spot-consultation (§ 52b) und Kopienversand auf Bestellung (§ 53a)

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass im Sinne der weiteren Entwicklung der Wissensgesellschaft und der möglichst breiten Zugänglichmachung von Informationen gesetzliche Regelungen zu On-the-spot-consultation und dem Kopienversand auf Bestellung vorgeschlagen werden. Die vorgelegten Regelungen erachtet der Deutsche Kulturrat für noch nicht optimal.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt ausdrücklich, dass der Börsenverein des deutschen Buchhandels und der Deutsche Bibliotheksverband einen gemeinsamen Vorschlag zur Regelung des § 52b und des § 53a UrhG unterbreiten wollen. Dieser Vorschlag spiegelt einen Kompromiss der beiden hauptsächlich betroffenen Beteiligten wider. Der Deutsche Kulturrat fordert die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, sich diesen Kompromiss zu eigen zu machen. Der Deutsche Kulturrat fordert ferner, dass die Urheber bei Nutzungen von On-the-spot-consultation bzw. dem Kopienversand auf Bestellung angemessen beteiligt werden sollten.

5. Verwertung von Archivbeständen

Der Deutsche Kulturrat ist nach wie vor der Auffassung, dass die vorgeschlagenen Regelungen zur Verwertung von Archivbeständen unbefriedigend sind. In den Archiven liegen bedeutende kulturelle „Schätze“ in Form von Aufzeichnungen insbesondere musikalischer und literarischer Darbietungen. Mit Hilfe der neuen technischen Mittel könnten und sollten diese Schätze einem breiteren Publikum on- und offline zugänglich gemacht werden. Dabei muss eine angemessene Vergütung der Rechteinhaber und die Beachtung der Urheberpersönlichkeitsrechte gewährleistet sein.

Der Deutsche Kulturrat ist der Auffassung, dass der vorgelegte Entwurf keine Lösung der Archivproblematik bringt. Entgegen der Begründung im Referentenentwurf sind die vorgesehene Streichung von § 31 Abs. 4 und die Konstruktion in §§ 31a und 32c UrhG zur Lösung der Archivproblematik untauglich. Denn die Archivproduktionen enthalten fast immer Werke oder geschützte Leistungen, die im Wege einfacher Nutzungsrechte erworben wurden, so z.B. Musik in Fernsehfilmen. Für diese Nutzungsrechte aber greift der neue § 137 l UrhG nicht. Ebenso wenig hilft diese Regelung bei der Retrodigitalisierung alter Zeitschriftenjahrgänge (vgl. § 38 UrhG). Der Deutsche Kulturrat fordert daher, die Abgeordneten des Deutschen Bundestags zu einer Neuformulierung unter Berücksichtigung des Urheberpersönlichkeits-rechts auf. Bei einer Neuformulierung müssen die berechtigten Interessen aller künstlerischen Sparten berücksichtigt werden. Hierzu gehören auch die ausübenden Künstler, die einbezogen werden müssen.

Angesichts der umfassenden Kritik am Regierungsentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft bittet der Deutsche Kulturrat um eine umfängliche und gründliche Prüfung der vorgetragenen Argumente gegen den vorgelegten Regierungsentwurf. Im Mittelpunkt des Urheberrechts müssen die Urheber und Leistungsschutzberechtigten stehen. Ihre Rechte müssen gewahrt werden. Sie müssen einen angemessenen wirtschaftlichen Nutzen aus der Verwertung ihrer künstlerischer Leistungen ziehen können. Dieser Grundsatz sollte die Richtschnur der Urheberrechtsgesetzgebung sein. Der vorgelegte Regierungsentwurf wird diesem Anspruch in weiten Teilen nicht gerecht.

CONBRIO

Hermann J. Kaiser, Dorothee Barth, Frauke Heß, Hans Jünger, Christian Rolle, Jürgen Vogt, Christopher Wallbaum:

Bildungsoffensive Musikunterricht?

Das Grundsatzpapier der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Diskussion

Paperback, 155 Seiten
CB 1180, ISBN 3-932581-80-6, € 14,–

In der vorliegenden Publikation setzen sich Musikpädagogen und Schulmusiker kritisch mit der 2004 veröffentlichten Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) „Bildungsoffensive durch Neuorientierung des Musikunterrichts“ auseinander. Themen sind u.a. die Frage nach einem verbindlichen Bildungskanon für den Musikunterricht, der ideologische Hintergrund der KAS-Studie sowie Überlegungen zum Verhältnis Kultur – Ökonomie – Politik. Die KAS-Studie selbst ist im Band vollständig abgedruckt. Eine unverzichtbare Lektüre für alle am schulischen Musikunterricht und an der musikalischen Bildung im Allgemeinen Interessierten.

ConBrio Verlagsgesellschaft
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Tel. 0941/945 93-0
Fax 0941/945 93-50
www.conbrio.de
info@conbrio.de

Bundesstiftung Baukultur geht nach Potsdam

Von Claudia Schwalfenberg

Nach langem Ringen hat der Bundestag am 26. Oktober dieses Jahres grünes Licht für die Bundesstiftung Baukultur gegeben. Möglich war dieser Schritt, weil die Bundesregierung auf Bitte des Bundesrates noch im laufenden Gesetzgebungsverfahren die Entscheidung über den Sitz der Stiftung vorbereitet hatte.

Insgesamt acht Städte sind im Rennen um den Sitz der Bundesstiftung Baukultur angetreten: Bonn, Essen, Frankfurt am Main, Görlitz, Leipzig, Stuttgart und Weimar. Um die Angebote vergleichen und ein transparentes Verfahren gewährleisten zu können, hatte die Bundesregierung alle Bewerber aufgefordert, sich zum Potenzial des vorgeschlagenen Standortes zu äußern, zu den Rahmenbedingungen für die Unterbringung der Stiftung sowie zur ideellen und finanziellen Unterstützung der Stiftung durch Stadt, Land oder Dritte. Die angebotenen Konditionen für die Ansiedlung wichen jedoch – so der Abgeordnete Joachim Günther, Berichterstatter im Bundestags-Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung – „deutlich voneinander ab“. Am Ende setzte sich Brandenburgs Landeshauptstadt Potsdam durch. Sowohl das Land Brandenburg als auch die Stadt Potsdam werden sich finanziell an der Bundesstiftung Baukultur beteiligen. Brandenburg gibt 335.000 Euro für den Ausbau des künftigen Stiftungssitzes aus, der „Roten Villa“ auf dem Gelände des Kulturstandortes Schiffbauergasse. Potsdam investiert 362.000 Euro in die Stiftung. Diese Mittel ergänzen die Anschubfinanzierung durch den Bund, der in den Jahren 2006 bis 2010 insgesamt rund sieben Millionen Euro für den Aufbau und die Arbeit der Stiftung zur Verfügung stellt.

Ziel der Bundesstiftung Baukultur ist es laut Gesetz, „als eine bundesweit beachtete, unabhängige und mit hoher Fachautorität ausgestattete Institution für die Anliegen der Baukultur in Deutschland“ einzutreten. Dabei soll sie sich „auf Instrumente mit bundesweiter und internationaler Ausprägung konzentrieren“.

Eine zentrale Stellung innerhalb der Stiftung wird der Konvent der Baukultur einnehmen. Die Mitglieder des Konvents sollen sich aus Trägern und Stiftern bundesweit bedeutsamer Preise auf dem Gebiet der Baukultur, unabhängigen Personen mit Fachautorität und weiteren Personen mit ideellem oder finanziellem Engagement im Bereich der Baukultur rekrutieren. Vorbild ist der erste Konvent der Baukultur, der Anfang April 2003 im ehemaligen Bonner Plenarsaal des Bundestages stattfand. Damals versammelten sich rund 800 Persönlichkeiten, um das Gespräch über Baukultur wieder in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.

Auch wenn das Potenzial des Konvents in der Öffentlichkeit teilweise kritisch diskutiert worden ist, ist die Konstruktion der Stiftung stark auf ihn ausgerichtet. Der Konvent wird nicht nur regelmäßig öffentlich zusammentreten, sondern auch Personen vorschlagen, die in den Organen der Stiftung mitwirken. Deshalb sieht das Gesetz eine Übergangsregelung vor, damit die ersten Schritte zur Stiftungsarbeit überhaupt unternommen werden können. Zunächst wird sich der Stiftungsrat konstituieren, allerdings ohne die fünf Mitglieder, die noch vom Konvent der Baukultur entsandt werden müssen. Allein das Parlament mit fünf Mitgliedern und die Exekutive mit drei Mitgliedern (je eines aus dem Bundesbauministerium, dem Bundesfinanzministerium und dem Kulturstaatsministerium) werden also anfangs im Stiftungsrat vertreten sein, dessen Aufgabe dann darin besteht, die Voraussetzungen für den ersten Konvent der Baukultur unter Stiftungsregie zu schaffen.

Der zukünftige Sitz der Bundesstiftung Baukultur auf dem inetrierten Kultur- und Gewerbestandort Schiffbauergasse
Björn Gripinski/freybeuter

Die Errichtung der Bundesstiftung Baukultur ist ein großer Erfolg für die Baukultur in Deutschland. Der Rat für Baukultur im Deutschen Kulturrat setzt auf diese Chance und bietet seine Unterstützung an, damit eine neue Blüte der Baukultur den langen Weg zur Bundesstiftung belohnt.

Die Verfasserin ist Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Kulturrates und Sprecherin des Rates für Baukultur im Deutschen Kulturrat ■

Kein nachhaltiger Aufschwung ohne neue Strategien

Von Bernd Fesel

Die gute Nachricht ist einfach wie sensationell: Nach drei Jahren der Rezession wächst der Umsatz von Deutschlands „Creative Industries“ (sog. Kreativwirtschaft) erstmals wieder von 114,6 Mrd. € in 2003 um 2,2 Prozent auf 117,1 Mrd. € in 2004.

Auf der von der Friedrich-Naumann Stiftung und dem Büro für Kulturpolitik und Kulturwirtschaft veranstalteten Tagung wurden die Konjunktur- und Beschäftigungstrends in der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland bekannt gegeben. Dabei legte nach Angaben des Arbeitskreises Kulturstatistik der Umsatz in der Designwirtschaft um 6,5 Prozent und in der Games Industrie sogar um sensationelle 11,4 Prozent zu. Rückläufig sind unverändert Filmwirtschaft/TV Produktion (- 4,5%), Architektur (- 4,6%), Journalismus (- 3,1%) und das Verlagswesen (- 0,3%). Design und Games sind die neuen Wachstumsmotoren der „Creative Industries“ am Anfang des 21. Jahrhunderts. Die Kreativwirtschaft ist gemessen an der Bruttowertschöpfung von 58 Mrd. Euro in 2004 größer als die Chemie-Industrie (46 Mrd. Euro), die Energie-Branche (33 Mrd. Euro) und die Landwirtschaft (24 Mrd. Euro).

Durchschnittliche Einkommen sinken

Doch die schlechte Nachricht der letzten Jahre ist unverändert: Der Umsatzboom führt im Durchschnitt nicht zur Steigerung der Einkommen der rund 200.000 Firmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft, denn: Die Zahl der Unternehmen stieg in 2004 von ca. 191.000 auf 200.000 um 4,2 Prozent und damit fast doppelt so stark wie der Umsatz. Wächst die Zahl der Marktteilnehmer jedoch schneller als der Umsatz der Branche, bleibt für jeden Akteur im Schnitt weniger vom Kuchen. Bedenkt man zusätzlich, dass die Einkommen zwischen den Akteuren natürlich nicht gleich verteilt sind, kann man zu Recht vermuten, dass die allermeisten Firmen den Umsatzboom nicht in steigende Einkommen umsetzen können. Und sogar in Branchen mit sinkenden Umsätzen legte die Zahl der Firmen zu – z.B. Filmwirtschaft: Umsatz – 4,5%, Firmenzahl + 1,1%. Verlagsgewerbe: Umsatz – 0,3%, Firmenzahl + 2,0%. In der Boombranche Games Industrie stieg die Zahl der Firmen genauso stark wie der Umsatz (+ 11,4%). Rückläufig war die Zahl der Firmen in der Branche der Einzelhandels mit Bücher (- 0,2%). In der Branche Darstellende Kunst/Musik/Kunst stieg die Zahl der Einzelunternehmen (+ 4,0%) sogar stärker als der Umsatz (+ 2,6%). Die durchschnittlichen Einkommen in der Boombranche Kreativ- und Kulturwirtschaft dürften daher paradoxerweise stagnieren oder rückläufig sein.

Nachhaltigkeit des Aufschwungs gefährdet

Immer mehr Existenzgründungen, immer mehr Umsatz: Das allein ist keine Erfolgsstrategie für die Kulturwirtschaft, denn: Werden die Einkommen nicht parallel zu den Umsätzen steigen, kann man wohl erwarten, dass viele Akteure nicht gut vorbereitet sind auf die Krise, die jedem Boom folgt. Wie sollten sie Rücklagen bilden? Und wie sollten sie in neue Produkte, also in Märkte der nächsten 10 Jahre investieren, wenn die Erträge heute nicht steigen. In diesem Fall könnte der Boom der Kreativwirtschaft auf kapitalschwachen, sprich tönernen Füssen stehen – dies umso mehr, als Fremd- und Kreditfinanzierung den meisten Firmen in der Kulturwirtschaft nicht zugänglich sind. Ob der frische Boom also nachhaltig ist, wird sich daran erweisen, ob es gelingt in den nächsten Jahren die Einkommen und damit die Eigenkapitalkraft der kulturwirtschaftlichen Akteure zu erhöhen.

Werden die Strategien der 90er Jahre kontraproduktiv?

Was ist aber eine nachhaltige Strategie für Kulturwirtschaft? Bevor man sich an dieser visionären Frage für die nächsten 10 Jahren festdiskutiert, empfiehlt es sich pragmatisch zu prüfen, welche heutigen Strategien nicht mehr zukunftsfähig sind. Von welchen liebgewonnenen Zöpfen müssen wir uns möglicherweise sofort verabschieden?

- Die Produktion von Kultur und Kreativität entsteht durch die innere Motivation des Künstlers und der Kreativen. Angesichts des vorhandenen enormen und schon für die Firmeneinkommen kontraproduktiven Zuwachses an Firmengründungen muss daher die Strategie „Existenzgründung“ nicht länger eine Priorität in der Kulturwirtschaftspolitik sein. Die Strategie der Förderung der Existenzgründungen war erfolgreich – jetzt muss sich die „Sicherung“ der Existenzen anschließen.
- Wirtschaftliche Existenzen in der Kulturwirtschaft lassen sich auf Dauer nicht durch kostengünstige Infrastrukturen „sichern“ – ob durch Immobilienleerstand oder Industriebrachen. Denn: Die Nachfrage nach Kultur ist höchst wandelbar, da Kultur als Vertrauensgut ständig neu bewertet werden kann. Wenn einem Kinobesucher der Film abends noch gefiel, kann er morgens nach einer Diskussion mit Kollegen am Arbeitsplatz zu einem neuen Schluss kommen – und schon entfällt die Nachfrage nach dem zweiten Kinobesuch. Ohne Kulturrezeption, Teilhabe an Kultur und damit Kultur-Nachfrage keine kulturwirtschaftliche Existenzen – kostengünstige Produktionsbedingungen sind nur eine Überbrückung bis zur bitteren Wahrheit der fehlenden Anerkennung beziehungsweise des ausbleibenden Publikums.

Einmal Umdenken führt zu vielen neuen Strategien

Es wäre schon der Anfang einer neuen Kulturwirtschaftspolitik, wenn die Politik in Bund, Ländern und Kommunen bisher richtige, heute möglicherweise kontraproduktive Strategien überprüft und ggfs. einstellt. Ziel einer neuen Strategie sollte es sein, mehr Nachfrage für Kulturprodukte zu schaffen. Dies bedeutet, die Vermittlung von Kultur zu stärken, nicht die Qualität von Kultur zu senken. Wer das Interesse der Bevölkerung an Kultur gefördert, der stärkt die Nachfrage nach Qualität und Vielfalt der Kultur und damit die Einkommen in der Kulturwirtschaft. Diese können dann ihrerseits wieder in die Entwicklung innovativer und spannender Kultur investieren. Ein positiver, sich selbst tragender Kreislauf könnte beginnen. Entlang dieses roten Fadens - Effektivität des Marktes im Vertriebs- und Finanzierungsbereich verbessern – lassen sich viele neue Strategien zur Förderung privatwirtschaftlicher Kulturproduktion und – vermittlung entwickeln.

Exkurs

Was ist Kreativwirtschaft und was ist Kulturwirtschaft? Erstmalig in Deutschland hat der Arbeitskreis Kulturstatistik die bundesweiten Umsätze der sog. Creative Industries veröffentlicht. Die Creative Industries weist für 2004 ein Jahresumsatz in Höhe von 117 Mrd. € aus. Creative Industries erweitert den in Deutschland seit 1990 für Branchen wie Musik, Film, Theater, Literatur, Architektur, Design und Kunst verwendeten Begriff der Kulturwirtschaft (ca. 82 Mrd. €) um die Branchen “Software/Games” (ca. 21,4 Mrd. €) und “Werbung” (ca. 13,7 Mrd. €). Creative Industries ist Kulturwirtschaft im erweiterten Sinne und steht für eine international vergleichbare Erfassung von Kultur und Kreativität als Wirtschaftsfaktor, der jedoch ständige Forschung und Beobachtung neuer Entwicklung in den Kultur- und Kreativmärkten erforderlich macht. Nach drei Jahren der Rezession wächst Deutschlands Creative Industries in 2004 wieder wie in den 90er Jahren. Die Umsätze der elf Branchen wuchsen in den Jahren 2003 und 2004 insgesamt von 114,6 Mrd. € auf 117,1 Mrd. €. und damit im Schnitt um 2,2 Prozent.

Der Verfasser ist Inhaber des Büros für Kulturpolitik und Kulturwirtschaft ■

Kultur-Konsum oder Konsum-Kultur: Mehr als reiner Kommerz

Bericht über die 3. Jahrestagung Kulturwirtschaft • Von Stefanie Ernst

Die 3. Tagung Kulturwirtschaft „Kultur und Kreativität als neue Wirtschaftsfaktoren“, die am 26. Oktober 2006 in Berlin stattfand, stieß sowohl bei Kulturpolitikern und -interessierten als auch bei den Kunst- und Kulturschaffenden selbst auf eine enorme Resonanz. Nicht zuletzt deshalb, weil das Thema von drei unterschiedlichen Seiten her beleuchtet wurde. So stand der Vormittag im Zeichen von Wissenschaft und Politik, während am Nachmittag eine Branche näher vorgestellt wurde. Nachdem in den vergangenen Jahren der Branchenfokus u.a. auf der Medien- und Filmmusik lag, widmete sich die diesjährige Tagung in besonderer Weise dem Designbereich.

Christian Däubler, Leiter Büro-Brandenburg der Friedrich-Naumann-Stiftung
Foto: Friedirch-Naumann-Stiftung

Dass Kulturgüter auch Wirtschaftsgüter sind oder vielmehr sein können, führte Gitta Connemann als Vorsitzende der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages in ihrem Vortrag aus. In Deutschland habe man, so Connemann weiter, Kultur und Wirtschaft viel zu lange als Gegensatzpaar betrachtet. Daher solle der politische Diskurs endlich Abstand von der Entökonomisierung der Kultur nehmen. Kulturwirtschaft ist ein vergleichsweise junges Thema innerhalb der (Kultur-)Politik. Dies wird offensichtlich, wenn man berücksichtigt, dass gerade mal sieben Bundesländer und Aachen als einzige Stadt bislang einen Kulturwirtschaftsbericht erstellen ließen. Ein gesamtdeutscher Kulturbericht, dies gab auch Hans Joachim Otto, Vorsitzender des Ausschusses „Kultur und Medien“ des Deutschen Bundestages, zu bedenken, steht dagegen leider immer noch aus. Anders verhält es sich in unserem Nachbarland der Schweiz. Im Vier-Kulturen-Land existiert ein solcher Bericht bereits seit 2003. Die Schweizer sind uns in Sachen Kultur, so scheint es, immer einen Schritt voraus. Dies zeigt sich auch darin, dass die Kultur (-förderung) dort bereits im Januar 2000 Eingang in die Verfassung gefunden hat. Gemäß Artikel 69 der Bundesverfassung liegt die Zuständigkeit für die Kultur primär bei den Kantonen. Der Bund tritt ergänzend auf und schafft die Rahmenbedingungen. So kann er zum Beispiel Projekte von gesamtschweizerischem Interesse unterstützen. Das Bundesamt für Kultur, dessen Direktor Dr. Jean-Frédéric Jauslin ebenfalls als Redner auftrat und als solcher den Zuhörern eindruckvolle Einblicke in die Schweizer Kulturwirtschaft gewährte, ist mit der Umsetzung des Kulturartikels beauftragt.

Die „harten Fakten“ zum Thema „Kultur und Kreativität als neue Wirtschaftsfaktoren“ steuerte der Kulturstatistiker und Mitglied des UNESCO Instituts für Statistik in Montreal, Michael Söndermann, bei. Gemäß seinen Erläuterungen konnte die Kulturwirtschaft zwischen 1980 und 2000 eine starke Umsatzentwicklung verbuchen. Seit dem Jahrtausendwechsel stagnierten vor allem die Kernbranchen dieses Wirtschaftszweiges. Anders verhielt es sich bei den neuen Branchen Werbung, Software und Games sowie beim Design. Vor allem Design und die Games Industrie sind die „neuen“ Wachstumsmotoren der Creative Industries. Durch einen Umsatz von 6,5 % (Design) und sagenhaften 11,4 % (Games) tragen sie maßgeblich dazu bei, dass sich die gesamte Kreativbranche seit 2004 wieder im Aufwärtstrend befindet. Rückläufige Umsätze müssen nach Angaben des Arbeitskreises Kulturstatistik jedoch u.a. in den Bereichen Architektur (-4,6 %) und Film/TV Produktion (- 4,5 %) vermeldet werden.

Interessant waren die Ausführungen von Prof. Dr. Günther G. Schulze, dem Direktor des Instituts für Allgemeine Wirtschaftsforschung der Universität Freiburg. Er ging in seinem Vortrag der Frage nach, ob Kultur ein privates oder ein öffentliches und somit subventionierungswürdiges Gut ist. Betrachtet man die staatlich geförderten „Kulturprodukte“ wie Oper, Theater oder Ballett, so erkennt man, dass die Subventionen des Staates sehr uneinheitlich ausfallen und nur einen Teil des Kulturbereiches betreffen. Auf Seiten der Kulturkonsumenten profitiert ein bestimmtes Klientel von den Zuschüssen. Wieso also fördert der Staat bestimmte Kulturgüter und begünstigt somit indirekt auch eine bestimmte soziale Gruppe von Kulturkonsumenten? Erstaunlicherweise ergaben Umfragen, dass die Mehrheit der Bevölkerung Kunst und Kultur über ihren individuellen Nutzen hinaus wertschätzt. Sie unterstützen Kultur durch ihre Steuern, obwohl sie selbst vielleicht gar nicht in den Genuss bestimmter kultureller Leistungen kommen werden oder wollen. Somit besitzt die Kultur die Eigenschaften eines öffentlichen Gutes. Die Legitimität der stattlichen Förderung steht damit außer Frage. Ein Resümee, dass doch den ein oder anderen Kulturfreund im Saal aufatmen ließ.

Nachdem die wissenschaftlichen und kulturpolitischen Sichtweisen vorgestellt und ausgetauscht wurden, stand der Nachmittag ganz im Zeichen des Designs. Dass Kulturwirtschaft mehr ist als ein Mittel um Geld zu verdienen, legte Prof. Dieter Hofmann von der Hochschule für Kunst und Gestaltung Halle dar. Die Stadt an der Saale kämpft seit Jahren gegen Abwanderung und Leerstand an. In den demographischen Veränderungen sahen die Industriedesigner der Hochschule Halle nicht nur ein Problem, sondern begriffen den Wandel vielmehr als eine Herausforderung. Um die jungen, durch das Studium gut ausgebildeten kreativen Köpfe in der Region zu behalten, riefen die Verantwortlichen des Studienganges Industriedesign unter der Leitung von Prof. Hofmann das Projekt „triebwerk“ ins Leben. Dieses basiert auf der Idee, die durch den Bevölkerungsrückgang leerstehenden und kostengünstig zu mietenden Räume von den Jungdesignern als erstes eigenes Atelier und Ideenschmiede zu nutzen. Auf diese Weise wird der kreative Nachwuchs an die Stadt gebunden und ihm zugleich zur Existenzgründung verholfen. Ein gutes Beispiel, das zeigt, wie von seiten der Kreativwirtschaft Arbeitsplätze geschaffen werden. Eingerahmt wurde die spannenden und aufschlussreichen Illustrationen der Designer durch entsprechende Aussteller, wie Swiss Design Network (Zürich), Passagen (Köln) oder Bureau of European Design Associations (Brüssel). Anfang Mai 2007 wird die 4. Jahrestagung Kulturwirtschaft stattfinden. Im Fokus des Interesses wird dann – ganz unter dem Eindruck des deutschen Ratsvorsitzes – die europäische Perspektive stehen. Es bleibt zu hoffen, dass die kommende Veranstaltung ebenso spannend und vielfältig sein wird, wie es die Vergangene war. Aber etwas anderes ist von dem Erfolgsmodell „Kulturwirtschaft“ und der gleichlautenden Tagung auch nicht zu erwarten.

Die Verfasserin ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Gitta Connemann, Vorsitzende der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ Foto: Friedrich-Naumann-Stiftung

Integrationspotentiale

Teilhabemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche • Von Jens Maedler

„Freiheit der Kultur“ lautete ein Schlachtruf der bürgerlichen Revolution. „Freiheit von Kultur“ könnte es dieser Tage heißen, wenn kulturelle Einrichtungen bilanzieren welche Besucherinnen- und Nutzergruppen sie nicht (mehr?) erreichen. Das Jugendkulturbarometer ermittelte gerade noch 8% aller Jugendlichen und Heranwachsenden, die ein starkes Interesse an Kunst und Kultur für sich geltend machen. Eindeutig ist, dass die aktiven Angebote kultureller Einrichtungen auf die Mittelschicht orientieren. Keine zufrieden stellende Feststellung für einen Bereich, der sich in den siebziger Jahren, vielfach mit dem Personal von Heute mit der Forderung antrat: „Kultur für Alle“.

Einen entsprechenden Gesellschaftsentwurf formulieren die Träger der kulturellen Bildung und Kulturarbeit noch heute, wenn sie sich zum Ziel setzen, für alle Individuen offen zu sein und niemanden zurückzulassen. Ausgehend davon, dass der Mensch Kultur braucht, die Identität stiftet und Werte vermittelt, die Kommunikations- und Diskursmedium ist, und zur Sozialisation des Einzelnen und zur Integration aller ihren Beitrag leistet, bieten Kultureinrichtungen mit ihren Subjektorientierten Angeboten Kindern und Jugendlichen ein anregendes Feld für Persönlichkeitsentwicklung und Selbstwertstärkung. Sie nutzen künstlerische und kulturpädagogische Methoden nicht zuletzt für die Förderung sozialer Kommunikation. Damit übernehmen Kunst, Kultur und kulturelle Bildung elementare gesellschaftliche Funktionen und tragen Bildungsverantwortung. Diese grundlegenden Annahmen sind jedoch nur haltbar, wenn sich Kulturorte tatsächlich allen Bürgern gegenüber aufgeschlossen zeigen. Dass dies nur bedingt gelingt, zeigen beispielsweise die Daten des aktuellen Jugendkulturbarometers. Bildungsferne und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche sind als Publikum kultureller Veranstaltungen und Nutzern der Angebote kultureller Bildung deutlich unterrepräsentiert, ihnen bleiben vielfach die beschriebenen Wirkungen verwehrt.

Dabei erleben Heranwachsende eine Welt im Wandel, die ihnen zunehmend ablehnend gegenübertritt: mit weniger Sicherheit, weniger Orientierung, weniger Chancengleichheit. Die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt zu, zwischen denjenigen, denen die Welt offen steht und jenen, denen Zugänge zu Bildung und Arbeit verwehrt bleiben. Der Zusammenhang von Bildung, Zugangschancen und gesellschaftlicher Integration indes ist bewiesen – hier genügt ein Blick in die Ergebnisse des 12. Kinder- und Jugendberichtes oder des aktuellen Armutsberichtes für Deutschland.

Wie das Potenzial kultureller Bildung breitenwirksamer zugänglich zu machen ist, in welcher tatsächlichen gesellschaftlichen Verantwortung Kulturarbeit steht, ob sich strukturelle und inhaltliche Defizite aufheben lassen, wie Partizipation und Chancengerechtigkeit durch kulturelle Bildung erreichbar sind – sind in diesem Zusammenhang Fragen von zentraler Bedeutung, denen sich auf einer Fachtagung die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung in Kooperation mit der Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt am 15./16.02.07 in Magdeburg zuwenden wird.

Die Tagung ist „TEILE-HABE-NICHTSE“ übertitelt und widmet sich den Integrations- und Partizipationspotentialen kultureller Bildung. Thematisiert werden einleitend der gesellschaftliche Bedarf an Teilhabe und die Individuellen Teilhabeoptionen des Einzelnen. Die sozialpsychologischen Dimensionen von Teilhabe stellt folgerichtig Professor Dr. Heiner Keupp in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Damit korrespondieren Konzeptionen und Strategien zur gesellschaftlichen Partizipation der Ausgeschlossenen, wie sie Professor Dr. Peter Grottian (FU Berlin) entwirft.

„Es geht darum, sinnvolle Methoden zu entwickeln, um vor allem durch Partizipation an Bildung und Kunst und Kultur das gewünschte Ziel gesellschaftlicher Teilhabe und neuer Lebenskraft für Städte und an den Rand gedrängte Gruppen zu erreichen“, formuliert Dorothea Kolland, Leiterin des Bezirkskulturamt Berlin Neukölln und Moderatorin der Diskussion „Kulturelle Bildung für alle – Schlüssel zur Integration?“. Diskutieren sollen diese Frage Professor Dr. Max Fuchs, Vorsitzender des Deutschen Kulturrates, und Professor Dr. Hans Uwe Otto von der Universität Bielefeld.

Abgerundet wird die Veranstaltung am ersten Tag mit einer Präsentation von Praxisbeispielen. Der Lebenslagenbezug ist Leitmotiv für die halbtägigen Werkstattgespräche, die sich damit befassen, wie gelingende Zugänge zu kultureller Bildung gestaltet sein müssen. In einer abschließenden Gesprächsrunde kommen unter anderem Fachpolitiker aus Jugend-, Sozial und Kulturpolitik zu Worte, um ihre Sichtweisen auf Chancengerechtigkeit abzugleichen.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.teile-habe-nichtse.de oder können direkt bei der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung Sachsen-Anhalt bezogen werden.

Der Verfasser ist Referent für Freiwilligendienste bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung ■

25 Jahre DEUTSCHER KulturRAT

Die Jubiläums-DVD

über **95 Minuten**

- Interviews
- Diskussionen
- Vorträge
- Kommentare
- Musik

nur 10 €*

*zzgl. 2 € Versandkosten

Am 20.09.2006 feierte der Deutsche Kulturrat im Max-Liebermann-Haus der Stiftung Brandenburger Tor am Pariser Platz in Berlin sein 25jähriges Bestehen. 25 Jahre Deutscher Kulturrat spiegeln auch 25 Jahre Kulturpolitik in Deutschland wider. Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben blicken nach vorne und zurück.

Mitwirkende

• Generalmusikdirektor Daniel Barenboim, Preisträger des Kulturgroschens des Deutschen Kulturrates 2006 • Bundesinnenminister a.D. Gerhart R. Baum • Gitta Connemann, MdB, Vorsitzende der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" • Prof. Ernst Elitz, Intendant DeutschlandRadio • Dr. Karla Fohrbeck, Kulturdezernentin a.D., Mitgründerin des Deutschen Kulturrates • Prof. Dr. Max Fuchs, Vorsitzender des Deutscher Kulturrates • Monika Griefahn, MdB, Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion • Prof. Monika Grütters, MdB, Vorstand der Stiftung Brandenburger Tor, Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags • Dr. Gregor Gysi, MdB, Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag • Christian Höppner, Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates • Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert, MdB • Minister Prof. Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann, Minister für Bildung für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Kulturministerkonferenz • Staatsminister Bernd Neumann, MdB, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien bei der Bundeskanzlerin • Hans-Joachim Otto, MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags • Isabel Pfeiffer-Poensgen, Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder • Dr. Claudia Schwalfenberg, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Kulturrates • Prof. Klaus Staeck, Präsident der Akademie der Künste • Prof. Dr. Andreas Joh. Wiesand, bis 1993 Generalsekretär des Deutschen Kulturrates

Fotos: www.pixelquelle.de

eine Kooperation von:

DEUTSCHER KulturRAT

pukMEDIA

ConBrio Verlagsgesellschaft

nmzmedia
www.nmzmedia.de

Bestellcoupon

Ich bestelle die DVD
„25 Jahre Deutscher Kulturrat"
(10 € zzgl. 2 € Versandkosten).

Meine Adresse

Name _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

Unterschrift/Datum

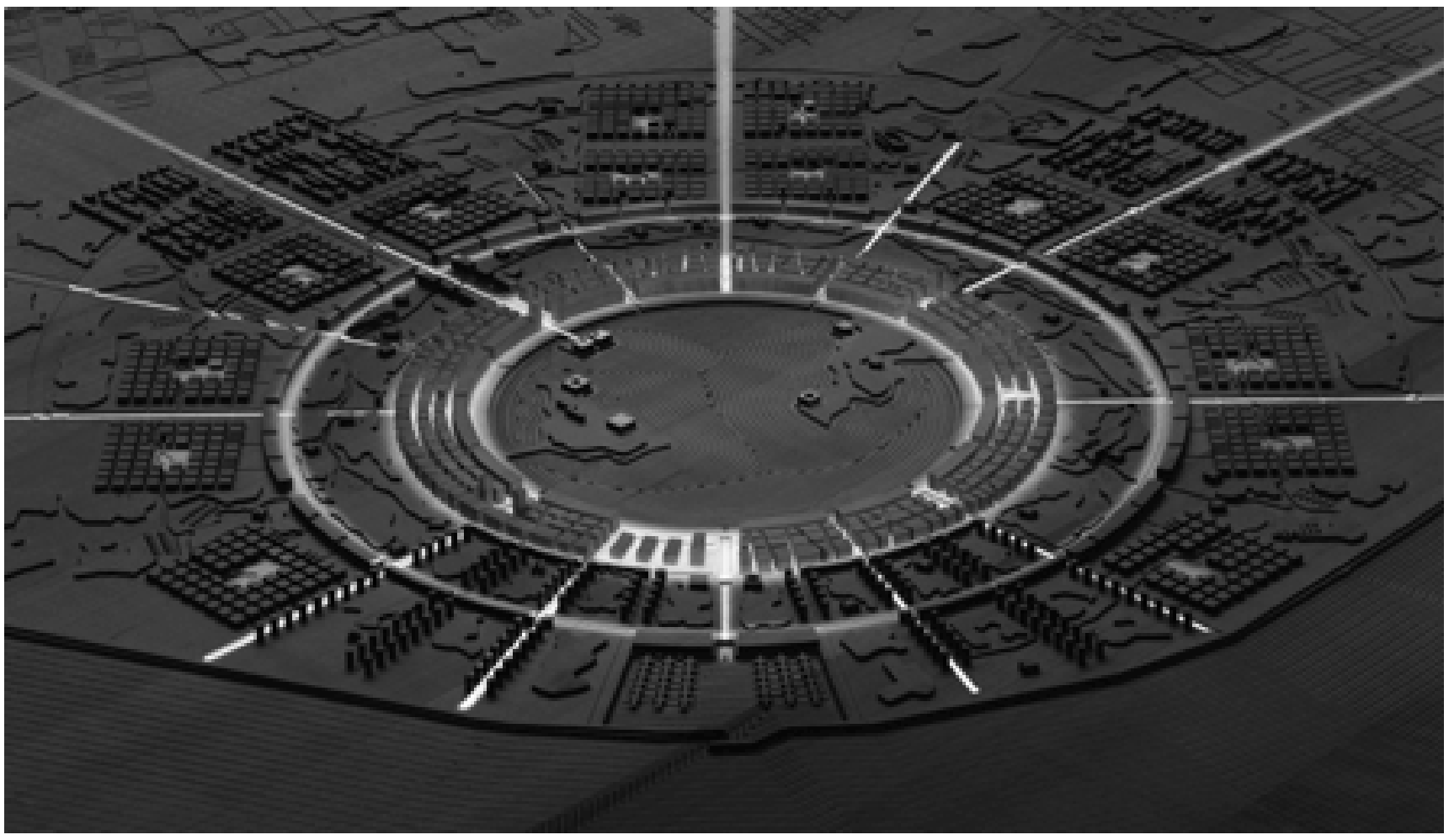
Coupon einsenden/faxen an:

Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103
10115 Berlin
Fax: 030/24721245

Architektur als Gebrauchskunst

Ein Portrait des Architekten Meinhard von Gerkan • Von Andreas Kolb

Ende November gab das Berliner Landgericht der Klage des Architekten Meinhard von Gerkan gegen die Deutsche Bahn statt. Grund für die puk-Redaktion ein schon seit längerem geplantes Portrait des Hamburger Stararchitekten in die vorliegende Ausgabe aufzunehmen.



Modell von Lingang New City **Architekten: gmp, Foto: Heiner Leiska**

Sechs Monate nach der feierlichen Eröffnung des neuen Berliner Hauptbahnhofs ging es unter dem Aktenzeichen 16 0 240/05 um einen besonders spektakulären Fall von Urheberrechtsstreit. Wider den Einspruch von Gerkan hatte die Bahn im Untergeschoss des Bahnhofs statt der vorgesehenen gewölbten Decke von einem anderen Architekten Flachdecken einziehen lassen. Die Kosten für den Rückbau, gegen den die Deutsche Bahn in Berufung gehen will, werden nach Aussagen der Bahn auf etwa 40 Millionen Euro beziffert, die Bauzeit soll drei Jahre betragen.

Den Verdacht, dass hier ein Stararchitekt sein Ego hätschelt, lässt sich nicht erhärten, schaut man einmal genauer hin, um was es eigentlich geht. Hartmut Mehdorn, Vorstandschef der Deutschen Bahn, wollte mit dem Eingriff Kosten sparen. Sein Credo: „Der Bauherr eines Eigenheims lässt sich auch nicht vom Architekten vorschreiben, welche Decke in sein Wohnzimmer kommt."

Einen Urheberrechtsschutz wie bei anderen Künsten gibt es in der Architektur nicht. So können etwa Nachfahren von Architekten keinen Schutz für Bauten reklamieren. Volker Roscher, Geschäftsführer des Bundes deutscher Architekten, weist aber auf die gegenseitige Verpflichtungslage hin. Der Architekt dürfe nicht bauen, was er wolle, der Bauherr aber auch nicht realisieren, was er sich vorstelle, sondern es müsse eine feste Absprache zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer geben. So entsteht die paradoxe Situation, dass man als Bauherr ein Gebäude, das nicht unter Denkmalschutz steht, zwar abreißen, es aber nicht entgegen der Absprachen verändern darf.

Meinhard von Gerkan betonte gegenüber *politik und kultur*, dass der Fall „Lehrter Bahnhof" einmalig in seiner gesamten Karriere sei: „Der Bahnhof ist eine Visitenkarte Deutschlands gegenüber der Welt. Bauherren wie Mehdorn und die Deutsche Bahn sind sich des Auftrags von Architektur gegenüber der Gesellschaft nicht gegenwärtig. Die Umbauten sind eine Missachtung des öffentlichen Anspruchs an ein Bauwerk wie dieses." Zudem hätte etwa die Verkürzung des Bahnhofs mit Einsparungen nichts zu tun, im Gegenteil, sie koste das Doppelte.

Die meisten ihrer Projekte realisieren von Gerkan und sein Büro gmp derzeit in Fernost. Die Stadt Berlin spielte aber für den 1935 in Riga geborenen Architekten schon früh eine zentrale Rolle. Mit seinem Partner Volkwin Marg hatte er 1965 gerade die Büropartnerschaft „von Gerkan, Marg und Partner" (gmp) gegründet, als das Büro gleich mit seinem ersten Wettbewerbsbeitrag bundesweit für Aufsehen sorgte. Die beiden jungen Architekten, die bereits an der TU in Braunschweig über Flughäfen gearbeitet hatten, gewannen mit ihrem Entwurf für Berlins neuen Flughafen Tegel den 1. Preis und der Bauauftrag folgte sofort unter einer Bedingung: Sie mussten ihr Büro in Berlin, direkt am Flughafengelände, einrichten. Die Keimzelle für die Berliner Niederlassung war gegründet. Das Berliner gmp-Büro gibt es noch heute. Weitere Projekte in Berlin waren die Dresdner Bank am Pariser Platz, der Bahnhof Berlin-Spandau sowie der Umbau des Berliner Olympiastadions im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2006.

Wenn von Gerkan heute über den Flughafen Tegel spricht, merkt man ihm an, dass er auf das damals entwickelte architektonische Grundprinzip der kurzen Wege noch heute stolz ist. Ihrer in den sechziger Jahren begründeten Bau-Philosophie sind die gmp-Gründer bis heute treu geblieben. Es ist eine puristische Auffassung vom Bauen: Architektur als Gebrauchskunst, als Kunst in der sozialen Anwendung. Der Charakter eines Gebäudes wird dabei von Material, Konstruktion und Funktion bestimmt. Plausibilität und Einfachheit erhalten den Vorzug vor dekorativem Schmuckwerk.

Wer das Schaffen von Gerkans würdigen will, steht bald vor einem beinahe unlösbaren Problem: Wo soll man anfangen? Über 200 realisierte Projekte in vier Jahrzehnten lassen sich nur in Form von umfangreichen Katalogen würdigen. In diesem Zusammenhang sei hier auch auf die zahlreichen Buchveröffentlichungen Meinhard von Gerkans verwiesen. Die Frage des Autors, über was im Interview für dieses Portrait denn noch nicht gesprochen worden sei, beantwortet von Gerkan lapidar, aber zutreffend mit: „Über das Meiste!"

Auch wenn den kulturpolitischen Anlass dieses Artikels der Streit um den Lehrter Bahnhof bildet, die meisten Projekte von gmp – derzeit bereits über fünfzig – werden in China gebaut. Und es sind jede Menge „Leckerbissen" darunter, weiß von Gerkan: „Museen, Opernhäuser, Kirchen, Messezentren und Sportanlagen."

Das wohl interessanteste Bauvorhaben in China ist mit Sicherheit Lingang New City, eine am Reißbrett entworfene Hafenstadt für 800.000 Einwohner nahe Shanghai.

Zentrum dieser Idealstadt ist ein kreisrunder See, um den die verschiedenen Stadtbezirke in konzentrischen Ringen angeordnet sind, gleich den Wellen, die ein auf das Wasser herabfallender Tropfen erzeugt. (siehe unser Bild)

Bauen in China stellt die Architekten von gmp vor neue Herausforderungen: Die unvorstellbaren Größenordnungen, das atemberaubende Tempo, der in China herrschende Raubtierkapitalismus mit riesigen Gewinnmargen für Investoren, aber auch der immense Druck der Landbevölkerung, die in die Metropolen drängt, sowie die industrielle Besiedelung ländlicher Regionen machen es notwendig, ganze Städte aus dem Nichts mit den Erfahrungen und Werten von heute für morgen zu planen.

Ein zweites Brasilia wird Lingang New City nicht werden. Das Ideal einer perfekten Autostadt ist Geschichte. In von Gerkans Konzept bekommt das Auto eine dienende Funktion zugewiesen. Je mehr man von der Peripherie ins Zentrum von Lingang New City vordringt, desto weniger dominant ist das Verkehrsmittel Auto.

Mit von Gerkans städtebaulicher Vision wird Lingang New City vor verheerenden städtebaulichen Fehlern, wie sie in Europa und in den USA begangen wurden, bewahrt. Lingang New City ist für ein Land wie China, das schon heute unter den ökologischen Folgen seines rasanten technologischen und ökonomischen Wachstums zu leiden hat, ein wichtiges Erfahrungs- und Experimentierfeld.

Außerhalb Chinas und Deutschlands engagiert sich gmp mit Projekten in Vietnam, Russland, Italien, Spanien, der Türkei, Luxemburg und Lettland. Globalisierung gehört zum Alltag des Architekturbüros. Ohne eine intensive Beschäftigung mit den Merkmalen und Besonderheiten anderer Kulturen ist ein derart globalisiertes Arbeiten undenkbar. Das Hamburger Büro ist nicht nur „Weltmeister im Architekturexport", bemerkenswert ist außerdem, dass seine Architektur auch in einer globalen Welt Kunst in der sozialen Anwendung bleibt – bei allen Kompromissen, die man auch als Stararchitekt mit Bauherren schließen muss.

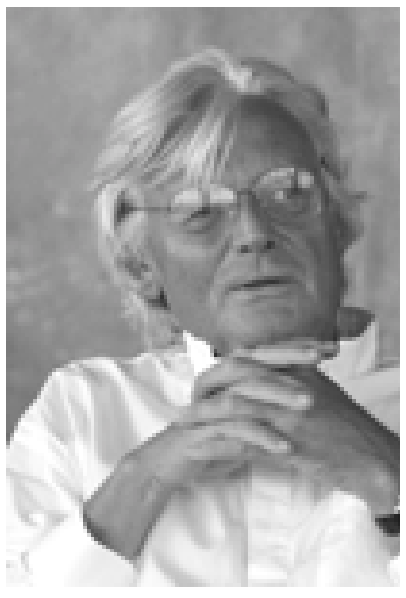
Folgender Auszug aus der gmp-Philosophie verdeutlicht noch einmal, warum die Pläne von Gerkan und seinem Partner Volkwin Marg weltweit so viel Akzeptanz erfahren:

„Angemessene und akzeptable Antworten und Lösungen auf die Probleme der Umweltgestaltung zu finden, setzt voraus, zum Dialog bereit zu sein und seinen eigenen Standpunkt auch auf veränderte Bedingungen einzustellen. Die Entscheidung, was und wie gebaut wird, trifft die Gesellschaft mit ihren komplizierten politischen und wirtschaftlichen Mechanismen. Wir Architekten haben nicht nur die Verpflichtung, wir haben die Verantwortung, uns diesem Dialog zu stellen und mit innerer Überzeugung am Gespräch teilzunehmen."

Ein Satz, der nicht nur für große öffentliche und private Bauvorhaben in aller Welt Gültigkeit haben sollte, sondern auch für die Gestaltung so naher, alltäglicher Lebenswelten wie Gewerbe- und Wohngebiete. Erst dann würden wir wirklich schöner wohnen. ■

www.gmp-architekten.de

Der Hauptbahnhof Berlin **Architekten: gmp, Foto: Marcus Bredt**



Meinhard von Gerkan
Foto: Wilfried Dechau

Bundestagsdrucksachen

Im Folgenden wird auf Bundestagsdrucksachen mit kulturpolitischer Relevanz hingewiesen. Berücksichtigt werden Kleine und Große Anfragen, Anträge, Entschließungsanträge, Beschlussvorlagen sowie Bundestagsprotokolle. Alle Drucksachen können unter folgender Adresse aus dem Internet heruntergeladen werden: http://dip/bundestag.de/parfors/parfors.htm.

Berücksichtigt werden Drucksachen zu folgenden Themen:

- Auswärtige Kulturpolitik,
- Bildung,
- Bürgerschaftliches Engagement,
- Daseinsvorsorge,
- Erinnern und Gedenken,
- Europa,
- Informationsgesellschaft,
- Internationale Abkommen mit kultureller Relevanz,
- Kulturelle Bildung,
- Kulturfinanzierung,
- Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz,
- Kulturpolitik allgemein,
- Kulturwirtschaft,
- Künstlersozialversicherungsgesetz,
- Medien,
- Soziale Sicherung
- Steuerrecht mit kultureller Relevanz,
- Stiftungsrecht,
- Urheberrecht.

Deutscher Bundestag im Reichstagsgebäude

Fotonachweis: Deutscher Bundestag

Kulturpolitik allgemein

Drucksache 16/2852 (04.10.2006)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 16/2576 -
Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur

Drucksache 16/3137 (25.10.2006)
Antrag der Fraktion der FDP
National bedeutsames Kulturgut wirksam schützen

Medien

Drucksache 16/2675 (21.09.2006)
Antrag der Fraktion der FDP
Für einen zukunftsfähigen europäischen Rechtsrahmen audiovisueller Mediendienste – den Beratungsprozess der EU-Fernsehrichtlinie aktiv begleiten

Drucksache 16/2977 (18.10.2006)
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Für eine verbraucherfreundliche und Qualität sichernde EU-Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste

Drucksache 16/2970 (17.10.2006)
Antrag der Fraktion der FDP
Keine Rundfunkgebühr für Computer mit Internetanschluss – die Gebührenfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks grundlegend reformieren

Drucksache 16/3002 (18.10.2006)
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Moratorium für PC-Gebühren – sofortige Neuverhandlung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages

Drucksache 16/3545 (22.11.2006)
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Den kostenfreien Empfang von Rundfunk via Satellit sicherstellen

Urheberrecht

Drucksache 16/2019 (28.06.2006)
Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsauschusses (6. Ausschuss) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
- Drucksachen 16/1107, 16/1173 -
Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes

Drucksache 16/2850 (04.10.2006)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 16/2589 -
Urheberrechte bei den Produzenten von Filmen und Dokumentationen

Bildung

Drucksache 16/2702 (21.09.2006)
Antrag der Fraktion der FDP
Offensive Weiterbildung – Weiterbildung als 4. Säule des Bildungswesens ernst nehmen

Europa

Drucksache 16/2910 (11.10.2006)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP
- Drucksache 16/2693 -
Gebrauch der deutschen Sprache in den Institutionen der Europäischen Union

Drucksache 16/3206 (27.10.2006)
Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Perspektiven der europäischen Kulturpolitik

Kulturfinanzierung

Drucksache 16/3353 (09.11.2006)
Antrag der Fraktion der FDP
Spenden- und Sponsoringeinnahmen nicht von staatlichen Zuwendungen abziehen – Eigeninitiative von Kultureinrichtungen fördern statt bestrafen

Kulturwirtschaft

Drucksache 16/3232 (02.11.2006)
Antwort der Bundesregierung auf die Drucksache 16/2916 (Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zuständigkeiten, Fördermöglichkeiten und Stellenwert des kulturwirtschaftlichen Sektors auf Bundesebene

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Drucksache 16/3500 (17.11.2006)
Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2005/2006

Drucksache 16/3502 (21.11.2006)
Antrag der Fraktion der SPD
Stärkung des Goethe-Instituts durch neues Konzept

Bundestagsdebatten

Plenarprotokoll 16/71
Stenografischer Bericht, 71. Sitzung (01.12.2006)
- Tagesordnungspunkt 30:
Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Otto, Christoph Waitz, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP:
National bedeutsames Kulturgut wirksam schützen
(Drucksache 16/3137)
Hans-Joachim Otto (FDP)
Monika Grütters (CDU/CSU)
Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE)
Dorothee Bär (CDU/CSU)
Jörg Tauss (SPD)
- Anlage 3:
Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung des Antrags: National bedeutsames Kulturgut wirksam schützen (Tagesordnungspunkt 30)
Steffen Reiche (SPD)
Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kulturpolitik beeinflussen

Preisträger des *puk*-Journalistenpreises 2006 wurden ausgewählt

Am 08.12.2006 hat die Jury des *puk*-Journalistenpreises die Preisträger für den *puk*-Preis 2006 ausgewählt. Der *puk*-Journalistenpreis wird von *politik und kultur* (*puk*), der Zeitung des Deutschen Kulturrates, vergeben. Mit dem *puk*-Journalistenpreis wird die allgemeinverständliche Vermittlung kulturpolitischer Themen ausgezeichnet. Laut den Ausschreibungsbedingungen werden einzelne Beiträge oder auch Themenschwerpunkte ausgezeichnet. Alle Medien, d.h. sowohl Print- als auch Hörfunk-, Fernseh- und Internetbeiträge sind zugelassen. Das Erscheinungsdatum bzw. der Sendetermin musste zwischen dem 01.10.2005 und dem 30.10.2006 liegen. Der *puk*-Journalistenpreis ist undotiert.

Von der Jury wurden ausgewählt:

- **Wilfried Mommert** (dpa). Die Beiträge von Wilfried Mommert sind stets sehr gut recherchiert, allgemein verständlich geschrieben und bringen kulturpolitische Ereignisse, Entscheidungen sowie Entwicklungen auf den Punkt. Sie ragen im Agenturjournalismus deutlich heraus. Die Beiträge von Wilfried Mommert finden sowohl in den Print-Medien als auch im Hörfunk und Fernsehen ihren nachhaltigen Niederschlag.
- **Tamara Tischendorf** (freie Hörfunkjournalistin). Tamara Tischendorf wird für das breit gefächerte Spektrum an kulturpolitischen Themen, das sie in ihren Beiträgen behandelt, ausgezeichnet. Sie ist in unterschiedlichen Formaten des Hörfunkjournalismus zu Hause und bereitet die Beiträge jeweils auf eine sehr eigenständige, originelle Weise auf. Als freie Hörfunkjournalistin arbeitet sie für verschiedene Rundfunkanstalten.
- **Feuilletonredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung** für die Beiträge zum Streit um den Verkauf der Handschriften der Badischen Landesbibliothek. Die Feuilletonredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hat mit der Berichterstattung um den Verkauf der Badischen Handschriften in eine aktuelle kulturpolitische Debatte eingegriffen. Sie hat gründlich recherchiert und Sachverhalte zu Tage gefördert, die die kulturpolitische Diskussion nachhaltig beeinflusst haben.

Die **Vergabe des *puk*-Journalistenpreises** findet am **27. Januar 2007** im Rahmen eines von Deutschland-Radio Kultur Konzertes des Festivals Ultraschall im Radialsystem Berlin statt. Die **Laudatio** hält **Gitta Connemann, Vorsitzende der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags.**

Der Jury des *puk*-Journalistenpreises gehören an. **Gitta Connemann**, MdB; **Ernst Elitz**, Intendant DeutschlandRadio; **Prof. Dr. Max Fuchs**, Vorsitzender des Deutschen Kulturrates; **Theo Geißler**, Herausgeber von *politik und kultur*; und Herausgeber der neuen musikzeitung, **Prof. Dr. h.c. Klaus-Dieter Lehmann**, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz; **Staatsminister a.D. Dr. h.c. Hans Zehetmair**; **Olaf Zimmermann**, Herausgeber von *politik und kultur* und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. ■

Im Labyrinth der Kulturzuständigkeiten: Ein Handbuch

Die Kulturverwaltung der Länder, des Bundes und der Europäischen Union

Hg. v. Olaf Zimmermann, Gabriele Schulz, Berlin 2005, 148 Seiten, 14,80 Euro

In dem Buch „Im Labyrinth der Kulturzuständigkeiten: Ein Handbuch“ sind die Namen und Anschriften der für Kultur Verantwortlichen zusammengestellt.

Bestelladresse: Deutscher Kulturrat, Chausseestraße 103, 10115 Berlin, Fax: 030/24 72 12 45, Email: post@kulturrat.de

Zeichnung: Dieko Müller

Kurz-Schluss

Wie der Journalismus mal auf den Hund gekommen ist – und ein Rettungsmodell

Ein überaus ungesunder Katastrophen-Journalismus dominierte auch im letzten Jahr bedauerlicherweise wieder die allfälligen Jahres-Rückblicke unserer Konkurrenz-Medien. Kriege, Attentate, Naturkatastrophen, Kulturdemontagen wohin man hört und guckt. Der typisch angloamerikanische Leitsatz „only bad news are good news“ scheint zum festen Bestandteil fast aller deutscher Redaktions-Statuten und -Stuben geraten zu sein. Dabei versteckt sich hinter dem Ritual des Schwarzmalens oft genug und im Prinzip leicht durchschaubar ganz simpel der schiere Eigennutz.

Immer noch verbreitet aber doch schon etwas abgenudelt wirkt beispielsweise die gute alte „Spiegel“-Masche fort. Dieses sogenannte Nachrichten-Magazin erlebte bekanntlich zu Beginn der 60er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts seinen Auflagen-Durchbruch, als in enger Absprache mit dem Herausgeber und gegen gutes Honorar der damalige Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß die halbe Redaktionsmannschaft ein paar Wochen in Staatspension nehmen ließ. Jüngst sprangen die Kollegen vom Kultur-Eliteblatt „Cicero“ mal wieder auf diesen Marketing-Express. Etwas bescheidener, nur eine Durchsuchung, ein bisserl Beobachtung – dennoch ein feiner Werbe-Erfolg.

Deutlich plumper – aber noch weniger aufwändig: Das autoaggressive Katastrophen-Marketing der „taz“. Immer wenn sich die kollektive Geschäftsleitung nach ein wenig mehr Umsatz sehnt, wird die nahende Pleite ausgerufen. Der hochemotionale Appell an die schlichten solidarischen Urinstinkte der potenziellen Zielgruppe hat bislang noch immer gefruchtet. Getoppt wird solch medienegomanische Nachrichten-Produktion derzeit nur noch von der „Frankfurter Rundschau“, die gewissermaßen ausschließlich über sich selbst berichtet – und dazu auch allen Anlass hat.

Jenseits solcher – aus marktwirtschaftlicher Sicht durchaus legitimer – journalistischer Kohlenkeller-Ästhetik im wirtschaftlichen Eigeninteresse bewegt sich allerdings die effekthascherische Negativ-Grundhaltung in der Informations-Gestaltung generell (siehe ganz oben). Hier sind gerade bei unseren Massen-Medien nahezu als psychopathisch zu bezeichnende Deformationen die Regel: Muss man denn zum Beispiel, bitte, immer dann, wenn wieder ein paar Tonnen Gammelfleisch entdeckt wurden, von einem „Fleisch-Skandal“ sprechen und das Ganze zu einer Art Volksvergiftung hochjazzen? Handelt es sich doch in Wirklichkeit um einen echten Fahndungserfolg unserer Gesetzeshüter, dessen ausführliche Darstellung die Schlagzeile lohnte. Trägt etwa der gekünstelte Zweifel – als Paradebeispiel mag die unselige Diskussion um die Gesundheitsreform dienen – zur Stabilisierung des volkswirtschaftlich hocherwünschten Verbraucher-Vertrauens bei? Während wir, die Zuschauer und Leser längst wissen, dass wir eben mehr zahlen müssen, dass Schluss ist mit der gleichmacherischen sozialen Hängematte, feilschen Politikerinnen und Politiker, breit gefeatured von Journalistinnen und Journalisten um periphere Details, als gäbe es nicht weniger schädliche Flächen der Selbstdarstellung. Vom Ruin der Glaubwürdigkeit unserer Zunft ganz zu schweigen. Da ist Transparenz nicht nur das Wort, sondern der angemessene Handlungsimperativ der Stunde. Diesmal ist es ein Bundes-Innenminister, der uns den cleveren Weg weist: Wolfgang Schäuble will die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, dass nicht nur Firmen- und Redaktions-Computer, sondern auch alle privaten Rechner dank sympathischer und garantiert unschädlicher kleiner „Tojaner“ zunächst dem BND, später vielleicht auch dem kollektiven Bewusstsein unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft erschlossen werden können. Welch ein Coup, welch ein mutiger Schritt in Richtung Wahrheit und Klarheit. Schluss mit der kräftezehrenden Heimlichtuerei. Wer´s zum Beispiel mit der Steuerehrlichkeit künftig nicht so ernst nehmen will, der muss eben nach Monaco oder auf die Bahamas auswandern. Schluss mit dem Betrug am Solidarsystem unseres Sozialstaates. Raucher werden durch konsequente Überwachung ihres Konsumverhaltens entlarvt, und Omas Goldkette im Nachttisch des Hartz-IV-Empfängers wurde bestimmt mal in einer E-Mail erwähnt. Wenn das keine guten Aussichten sind!

Theo Geißler, Mitherausgeber der puk

Zu unserem Stil des gepflegten Kultur-Journalismus gehört jedenfalls schon heute die konsequente Wahrung und Aufrechterhaltung der positiven Nachricht aus tiefer redaktioneller Überzeugung, als Zentrum unserer professionellen ethischen Grundhaltung. Unser Motto: Wir kommen zur Sache. Deshalb vermelden wir stolz, dass künftig ein Bogen unseres Intelligenz-Blattes auf hochwertigstem Banknotenpapier gedruckt wird – mit den Original-Motiven aller finnischer Euro-Scheine (Nominalwert: 885 Euro pro Heft). Deren Urheberrecht hat unsere geschickte Verlagsleitung gegen bescheidene Beteiligung von der VG Bildkunst erworben. „*politik und kultur*“ ist – wie bekannt – im gutsortierten Flughafen- und Bahnhofs-Buchhandel erhältlich.

Theo Geißler ■

Impressum

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103
10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich), Gabriele Schulz, Andreas Kolb

Anzeigenredaktion
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck
Der Neue Tag Druck- und Verlagshaus GmbH, Weiden

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, incl. Porto im Jahr

Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:
PressUP GmbH, Postfach 70 13 11, 22013 Hamburg
Tel. 040/414 48-466
Conbrio@pressup.de

puk ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (http://www.kulturrat.de) heruntergeladen werden.

Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter http://www.kulturrat.de abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

kultur·kompetenz·bildung

KONZEPTION KULTURELLE BILDUNG

Jan. – Feb. 2007 | Regelmäßige Beilage zu politik & kultur | Ausgabe 8

Vom neuen Dialog der Generationen

Ursula von der Leyen

Kulturelle Bildung in Zeiten des demografischen Wandels

Eine höhere Lebenserwartung, weniger Kinder, mehr ältere Menschen, kurz: der demografische Wandel, kennzeichnet alle europäischen Staaten. Die Zukunft unserer Gesellschaften in den nächsten Jahrzehnten hängt nicht zuletzt davon ab, wie wir damit umgehen. Richten wir unser Augenmerk eher auf die Probleme? Igeln wir uns ein und klammern uns fest an Altes, scheinbar Bewährtes? Oder gelingt es uns, Chancen zu sehen und zu nutzen, Neues zu wagen, anstehende Reformen beherzt anzugehen? Ich bin davon überzeugt, dass wir den demografischen Wandel gestalten können – er ist Herausforderung und Chance zugleich.

Style naturel (Naturkrause) **Défrisage** (Haarglättung) Fotos: Susanne Hofmann
Eine Einführung zu den Fotos von Susanne Hofmann und Christoph Inderwiesen finden Sie im Kasten unten auf dieser Seite.

Eine Chance für unsere Gesellschaft sind die älteren Menschen. Sie verfügen über Potenziale, die wir bei weitem noch nicht ausgeschöpft haben. Die höhere Lebenserwartung der Menschen – das belegen alle empirischen Daten – geht oft einher mit besserer Gesundheit, einer hohen Qualifikation und Motivation, einer oft besseren Bildung als in früheren Generationen und einem hohen Selbstbewusstsein. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass das Älterwerden heute nicht automatisch und vor allem nicht sofort Hilfsbedürftigkeit und Angewiesensein auf andere bedeutet, sondern eine lange Zeit des aktiven Alters, der geschenkten und gewonnenen Jahre. Wer persönlich mit älteren Menschen zu tun hat, weiß: Sie verfügen über Fähigkeiten und Erfahrungen, die sie in Wirtschaft und Gesellschaft einbringen können und wollen. Das müssen wir nutzen! Ich begrüße es sehr, dass der Deutsche Kulturrat in seiner Stellungnahme „Kulturelle Bildung – eine Herausforderung durch den demografischen Wandel" in besonderer Weise die Potenziale älterer Menschen thematisiert. Ein bemerkenswertes Ergebnis des Freiwilligensurvey von 2004 ist der starke Anstieg des Bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen. 37 Prozent der 60-69jährigen engagieren sich in allen möglichen Bereichen. Damit liegt diese Altersgruppe über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

Kultur und kulturelle Bildung spielen dabei eine herausgehobene Rolle. Museen, Theater, Musikschulen, Kulturzentren und viele andere öffentliche Räume sind Orte der Begegnung für alle Altersgruppen. In der Musik oder auf der Bühne werden immer auch Ideen und Fantasien verhandelt, wie wir leben wollen, wie unsere Gesellschaft aussehen könnte oder sollte. Die kreative Auseinandersetzung mit und durch Kunst fördert Kommunikation, Verständnis und Respekt. Ohne Kultur, das muss man immer wieder betonen, wäre unsere Gesellschaft ärmer und vor allem – fantasieloser. Gerade das aber können wir uns in Zukunft so wenig leisten wie gestern oder heute.

Kultur bringt die Generationen ganz direkt ins Gespräch. Generationsgemischte Gruppen existieren im sozio-kulturellen Kontext seit vielen Jahren. Sie erarbeiten gemeinsame Theaterprojekte und Filmdokumentationen zur Begegnung mit Zeitzeugen. Sie erfinden spielerische oder konfrontative Formen der Konfliktbewältigung und widmen sich der Frage nach der gemeinsamen Zukunft. Sie fechten Debatten aus über Generationenverträge und die Rechte von Minderheiten und experimentieren mit Kommunikationsformen. Sie setzen sich für gemeinschaftliche Wohnformen ein, machen Zirkus oder engagieren sich in Selbsthilfegruppen. Hier wird der Zusammenhalt der Generationen ganz konkret und immer wieder neu hergestellt. Viele solcher Projekte sind unter www.generationendialog.de/projekte-db.php zu finden. Die Projekt-Datenbank des Büros „Dialog der Generationen" zeigt mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine beeindruckende Vielzahl und Vielfalt generationsübergreifender Projekte in ganz Deutschland.

Zu diesen Projekten zählen so unterschiedliche Initiativen wie der seit 1998 durchgeführte Wettbewerb „Video der Generationen", bei dem Teams aus jungen und älteren Filmemacherinnen und Filmemachern gemeinsam erstellte Produktionen einreichen, und der generationsoffene Freiwilligendienst „kek – Kultur, Engagement, Kompetenz" der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung, der das Bürgerschaftliche Engagement in der Kultur fördert. Durch kek werden bürgerschaftlich Aktive jeden Alters motiviert, sich für mindestens drei Monate in Kultureinrichtungen freiwillig einzubringen. Vor dem Hintergrund der steigenden Engagementbereitschaft älterer Menschen sind solche Angebote besonders interessant. Hier werden neue Engagementformen erprobt und gleichzeitig die Verantwortung der Generationen füreinander gestärkt.

Kulturelle Bildung muss alle Kinder und Jugendlichen erreichen

Denn eines sollten wir festhalten: Die Potenziale des Alters dürfen nicht gegen die Perspektiven der Jugend ausgespielt werden. Die aktuelle Shell-Studie zeigt, dass Jugendliche sich sehr bewusst darüber sind, dass ihre Altersgruppe in der Gesellschaft zunehmend in eine Minderheitenposition gerät. Der oft angekündigte „Krieg der Generationen" findet aber trotzdem nicht statt. Im Gegenteil: Nie war das Verhältnis junger Menschen zu ihren Eltern und Großeltern besser als heute. Man hilft sich gegenseitig – innerhalb der Familie und darüber hinaus. Der Zusammenhalt der Generationen ist auch weiterhin die entscheidende Herausforderung im demografischen Wandel.

Deshalb dürfen wir Jugendpolitik nicht gegen Altenpolitik, Jugendförderung nicht gegen Seniorenförderung ausspielen. Es kommt vielmehr darauf an, beides intelligent zu verbinden, und so Räume und Gelegenheiten zu schaffen, die das leisten, was früher die Dorfstruktur oder die größere Familie geleistet haben: selbstverständlichen Kontakt, gegenseitige Hilfe und Weitergabe von Wissen zwischen den Generationen. Mehrgenerationenhäuser zum Beispiel, wie sie mein Ministerium in einem Aktionsprogramm fördert, haben alle(s) unter einem Dach. Als offene Tagestreffpunkte für Jung und Alt finden sich dort Angebote und Dienstleistungen für alle Generationen.

So wichtig wie die Potenziale des Alters sind die Perspektiven der Jugend. Kinder und Jugendliche sind die Zukunftsträger unserer Gesellschaft. Wir dürfen kein Mädchen, keinen Jungen zurücklassen. Investitionen in die Kompetenzen und die Bildung unserer Kinder sind notwendige Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft im demografischen Wandel. Angebote und Projekte der kulturellen Bildung sind dabei unverzichtbar. Musik, Medien, bildende Kunst, Literatur, Tanz und Theater fördern die Kreativität von Kindern und Jugendlichen. Sie bringen sie in Kontakt mit Kunst und Kultur, ermutigen zu eigenen künstlerischen Aktivitäten. So werden kulturelle

→ Seite 2

„La Goutte d'Or" – Eine Feldstudie in Paris

Susanne Hofmann / Christoph Inderwiesen

In der vorhergehenden Ausgabe von politik und kultur (puk 6/06) porträtierte Andreas Kolb die Künstlerin Susanne Hofmann. In dieser Ausgabe zeigen wir einen Teil der umfangreichen Fotorecherche aus dem Feldforschungsprojekt „La Goutte d'Or" von Susanne Hofmann und Christoph Inderwiesen, die 2005 in Paris begonnen wurde. Susanne Hofmann befaßt sich dabei mit Mädchen- und Frauenfrisuren, Christoph Inderwiesen mit Herrenhemden aus westafrikanischen Stoffen (WAX).

Frisur und Kleidung haben bei AfrikanerInnen einen herausgehobenen Stellenwert, da sie nicht nur Träger vielfältiger Bedeutungen und Signale sind, sondern zudem Bestandteil sozialer Kommunikation. Untersucht werden Fragen nach urbanen Codes, nach Modetrends, nach kultureller Identität, nach Integration und Assimilation:

Werden durch die Wahl der Frisur, spezifisch afrikanische Traditionen fortgeführt oder sind eher Modetrends richtungsweisend? Warum lassen afrikanische Frauen ihre Haare glätten? Welche Schwarzen in Paris tragen Hemden aus westafrikanischen Stoffen und kann dies als Zeichen einer „afrikanischen Identität" gelesen werden, auch im Hinblick auf die Frage nach Integration?

Geschieht die Auswahl der Stoffe und der darin enthaltenen Botschaften bewusst oder ist sie mehr von persönlichem Geschmack gesteuert?

Im übrigen wurde der Annäherungs- /Aneignungsprozeß beider Künstler an die „fremde Kultur" auch konkret sichtbar: Susanne Hofmann ließ sich in einem Afrosalon Rastazöpfe einflechten und Christoph Inderwiesen trug ausschließlich afrikanische Hemden. Diese Signale lösten bei AfrikanerInnen überaus positive Reaktionen aus, wie spontanes Grüßen, Komplimente, Kontaktaufnahme. Die Künstler wurden also – aufgrund der beiden Attribute „afrikanische Flechtfrisur" und „afrikanisches Hemd" – automatisch als „Nicht-Franzosen" erkannt und konnten am eigenen Leib erfahren, was es bedeutet, wenn Ich-Erweiterungen, wie Frisur und Kleidung, den Stellenwert von Botschaftern haben, und dies vor dem Hintergrund der besonders aufgeladenen gesellschaftspolitischen Situation im Paris des Jahres 2005: mit vielen afrikanischen Toten bei Wohnungsbränden im Stadtzentrum, rassistischen Äußerungen des französischen Innenministers und den ausgedehnten Herbstunruhen in den Banlieus.

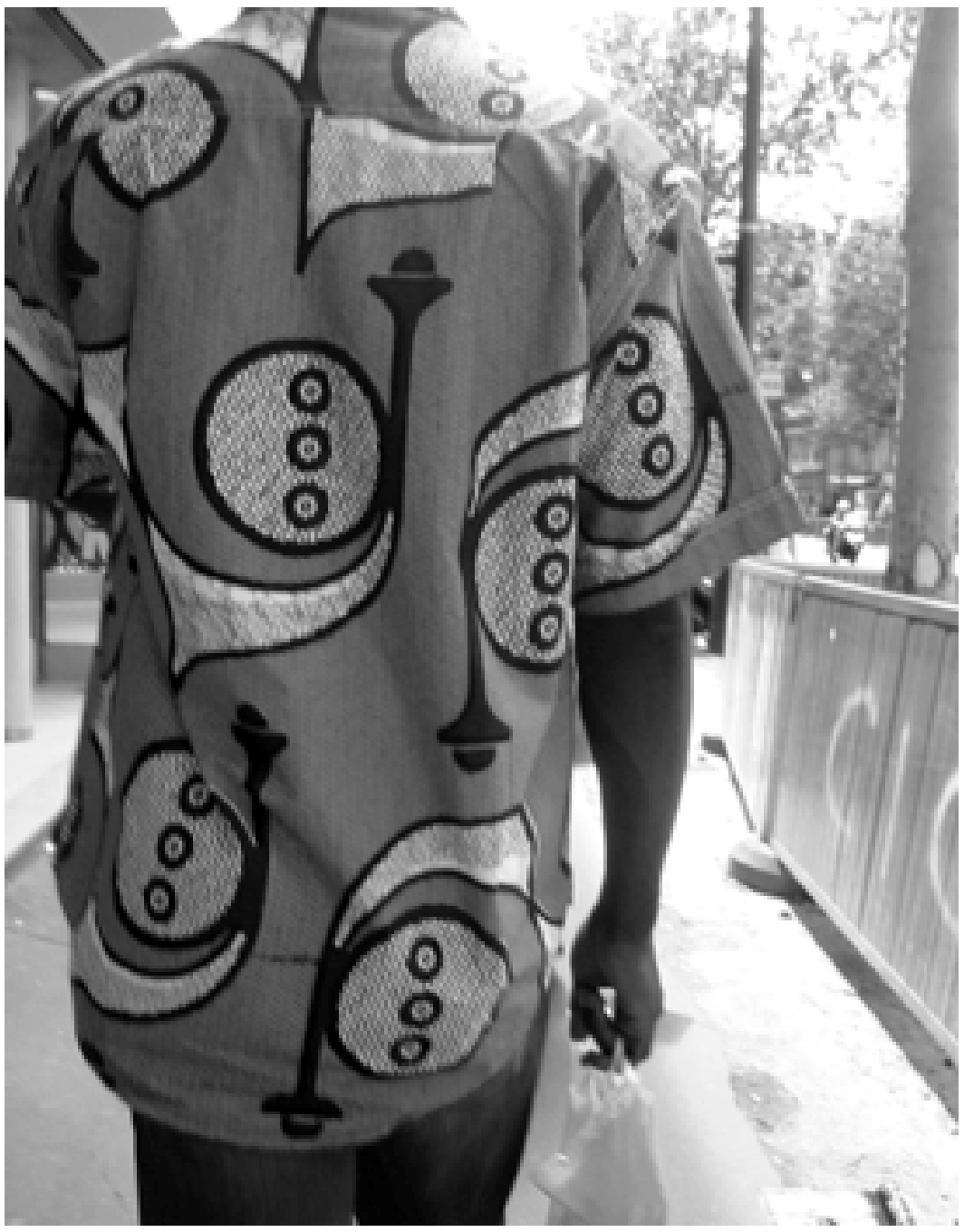
Ausstellung Susanne Hofmann „Retour de Paris - Au reoir à Bamako " Institut français de Stuttgart, Oktober 2006. Alle Fotos VG Bild-Kunst

Fortsetzung von Seite 1

Demografischer Wandel

Kompetenzen entwickelt, vermittelt und geschult, kulturelle Traditionen weiter getragen. Gerade in Zeiten der Globalisierung und des internationalen Austauschs verliert die eigene Kultur keineswegs an Bedeutung, im Gegenteil: Sie gewinnt; denn sie gibt Halt und ein Fundament, von dem aus man auf andere zugehen kann. In ganz alltäglichen, harmlosen Situationen erlebt dies zum Beispiel jeder, der im Ausland in geselliger Runde gebeten wird, doch einmal ein Lied aus seiner Heimat zu singen.
In Kunst und Kultur machen Kinder und Jugendliche die Erfahrung, dass sie etwas gestalten können, sie schulen ihren Ausdruck und entwickeln in der Zusammenarbeit mit anderen soziale Kompetenzen: die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, etwas von sich selbst preiszugeben, Kritik zu üben, aber auch Kritik aushalten zu können. In der lebensgeschichtlich bedeutsamen Phase, in der sich die Ich-Identität entwickelt, sind solche Erfahrungen wesentlich, um später die Anforderungen des Lebens zu bewältigen und glückliche, zufrieden stellende Beziehungen mit anderen Menschen zu haben. Deshalb fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über den Kinder- und Jugendplan des Bundes Träger und Projekte der kulturellen Bildung.
Eine ganz wichtige Herausforderung besteht aus meiner Sicht darin, mit den Angeboten der kulturellen Bildung wirklich alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen. Kinder und Jugendliche aus Familien nicht deutscher Herkunft sind dort noch immer unterrepräsentiert. Aber schon heute hat ein Drittel aller Jugendlichen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Dieser große und wachsende Anteil an Jugendlichen darf nicht außen vor bleiben, wenn es um Kultur geht. Kultur ist nämlich kaum denkbar ohne ihre Mehrzahl. Jede Kultur lebt und entwickelt sich im Austausch, in der Begegnung mit anderen Kulturen. Interkulturelle Kompetenz zählt zu den Schlüsselfertigkeiten in einer globalisierten Welt; sie reicht von Höflichkeit und Sensibilität im alltäglichen Umgang bis zu den großen Diskussionen um universale Menschenrechte und religiöse Glaubensüberzeugungen. Interkulturelle Kompetenz meint nicht das passive Hinnehmen einer vermeintlichen Beliebigkeit kultureller Werte, sondern fordert die aktive Auseinandersetzung, die neben Respekt und Toleranz auch Interesse, Kenntnis und Kritikfähigkeit voraussetzt. Um diese Kompetenzen zu vermitteln, brauchen wir Angebote gerade auch der kulturellen Bildung, die allen Kindern offen stehen. Sie schaffen den Rahmen, um das gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen verschiedener kultureller Prägung zu erlernen und den Umgang mit Unterschieden produktiv zu nutzen.
Für mich ist klar: Die demografische Entwicklung beinhaltet Chancen für ein neues solidarisches Miteinander, nicht nur zwischen den Generationen. Die Kultur ist ein Ort, um dieses Miteinander herzustellen, zu pflegen und weiterzugeben. Daher brauchen wir weiterhin kulturelle Bildung – für ältere Menschen, für Kinder und Jugendliche und für die gemeinsame kulturelle Aktivität und das Engagement von Jung und Alt.

DIE VERFASSERIN IST BUNDESMINISTERIN FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND ■



Symbole afrikanischer Königreiche — Fotos: Christoph Inderwiesen

Das kulturelle Leben der „Landeier“

Stefanie Ernst

Die Mitglieder der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ zu Gast in der Uckermark

Am 06.11.2006 begab sich die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages in das uckermärkische Schwedt, um dort eine auswärtige öffentliche Anhörung zum Thema „Auswirkungen der demografischen Veränderungen“ abzuhalten. Zwei Autostunden von der Hauptstadt entfernt machten sich die Mitglieder der Kommission vor Ort ein Bild über die Probleme, die in Zukunft stärker als bisher auftreten werden: Abwanderung, Überalterung und Unterjüngung – um nur einige Schlagwörter zu nennen, die in diesem Zusammenhang stets angeführt werden.

Die Auswirkungen des demographischen Wandels werden seit einiger Zeit von der Politik, aber auch von den Medien und der breiten Öffentlichkeit verstärkt wahrgenommen. Die Schwierigkeit im Umgang mit den sich daraus ergebenen Herausforderungen liegt laut Gitta Connemann, der Vorsitzenden der Enquete Kommission, im Fehlen historischer Lösungsansätze sowie in den vorhandenen regionalen Disparitäten. Gemäß amtlicher Prognosen wird in Wittenberge zwischen 1990 und 2030 mit einer Bevölkerungsverminderung von 55,8 % zu rechnen sein, während die brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam eine Steigerung der Einwohnerzahl von 8,4 Prozent vermelden werden kann.
Im Verlauf der mehrstündigen Anhörung antworteten sieben Experten auf die Fragen der Kommissionsmitglieder und gaben umfassend Auskunft darüber, wie man in einzelnen kulturellen Projekten mit dem Problem der demographischen Veränderung umgeht. Namentlich bestand die Expertenrunde aus Hajo Cornel (Abteilungsleiter im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg), Lutz Hermann (stellvertretender Bürgermeister Schwedt/Oder), Kathrin Frese (Geschäftsführerin des Multikulturellen Centrums Templin e.V.), Olivia Schubert (Kunstwerk Uckermark), Christoph Wichtmann (Geschäftsführer der Uckermärkischen Musikwochen e.V.), Pfarrer Christhard-Georg Neubert (Kunstbeauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und Direktor der Kulturstiftung Stiftung St. Matthäus) und Armin Schubert (Geschäftsführer und Leiter der Galerie „Sonnensegel“ e.V.). Im Vorfeld der Anhörung wurde den berichterstattenden Experten ein ausführlicher Fragenkatalog übermittelt.
So interessierte die Enquete-Kommission besonders, wie sich der demographische Wandel in der Uckermark unter Berücksichtigung kultureller Aspekte darstellt. Welche Schlussfolgerungen können für die Kulturpolitik des Landes bzw. der Kommune gezogen werden? Greifen die vorhandenen Kulturentwicklungspläne auf Landes- oder Kommunalebene? Wie werden die Kultureinrichtungen mit der sich verringernden Auslastung ihrer Häuser fertig? Wie tritt man dem durch Wegzug und Schließung entstandenen Leerstand von (historischen) Gebäuden entgegen? Findet eine interkommunale Zusammenarbeit statt und liegen entsprechende, darauf abgestimmte Mobilitätskonzepte vor? Welche Rolle spielt das Bürgerschaftliche Engagement zur Aufrechterhaltung der Kultur? Und inwiefern verändern sich die nutzerorientierten Programme der Kultureinrichtungen?
Die Grenzstadt an der Oder wurde ganz bewusst als Tagungsort gewählt. Dies hängt damit zusammen, so Gitta Connemann, dass Schwedt ein gutes Beispiel dafür ist, auszuloten, wie sich die ortsansässigen Kultureinrichtungen und die Kulturpolitik den Herausforderungen des demographischen Wandels stellen. Dieser setzte in Brandenburg, und hier besonders in der Uckermark, sehr früh und besonders heftig ein. Aus diesem Grund war man auch zeitiger als andere Länder und Kommunen gezwungen, dem Problem Konzepte entgegenzusetzen und ihm so entgegenzusteuern. Anders als andere Bundesländer berücksichtigten die brandenburgischen Politiker auch Fragen nach den Auswirkungen für die Kultur.
Die Stadtplaner der DDR hatten buchstäblich Großes mit Schwedt vor. Sie formten die Stadt so, dass dort bis zu 100.000 Menschen hätten leben können. Visionen, die wie die DDR selbst der Vergangenheit angehören. Wie stark die Stadt dem demographischen Wandel ausgesetzt ist, erläuterte der stellvertretende Bürgermeister Lutz Hermann. Zu den bevölkerungsreichsten Zeiten – gegen Ende der 70er Jahre – lebten in Schwedt bis zu 54.000 Menschen. Nach der Wiedervereinigung war, trotz Eingemeindung, ein erster großer Einschnitt zu beobachten. Anno 2005 zählte die Oderstadt dann nur noch knapp 37.000 Einwohner: Tendenz fallend. Laut Schätzungen des stellvertretenden Bürgermeisters wird sich die Bevölkerungszahl ab den Jahren 2012/15 auf ca. 30.000 Einwohner einpendeln. Ähnlich wie Schwedt ergeht es auch Prenzlau oder Templin sowie der gesamten Region des nordöstlichen Brandenburgs. Schwedt jedoch erlangte in letzter Zeit beinahe so etwas wie traurige Berühmtheit. Im Spiegel, der dem Thema der alternden Gesellschaft ein Sonderheft (Spiegel Special 8/2006) widmete, berichtete der Bürger-

Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

meister der Stadt Jürgen Polzehl über die Katastrophe, die mit dem Schrumpfungsprozess verbunden ist. Ein Tag, nachdem die Enquete-Kommission dort tagte, strahlte das ZDF-Magazin Frontal21 den Bericht „Deutschland, eine Altenrepublik" aus. Dass der demographische Wandel allerdings kein ausschließlich ostdeutsches Phänomen ist, machten die Frontal21-Reporter am Beispiel Essen-West deutlich. Ein dort ansässiges Gymnasium steht aufgrund der rapide zurückgehenden Schülerzahlen kurz vor der Schließung. Alarmierende Zahlen sind aus dem gesamten Ruhrgebiet zu vermelden: Dort wird sich die Einwohnerzahl bis zum Jahre 2015 um eine halbe Millionen reduzieren. Und dies bedeutet nicht nur die Schließung von Bildungseinrichtungen. Ebenso verheerend wird sich dieser Wandel auf die Kultureinrichtungen auswirken.

Damit der ländliche Raum nicht zu einem weißen Fleck auf der kulturellen Landkarte Deutschlands verkommt, erarbeiteten die einzelnen Kultureinrichtungen Konzepte, um ihre Attraktivität zu steigern. Wichtig sei es, so der brandenburgische Abteilungsleiter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Hajo Cornel, auf die bislang eingetretenen sowie auf die zu erwartenden Veränderungen der Nutzerinteressen zu reagieren. Ein Beispiel: Während die Zahl der Schulkinder im Bundesland in nahezu dramatischer Weise sinkt, steigt die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Musikschulen immer stärker an.

Die Kultureinrichtungen stellen sich in besonderem Maße auf die „Alten" ein, denn diese Gruppe wird in Zukunft noch stärker als bislang den Großteil der Kulturnutzer stellen. Neben inhaltlichen Umstrukturierungen wurden in der Vergangenheit auch wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt, um weiterhin das Recht der Menschen auf Kunst und Kultur gewährleisten zu können. 1990 wurden Kulturhaus und Theater in Schwedt zu den Uckermärkischen Bühnen zusammengelegt. Was zur Folge hatte, dass seither ein Anstieg an Besucherzahlen zu verzeichnen ist.

Die Probleme des ländlichen Raums sind weniger kulturelle als wirtschaftliche

Auch vor den Kirchenpforten macht der demographische Wandel nicht Halt. Rückläufige Mitgliedszahlen, von denen beide großen Kirchen betroffen sind, führen folglich auch zu erheblichen Kirchensteuereinbußen. Für Bildungswesen und Wissenschaft, Förderprogramme für Kultur im ländlichen Raum, allgemeine Gemeindearbeit und übergemeindliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen oder für die Unterhaltung und Pflege kirchlicher Grundstücke und Gebäude steht immer weniger Geld zur Verfügung. Kirchen und andere religiöse Bauten und Orte sind fester Bestandteil unserer Kultur. Ihre bauliche Erhaltung und die Gewährleistung der Nutzung ist jedoch problematisch. Pfarrer Neubert machte die anwesenden EK-Mitglieder darauf aufmerksam, dass ein Landpfarrer zum Teil bis zu 15 Kirchengemeiden betreuen muss. Dies ist gewiss ein extremes Beispiel, aber gerade deshalb sensibilisiert es für das vorhandene Ungleichgewicht zwischen sinkenden finanziellen Mitteln für die Förderung von kulturellem Erbe, zu dem natürlich auch die Kirchengebäude gehören, und dem nachhaltigen Interesse der Menschen an Vergemeinschaftung. In Zeiten, in denen die Versorgungsnetze auf den Dörfern immer grobmaschiger werden, bilden die Kirchen eine zentrale, wenn nicht manchmal gar die einzige Anlaufstelle. Wie wichtig die kirchlichen Einrichtungen für die Menschen vor Ort sind, zeigt sich in sogleich anschwellendem Protest der Bürger, wenn Gotteshäuser und Pfarrämter geschlossen werden sollen. Aus dieser Situation heraus gründeten sich eine Vielzahl von Fördervereinen, die sich die Erhaltung der Kirchen auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Das Beispiel der Fördervereine zeigt, dass das Bürgerschaftliche Engagement ein Garant für die Kultur in der Stadt und der Region ist. Der stellvertretende Bürgermeister Schwedts sieht im Ehrenamt eine wichtige Ergänzung zum Kommunalen Engagement. In diesem Zusammenhang sei es aber wichtig, die ehrenamtliche Tätigkeit zu stärken. Neubert und Frese sprachen sich dafür aus, an die Regierung zu appellieren, dass Personen über ihr Ehrenamt zukünftig krankenversichert werden. Zudem müsse man ihnen eine zertifizierte Weiterbildung ermöglichen, eine Honorarzahlung in Aussicht stellen und eine Anrechnung auf die Rente gewährleisten.

Die Probleme, die in Zukunft bewältigt werden müssen, haben Regionen mit ähnlich vorherrschenden Bedingungen enger zusammenrücken lassen. Demgemäß sprachen sich alle Experten für eine nachhaltige und steigerungsfähige interkommunale Zusammenarbeit aus. Auch mit den polnischen Nachbarn werde die interkommunale Kooperationsarbeit verstärkt angegangen, so Lutz Hermann.

Auf der Folie der vorgestellten Probleme ist es umso erstaunlicher, welch reichhaltiges kulturelles Angebot in der Stadt an der polnischen Grenze von den Experten vorgestellt wurde. So sollte, trotz aller schlechten Prognosen, der demographische Wandel auch als Chance begriffen und nicht nur als Problem gesehen werden. Hajo Cornel hob in seinen Ausführungen hervor, dass gerade die „Leere" für Künstler und Kulturschaffende einen besonderen Reiz ausübe. Die Tatsache, dass sich immer mehr Kreative in der Uckermark niederlassen, ist für die Region ein großer Gewinn.

Mit der Ankurbelung des Kulturtourismus, einem nutzerorientierten Programm und der Schaffung einer kulturellen Identität allein wird jedoch niemand an der Landflucht gehindert. Die Menschen zieht es dorthin, wo sie Arbeit finden, gab Neubert zu Bedenken. Es ist nun an der Zeit, Impulse zu setzen. Das Problem der „Landeier" ist weniger ein kulturelles, sondern ein wirtschaftliches.

DIE VERFASSERIN IST MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Kulturelle Bildung: Eine Herausforderung durch den demografischen Wandel

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Der demografische Wandel stellt eine Herausforderung für Deutschland wie für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dar. Die Europäische Kommission hat in ihrem Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen" vom März 2005 herausgearbeitet, dass in den EU-Mitgliedsstaaten in den kommenden Jahrzehnten der Anteil der älteren Menschen stetig steigen und der Anteil der jüngeren Menschen entsprechend sinken wird. Parallel dazu sind innerhalb und zwischen den Staaten Wanderungsbewegungen festzustellen. Schon jetzt ist von Gewinner- und Verliererregionen die Rede. Kultureinrichtungen und Kulturvereinigungen sind in vielerlei Hinsicht vom demografischen Wandel betroffen. In dieser Stellungnahme konzentriert sich der Deutsche Kulturrat auf den Zusammenhang von demografischen Wandel und Kultureller Bildung.

Der demografische Wandel ist zugleich eine Chance und eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Es ist ein zivilisatorischer Gewinn, dass die Menschen länger leben. In der öffentlichen Diskussion zum demografischen Wandel wird vielfach der Aspekt der Hilfsbedürftigkeit älterer Menschen und die Frage der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in den Vordergrund gerückt. Dabei werden die Potenziale älterer Menschen oftmals vernachlässigt. Es ist daher erforderlich, die Potenziale älterer Menschen, ihre Leistung für die Gesellschaft stärker in den Vordergrund zu rücken. Genauso muss reflektiert werden, was es für die jüngere Generation bedeutet, wenn sie immer mehr zu einer Minderheit in der Gesellschaft wird. Welche Bedeutung werden künftig Jugendkulturen und das Ausprobieren anderer Lebensstile haben. Wesentlich ist für den Deutschen Kulturrat die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben und die Verständigung über die Generationen hinweg.

Der demografische Wandel ist mehr als eine „Überalterung" der Gesellschaft. Er ist zugleich eine „Unterjüngung". Durch den demografischen Wandel wachsen sozialräumliche Disparitäten. Jüngere Menschen ziehen verstärkt in wirtschaftliche prosperierende Gegenden, insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen mit einer hohen Arbeitslosigkeit sind vom Wegzug junger Bevölkerungsgruppen betroffen.

Der demografische Wandel erfordert vor dem Hintergrund zunehmender Bevölkerungsanteile von Migrantinnen und Migranten einen deutlichen Zuwachs interkultureller Kompetenz – im Berufsleben wie in der Verständigung zwischen den Generationen. Die Vermittlung kultureller Vielfalt als gesellschaftlichen Mehrwert und nicht als Bedrohung ist und bleibt eine Kernaufgabe der Kulturellen Bildung für alle Generationen.

In verschiedenen Ländern wurden Parlamentarische bzw. Sachverständigen-Kommissionen eingerichtet, die sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels im jeweiligen Bundesland auseinandersetzen. Fragen der Kulturellen Bildung spielen dabei bislang eine untergeordnete Rolle.

Im Zuge des demografischen Wandels ändern sich die – beruflichen, privaten und sozialen – Lebenslagen der Bürgerinnen und Bürger aller Generationen grundsätzlich. Lebensläufe und Lebensformen individualisieren und pluralisieren sich stärker. Kultur hat in diesem Zusammenhang eine wichtige identitätsstiftende, wertevermittelnde und sinngebende Funktion. Kulturelle Bildung hat darüber hinaus persönlichkeitsbildendes Potenzial und macht es dem Einzelnen möglich, auf die biografischen Anforderungen flexibel zu reagieren.

Bedeutung von Kultur und kultureller Bildung für die Gesellschaft

Die Fähigkeit und Fertigkeit sich mittels Kunst und Kultur auszudrücken, sind für den Menschen konstitutiv. Kunst und Kultur wird sowohl sinnlich als auch intellektuell erfahren. Ohne Kunst und Kultur verarmen die Menschen, da ihnen eine wesentliche Möglichkeit ihres persönlichen Ausdrucks fehlt. Fähigkeiten und Kenntnisse, die in kulturellen Prozessen der sozialen Kommunikation und Interaktion vermittelt und erworben werden, stärken die Freiheitsintention in demokratischen Gesellschaften. Der Bestand einer Demokratie ist ohne Kultur nicht denkbar. Religion und Ethik gehören zu den Grundlagen der Kulturellen Bildung. In allen künstlerischen Sparten eröffnet Kulturelle Bildung Teilhabe an Kunst und Kultur. Durch Kulturelle Bildung werden Menschen an Kunst und Kultur herangeführt. Sie werden so zu aktiv Kulturausübenden oder auch zu kompetenten Rezipienten. Kulturelle Bildung hilft, Kreativität zu entwickeln und sich in unterschiedlichen Sprachen und Formen auszudrücken. Angebote der kulturellen Bildung richten sich an Menschen aller Altersgruppen. Mit Blick auf die **Integration von Migranten und für die notwendige interkulturelle Kompetenz in der Gesellschaft** wachsen Kultureller Bildung neue Aufgaben zu. Kulturelle Bildung, die auch auf nonverbalen Ausdrucksformen basiert, bietet Integrationschancen, die stärker ins Blickfeld rücken sollten.

Durch den demografischen Wandel gewinnt der Aspekt der **Generationengerechtigkeit** an Gewicht. Die Generationen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Generationsspezifische und -übegreifende Angebote von Kunst und Kultur haben ihr je eigenes Recht und sind weiterzuentwickeln. Dieses ist besonders mit Blick darauf, dass die demografische Entwicklung vermehrt die Frage nach der Marginalisierung von Jugend in einer alternden Gesellschaft aufwirft, von Bedeutung. Junge Menschen müssen angesichts ihrer zukünftigen Verantwortung für die Gesellschaft besonders gefördert werden.

Grundstein: Kulturelle Kinder- und Jugendbildung

Da die demografischen Entwicklungen verlässliche Bedingungen für soziale Biografien nicht mehr in gleichem Maß wie früher formulierbar erscheinen lassen, kommt der **Stärkung individueller Kom-**

Seite 4

Les boules (auch „Nubian Knots", exakt abgeteilte Haarfelder werden zu Knoten verdreht, rechts mit eingearbeitetem Kunsthaar) Fotos: Susanne Hofmann

Fortsetzung von Seite 3

Stellungnahme DKR

petenz für gelingende Lebensentwürfe erhöhte Bedeutung zu. Kulturelle Kinder- und Jugendbildung liefert einen grundlegenden Beitrag hierzu.
Der Deutsche Kulturrat hält die kulturelle Kinder- und Jugendbildung für einen unerlässlichen Grundstein, um Interesse an Kunst und Kultur zu wecken und auszubilden. Bei Kindern und Jugendlichen, die sich mit Kunst und Kultur befassen, tanzen, malen, musizieren, Theater spielen, sich mit neuen Medien befassen, Geschichten erzählen, lesen, schreiben oder sich mit der gebauten Umwelt und Design auseinandersetzen wird der Grundstein für ein lebenslanges Interesse an Kunst und Kultur gelegt. Kulturelle Bildung dient der Persönlichkeitsbildung und der sozialen Kompetenz. Kulturelle Bildung trägt dazu bei, dass Kinder und Jugendliche ihren eigenen Ausdruck finden. Kulturelle Bildung ermöglicht einen reflexiven Umgang mit den neuen Medien.
Der Deutsche Kulturrat begrüßt daher, dass die Kulturelle Bildung in den **Bildungsplänen und -konzepten der Länder für Kindertagesstätten** an Bedeutung gewinnt. Jetzt gilt es verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um diese Bildungspläne auch in der Praxis umzusetzen. Dabei gilt es, das gesamte Spektrum der kulturellen Bildung und künstlerischen Ausdrucksformen zu beachten.
In der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern hat Kulturelle Bildung keinen ausreichenden Stellenwert, so dass die Erzieherinnen und Erzieher oftmals für die Aufgaben in der kulturellen Bildungsarbeit unzureichend vorbereitet sind. **Der Deutsche Kulturrat fordert daher, dass in der Ausbildung und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher Kulturelle Bildung einen wichtigeren Stellenwert erhält**. In den Kindertagesstätten haben auch jene Kinder Partizipationschancen an Kultureller Bildung, deren Elternhäusern wenig Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen. Die Chancen auf Partizipation am kulturellen Leben und Lernen müssen bei allen Kindern und Jugendlichen gestärkt werden, damit sie Erfahrungen in diesem wichtigen Bereich sammeln können. Kindertagesstätten müssen verstärkt ermutigt und ermuntert werden, ihrem Auftrag der lebensweltlichen Orientierung nachzukommen. Eltern müssen vermehrt über die persönlichkeitsbildenden Elemente der Kulturellen Bildung informiert werden. Gerade in der Zusammenarbeit mit Trägern der Kulturellen Bildung bieten sich Möglichkeiten, Menschen mit zusätzlichen Qualifikationen für die Arbeit in den Kindertagesstätten zu gewinnen und damit das Angebotsspektrum zu erweitern.
Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass auch die Schulen sich stärker ihrem Umfeld öffnen und bestärkt durch den **Ausbau an Ganztagsschulen vermehrt mit anderen Bildungs- aber auch Kultureinrichtungen vor Ort zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit gilt es auszubauen und entsprechend kompetente Kulturpädagoginnen und -pädagogen sowie Künstlerinnen und Künstler einzubeziehen**. Sie bietet für die Schule und die außerschulische Kinder- und Jugendbildung sowie Kultureinrichtungen Chancen. Diese Zusammenarbeit stellt für alle Beteiligten eine Herausforderung dar. Voraussetzung ist die Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe. **Der Deutsche Kulturrat fordert, dass in der Lehreraus- und -fortbildung sowie den künstlerischen Studienrichtungen verstärktes Augenmerk auf die Kooperation mit außerschulischen Partnern gelegt wird.** Zur Zeit werden die meisten Studiengänge auf Grund des Bologna-Prozesses verändert. Dieses sollte als Chance gesehen werden, diese Aspekte in den Studienordnungen zu verankern. Verstärkte Angebote Kultureller Bildung in Kultureinrichtungen sowie die Zusammenarbeit von Schule und Kultureinrichtungen setzt voraus, dass zusätzliche Mittel für Personal in diesen Tätigkeitsfeldern bereitgestellt werden.
Die Zusammenarbeit mit Kultureinrichtungen sowie der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung bildet jedoch keinen Ersatz für die künstlerischen Schulfächer sowie die künstlerischen Arbeitsgemeinschaften an Schulen. Diese dürfen nicht weiter marginalisiert werden, sondern müssen einen festen Platz im Stundenplan sowie im Leben der Schule haben. **Der Deutsche Kulturrat fordert, dass der Marginalisierung der künstlerischen Schulfächer entschieden entgegen getreten wird und die künstlerischen Schulfächer von Fachlehrern entsprechend dem vorgesehenen Stundendeputat in den jeweiligen Klassenstufen unterrichtet werden.** Die Schule ist die einzige Einrichtung, die allen Kindern den Zugang zu Kultureller Bildung eröffnen kann. Sie bietet damit einmalige Chancen, um Möglichkeiten zur Teilhabe an Kunst und Kultur zu eröffnen. Dieses gilt für alle Schularten. Die Chance darf durch eine Missachtung der künstlerischen Schulfächer, d.h. des Darstellenden Spiel/Theater, der Bildenden Kunst, der Musik sowie künstlerischer Inhalte, die noch keinem Schulfach zugeordnet sind, nicht vertan werden.
Der Deutsche Kulturrat fordert den weiteren Erhalt und die Weiterentwicklung der Infrastruktur außerschulischer Bildung. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz wird die Kulturelle Bildung explizit als einer der Schwerpunkte der Jugendarbeit genannt. Dieser Verpflichtung muss mit einer ausreichenden Anzahl und einer adäquaten Ausstattung an Einrichtungen der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung wie Jugendkunstschulen, Musikschulen, theaterpädagogischen Zentren usw. nachgekommen werden. Darüber hinaus gilt es, die noch nicht institutionalisierten Bereiche Kultureller Bildung stärker in den Blick zu nehmen. Kultureller Bildung muss immer ein zeitgemäßes, breites Verständnis zugrunde liegen, dass besonders neue innovative Formen einbezieht. Einrichtungen der außerschulischen Kulturellen Bildung sind darüber hinaus von großer Bedeutung für die Förderung des künstlerischen Nachwuchses. In einigen künstlerischen Sparten wird typischerweise mit der Ausbildung bereits im Kindesalter begonnen. Kulturelle Bildung legt hier den Grundstein für einen späteren künstlerischen Berufsweg und ist damit Nachwuchsförderung.
Nach wie vor muss ein besonderes Augenmerk auf die **Ausbildung von hauptamtlichen Kulturpädagogen** gelegt werden. Hierzu gibt es in der Musik- und der Kunstpädagogik seit Jahrzehnten eingeführte Studiengänge. In der Theaterpädagogik hat sich in den letzten Jahren eine akademische Ausbildung etabliert. In der Museumspädagogik wurde ein fundiertes Weiterbildungskonzept entwickelt. Die Bundesakademien für kulturelle Bildung stehen für ausgereifte Weiterbildungskonzepte mit dem Bezug zur Praxis.

Lebensbegleitendes Lernen als Chance

Das lebensbegleitende Lernen ist eine Chance zur Welterkennung, zur Lebensgestaltung und zur Weiterqualifizierung. Lebensbegleitendes Lernen zieht sich durch alle Generationen. Für jede Altersstufe gilt es, entsprechende Angebote und Zugangsweisen, adäquate Methoden und Bildungskonzepte zu entwickeln.
In der allgemeinen Weiterbildung wurde in den letzten Jahren die Anforderung des lebensbegleitenden Lernens verstärkt aufgegriffen. Sowohl die Methodik als auch die Didaktik wurde weiterentwickelt. Die Kulturelle Bildung hat dabei sowohl bei den Volkshochschulen als auch den Einrichtungen der kirchlichen Erwachsenenbildung einen festen Stellenwert.
Kunst und Kultur ist der Bildungsaspekt inhärent. Kultureinrichtungen wie z.B. Bibliotheken, Museen, soziokulturelle Zentren, Theater verstehen sich auch als Bildungseinrichtungen mit einem Vermittlungsauftrag. Das Lernen in Kultureinrichtungen ist nonformales Lernen, das selbstgesteuert erfolgt. Darüber hinaus unterbreiten verschiedene Kultureinrichtungen gezielt pädagogische Angebote. Diese müssen sich angesichts des demografischen Wandels an alle Altersgruppen und Schichten richten, um kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Lebensbegleitendes Lernen erfolgt nicht allein als Lernen in Bildungseinrichtungen. Dem informellen Lernen etwa in der Familie, mit Freunden, durch die Medien gilt es verstärkt, Aufmerksamkeit zu schenken. In diesem Zusammenhang sind die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten an ihren Auftrag, Information, Bildung und Kultur zu vermitteln, gebunden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen Kultur- und Bildungsauftrag. Diesem Auftrag muss mit Angeboten für alle Altersgruppen im Hörfunk und im Fernsehen nachgekommen werden. Aber auch der privat-kommerzielle Rundfunk sollte gewährleisten, dass Kunst und Kultur einen angemessenen Platz im Programm finden.
Der Deutsche Kulturrat fordert zur Sicherung des lebensbegleitenden Lernens bei Erwachsenen Zugangsmöglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten zu den Angeboten der Erwachsenenbildung. Der Deutsche Kulturrat sieht mit Sorge, dass die allgemeine Weiterbildung im Sinne einer umfassenden Allgemeinbildung an Bedeutung verliert und Weiterbildung auf die berufliche Weiterbildung reduziert wird. Dieser Entwicklung muss entgegen getreten werden, zumal es sich um einen verengten Begriff der beruflichen Weiterbildung handelt. Die Kulturelle Bildung muss in ihrem Stellenwert erkannt und angemessen berücksichtigt werden. Es gilt dabei neue Modelle zu entwickeln, um die verschiedenen Zielgruppen zu erreichen.

Potenziale älterer Menschen

Die Potenziale älterer Menschen sollten in der Kulturvermittlung stärker genutzt werden. Hier ist ein Wechsel von der Defizit- zur Potenzialperspektive erforderlich. Die Gruppe der älteren Menschen muss differenziert betrachtet und an ihren jeweiligen kulturellen Bedürfnissen angeknüpft werden. Viele noch Berufstätige, deren Ruhestand in greifbare Nähe rückt, wollen ihre Aktivitäten im Kunst- und Kulturbereich ausweiten. Ansatzpunkte sind hierfür die **generationsübergreifenden Freiwilligendienste** sowie **weitere Projekte, die sich gezielt der generationsübergreifenden Kulturellen Bildung** widmen.
Viele ältere Menschen möchten sich für die Gesellschaft engagieren. Kultureinrichtungen als Ort der Begegnung und mit ihren Möglichkeiten zur Verständigung aller Generationen können zahlreiche attraktive Engagementfelder eröffnen. Hier können sich Freiwillige engagieren und mittels der Potenziale kultureller Angebote den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Gesellschaftlich aktive Menschen profitieren in vielfältiger Weise von ihrem Engagement: Sie erhalten Erfahrungs- und Bewährungsmöglichkeiten; sie können sich umfangreiche Kompetenzen aneignen; sie erleben Wirkung und Wert ihres Handelns.
Der **Bundesaltenplan** als bundesweites Förderinstrument sollte stärker auch für die Kulturelle Bildung von älteren Menschen genutzt werden. Am Kinder- und Jugendplan des Bundes ist zu erkennen, wie durch eine Förderung der Infrastruktur an Anbietern kultureller Bildung das Feld weiterentwickelt und professionalisiert wird. Ähnliches ist für den Arbeitsbereich der kulturellen Bildung mit älteren Menschen denkbar, wenn die entsprechende Infrastruktur geschaffen wird. Dabei sollten die Potenziale der generationsübergreifenden Arbeit nicht vernachlässigt werden.
Der Deutsche Kulturrat fordert darüber hinaus die Weiterentwicklung der Berufsbilder in sozialen Berufen wie Altenpflegerin oder Altenpfleger, damit in den Alteneinrichtungen kulturelle Bildungsangebote gemacht werden können. Dabei erscheint die Zusammenarbeit von Mitarbeitern der Altenhilfe und von Kulturpädagogen der geeignete Weg, um alten Menschen weiterhin die Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen. Hierbei ist auch an die Kooperation mit bestehenden Einrichtungen der kulturellen Bildung zu denken. Dieses fordert ein Umdenken im Umgang mit älteren Menschen, von der Versorgung hin zu einem Nutzen der bestehenden Potenziale und damit zu mehr Lebensqualität. Die Altenpflege würde dadurch menschlicher und handlungsfähiger.

Verantwortungsbewusst mit regionalen Disparitäten umgehen

Der demografische Wandel zeigt sich nicht nur in einem größer werdenden Anteil älterer Menschen, sondern auch in regionalen Disparitäten. Bereits seit mehreren Jahren sind innerhalb Deutschland Bevölkerungsbewegungen zu verzeichnen. Menschen ziehen aus wirtschaftlich schwierigen Regionen mit einer hohen Arbeitslosigkeit weg in prosperierende Regionen. Am augenfälligsten ist diese Veränderung in den neuen Bundesländern. Die Veränderung wird mit dem Begriff der „schrumpfenden Städte" erfasst.
Angebote der kulturellen Bildung sind gerade in jenen Regionen, die Bevölkerung verlieren, von Bedeutung, da sie Orte der Begegnung bieten. Im Umgang mit Kunst und Kultur besteht letztendlich die Chance zur Entwicklung neuer Ideen und Förderung von Phantasie, um ein erfülltes Leben im schwach entwickelten Regionen zu ermöglichen. Der Rückgang junger Menschen darf nicht zu einer Reduktion des Angebotes kultureller Bildung führen, sondern sollte zur Angebotsverbesserung genutzt werden. So kann auch für die wenigen jungen Menschen, die in diesen Regionen leben, mit Kreativität und kulturellem Potenzial, das Bleiben attraktiver werden und so zur Weiterentwicklung der Region beitragen.
Der Deutsche Kulturrat fordert, dass Kultureinrichtungen in bevölkerungsarmen Regionen aufrecht erhalten und mobile Angebote stärker ausgebaut werden, damit auch hier die Grundversorgung mit Kunst und Kultur sowie Kultureller Bildung gewährleistet ist. Die bestehende kulturelle Infrastruktur muss erreichbar und damit nutzbar bleiben. Nur so kann die kulturelle Infrastruktur als wichtige Voraussetzung für kulturelle Bildungsprozesse gesichert werden. Ebenso kommt in diesen Regionen der Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Schulen mit Kultureinrichtungen sowie der Kultureinrichtungen untereinander eine besondere Bedeutung zu. Das Netz an Trägern kultureller Bildung muss hier besonders eng geknüpft werden, um möglichst viele Angebote unterbreiten zu können. ■

Tier-/Pflanzenwelt Fotos: Christoph Inderwiesen

Tresses couchées (Auf der Kopfhaut geflochtene Zöpfe) **Extensions** (Verlängerungen durch das Einflechten von Kunsthaar) Fotos: Susanne Hofmann

Ein lebendiges Kulturerbe

Brian Mikkelsen

Der dänische Kulturkanon und sein Beitrag zur Diskussion in Deutschland

Die Frage, welche Chancen und welche Risiken die Einführung eines nationalen Kulturkanons birgt, wurde in der letzten Ausgabe von *politik und kultur* in ihrem Facettenreichtum diskutiert. Der dänische Kulturkanon hat zum Ziel, die nationale Kunst- und Kulturgeschichte auf die gesellschaftliche Tagesordnung zu setzen. In dieser Funktion kann das dänische Projekt zu der Diskussion in Deutschland vielleicht einen Beitrag leisten.

Seit in den Sommermonaten die WM in Deutschland zu Ende gegangen ist, hat sich im Austragungsland des Großereignisses einiges verändert. So nehmen wir das auch von Außen wahr. Die Welt war Zeuge eines neuen Nationalgefühls, welches in flächendeckender Beflaggung sämtlicher Fortbewegungsmittel, bundesdeutscher Balkone und Gesichter in leuchtendem Schwarz-Rot-Gold seinen Ausdruck fand. Aber was liegt hinter diesen äußeren Symbolen nationaler Gemeinschaft?

Diese Frage stellen sich nicht nur die Deutschen. Indem man über sie nachdenkt, erkennt man, dass man nicht nur qua dieser Symbole eine Gemeinschaft bildet, sondern eben insbesondere durch das, was hinter diesen offensichtlichen Nationalsymbolen, wie beispielsweise der Flagge, liegt. Hier beginnt die Suche nach dem, was ein Volk ausmacht, was es zusammenhält, was als Grundkonsens Gültigkeit hat.

Der Kern dieser Fragen liegt in der Auffassung von Kultur. Es gilt, sie in ihrer Doppeldeutigkeit zu begreifen. Schließlich besteht sie nicht nur aus den schöngeistigen Errungenschaften einer Gesellschaft wie Literatur, Kunst und Musik, sondern sie ist gleichermaßen im Sinne von Mentalität, Einstellungen und Wertesystem zu fassen, oder „Gewohnheiten", wie ein dänischer Wissenschaftler und Politiker Kultur vor vielen Jahren definierte.

Ein Beitrag zu der Debatte um die Frage, was es bedeutet, Däne zu sein, leistet der dänische Kulturkanon – eine Liste über unumgängliche Werke dänischer Kulturgeschichte, von denen wir uns wünschen, dass die Bürger sie kennenlernen. In meiner Funktion als Kulturminister habe ich 2005 eine Reihe unabhängiger Gremien ins Leben gerufen, welche die Aufgabe hatten aus acht Kunstrichtungen – Architektur, Bildende Kunst, Design und Kunsthandwerk, Film, Literatur, Musik und Bühnenkunst – die 12 unumgänglichen Werke herauszuarbeiten. Auf eigene Initiative hin erarbeiteten die Experten zudem einen Kinderkulturkanon, der die wichtigsten Elemente dänischer Kinderkultur benennt, die wir als Teil unseres gemeinsamen Kulturerbes erkannt haben. Die Auswahl wurde von Experten der jeweiligen Genres getroffen, von Regisseuren, Schriftstellern, Künstlern und Kulturschaffenden also.

Die bunte Zusammensetzung der Fachleute hat eine große Vielfalt in den jeweiligen Kanonlisten gewährleistet: Von Klassikern wie Kierkegaard und Andersen, über Provokateure wie von Trier und experimentelle Theatergruppen, bis hin zum weltbekannten Legostein.

In der dänischen Bevölkerung hat die Auswahl – und man muss sagen erfreulicherweise – zu einer öffentlichen, teilweise leidenschaftlichen Debatte darüber geführt, welche Relevanz die teils sehr alten Werke für den modernen Dänen eigentlich haben: „Der wahre Kanon ist in Berlin", rief beispielsweise ein Kritiker und spielte damit zum einen auf die wachsende dänische Künstlerkolonie in der deutschen Hauptstadt und zum anderen auf die Bedeutung moderner Kunst an.

Kritische Stimmen haben den Kulturkanon von Anfang an als eine Sammlung verstaubter Bücher, Filmrollen und Kunstwerke betrachtet, die zwar zum kulturellen Erbe eines Landes gehören, ihre Relevanz für den Bürger des 21. Jahrhunderts jedoch längst eingebüßt haben.

Aber der Kanon hat zwei Funktionen. Eine davon ist es, das kulturelle Erbe zu bewahren. In einer globalisierten Welt in der sich die Eindrücke verdichten und Geschwindigkeit und Mobilität zunehmen, ist es von Bedeutung, sich der eigenen Wurzeln bewusst zu sein. Es gilt, stets auch einen Blick nach hinten zu werfen, um sich zu vergewissern, Teil welcher Tradition man ist und auf welcher Geschichte man aufbaut.

Doch über diese bewahrende Wirkung hinaus, ist dem Kanon eine zweite Funktion zueigen: Er weist uns den Weg zu einem fundierten und kritischen Verständnis aktueller und zukünftiger Werke.

Die Kenntnis des kulturellen Erbes einer Nation befähigt den aufmerksamen Zuhörer, Zuschauer, Leser oder Nutzer, die Dinge in einen Zusammenhang zu setzen und ihre Bedeutung als Bestandteile einer größeren Ordnung zu erkennen und einschätzen zu lernen. Der Kanon setzt sich deshalb aus Werken zusammen, die sich beständig gegenüber kulturellem und historischem Wandel gezeigt haben. Werke, welche aufgrund ihrer Originalität und künstlerischen Vision in dem Maße immer wieder zu neuen Interpretationen herausfordern, wie sich ihr diskursives Umfeld verändert.

Es ist in diesem Kontext von Bedeutung zu wissen, dass der Kulturkanon ein offenes System darstellt. Das bedeutet, dass er in einigen Jahren revidiert werden soll und wird, nämlich dann, wenn neue Künstler am Horizont auftauchen, die die bekannten Klassiker in einem neuen Licht erscheinen lassen werden.

Hier ist es auch wichtig sich daran zu erinnern, dass Kunst- und Kulturgeschichte nur dann eine lebendige Tradition widerspiegeln, solange sie im kollektiven Bewusstsein verankert sind. Aus diesem Grund erscheint die Debatte, welche die Auswahl der Werke begleitet hat, als unbedingt wünschenswert. Kritiker wie Befürworter des Kulturkanons tragen dazu bei, dass das Kulturerbe auf die gesellschaftliche Tagesordnung gesetzt wird, und dadurch unsere identitätsstiftenden Werte ins Zentrum rücken.

Im Fahrwasser des Kulturkanons sind eine Vielzahl alternativer Projekte entstanden, welche die Auswahl des Kulturkanons reflektieren, sie kritisieren, ihr beipflichten oder gänzlich widersprechen. Die Pluralisierung von Kanones ist zu begrüßen, fordert sie doch zur Reflektion über die individuelle „Kultur-Hitliste" eines jeden von uns heraus.

Für mich ist der Kulturkanon eine Art Kompass – ein Ausgangspunkt für das Erleben von Kunst. Ich wünsche mir, dass diese Einstellung von möglichst vielen Menschen geteilt wird, weshalb es mir besonders am Herzen liegt, Kultur allen Bürgern zugänglich zu machen.

Vor wenigen Monaten ist ein Sammelwerk, welches die Kanonwerke multimedial aufbereitet präsentiert, erschienen, das kostenlos an die Schulen im Land verteilt wird. Außerdem ist eine Kanon-Homepage online gegangen, welche die medialen Möglichkeiten des Internets ausnutzt, und so Kindern und Jugendlichen viele verschiedene Zugänge eröffnet.

In diesem Kontext soll eine weitere Initiative nicht unerwähnt bleiben: Seit Januar dieses Jahres sind das dänische Staats- und Kunstmuseum kostenlos zugänglich und für Besucher unter 18 Jahren entfällt in allen staatlichen und staatlich anerkannten Museen des Landes der Eintritt. Erfahrungen aus anderen Ländern haben gezeigt, dass insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen und Einwanderer sehr viel häufiger Museen besuchen, wenn der Eintritt kostenlos ist. Wir hoffen, dass diese Entwicklung sich auch in Dänemark abzeichnen wird

Es ist mein Ziel so vielen Menschen wie möglich, unabhängig von ihrem Einkommen, die Bekanntschaft mit unserem kulturellen Erbe zu ermöglichen. Unsere Politik ist bestrebt in einer globalisierten Welt die beiden Kulturbegriffe enger miteinander zu verknüpfen: die Kenntnis des nationalen Kulturerbes als ein wichtiger Bestandteil unserer modernen Wertegemeinschaft.

DER VERFASSER IST DÄNISCHER KULTURMINISTER ■

Gegenstönde

Fotos: Christoph Inderwiesen

Integration und kulturelle Vielfalt

Max Fuchs

Demokratische Zugänge zu einer integrativen Kulturpolitik

Auf konzeptioneller Ebene werden – zumindest in der internationalen Kulturpolitik – die verschiedenen Probleme moderner Gesellschaften zusammengedacht. So entwickelt die Präambel der Konvention zur kulturellen Vielfalt (genau: Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen) ein dichtes Netzwerk relevanter Begriffe, z.B.: kulturelle Vielfalt ist Hauptantriebskraft für nachhaltige Entwicklung, ist unabdingbar für Frieden und Sicherheit und steht in engem Zusammenhang mit den Menschenrechten. Es wird zudem die Rolle von Kultur in der Entwicklungspolitik, bei der Armutsbeseitigung, der Gleichberechtigung, der Kreativität und der Integration hervorgehoben. Der demographische Wandel wird zwar nicht explizit erwähnt, doch er lässt sich unschwer – zumindest was die generationsspezifischen kulturellen Präferenzen betrifft – in dieses Begriffssystem einbauen. Kultur hat also sehr viel mit Integration, mit Ausgrenzung bzw. Teilhabe, mit Veränderungen in der Zusammensetzung der Gesellschaft zu tun, so dass Kulturpolitik dies auch in ihren Instrumenten berücksichtigen müsste. Dokumente mit einem derart entwickelten Problembewusstsein sind etwa die beiden Weltkulturberichte, die sich offensiv mit Märkten, Armut, Konflikten und Migration auseinandersetzen. Mehr lässt sich kaum auf dieser konzeptionellen bzw. empirisch-beschreibenden Ebene tun. Doch wie steht es mit der Problemwahrnehmung und der Entwicklung geeigneter Instrumente auf nationaler Ebene – und dies wiederum entsprechend des Kooperativen Kulturföderalismus ausdifferenziert nach staatlicher und zivilgesellschaftlicher Seite bei Bund, Ländern und Gemeinden?

Diskutiert wurden auch hier alle relevanten Themen: Migration, Begegnung der Religionen, demographischer Wandel, Entwicklung und Nachhaltigkeit. Doch werden all diese Themen eher getrennt für sich behandelt. So thematisiert der größte bundesweite Kultur(politik)kongress in einem Jahr qualifiziert das Thema Interkultur, um zwei Jahre später bei der Folgeveranstaltung zum Thema (Kultur-)Publikum dieses Thema nur noch am Rande zu erwähnen. Dieses weitgehende Fehlen eines integrativen Ansatzes, der nicht bloß auf der Ebene theoretischer Konzepte, sondern auch und gerade in der praktischen Umsetzung den Zusammenhang von demographischem Wandel, Migration, Armut und Nachhaltigkeit mitdenkt, findet sich auch auf der Ebene des Bundes: So wird verdienstvollerweise zu einem Nationalen Integrationsgipfel eingeladen, ohne zunächst die Kultur(politik) mit einzubeziehen. Parallel dazu und unabhängig davon lädt der Innenminister zu einer Islam-Konferenz ein. Wiederum unabhängig davon – inzwischen allerdings unter Einbeziehung der Kultur – wird eine Struktur zur Umsetzung der Weltdekade zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung geschaffen. Offenbar, so kann man schließen, lassen sich am Reißbrett internationaler Organisationen die Zusammenhänge wichtiger gesellschaftlicher Entwicklungen besser konstruieren, als sie in der nationalen Praxis umgesetzt werden können. Ausnahme dürften allerdings einige Kommunen sein, bei denen diese Debatten auch organisatorisch oft zusammenlaufen (vgl. das Beispiel Dortmund in den Kulturpolitischen Mitteilungen I/2006, S. 50).

Warum gibt es diese Schwierigkeiten? Vielleicht ist der Anspruch auf ein Zusammendenken der großen gesellschaftlichen Entwicklungstrends zu hoch, liegen doch noch nicht einmal für die einzelnen Entwicklungstendenzen und Problemfelder konzise Umsetzungsprogramme vor. Dies wird sich allerdings zumindest in Hinblick auf kulturelle Vielfalt ändern müssen. Denn mit dem Inkrafttreten der oben erwähnten Konvention entsteht der Druck einer größeren Verbindlichkeit für die Entwicklung solcher Instrumente („kulturpolitische Tool-Box"). Dies könnte dann als Chance genutzt werden, zu einer integrativen Kulturpolitik zu kommen, bei der die einzelnen gesellschaftlichen Problemfelder nicht isoliert voneinander – und von den vorgeschlagenen Maßnahmen daher möglicherweise gegeneinander – bearbeitet werden. „Kulturelle Vielfalt" könnte dabei – gerade angesichts der oben angesprochenen konzeptionell-theoretischen Vorarbeit – durchaus als Leitkategorie fungieren, die die anderen Ziele zu integrieren gestattet.

Wie ist der bisherige Sachstand dieser Debatte?

Betrachtet man aktuelle Vorschläge zur Konzeptionierung der Kulturpolitik, so findet sich eine recht unterschiedliche Relevanz des Zieles kultureller Vielfalt. Einige der Vorschläge, etwa Kulturpolitik als Politik der Anerkennung zu verstehen, zielen recht eng auf das Problem der Vielfalt und der Integration. Auch der „demographische Wandel" ist mit diesem Ansatz zu erfassen, da unterschiedliche Generationen auch unterschiedliche Vorstellungen von Kultur und Kulturpolitik haben. Weniger gut scheint jedoch in diesem Ansatz, das Ziel der Nachhaltigkeit unterzubringen, zu sein. Ein weiterer Ansatz wäre eine „Politik der Leitkultur". Diese gibt es zwar in dieser expliziten Form noch nicht, man kann sich aber anhand vorliegender Äußerungen gut vorstellen, dass in einem solchen Ansatz weder Vielfalt noch Wandel vernünftig konzeptionalisiert werden können. Eine „aktivierende Kulturpolitik" – so ein weiterer aktueller Vorschlag – ist zunächst einmal inhaltlich neutral. Bei freundlicher Auslegung ermutigt dieser Ansatz einzelne Akteure mit ihren jeweiligen Zielen zum größeren Engagement. Bei einer unfreundlicheren Auslegung bedeutet der Ansatz nur, dass es weniger öffentliche Gelder – egal wofür – geben soll. Kulturpolitik als Wirtschaftförderung hat wiederum mit all diesen gesellschaftspolitischen Zielen überhaupt nichts zu tun.

Dieser knappe Durchgang durch unterschiedliche Konzeptionen von Kulturpolitik zeigt, dass es nicht irrelevant ist, welches „Label", welche Grundidee man für seinen kulturpolitischen Ansatz wählt. Denn damit ist sofort eine Nähe bzw. Distanz zu bestimmten Problemlagen vorgegeben.

Dies zeigen auch internationale Vergleiche (z. B. die im Entwurf vorliegende Studie ERICarts: Mapping Approaches to Cultural Diversity, 5/2006), in denen Kulturpolitiken unterschiedlicher Länder im Hinblick auf kulturelle Vielfalt untersucht werden. Die Studie zeigt, dass es relevant ist, an welchen Grundbegriffen sich eine Kulturpolitik jeweils orientiert. Als mögliche Kandidaten werden Multikultur, Interkultur, Kosmopolitismus und Transkulturalismus vorgestellt. Nationale Kulturpolitiken werden dann in eine Typologie eingeordnet, die die Kategorien „visitors approach", universalistische und integrationsorientierte Ansätze unterscheidet. Eine zentrale Rolle spielen dabei nationale Traditionen bei der Anerkennung von Gruppenrechten der Minderheiten, die im europäischen Raum stark variieren.

Begriffe – und dies ist eine wichtige Motivation dafür, um den Begriff der „Leitkultur" zu ringen – orientieren also Politik bzw. desorientieren sie. Daher enthält der Vorschlag aus dem Deutschen Kulturrat für die Arbeitsgruppe Kultur des Nationalen Integrationsgipfels auch die deutliche Aufforderung, sich Mühe bei der Klärung der Begriffe der „Integration" und der „Identität" zu geben und recht vorsichtig im Umgang mit der beliebten Verwendung der Entgegensetzung von „Eigenem und Fremden" zu sein. Denn allzu schnell hat man sprachlich Gräben gezogen, die die praktische Politik nicht mehr zuschütten kann.

Wie ein kulturpolitischer Werkzeugkasten aussehen könnte, mit dem die weitreichenden Ziele der UNESCO-Konvention realisiert werden könnten, ist noch unklar. Auch werden die Diskurse noch zu getrennt voneinander geführt. Entwickelt ist zumindest im Bereich der Medien eine praktikable Vorstellung, was in einer solchen Werkzeugkiste sein könnte. Peter S. Grant hat sie (in *politik und kultur* 1/06, S. 1) vorgestellt:

1. Existenz eines öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems,
2. Richtlinien für Sendezeiten und Vorgaben für bestimmte Inhalte,
3. Verpflichtung der privaten Anbieter zur Förderung schwer finanzierbarer Sendungen,
4. Einschränkungen bei dem Erwerb von Sendern durch Ausländer,
5. Kein Monopol bei der Erstellung von Inhalten,
6. Förderung von Minderheitensendungen in kommerziellen Fernsehnetzwerken.

Einige dieser Vorschläge lassen sich ohne Probleme auf die Kulturpolitik übertragen bzw. gehören bereits zum traditionellen Repertoire: Existenz öffentlicher bzw. öffentlich geförderter Kunstproduktionen, etwa die Förderung von Kunst, die es schwer hat. Bei anderen Vorschlägen müsste spartenspezifisch entsprechend der jeweils vorliegenden Abläufe der Kunstproduktion, -distribution und -rezeption überprüft werden, inwieweit etwa Monopolstrukturen sich schädlich auf die kulturellen Teilhabemöglichkeiten auswirken. Dabei sind die Kriterien der Nachhaltigkeit und der Berücksichtigung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen jeweils anzulegen. Diese Debatte wird sicherlich nicht leicht, zumal sie nicht alleine dem Staat bzw. der öffentlichen Hand überlassen werden darf. Gerade die Zivilgesellschaft in ihrer pluralen Zusammensetzung muss diese Herausforderung annehmen. Denn: Kulturpolitik ist nicht bloß Gesellschaftspolitik, weil sie Auswirkungen auf die Gesellschaft hat bzw. gesellschaftliche Problemlagen integriert. Sie ist auch Gesellschaftspolitik dadurch, dass ihre Träger und Akteure aus der Mitte der Gesellschaft – und von deren Rand – kommen. Erst dann ist es auch eine demokratische Kulturpolitik, so wie sie einer Bürgergesellschaft angemessen ist.

DER VERFASSER IST VORSITZENDER DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Die Zukunft ist multiethnisch und interkulturell

Rolf Witte

Kulturelle Vielfalt und interkulturelles Lernen in kulturpädagogischen Praxisfeldern

Angesichts fortschreitender Globalisierung und Pluralisierung unserer Gesellschaft erwecken Konzepte interkulturellen Lernens und des Umgangs mit kultureller Vielfalt verstärkt öffentliches Interesse. In einer Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums (BJK) zu Migration, Integration und Jugendhilfe ist zu lesen, dass die deutsche Gesellschaft bereits jetzt multiethnisch und interkulturell geprägt ist, was für die Zukunft aber noch stärker gelten wird. Die ExpertInnen verweisen auf aktuelle Studien, die von einem Drittel junger Menschen mit Migrationshintergrund bei der derzeitigen jugendlichen Population in Deutschland ausgehen. In den großen Städten Westdeutschlands wird bei den 15jähigen sogar ein Anteil von bis zu 40 % errechnet. Nach Einschätzung des BJK wird Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe erst allmählich als zentrale jugend- und familienpolitische Gestaltungsaufgabe erkannt (Bundesjugendkuratorium: Die Zukunft der Städte ist multiethnisch und interkulturell. Bonn, Februar 2005. Bezug: info@bjk.t-online.de).

Integration ist als wechselseitiger Prozess zwischen der aufnehmenden Gesellschaft und der zugewanderten Bevölkerung zu verstehen. „Zentrale Orientierungen sind hierfür die Anerkennung der kulturellen Vielfalt und das Ziel eines gleichberechtigten Miteinanders heterogener Bevölkerungsgruppen auf der Grundlage des in Deutschland geltenden Rechts." (BJK: a.a.O, S. 2)
Die Umsetzung eines solchen Integrationsverständnisses ist ohne breit angelegte Bildungsarbeit nicht zu leisten. Der zwölfte Kinder- und Jugendbericht unterstreicht einmal mehr, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im Vergleich zu ihren deutschen Altersgenossen wesentlich geringere Bildungschancen haben. Vor diesem Hintergrund setzt sich die Arbeitsgruppe des Kinder- und Jugendberichts für ein erweitertes Bildungsverständnis unter Einbeziehung möglichst vieler Bildungsorte und Lernwelten ein. Nur so können Kinder und Jugendlichen aus allen Bevölkerungsgruppen möglichst gleichberechtigt an Bildungsprozessen beteiligt werden. Die Bundesregierung unterstreicht in ihrer Stellungnahme zum Bericht ausdrücklich diese Forderung nach einem weiten Bildungsverständnis. Der kulturellen Kinder- und Jugendbildung wird in diesem Zusammenhang ein hoher Stellenwert zugewiesen: „Die kulturell bezogenen Lern- und Erlebnisorte vermitteln einen vielfältigen Erwerb entsprechender Kompetenzen (instrumentell, kulturell, sozial, personal). Die jeweiligen kulturellen Inhalte und Angebote stellen für Kinder und Jugendliche eine Bandbreite von Handlungsmöglichkeiten, Lebenskonzepten und Lebensmodellen sowie Antworten auf Fragen nach Welterklärung und Lebenssinn zur Verfügung. ... Die gemeinsamen Erfahrungen fördern das Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl." (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 12. Kinder- und Jugendbericht, S. 154. Bezug: publikationen@bundesregierung.de) Kulturelle Bildungsangebote sind somit von großem Wert für die Herausbildung kreativer und interkultureller Kompetenz.

Interkulturelle Aktivitäten in der kulturellen Kinder- und Jugendbildung

Die Situation als Einwanderungsland stellt auch Herausforderungen an die Träger und Einrichtungen der kulturellen Kinder- und Jugendbildung. Es sollte dabei jedoch nicht übersehen werden, dass Angebote zur interkulturellen Begegnung, Verständigung und Integration bereits seit Jahrzehnten zur Praxis kultureller Kinder- und Jugendbildung gehören und das Profil zahlreicher Mitgliedsorganisationen sowie Aktivitäten der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) prägen. Einige Einrichtungen sind sogar speziell auf interkulturelle bzw. internationale Kulturarbeit für Kinder, Jugendliche und pädagogische Fachkräfte ausgerichtet.

- Die Internationale Jugendbibliothek in München ist weltweit die größte Bibliothek für internationale Kinder- und Jugendliteratur. Neben der Ausleihbibliothek und einem Büchermagazin zählen Fortbildungen, Programme zur Leseförderung, mehrsprachige Präsenz- und Wanderausstellungen zu interkulturellen Themen zu ihrem Angebot. So z.B. „Kinder zwischen den Welten – Bücher zum Thema Interkulturalität in der Kinder- und Jugendliteratur" oder „Guten Tag, lieber Feind – internationale Bilderbücher für Frieden und Toleranz". (www.ijb.de)
- Jeunesses Musicales Deutschland (JMD) ist Teil einer weltweiten Wertegemeinschaft der musikalischen Jugendbildung und setzt sich für die Vision einer humanen Gesellschaft im Zeichen der Musik ein. Neben der Förderung junger MusikerInnen und Jugendorchester, dem Angebot von Kursen und Fortbildungen, der Auslobung von internationalen Wettbewerben und Preisen engagiert sich die JMD im interkulturellen Austausch und in der weltweiten Vernetzung. (www.jeunessesmusicales.de)
- Der Internationale Arbeitskreis für Musik (iam) führt Fortbildungen im In- und Ausland für musikalisch interessierte Jugendliche und Erwachsene durch, um als Partner im europäischen Kulturaustausch und Verständigungsprozess zu wirken. Zur langjährigen Tradition gehören beispielweise die internationalen „JugendMusikwochen". (ww.iam-ev.de)
- ASSITEJ Deutschland als Teil der weltweiten Dachvereinigung des Theaters für Kinder und Jugendliche ist als Verbund von mehr als 130 bundesdeutschen professionellen Kinder- und Jugendtheatern auf nationaler und internationaler Ebene tätig, um z.B. Fachkontakte zu unterstützen und Kinder- und Jugendtheaterfestivals durchzuführen. Sie ist Rechtsträger des Kinder- und Jugendtheaterzentrums in der Bundesrepublik Deutschland, das z.B. für die Zeitschriften „Grundschule" und „Praxis Grundschule" ein Internetspezial zur interkulturellen Theaterpädagogik veröffentlicht hat. (www.praxisgrundschule.de)
- Der Bundesverband Jugend und Film fasst unter dem Motto „Filme verbinden Kulturen" beispielhafte Filme zu den Themen „Migration, Integration und Kulturelle Vielfalt" in einem Programmschwerpunkt zusammen und stellt sie Initiativen in der Kinder- und Jugendkulturarbeit zur Verfügung. (http://clubfilmothek.bjf.info) Beim Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland sind u.a. ausführliche Themenlisten zu Filmen und Veranstaltungen zu beziehen, welche die Themen Migration und Gewaltfreies Miteinander behandeln. (www.kjf.de)

Bereits diese kleine Auswahl veranschaulicht, dass interkulturelle und internationale Angebote seit langem zum festen Kern kultureller Kinder- und Jugendbildung gehören. Wie sieht es aber in der Breite der kulturpädagogischen Praxis aus, an den vielen kulturellen Lernorten wie Schulen, Kindergärten, soziokulturellen Zentren oder in Musik- und Jugendkunstschulen, Museen und Theatern oder medien- und spielpädagogischen Initiativen usw.?
Mittlerweile gibt es eine beachtliche Anzahl von Einzelangeboten zum interkulturellen Lernen mit kulturpädagogischer Ausrichtung: Grundschulen mit einem hohen Anteil nichtdeutscher Kinder greifen das Thema z.B. in Theaterprojekten auf – in Kindergärten wird bei der Sprachförderung auf die Mehrsprachigkeit der Kinder ausdrücklich Bezug genommen – Museen entwickeln interkulturelle Ausstellungen mit interaktivem Charakter, um Kindern und Jugendlichen Zugänge zu anderen Kulturen zu eröffnen.
Kulturpädagogische Fachkräfte weisen jedoch darauf hin, dass Projektangebote zum interkulturellen Lernen oftmals aufgrund eines akuten Handlungsdrucks konzipiert wurden, ohne dass bisher auf ausreichende theoretische und didaktische Grundlagen Bezug genommen werden konnte. Eine Studie des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft im kommunalen Sektor unterstreicht diese Aussage: In einer schriftlichen Befragung von 181 Kulturämtern gaben 78 % an, interkulturelle Angebote ohne spezifische konzeptionelle Grundlagen oder Förderkriterien durchzuführen. (Kulturpolitische Gesellschaft: Stand, Aufgaben und Perspektiven interkultureller Arbeit in der kulturellen Bildung. Bonn, September 2005. Bezug: www.kupoge.de/kulturorte/ergebnisse.htm)
Zu einem ähnlichen Stimmungsbild in einem anderen Praxisfeld kommt eine Befragung von 1999, in der 38 Fachkräfte in 14 Kindertageseinrichtungen dazu interviewt wurden, ob Methoden interkulturellen Lernens zum Profil ihrer Einrichtung gehören. Mit dem Ergebnis, dass nur in ganz wenigen Einrichtungen die interkulturelle Zusammenarbeit mit Kindern und ihren Familien ausdrücklich formuliert wird. (Ulich, M./Oberhuemer, P./Soltendieck, M. (2001): Die Welt trifft sich im Kindergarten. Interkulturelle Arbeit und Sprachförderung. Beltz: Weinheim, Basel, Berlin).
Seit dieser Zeit sind in der Früherziehung im Hinblick auf interkulturelle Arbeitsansätze bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden. So gibt es z.B. spezielle Programme für ErzieherInnen zur Förderung des Sprachverhaltens bei Kindern mit Migrationshintergrund.
Auch in anderen Fachgebieten wie in der Schulpädagogik, Lehrerfortbildung, Jugendarbeit, Weiterbildung und der politischen Bildung sind seit Mitte der neunziger Jahre verstärkt Arbeitshilfen, Praxisanleitungen und Handbücher zum interkulturellen Lernen entstanden. (Beispiele: Bundeszentrale für politische Bildung (1998): Interkulturelles Lernen – Arbeitshilfen für die politische Bildung; Otten, H./Treuheit, W.(Hg.): Interkulturelles Lernen in Theorie und Praxis. Ein Handbuch für Jugendarbeit und Weiterbildung. Leseke + Budrich: Opladen 1994; Institut für Bildung und Kultur (Hg.): Gemeinsam erleben. Handreichungen zur interkulturellen Bildungsarbeit. Remscheid 2000 (Eigenverlag); Handbuch interkulturelles Lernen der DIJA, www.dija.de; Akademie Remscheid: Bildung – Brücke zwischen den Kulturen?. Remscheid 2002; Fuchs, M.: Aufbaukurs Kulturpädagogik, Bd. 1: Kultur, Kulturpolitik und kulturelle Bildung – Global. Remscheid 2005). Diese unterstützen natürlich auch interkulturelle Konzepte in kulturpädagogischen Praxisfeldern. Hinzu kommt, dass kulturpädagogische Arbeitsformen von ihrem Grundverständnis her interkulturelle Lernprozesse in idealer Weise befördern können, z.B. mit der Möglichkeit, durch sinnlich-ästhetische und handlungsorientierte Erfahrungen an soziale und gesellschaftlich bedeutsame Themen heranzuführen.
Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Entwicklung einer „interkulturellen Didaktik" für die kulturpädagogische Praxis erst im Aufbau begriffen ist.

Möglichkeiten interkulturellen Lernens durch kulturpädagogische Angebote

Im Hinblick auf pädagogische Methoden und Rahmenbedingungen Interkultureller Pädagogik ordnet Auernheimer kulturpädagogischen Arbeitsformen, insbesondere der Theaterarbeit, einen hohen Stellenwert zu: „Erstens können die Mitwirkenden Probleme und Konflikte im szenischen Spiel für sich klären und den Zuschauern in verfremdeter Form nahe bringen. Diskriminierungserfahrungen, Generationenkonflikte oder Ängste, über die man sonst nicht sprechen würde, können in verfremdeter Form ausagiert werden. Kern des ‚Verfremdungseffekts" ist es zweitens vor allem, dass soziale Verhältnisse, die den meisten selbstverständlich erscheinen wie die Hierarchie zwischen In- und Ausländern, fragwürdig werden. Drittens bietet es sich zum Teil an, auf Theaterformen oder -figuren aus anderen Kulturen ... zurückzugreifen. ... Viertens können die Beteiligten mit bestimmten Formen des szenischen Spiels ähnlich wie beim ‚problembezogenen Rollenspiel' ihre Handlungsrepertoire erweitern." (Auernheimer, G.: Einführung in die Interkulturelle Pädagogik. Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt 2003).
Für Wolfgang Sting, Professor für Theaterpädagogik und Darstellendes Spiel am Institut für ästhetische Erziehung der Universität Hamburg spielt vor allem die Auseinandersetzung mit Differenz und Fremdheit in der theater- und kulturpädagogischen Arbeit unter interkulturellen Gesichtspunkten eine besondere Rolle. Sie bilden neben Pluralität zentrale Leitkategorien der theoretischen Diskussion um interkulturelle und ästhetische Bildung, denn sie haben sogar vergleichbare Zielsetzungen: „In beiden Lernbereichen geht es um die Akzeptanz und Pflege der Kulturen ... . Beide schulen die Wahrnehmung, das genaue Hinsehen und das Sehenlernen, und fördern den produktiven Umgang mit Differenz in der sozialen und ästhetischen Praxis." (Wolfgang Sting: Differenz schafft Kommunikation.

Coiffures de fillettes (Mädchenfrisuren) Fotos:Susanne Hofmann

Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Die Zukunft ist multiethnisch

Interkulturelles Theater und Theaterpädagogik. Internetspezial: Kindertheater aktuell November 2005. Bezug: www.praxisgrundschule.de)
Sting weist darüber hinaus auf bestimmte Dialogformen zwischen den Kulturen hin, die u.a. für die Konzeptentwicklung interkultureller Projekte relevant sind. Für ihn bewegt sich interkulturelles Theater (bzw. in einem umfassendere Sinne interkulturelle Kulturarbeit) zwischen folgenden Polen:

- Exotismus: dem Bestaunen des Fremden
- Multikulturalität: dem nichtdialogischen Nebeneinander
- Transkulturalität: dem universell Verbindenden
- Hybridkulturalität: der Schaffung kultureller Mischformen
- Interkulturalität: der Begegnung im Sinne gegenseitiger Akzeptanz

(In Anlehnung an Sting, W., a.a.O.)
Interkulturelles Lernen ist also auf die Förderung interkultureller Kompetenz ausgerichtet, die sensibel und tolerant gegenüber der Andersartigkeit, Vielfalt, aber auch der Widersprüchlichkeit sozialkultureller Ausdrucksformen von Menschen verschiedener ethnisch-kultureller Herkünfte ist. Entsprechend der wechselseitigen Bedingtheit von Selbst- und Fremdverstehen sind interkulturelle Lernprozesse sowohl auf die Selbstreflexion als auch auf das „Sich-in-Beziehung-Setzen" zu Anderen ausgerichtet. Zu den wesentlichen Entwicklungszielen gehören daher:

- Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und Prägung
- Stärkung des Einfühlungsvermögens
- Entwicklung gegenseitigen Respekts
- Sensibilisierung für gesellschaftliche Vielfalt
- Wahrnehmung von Diskriminierung und Stärkung solidarischen Handelns
- Förderung der Partizipation von Minderheiten

(Zitiert nach Bremermann, A.: Interkulturelles Lernen – Grundlagen, Möglichkeiten und Herausforderungen. Anne-Frank-Zentrum: www.annefrank.de)

Orientierungshilfen für eine ‚inter-kulturpädagogische' Praxis

Unter Berücksichtigung von Grundpositionen Interkultureller Pädagogik erscheint es sinnvoll, auf mögliche „Stolpersteine" interkultureller Angebote in der kulturellen Bildungsarbeit hinzuweisen. Gerade weil kulturpädagogische Projekte besonders gut dafür geeignet sind, Kulturgüter, kulturelle Muster und innere Bilder über fremde Kulturen spielerisch – durchaus auch mit einer provozierenden oder satirischen Note – aufzugreifen, besteht die Gefahr einer plakativen Festschreibung kultureller Klischees. Im Sinne einer kritischen Selbstreflexion für kulturpädagogische Fachkräfte können daher folgende Fragen hilfreich sein:

- Tendieren unsere Angebote dazu, auf der Ebene folkloristischer Darbietungen zu bleiben oder zielen sie auf Verfremdungseffekte und das Aufzeigen neuer kultureller Handlungsformen?
- Besteht die Gefahr, durch die Begeisterung am gemeinsamen Tun über latent vorhandene Benachteiligungen in der Gruppe hinweg zu sehen – oder ist die Aufmerksamkeit auch darauf ausgerichtet, derartige Tendenzen offen zu legen?
- Werden Kinder oder Jugendliche sowohl deutscher als auch nichtdeutscher Herkunft unbeabsichtigt auf eine bestimmte ethnische Zugehörigkeit festgelegt, oder werden diese Vorurteile bzw. Stereotypen bewusst gemacht und ggf. differenzierende Perspektiven dazu aufgezeigt?
- Wird ein möglichst ausgewogenes Verhältnis zwischen der Möglichkeit zur Selbstreflexion, der Aufarbeitung selbstreflexiver Prozesse und der erlebnis- und handlungsorientierten Arbeitsweise hergestellt, so dass Bildung im Sinne von Lebenskompetenz gefördert wird?

Neben dieser konzeptionellen Grundausrichtung, lassen sich weitere Orientierungshilfen (in Anlehnung an Bremermann, A., a.a.O.) für interkulturell ausgerichtete kulturpädagogische Angebote anführen. Dazu zählen u.a. folgende Prinzipien:

Interkulturelles Lernen orientiert sich an den Alltags- und Lebenswelten.
Mit dem Lebensweltbezug lassen sich mehrere Zielsetzungen verbinden: Der thematische Zugang zu interkulturellen Themen wird erleichtert, da Kinder oder Jugendliche ihre persönlichen Erfahrungen und Sichtweisen einbringen können. Die Motivation zur Mitarbeit ist in der Regel höher und es werden Voraussetzungen geschaffen, dass sich veränderte Einstellungen und neue Erfahrungen der Projektakteure im konkreten Alltagshandeln niederschlagen können.

Interkulturelles Lernen thematisiert die Vielfalt an Lebensentwürfen und vermittelt Wissen über unterschiedliche Herkunftskulturen.
Als ein gutes Beispiel für diesen Ansatz kann das Projekt „Villa Global" des Jugendmuseums Schöneberg gelten. In der Ausstellung werden in insgesamt 14 Räumen Einblicke in die Herkunftsländer und aktuellen Lebensumstände von Menschen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Herkunft gegeben. Weiterführende Hintergrundinformationen und thematische Projekttage für Schulklassen vertiefen dieses Angebot. (www.museentempelhof-schoeneberg.de)

Interkulturelles Lernen begreift die eigene Perspektive als eine unter vielen.
Wie ein Perspektivwechsel zwischen verschiedenen Kulturen und Lebenswelten sinnlich erfahrbar wird und den eigenen Blickwinkel relativiert, zeigt das Projekt „Land in Sicht" der Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg. Hamburger Jugendliche inszenieren ein Theaterstück, in dem u.a. Einzelschicksale von Emigranten dargestellt werden, die vor der Nazidiktatur nach Amerika geflüchtet waren. Bei einem Gastspiel in New York können sie mit Überlebenden und deren Angehörigen persönlich ins Gespräch kommen und anschließend auf Spurensuche im New Yorker Stadtteil Williamsburg gehen, in dem viele deutsche Auswanderer eine neue Heimat fanden. (www.geschichtswerkstatt-wilhelmsburg.de)

Interkulturelles Lernen betont Gemeinsamkeiten, ohne vorhandene Unterschiede zu ignorieren. Es schärft auch den Blick für Differenzen.
Das türkisch-deutsche „Musikensemble Kardes" ist exakt in diesem Spannungsverhältnis von Gemeinsamkeit und Differenz angesiedelt. Dies trifft sowohl für die musikalische Ebene zu, auf der türkische und deutsche Musik miteinander verwoben werden wie auch für die Zusammenarbeit der türkischen und deutschen Musikschaffenden. Während sie die Begeisterung für das Schaffen neuartiger Klänge und Gesänge eint, trennt sie gelegentlich der Weg dorthin. Eine unterschiedliche musikalische Sozialisation und verschiedene kulturelle Mentalitäten im Umgang mit Zeit und Spontanität waren mit so manchen Herausforderungen für Proben und Konzertvorbereitungen verbunden. (www.musikschule-berlin-mitte.de)

Interkulturelles Lernen vermittelt ein Bild von kultureller Identität, das Widersprüche zulässt.
Die Grenzen des eigenen Deutens und Verstehens wahrzunehmen, ist für kulturpädagogische Fachkräfte und Projektteilnehmende gleichermaßen herausfordernd. Dass es erfolgreich mit Leben gefüllt werden kann, verdeutlicht das Buchprojekt „Vakeres Romanes" mit Roma-Jugendlichen. Die Zusammenarbeit mit deren Eltern verlangte von den Projektleiterinnen, die (in ihren Augen konservativen bzw. problematischen) Einstellungen der Väter gegenüber den Mädchen zu respektieren. Gleichzeitig waren auch die Eltern gefordert, bisher geltende Erziehungsprinzipien aufzugeben, um den Mädchen eine Beteiligung an der Projektarbeit zu ermöglichen. (www.ibis-freiburg.de)

Interkulturelles Lernen begreift Mehrsprachigkeit als Normalfall und stellt entsprechende Angebote zur Verfügung.
Exemplarisch für dieses Verständnis kann auf Projekte zur Früherziehung verwiesen werden, in denen eine Sprachförderung mit Hilfe kulturpädagogischer Arbeitsformen von Kindern deutscher wie auch nichtdeutscher Herkunftssprache erfolgt, ohne dass damit eine „Herabsetzung" oder Ausgrenzung der anderen Herkunftssprachen verbunden wäre. (www.kreativhaus-tpz.de)

Interkulturelles Lernen beugt der Abwertung einzelner Gruppen vor.
Insbesondere Projekte mit Teilnehmenden, die eher den randständigen sozialen Gruppen in unserer Gesellschaft zugerechnet werden wie Russlanddeutsche oder Roma müssen sich diesem Grundsatz besonders verpflichtet fühlen. Wie eine solche Arbeit gelingen kann, ist beispielsweise an dem Theaterprojekt „Die Russen kommen – ein Casting für Deutschland" abzulesen. (www.jes-stuttgart.de)

Interkulturelles Lernen wendet sich an alle und ist keine sonderpädagogische Maßnahme für MigrantInnen.
Dieses Prinzip schließt nicht aus, dass es spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund geben kann. Es soll jedoch dafür sensibilisieren, mit welcher Haltung diese Angebote durchgeführt werden. Sie sollten eben nicht auf das bloße Beheben von (vermeintlichen) Defiziten oder die einseitige Integration einer Minderheit in die Mehrheit ausgerichtet sein, sondern auf gegenseitigem Respekt und Anerkennung basieren.

Interkulturelles Lernen fordert auf, die eigenen kulturellen Hintergründe besser verstehen zu lernen.
Um Menschen mit anderen ethnisch-kulturellen Hintergründen unvoreingenommen entgegentreten zu können, ist die Bewusstwerdung über die eigene kulturelle Herkunft eine notwendige Voraussetzung. Interkulturelles Lernen hat daher auch zur Aufgabe, zum besseren Verstehen der eigenen kulturellen Hintergründe beizutragen, was gerade für deutsche Jugendliche nicht immer eine leichte Aufgabe ist. Wie wichtig dieser Ansatz ist, zeigt das europäische Radioprojekt „60 Jahre danach – der zweite Weltkrieg aus deutscher und europäischer Perspektive". Jugendliche aus Deutschland wie aus zahlreichen anderen europäischen Ländern werden durch die geschichtliche Auseinandersetzung in ihrer Fähigkeit und Bereitschaft gestärkt, ein europäisches Bewusstsein zu entwickeln. (www.vision-eruopa.org)

DER VERFASSER IST BILDUNGSREFERENT FÜR INTERNATIONALE JUGENDKULTURPOLITIK BEI DER BUNDESVEREINIGUNG KULTURELLE KINDER- UND JUGENDBILDUNG (BKJ) IN REMSCHEID. ■

Dieser Beitrag ist die bearbeitete Version eines Artikels von Christiane Liebald in BKJ: „Kulturelle Vielfalt leben lernen – Interkulturelle Kompetenz durch kulturelle Bildung, 21 Praxisbeispiele", Remscheid 2006, ISBN 3-924407-81-9. Dort werden auch die genannten Praxisbeispiele ausführlicher dargestellt.

Abstrakt-geometrische Motive Fotos:Christoph Inderwiesen

Impressum

kultur · kompetenz · bildung

kultur · kompetenz · bildung erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung politik & kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103,
10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de,
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz
Andreas Kolb

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23,
93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout:
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung